# LESBEN/FRAUEN-NACHRICHTEN

Jahrgang XVI, Nr 4, 8.3.1994.

Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin: Verein Kommunikationsstelle Bus für Frauen
Druck: Eigenvervielfältigung
Herstellungsort: Wien
P.A. 1040 Wien


Plakat von Frauenlesben-Demo gegen EG/EWR, Ibk 1992

TEIL 2

**Schwerpunkt: Herrschaftsprojekt EG, von/für LesbenFrauen**

**GEGEN** eine Institution der europaweiten Verbrüderung des Wirtschaftspatriarchats – **GEGEN** den Zwang zu Mobilität und Flexibilität am europäischen Arbeitsmarkt – **GEGEN** eine "Festung Europa" zur Ausgrenzung der Ausgebeuteten und Verfolgten dieser Welt – **GEGEN** die systematische Ausrottung der Lebensgrundlage von BäuerInnen im Interesse von agrarindustrieller und gentechnologischer Großproduktion – **GEGEN** die Formierung von Eu[illegible] zur Abschottung nach außen und Disziplinierung nach innen

**Spendenaufruf:**
Die Lesben/Frauen-Nachrichten kosteten diesmal ÖS 25.000.-, nur die Druckkosten. Ansonsten wurde von den L/F keine Arbeitszeit verrechnet, wie immer. Das FZ hat wenig, bis gar kein Geld mehr, darum der Spendenaufruf.

Die **L/F-N, Schwerpunkt EG**
kosten ÖS 50.- und Erlagschein wird beigelegt.

Bestelladresse:
**Autonomes Lesben/Frauen-Zentrum**
Währingerstraße 59/6
1090 Wien

## Inhaltsverzeichnis Teil 2


**Weltwirtschaft**
* Neue Weltwirtschaftsunordnung aus feministischer Sicht 3-14
* Institutionen der Weltwirtschaft 14-16

**NAFTA** 17

**EG** 18
* USA -JApan-EG 18-19
* Europäischer Binnenmarkt 20-23b
* Maastricht 23b
* Eg-Flugi zum 8.3.1994 24-25
* Positionspapier der Arbeitsgruppe, Schweiz 26-29
* Feministischer Widerstand gegen EG 30-31
* weibliche Alternative zum Binnenmarkt in EU 32-34
* Armut bleibt weiblich, Redebeitrag 34-35
* Konzerne im europäischen Binnenmarkt 36-39
* Handel- und Lebensmittel 40-41
* Ausrottung der Lebensgrundlagen von Bäuerinnen 42
* Transitvertrag - Ihre Güter zu unseren Lasten! 43
* Genparadies - EG- und Gentechnologie 44-45
* Frauenhandel -Lohnende Geschäfte 46-51
* Rechte für Migrantinnen - Festung gegen die Frauen? 52
* EG und Osteuropa 53-54
* Kontinuität des Faschismus 55
* Unheimliche Grenzen der EG - Ansätze zur europäischen Polizei 56-62
* Europäisches Militärbündnis 62-68
* Die Übel Großeuropa's, das Rechtsradikalegeschichtsbild als Zukunftsentwurf 69-74
* Na, mir woll'n nit zur EG 75


Literaturliste:

* Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr 34 "Europa - einig Waterloud"
* "Das Europa des imperialistischen Patriarchats, und die Schweizer Sozial'partner'" Autonomer und internationalistischer-feministischer Widerstand; Schweiz 1991
* "Das Herrschaftsprojekt EG" Dokumentation von FrAU, Schweiz, Basel 1991
* "Nahe Fremde- Fremde Nähe"
* "Euro-Patriarchat"
* "Perspektiven der Europäischen Großraumordnung" Schwarze Katze -EG-Gruppe, Hamburg, BRD
* "Die Bullen greifen nach den Sternen", EG der inneren Sicherheit
* "Handbuch zur Europäischen Union"
* fischer Almanach 1992 u. 1993

# Neue Weltwirtschafts (un) ordnung

# aus feministischer Sicht

Vortrag von Mascha Madörin (Schweiz)

im Autonomen Frauen/LesbenZentrum,
im Rahmen der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien, 1993
als Frauen-Alphabetisierungsseminar für Ökonomie, verbunden mit einem 2-tägigen Seminar im FZ
(abgetippt von LesbeFrauen-Nachrichten)

## Die feministische Sicht

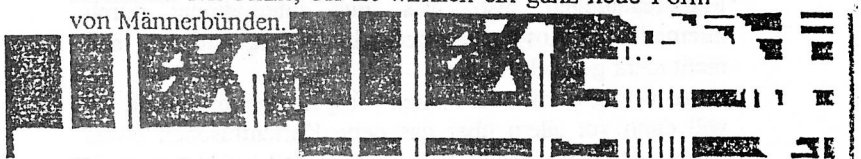
Also das Referat heißt "Die neue WeltwirtschaftUnordnung aus feministischer Sicht", und ich will mal nur ein paar Sache, bevor ich auf das Thema komme sagen.
Ich würde mal sagen - bei feministischer Sicht würde ich zwei Aspekte anschauen wollen: Das eine ist - *wie geht es den Frauen dabei und was passiert mit den Frauen* - das lasse ich, wenn es um neue Weltwirtschaftsordnung geht, mal weg. Das andere ist, *welche neue patriarchalen Herrschaftsformen entwickeln sich.* Also gibt es Herrschaftsformen, gibt es neue Situationen, die sich entwickeln, und ich beschränke mich hauptsächlich auf das, und sage dann nur, für Frauen hat das meiner Meinung nach diese und diese Konsequenzen.

**Die Drei Sektoren**
**Marktsektor, Staatssektor, Gemeinschaftssektor**
Das zweite ist ein ganz großes Problem. Wenn es um die Debatte der neuen Weltwirtschaftsordnung geht, ist das in der gesamten bisherigen Debatte, auch innerhalb der Linken - sei es der rdikalen oder weniger radikalen,'- immer nur die Auseinandersetzung um zwei Wirtschaftsektoren - das Verhältnis zwischen staatlichen Regelungen und Marktregelungen, also, was muß international durch internationale Absprachen geregelt werden, und was soll nicht mehr geregelt werden.
Gegenwärtig werden die Karten völlig neu gemischt und ich will dann vor allem über das neue Kartenmischen etwas sagen. Aber das große Problem ist, daß es ökonomisch gesehen für Frauen ja den Dritte Sektor gibt - wenn wir als ersten und zweiten Sektor mal Staatswirtschaft und Marktwirtschaft nehmen.
Es gibt Frauen als Theoretikerinnen, die den (dritten) Sektor als Versorgungswirtschaft bezeichnen. Marktwirschaft funktioniert ja nicht, wenn es nicht - hauptsächlich - Frauen gibt, die das Zeug kaufen und aufbereiten, sodaß es gegessen werden kann, oder gebraucht werden kann. Also es geht um einen riesigen Sektor von Arbeit, die gratis geleistet wird. Ganz viel würde nicht funktionieren in der Wirtschaft, wenn es nicht gratis Gemeinschaftarbeit gäbe, in den Dörfern, in der politischen Arbeit z.B., die überhaupt ein Teil dessen ist, was man eine zivile Gesellschaft nennt. Wenn das nicht geleistet wird, würde ganz vieles nicht mehr funktionieren.
Und es gibt eine Berechnung von Finnland, von einer Frau, die heißt Pietile, und die hat auch so Berechnungen angestellt, von 1980, wie groß dieser Sektor sei.

*Das Bruttoszozialprodukt* - das kennt ihr ja vielleicht das Wort, das ist einfach all das, was in Geld gemessen wird, was in einem Jahr in einem Land produziert wird, oder in einem Land ausgegeben wird an Geld für Konsum. Es gibt da zwei Seiten. Es wird da produziert und verkauft, also in Form von Dienstleistungen und Gütern, oder Staatsausgaben - und es gibt welche die kaufen, also die für die Produktion ein Einkommen bekommen. Das kann von zwei Seiten her gemessen werden, und das heißt dann Bruttosozialprodukt.
Und die Frau, die hat ausgerechnet, was wertmäßig diese Gratisarbeit ist. Sie nennt es "free economy", "freie Ökonomie". Aber ich bin völlig dagegen es so zu nennen, weil wir ja wissen, daß in der Familie diese Arbeit nicht so frei ist, daß da auch Herrschaftsstrukturen funktionieren, wie auch in Parteien, wo auch sehr viel gratis gearbeitet wird, in Dörfern, wo auch sehr viel gratis gearbeitet - die Feuerwehr ist da z.B. so was. Also es gibt sehr viele Strukturen, wo gratis gearbeitet wird, was notwendig ist, mehr oder weniger notwendig für die Gesellschaft. Und eben sie hat das ausgerechnet, nennt es "free economy". Ich würde es eher *Gemeinschaftsarbeit* nennen, weil es auf Beziehungsstrukturen, sei es familiäre, politische, gemeinschafltiche, auf Gemeindeebene, andere Formen, oder genossenschaftliche Regelungen funktionert.
Also z.B. ein Projekt wie das Frauenzentrum hier. Ein Teil wird subventioniert, das geht in die Wirtschaftsrechnung ein. Aber sehr viel wird ja nicht bezahlt von der Arbeit, die hier gemacht wird, und das geht nicht in die Wirtschaftrechnung ein. Und eben - wertmäßig macht dieser ***Dritte Sektor 50 % des Bruttosozialproduktes aus.*** Und Finnland 1980, ist eine "moderne" Gesellschaft. Für die "Dritte Welt", für den Süden, ich sag da einfachheitshalber noch "Dritte Welt", wäre das viel mehr. Und ***arbeitszeitmäßig wäre es mehr als doppelt so viel, mehr als 100% mehr.***
Also, wenn von der Wirtschaftspolitik, auch von der Linken geredet wird, von den Rechten reden wir schon gar nicht, dann heißt das es immer nur um das geht, was EIGENTLICH unter das Bruttosozialprodukt fällt. Und für die Frauen wird schon das ein riesiges Problem, weil ja Frauenarbeit ganz anders verteilt wird auf Marktwirtschaft, Staatssektor - wo Frauen ja sehr stark beschäftigt sind - und dieser Gemeinschaftssektor. *Das Problem ist, daß alles, was unter Wirtschaftspoltik und Ökonomie debattiert wird, einen riesigen Teil dessen, was wirtschafltich geleistet wird und wichtig ist für die Wirtschaft, auch für das Funktionieren der Wirtschafrt, überhaupt nicht wahrgenommen wird.* Das hat sich ungeheuer ausgewirkt z.B. jetzt bei den Programmen von IWF und Weltbank, daß diese Dimensionen überhaupt nicht mitgedacht wurde - gewollt oder nicht gewollt, das sei dahingestellt. Z.B., wenn Budgets gestrichen werden in Frauenprojekten, oder für alleinstehende Mütter wird Geld gestrichen wie z.B. in der USA sehr viele Sozialausgaben, dann wird sehr viel mehr gestrichen, als wenn Sozialausgaben für Männer, oder subventionierte Projekte für Männer gestrichen werden. Frauen arbeiten um das Geld rum viel mehr zusätzlich. Diese Ökonomie kommt heute noch überhaupt nicht vor; in der wirtschaftspolitischen Debatte. Das ist *eins der ganz großen Probleme der feministischen Ökonomie.* Es gibt überhaupt noch kaum Vorstellungen unter den Ökonominnen, den feministischen, was für wirtschaftspolitische Forderungen gestellt werden können,

z.B. in Österreich, wo es viel Arbeitslosigkeit gibt, wo es vom Staat her Projekte gibt um Arbeitsplätze zu schaffen.
Also, das gehört jetzt nicht zu meinem Thema. Aber was ich meine ist, wenn ich jetzt über neue Weltwirtschaftsordnung rede, dann rede ich jetzt hauptsächlich um die Auseinandersetzung um staatlichen Sektor und Marktsektor. Der Markt hat sich ungeheuer verändert in den letzten 20 Jahre. Die Märkte funktionieren sehr, sehr anders als noch vor 20 Jahren. Ich werde darüber reden. Aber das heißt, daß ich sehr wenig darüber reden kann, was für Frauen dann in diesem Dritten Sektor passiert.
Ich meine, daß feministische Theorie eigentlich analysieren müßte, WIE in diesen drei Sektoren die Herrschaftsverhältnisse, auch die patriarchalen Herrschaftsverhältnisse überhaupt produziert und reproduziert werden. Die neue Frauenbewegung ist ja sehr stark geworden mit dem Slogan *"das Private ist politisch"*, und hat vor allem diesen Dritten Sektor, vor allem nur den familiären Teil des Dritten Sektors ausgeleuchtet. Aber es gibt noch sehr wenige Untersuchungen was in Strukturen, in anderen Strukturen dieses Gemeinschaftssektors laufen, also in Dörfern z.B.. Wir haben zum Teil Vorstellungen darüber, was in politischen Parteien läuft, was in Bewegungen läuft, und das sind ja andere Mechanismen, nicht genau die selben wie in der Familie. Ich denke der Staatsektor, der so politisch-bürokratische Entscheidungsmechanismen hat, da werden patriarchale Strukturen, oder, ich würde sagen männerdominate Strukturen, anders geschaffen, als im Marktsektor. Ich wende mich sehr dagegen, einfach allgemein von Patriarchat zu reden. Ich denke die patriarchalen Strukturen im Markt funktionieren ganz anders als z.B. im öffentlichen Sektor des Staates; und als im Gemeinschaftssektor auch. Wir müßten eigentlich eine Analyse in allen drei Sektoren sehr viel genauer machen und dann auch die Verzahnung dieser 3 Sektoren, wie sie sich gegenseitig auswirken und dazu beitragen, daß es überall immer wieder stattfindet. Also es ist nicht einfach Patriarchatsanalysen zu machen.

**Patriarchale Strukturen**
Zu den patriarchalen Strukturen denke ich, die einfachste Definition und auch die "modernste" ist einfach folgende: Die Ränge der höchsten Autorität werden von Männern besetzt. Und höchste Autorität, denke ich, hat immer 2 Ebenen. Das eine ist die *Definitionsmacht*, und die andere ist die *Macht der Durchsetzung*. Und die Macht der Durchsetzung hat auch immer 2 Aspekte. Es ist die Macht der Repression, der repressiven Durchsetzbarkeit, aber das ist nur ein Aspekt. Der andere Aspekt ist die Macht des Belohnens, also, daß auch Probleme gelöst werden können. Ich denke Macht-ausüben haben immer 2 Ebenen, hat immer das Monopol der Problemlösung und das Monopol der Bestrafung, oder ein Quasi-Monopol. Keine Regierung und kein Patriarchat kann sich durchsetzen, wenn sie nicht auch fähig sind gutes zu tun für die Frauen. ich denke das ist ganz wichtig, oder gutes zu tun für die untere Ebene. Das ist im gewissen Sinne die Verhandlungsmacht der Frauen. Ich denke wir müssen sehr genau auch darüber nachdenken.
Und ich denke es gibt sehr verschieden Formen der Durchsetzung. Ich denke eine die sehr konstant ist und eine ganz wichtige Form, die auch international immer wieder gebraucht wird, ist die *Sexuelle Gewalt gegen Frauen*, die ein unheimlich disziplinierendes Moment hat, seis in der Marktwirtschaft, seis in der Familie, seis überall. Weil es wie eine Vorsdisponierung der Frauen ist, daß sie sozusagen ständig daran gewöhnt werden sich zu unterwerfen. Ich denke das ist ganz zentral. Und ich denke, das ist auch das, was die Frauen auch effekiv miteinander verbindet. Ich denke, das ist ein ganz zentraler Punkt.
Aber es gibt dann eben in den traditionelleren Srukuren, also in den älteren Familiensrukturen, religiösen, auch wissenschaftlichen Srukturen, gibt es die ***Macht des Vaters***, also das Gottesbild, die ganze Autorität, die um das Vaterbild gruppiert ist, das auch mit dem Erbrecht, mit den Clanstrukturen verbunden ist, das auch z.B. ältere Manager,haben, im Militär. Überall tauchen diese Bilder wieder auf, auch bei den Vätern und Presidenten und so.Dies wird heute zunehmend ersetzt, zunehmend in den letzten 20, 30 Jahren, durch die ***Macht des Ehemannes und des Partners***, was, ich würde sagen, Clinton (US-President, d.Tip.) representiert. Dieses Männerbild, das ist die modernere Variante. Und da ist es **das *ideologische Konstrukt der Liebe und der Partnerschaft.*** Also das sind ganz neue Formen, die auch die alten Patriarchatsformen abgelöst haben.
Dann haben wir die ***Macht des Staates***, wo wir auch zum Teil alte Kulturformen haben des familiären Patriarchats, wo ***Männerbünde*** ein sehr große Rolle spielen.
Meiner Meinung nach werden Männerbünde heute an neuen Orten produziert. Alte Orte in der Schweiz ist z.B. ganz zentral das Militär. Die Hierarchien, die da gebildet werden sind ein ganz wichtiger männerbündlerischer Akt, je höher die Hierarchie, desto weniger die Präsenz von Frauen. Frage "Wo sind die Orte, wo die neuen Männerbünde produziert werden"?
Also ich denke, das müßte wirklich genauer recherchiert werden. Meiner Meinung nach sind es zum Teil *wissenschaftliche Bereiche, also Hochtechnologiebereiche*, Computer zum Beispiel. Das ist ein internationales Netz die internationale Computervernetzung, wo ja auch sehr viel Pornographie heute darüber lauft, und das ist an allen wissenschaftlichen Instituten. Ich denke, das ist wirklich ein ganz neue Form von Männerbünden.



Das zweite ist eine gewisse *Art von Erste-Klasse-Gesellschaft*, also in Fünf-Stern-Hotels, auch schon Vier-Stern-Hotels, sind Frauen meist begleitend. Ganz wichtig sind z.B. die *Generaldirektionen oder dann ganz moderne Clubs*. Also es gibt eine Untersuchung über den Finanzplatz England, wo bis vor kurzem jedenfalls, etwa 3 Orte gibt, wo die Männerbünde konstituiert sind. 90% der führenden Männer, also von den Juristen über die Börsenaufsichtbehörde bis zu den wichtigsten Börsenmaklern bis zu den Bankdirektoren stammen aus 3 Clubs. Das eine sind die Eliteschulen, und die haben zum Teil Farben an den Krawatten un an den Socken von ihren Eliteschulen, und wenn sie dann verhandeln und sich begrüßen, dann ziehen diskret ein bischen das Hosenbein hoch. Sozusagen, was uns Frauen dann fehlt, das Affidamento, also die Zuneigung untereinander, die Loyalitätsstrukturen, das wird natürlich unter den Männern ständig produziert. Es ist nicht wahr, daß Männer neutral, objektiv zueinander stehen, sondern die haben hochkomplizierte soziale Strukturen.
Ich denke, so wie es auch Erkennungszeichen gibt unter den Frauen jetzt, zu welchen "Club" die Frauen gehören, auch politisch und so

Das zweite ist die *Freimaurerei*, die spielt eine sehr große Rolle. Ich denke in der Schweiz ist das unbedeutend.
Und das dritte ist eine *alte Zunft* in der City, in London, die rund seit 150 Jahren einfach ein exclusiver Club ist, wo nur Männer Zudritt haben bis heute. Also in allen Dreien haben nur Männer Zudritt. Jetzt, in den Eliteschulen kommen auch Mädchen rein.
Die Frau, die das Buch geschrieben hat, die hat das Buch 1988 rausgegeben, also das sind neuerste Forschungsresultate.
In den *multinationalen Konzernen*, spielt das technische Wissen, die Organisation von Arbeitsprozessen eine viel größere Rolle als das Problem des Vertrauens. Also Kredit heißt ja Vertrauen, und der *Finanzsektor* funktioniert nicht ohne hochgradige Vertrauenstruktur. Jeder Kredit ist ja eine Investition in die Zukunft und hat auch mit Vertrauen, mit Erwartungen zu tun, und das muß ständig geschaffen werden und das wird sozial durch hochkomplexe soziologische Strukturen geschaffen. Und der Finanzsektor wäre meiner Meinung nach schon längst zuammengebrochen, wenn es nicht solche Elitestrukturen gäbe. Und ich denke die Macht des Marktes hat sehr viel mit diesen Clubs zu tun und andererseits mit dem Geld, mit der Macht des Geldes. Wer viel Geld hat, hat nun mal Macht. Ich habe die Vermögensverteilungsstatistik aus der Schweiz, also des steuererklärten Vermögens, was nicht ident ist mit dem effektivem. Aber trotzdem gibt es eine Vorstellung darüber. In der Schweiz besitzen 4% der Steuererklärenden, und das sind vorwiegend Männer, die das kontrollieren, die darüber verfügen, also die Hälfte des Vermögens in der Schweiz. Und die Hälfte der Steuererklärenden in der Schweiz verfügen über 1% des Vermögens. Also es sind irre Differenzen. Und wenn wir die Vermögen dritteln, also ein Drittel des Vermögens wird kontrolliert von 1 %, ein weiteres Drittel wird kontrolliert von 9% und das dritte Drittel wird kontrolliert von 90% der Bevölkerung. Also meiner Meinung nach, was ich weiß über den Weltmarkt würde ich mindestens von einer 4/5, wenn nicht von einer 90%-Gesellschaft reden, weil alles andere ist nur noch Verhältnisblödsinn, alle Differenzen, die wir unter 90% machen sind eigentlich ökonomisch gesehen unerheblich im Vergleich zum Rest der 10 oder 20% maximal. Ich denke es wäre viel besser von einer 4/5-Gesellschaft zu reden, als von einer 2/3-Gesellschaft.
Ich denke ich rede jetzt so über das Verhältnis staatliche Regulierungen und Markt. In der Schweiz habe ich übrigens auch eine Grobrechnung gemacht für Frauen. Ich denke, daß Frauen über unabhängiges Einkommen, also nicht über Einkommen das sie als Hausfrauen verfügen, weil sie von einem Mann dann Geld für den Haushalt bekommen, von vielleicht 20 % maximal verfügen. Und weltweit gibt es ja diese Zahlen, daß Männer halb so viel arbeiten, zeitmäßig, wie Frauen und über 90% des Einkommens verfügen und über 99% des Vermögens, was in Geld gemessen wird. Und Frauen verfügen natürlich in allen Ökonomien über mehr Ressourcen, weil sie, weil in diesem Dritten Sektor eine riesige Tätigkeit stattfindet. Je mehr dieser Sektor enteignet wird, desto mehr nimmt natürlich die Macht der Frauen ab. Und ich denke, daß, weil natürlich bei uns die Geldökonomie wichtig wird, bei uns zurecht auch die Forderung kommt nach gleichem Lohn und Zugang zu Geld als ökonomische Ressorce. Das als Einführung nur zu sagen.
Also, ökonomische, feministische Ökonomieanalysen sind leider sehr wenig gemacht worden. Es wird sehr viel über Patriarcaht geredet, aber meiner Meinung nach ist ein riesiger Bereich gerade in der Ökonomie, was gerade Patriarchat ist; patriarchale Regelungsmechanismen in der Ökonomie sind noch überhaupt nicht analysiert.

## Neue Weltwirtschaftsordnung

Also jetzt zur neuen Weltwirtschaftsordnung; auch da noch Vorbemerkungen. Heute heißt es ja neue Weltordnung. Also Busch hat das Wort *neue Weltordnung* gebraucht. *Neue Weltwirtschaftsordnung* war ein Kampfbegriff des Südens der 60-er und 70-er Jahre. Der wurde geprägt, anfangs vor allem im Zusammenhang, als in Wien die OPEC Ende '73 beschlossen hat, den Ölpreis zu erhöhen. Das war der Aufbruch zu einer riesigen Hoffnung. Eigentlich wollte die OPEC übrigens das Hauptquartier in der Schweiz, in Genf haben und die Schweiz-Regierung wollte die OPEC nicht. Das war dann auch der Verdienst von Kreisky (österr. SP-Bundeskanzler), überhaupt der OPEC zu ermöglichen, sich in Wien niederzulassen. Die wollten ja eine respektable Stadt, und Wien war dann die Alternative zu Genf.
Da wurde das erste Mal in der ganzen internationalen Presse geschrieben und im Fernsehen kam "Eine neue Epoche ist angeborchen", "es ist der Beginn einer neuen Weltwirtschaftsordnung". Dieser Begriff hieß, der *Anspruch des Südens auf mehr, auf gerechte Bezahlung für Rohstoffe, aber auch ganz viele andere Regelungen.* Ich werde morgen dazu reden im Zusammenhang mit der Ölpreisgeschichte (betrifft Seminar zur "Geschichte des Rohöls" , d.Tip.), weil dieser Begriff, das war der erste ganz große Erfolg des Südens in der Rohstoffrage.
1974 wurde der UNO-Vollversammlung ein ganz langes Programm vorgelegt, was übrigens angenommen wurde von der Vollversammlung, wo es über Verhaltenskodex der Multinationalen Konzerne, Zugang zu und Kontrolle des Südens über die Meere, also über die Transportsysteme bis zu Rohstoffabkommen usw ging. Und das war ein riesiger Aufbruch von Gerechtigkeitsträumen auf internationaler Ebene. Die EG hat 1975 das Lone-Abkommen mit den ehemaligen Kolonialstaaten geschlossen, wo sehr viele Privilegien, Weltmarktprivilegien eigeräumt wurden. All das wurde in den 70-er Jahre diskutiert, als Forderung des Südens, und die jetzt übrigens aufgehoben werden, jetzt, im Zusammenhang mit den Schulden der "3.Welt". Die nördlichen Regierungen waren überzeugt, daß das kommen würde, - die *Verschuldung der südlichen Staaten.* Dazu kommt der *Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten.* Die realsozialistischen Länder haben ja eine ganz wichtige Rolle gespielt, so beschissen die Länder funktioniert haben, so wichtig waren sie für den Süden trotzdem. Und das Dritte, der *Golfkrieg*; die Ölpreissache spielt meiner Meinung nach überhaupt keine Rolle beim Golfkrieg. Der entscheidende Punkt war eigentlich, das Ende dieser ganzen Epoche dieser neuen Weltwirtschaftsordnung.
*Heute ist es so, daß die Karten sehr neu gemischt werden.* Die Vorstellung, über internationale Regelungen sind, die sich jetzt heute entwickeln, sind sehr neu, anders als was seit dem "2.Weltkrieg" diskutiert wurde. Es sind neue Konstellationen. Und ich habe beobachtet als es in der Schweiz z.B. um den Beitritt der Schweiz zum IWF und Weltbank ging, und jetzt dann zum EWR, daß in allen Gruppierungen die Meinungen gespalten waren, sowohl bei den bürgerlichen Kräften, als auch bei den Linken, als auch bei den Frauen. Und ich denke, das hat sehr viel damit zu

tun, daß einfach nicht nur Uneinigkeit herrscht über was politisch richtig oder falsch ist, sondern auch in Bezug auf die Realitätsanalyse - was ist überhaupt heute realistisch, und *wie funktioniert die Welt heute überhaupt, also der Weltmarkt.* Und ich will jetzt im folgenden meine Thesen vorstellen zum, was hat sich verändert auf dem Weltmarkt, was ist neu. Einfach, weil ich denke es ist sehr wichtig, auch für die politischen Debatten.
Zu mir selbst muß ich noch sagen, ich habe ja den Titel gewählt, "was hat sich geändert seit 1968". Ich bin selbst '68-erin, und wir haben ja sehr viel Systemdebatten gehabt, die "3.Welt" hat ja eine sehr große Rolle gespielt, Vietnam zum Beispiel. Die ganze Solidaritätsbewegung ist da sehr erstarkt durch die 68-er-Bewegung. Für mich waren eigentlich 3 Fragen sehr wichtig, also für meine theoretische Weiterentwicklung, war sicher die 68-er Bewegung sehr wichtig, wo die ganzen (?)Stamocap-Theorien entwickelt wurden, die ja heute real überholt worden sind. Das zweite ist, daß ich in Afrika gelebt habe 5 Jahre, einen Krieg und einen sehr revolutionären Aufbruch erlebt habe und auch gesehen habe was das real heißt, real eben nicht heißt. Und das Dritte ist dann eben die ganze Frauenbewegung. Und ich habe mich deshalb, weil das auch meine Biographie ist, sehr stark mit weltwirtschaftlichen Aspekten befaßt.
Ich habe das jetzt auf 2 Seiten die Hauptthesen zusammengefaßt für einen anderen Kurs.

**Das Fortschrittsversprechen**
Die These 1 ist: *Das Fortschrittsversprechen*, dazu gehören meiner Meinung nach eben auch die Menschenrechte, das nach dem "2.Weltkrieg" an alle Nord-, Süd- und Ostländer, aber auch an die Frauen, auch an die Armen gemacht wurde, und auf dem die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus beruht hat - eben alle haben sich darauf berufen, - ist heute in Frage gestellt. Das ist das gefährliche an der Situation; das heute, durch den Zusammenbruch des Realsozialismus eben, die Verpflichtung, sich an ein Versprechen an die Menschheit zu halten, auffallend zurückgenommen wird.
Das läuft zum Teil, das habe ich festgestellt, mit der Infragestellung der Menschenrechte. Also, daß ein neuer Ethnozentrismus aufkommt, und sagt, die Menschenrechte sind so ethnoimperialistsich, also sie können nicht für alle gelten, weil andere ganz andere Kulturen haben. Das halte ich heute für sehr gefährlich, zu sagen, die Menschenrechte gelten nicht mehr für alle. Übrigens die Begründung der Apartheit in Südafrika war, daß die anderen eine völlig andere Kultur haben. Und ich denke, daß müssen wir in der ganzen feministischen Rassismusdebatte noch mal überdenken, was wir eigentlich mit anderen kulturellen Voraussetzungen genau meinen und wie wir damit in der politischen Öffentlichkeit damit umgehen.
Dieses Versprechen an die Menschheit, alle haben sich darauf berufen, Reagen, Busch, Kennedy sowieso mit der Allianz für den Fortschritt, aber auch die sozialistischen Staaten. Die Systemkonkurrenz bestand darin, daß immer gesagt wurde, macht es so wie wir. Und dann wurde auch noch ein bischen gesponsert, ein bischen nachgeholfen, zu viel günstigeren Bediengungen Hilfe geleistet als heute zum Beispiel. Es wurde darum geworben, entweder den Kapitalismus oder das sozialistische System zu übernehmen. Und beiden wurde versprochen, wenn ihr es so macht wie wir, werdet ihr es einmal haben wie wir.Und ich denke dieses Versprechen wird heute aufgehoben.

**Die Probleme werden in den Süden verschoben**

Eine zweite Ebene, wie heute das Versprechen aufgelöst wird, ist daß *die Probleme in den Süden verschoben werden.* Es wird ständig von *Bevölkerungsexplosion*, also dieses unheimlich diskriminierende bösartige Wort, und von *korrupten Eliten* geredet. Natürlich sind sehr viele Regierungen und ein Teil der Eliten dort, genauso wie bei uns, saumäßig korrupt. Aber es läßt sich nicht erklären damit, was gegenwärtig mit den Süden passiert. Es läßt sich ökonomisch radikal damit nicht erklären. Also, zunehmend wird das Problem in den Süden verschoben und es wird nicht mehr gesagt vom Kapitalismus, von den OECD-Staaten, daß es ein Versprechen gibt, sondern es wird gesagt, "wenn ihr vernünftig seid...", "ihr seid selbst Schuld" usw.

**Das Ausmaß der Umweltzerstörung,**
**Grenzen für die technische Entwicklung**
Ein weiterer Punkt, warum das Versprechen in Frage gestellt ist, ist, daß das Ausmaß der Umweltzerstörung, die durch die Produktionsländer der OECD-Länder verursacht worden ist, so groß ist, daß es offensichtlich ist, daß das Versprechen "ihr werdet es so haben wie wir" nicht mehr eingehlaten werden kann. Also es heißt, daß etwas hier passieren muß, damit es den anderen so gehen kann wie uns. Und diese Frage ist anfangs der 70-er Jahre aufgebrochen, aber sie stellt sich heute viel radikaler. Auch wir haben in der 68-er-Bewegung, die Frage, daß es Grenzen für die technische Entwicklung gibt, noch nicht diskutiert. Doch das ist heute den führenden Kräften, der Weltmarktelite, völlig klar. Und heute stellt sich die Frage der Verteilung viel, viel radikaler. Früher hatte man eigentlich die Vorstellung, Umverteilung, Besser-Verteilung, mehr Gerechtigkeit durch Wachstum. Das kann heute, bei Strafe des Unterganges, nicht mehr durchgehalten werden. Das stellt eine völlig neue Situation. Und da ist der Norden auch viel mehr bereit Härte zu zeigen, und das zeigt sich heute in den Umweltverhandlungen knallhart. Ich will nicht genauer darauf eingehen, weil es sonst viel zu lange geht.

**Nord/Süd-Ausplünderungsrate**
**Die Kluft zwischen Arm und Reich**
Dann kommt ein weiterer Punkt dazu. Weltweit hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich, sowohl auf nationaler Ebene, wie auch auf internationaler Ebene unheimlich vergrößert. In den 70-er wurde die Ausplünderungsrate effektiv kleiner, im Vergleich zu den 50-er und 60-er Jahren. Die Nord-Süd-Ausplünderungsrate hat unheimlich gigantisch wieder zugenommen in den 80-er Jahren. Wir werden morgen dazu noch genauer reden (bezieht sich auf

das folgende Seminar zu "Verschuldung",d.Tip.). Es gibt eine Ausplünderungsrate, da können die Leute immer noch leben, und es gibt einen Ausplünderungsgrad, wo dann die Zerstörung beginnt. Es gibt bei uns ja auch eine Mittelklasse, die ausgebeutet wird, aber es läßt sich als Mittelklasse leben. Aber es gibt ein Ausmaß der Ausplünderung, wo es umkippt in Zerstörung, und dieses Ausmaß ist heute in einem Ausmaß erreicht, wie wir uns das in den schlimmsten Szenarien der 70-er Jahre nie, nie so vorgestellt hätten. Also es kann nicht genug betont werden, wie unheimlich sich die internationalen Machtverhältnisse verändert haben, seit den 70-er Jahren. Wir hatten uns NIE vorgestellt, was sich jetzt real entwickelt hat.
Zum Teil hat es mit der sehr effektiven *Roll-back-Politik der USA* zu tun, zum Teil hat es mit der *Verschuldung der "Dritten Welt"* zu tun, was in den 80-er Jahren dann passiert ist. Es hat aber auch damit zu tun, daß sich auf dem Weltmarkt sehr viel geändert hat.
Ich werde jetzt zuerst über den *Weltmarkt,* über den Teil *Transnationale Konzerne* und Handel etwas sagen, und dann etwas über den *Finanzsektor.*

**Weltmarkt**
**Transnationale Konzerne**
**und Finanzsektor**

Ich denke, daß sich das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Marktregelung unheimlich stark verändert hat. Die alt-linken Theorien, die sich an den Theorien des Imperialismus und des staatsmonopoloistischen Kapitalismus anknüpfen, müssen revidiert werden. Also die Vorstellung des Imperialismus ist eigentlich das, was einer der führenden Leute in der USA formuliert hat, also die moderne Vorstellung des Imperialismus ist "what is good for General Motors, is good for USA and vice versa" (was gut für General Motors ist, ist gut für die USA und umgekehrt"). Also die Vorstellung, daß die Macht der Konzerne dem gesamten Staat dient, und daß der Staat als Vertretung der Gesellschaft ein Interesse daran hat, daß die Konzerne mächtig sind und Erfolg haben überall auf der Welt. Und das stimmt heute radikal nicht mehr. Ich denke es wäre viel wichtiger heute, viel konsequenter, von der ***Diktatur des Weltmarktes*** als von der Frage des Imperialismus zu reden. Also die Multinationalen Konzerne benützen heute noch die Staaten und den Nationalismus, um für sich Vorteile rauszuschinden. Aber diese Vorstellung, die schon seit den "2.Weltkrieg" real ist, daß es sowas wie nationalen Reichtum für den Norden gitbt, der durch die Konzerne reingeholt wird, und das alle irgendwie davon profitieren, auch der ganze soziale Pakt der Arbeiterbewegung hat damit funktioniert, auch der Wohlfahrtsstaat, DAS ist zu Ende.
Der Arbeitsministier von Clinton, Rorbert Reich, der hat ein Buch geschireben bevor Clinton gewählt wurde, und der macht sich unheimlich lustig über den Bush-Besuch in Japan. Bush ist da ja ohnmächtig geworden und hat da seinen eigenen Niedergang vorsymbolisiert. (Gelächter..) Das ist eine unheimlich symbolische Bedeutung. Umgekehrt, als der Höhepunkt von Bush war, als Gorbatschov und Bush Gespräche hatten in Malta, da waren sie auf einem Schiff und Gorbatschov wird seekrank, der Arme; und der mußte dann ziemlich bleich auf das Land geführt werden;, und überall im US-Fernsehen kam das - der Weichling Gorbatschov, der nicht mal ein paar kleine Wellen ertragen kann; und Bush hat in so einem kleinen Boot noch ein paar Runden auf dem stürmischen Meer gedreht, um zu zeigen, was er für ein toller, fitter Cowboy ist.

Aber in Japan ist er vor laufender Kamera ohnmächtig geworden; ja wirklich, das ist ein Teil der Politik. Und er hat sich ja da wirklich unheimlich eingesetzt und die Japaner haben dann zugestimmt. Er ist in die USA zurückgekommen und gesagt, er hätte Erfolg gehabt, und zwar, daß mehr Autos, "made in USA" nach Japan ausgeführt werden dürfen. Reich macht sich lustig darüber. Er rechnet vor, daß wenn ein Auto, aus der USA 10.000$ kostet, daß nur noch 3.000$ wertmäßig in den USA anfallen, daß die 7.000$ in anderen Ländern, vor allem in Südkorea, an Wert produziert werden. Also Bush hat sich defakto für Arbeitsplätze in Südkorea eingesetzt und nicht für Arbeitsplätze in der USA.

Frage: "Wieso vor allem Südkorea?" Weil die General Motor-Autos, die in der USA hergestellt werden, werden in Südkorea produziert. In der USA werden praktisch nur noch der juristische Teil und ~~das~~ ganze Marketing gemacht. Das Design wird in Italien gamacht, ein Teil der Motoren wird in Deutschland produziert, ein Teil der Technologie wird von Deutschland geliefert. In den USA z.B,.sind 50% der Importe und Exporte, also die Hälfte, sind Zulieferungen der Konzerne an sich selbst. Also etwas ***40% des Welthandels sind Zulieferungen der Konzerne an sich selbst,*** also einfach Zulieferungen um das Produkt zusammen zu stellen, also inclusive Dienstleistung natürlich.
Bei uns in der Schweiz hat es ein sehr schönes modernes Plakat für Mazda gegeben, und da hieß es darauf, "ist es ein Euraner oder ein Japäer", also der Mazda ist in Europa und Japan gemacht. Das heißt natürlich, daß heute Multinationale Konzerne ganz andere Interessen haben in Bezug auf Staaten, als ein Multinationaler Konzern das noch hatte vor 20 Jahren. Und ich danke, da, in dieser Hinsicht stellt sich auch die Frage von Staatspolitik der Linken, oder auch der Feministinnen sehr neu. Z.B. in der Schweiz ist die ganze EG/EWR-Debatte darum gegangen, die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Industrie zu stärken. Aber die Wettbewerbsfähigkeit eines schweizerischen Konzerns ist etwas ganz anderes, als die die Wettbewerbsfähigkeit der Menschen die in der Schweiz arbeiten.Mir ist doch egal, ob ich für ein japanisches Unternehmen in der Schweiz arbeite, oder für ein schweizer Unternehmen. Für mich ist entscheidend, ob der Staat gewisse Arbeitsbediengungen durchsetzen kann, oder die Gewerkschaften in der Schweiz, oder ob ich einen Beruf habe, daß ich überhaupt eine Stelle bekomme. Also heute ist die Frage der Wirtschaft für eine Gesellschaft etwas ganz anderes, als die wirtschafltichen Überlegungen für die Konzerne, die auf dem internationalen Weltmarkt sind.
Ich weiß z.B. auf dem Finanzplatz Zürich, der ein unheimlich effizienter und großer Finanzplatz ist, also bis in die höchsten Ebenen, werden jetzt die Löhne um 20% gestriechen. Und ein ehemaliger Kollege von mir, ich habe ja auch einmal 2 Jahre in einer Großbank gearbeitet, der hat erzählt, daß heute Leute, z.B. Faschleute aus Asien, Computerfachleute, eingeflogen werden nach Zürich. Die haben hochgradig spezialisiertes Können, um gewissen Computerprogrammprobleme zu lösen, die werden eingeflogen, in Hotels gesetzt, die arbeiten 12 Stunden pro Tag, und werden nach 2, 3 Monaten wieder weggeflogen. Es gibt heute einen *Weltarbeitsmarkt.*

Übrigens, es gibt jetzt einen spannenden Konflikt in den USA. Kalifornien hat vor ein paar Jahren ein neues Steuergesetz eingeführt, sehr clever. Ich meine, wir müssen das überall einführen.

Der entscheidende Punkt ist, daß multinationale Konzerne oder Banken, die können Gewinne ausweisen, wo sie wollen. Und zwar, weil sie einfach so viele Waren sich gegenseitig liefern, daß sie so verrechnen können, daß die Gewinne in dem Land oder in der Stadt anfallen, wo die Steuern am tiefsten sind, auch wenn das Unternehmen in der betreffenden Stadt völlig ineffizient ist. Also die Fragen, wenn sie dann zum Beispiel kommen gegenüber den Gewerkschaften mit den Abrechnungen des Betriebes und sagen, wir sind beinahe in den roten Zahlen, die könr n heute aufgrund des Rechnungspreisen können die alles beweisen, das ist gar kein Problem.

Jetzt haben sie in Kalifornien ein Gesetz eingeführt, das sagt, daß die Gewinnsteuern nicht mehr auf den ausgewiesenen Gewinn gehen, sondern Umsatz, also sie schauen den Umsatzanteil am Weltumsatz an und schauen den Gewinn an und berechnen dann den betreffenden Gewinnanteil des multinationalen Konzerns, ***der konsolidierte Gewinn.*** Und für Kalifornien, die haben jetzt einen Prozeß mit der Barclays Bank, das ist eine Großbank aus England, und da stehen jetzt aufgrund dieses Steuergesetzes, nur für den kalifornischen Staat stehen eine Milliarde Dollar zur Debatte. Also nicht nur für die Bank allein,. Aber je nachdem hat der Staat eine Milliarde mehr oder weniger Dollar Gewinn, also Steuereinnahmen.

Die Steuerflucht der Konzerne ist enorm groß und die USA setzen einen unheimlichen Druck aus, daß international, daß nennt man ***Transferpreise*** in die Preise Preisverrechnungen wo der Gewinn aus den Kosten verwendet werden und die Erträge. Ein weiterer Punkt ist, steuertechnisch läßt sich einfach unheimlich viel nicht mehr kontrollieren, durch Gewinnverschiebung und Umverteilung, im Vergleich zu vor 20 Jahren. Also in der Schweiz ist das schon lange so. Also die USA haben heute ein Stadium erreicht, in Bezug auf Auslandsverflechtung, was die Schweiz schon vor etwa 30 Jahren hatte. Und bei uns ist das Problem, zum Beispiel die ganzen Bewegungen, auch die Sozialdemokratie, war bei uns schon immerso, daß bei uns die starke, staatliche Kontrolle der multinationalen Konzerne gar nicht möglich war, weil so viel eben im Ausland stattgefunden hat. Also es findet eigentlich weltweit gesehen, das haben übrigens die Schweizer Bankiers, die sind ja nicht dumm, die haben das gecheckt und sagen, es findet eigentlich eine ***Verschweizerung der Welt*** statt.

### Organisationsstrukturen der Transnationalen Konzerne

Ein weiterer Punkt ist, daß die transnationalen Konzerne ganz radikal ihre Organisationsstrukturen verändert haben. Das alte Bild der Armeeförmigkeit, auch das ganze Schulsystem war darauf ausgerichtet. Die Hierarchie oben, das Zentralkomitee, wie in der Partei orientiert, also die gesellschaftlichen Bewegungen, ob sie´s ablehnen oder nicht, orientieren sich ja immer an den zentralen Organisationsvorstellungen der Herrschenden, zum Teil sind es einfach die Negativbilder davon. Aber die Vorstellung, daß die Konzerne einfach einen Hierarchie hätten und einfach zentral oben das Zentralkomitee sitzt, wo die Machtzentren sind, wo alles entschieden wird, das stimmte einfach nicht mehr. Es gibt IBM, die haben hundertausende von Verträgen, von Produktionsverträgen über Beteiligungen,. Es gibt hundertausende von Verträgen und tausende Vertragsformen, die Konzerne organisieren sich selbst eigentlich ihre eigene Struktur. Daß z.B. der schweizerische Konzern NESTLE BERIERE? aufgekauft hat: Da ist die EG Kartellkommission in Funktion getreten und die haben dann recherchiert, ob NESTLE jetzt Marktanteile hat aufgrund des Kaufes, die verboten sind in der EG, weil NESTLE einen französischen Konzern aufgekauft hat.

### Entscheidungsverhältnisse und Besitzverhältnisse

M.: Es gibt ein völliges Auseinanderdriften zwischen Entscheidungsverhältnissen und Besitzverhältnissen. ***Der Besitz der Konzerne ist international gestreut,*** außer schweizerische Konzerne bis jetzt nicht. Und ich denke, daß das auch ein Punkt ist. ***Der Druck der Besitzer läuft praktisch nur noch über den Börsenkurs.*** Daß wenn die Manager nichts mehr richtig raus holen, daß dann die Börsenkurse sinken. Da kann dann so das Zeugnis für das Management sein, und dann werden Manager ausgebootet.

F.: Das heißt, es gibt keine klaren Besitzverhältnisse mehr bei denKonzernen?

M.: Natürlich haben die großen Banken z.B. oder auch die Konzerne unter sich, haben große ***Aktienanteile.*** Aber, also auch von den Entscheidungsstrukturen, das driftet unheimlich auseinander. ***Die Besitzstruktur und die Entscheidungsstruktur driftet eben auch bei den Konzernen ganz stark auseinander.*** Der Besitz ist ganz anders gestreut als z.B. die Unternehmen, das ist völlig anders gestreut. ***Der Besitz ist einfach zu 90% im Norden, also in den OECD-Staaten und wahrscheinlich zu 70% in den 10 größten Ländern,*** schätzungsweise denke ich.

### Managerausbildung

Aber auch das verändert sich und immer mehr wird eigentlich auch konzernintern über Marktmechanismen geredet.

Mein Neffe hat Ökonomie studiert und der hat jetzt eine Managerausbildung bei ABW-Konzern, das ist ein ganz großer schweizer-schwedischer Konzern, gemacht. Der wurde angestellt für ein Managmenttraining. Der kommt von der Universität, und die haben im 5000 Franken pro Monat gegeben und er ist verpflichtet alle drei Monate den Job zu wechseln innerhalb des Konzerns. Die Firma, das ist eine Firma die gehört 100%- dem Konzern, aber die muß abrechnen. Das ist eine Firma, die gegen Gewinn Leute ausbildet und die macht das jetzt folgendermaßen: die stellt den jungen Managertypen, von 6 sind es 5 Männer und eine Frau, also die nehmen 6 Leute pro Jahr. Die geben ihnen eine Liste, wo sie sich melden können, die müssen selbst aushalten, wo sie arbeiten können, nur die ersten drei Monate wird ihnen zur Verfügung gestellt. Der Jungmanager, der kommende, muß jetzt schon eine gewisse Dynamik beweisen. Gleichzeitig hat er jedes Recht, vom Vertrag zurückzutreten, also er hat absolut keine Verpflichtung. Folglich hat die Firma ein Interesse daran, daß es dem jungen Mann oder der jungen Frau gefällt bei ihnen mit dem Vertrag. Also daß sie ihnen möglichst viel anbieten und der Lohn, den die Abteilung für die Jungmanager zahlt, geht an diese Firma. Also die Firma handelt dann einen möglichst guten Lohn aus und die Abteilung streitet sich natürlich mit dieser Firma, der Tochterfirma, welchen Lohn sie bezahlen müssen. Und

die Abteilung behaftet dann die Tochterfirma, daß sie auch gute Leute bekommen. Also es ist ein ganz komplex programmiertes System von persönlichem Interesse und san giv on take-System??? Mein Neffe sagt übrigens, daß er nicht sehr viel lernt. Das einzige was er lernt, daß das Unternehmen das in angestellt hat, die Ausbildungsfirma, die organisiert, daß er mit ganz vielen Topmanagern lernen muß, mit ihnen Mittag zu essen und da sich anzupreisen, sozusagen. Dann müssen sie noch Auslandsaufenthalte machen und da haben sie eine Supervisionärin, die immer über ihre persönlichen Schwächen und so redet. Also nur zu sagen wie das real läuft. Wie unheimlich flexibel das gesamte System ist. Daß auch sehr viel Raum schafft für diese persönliche Initiativen und Entfaltungsmöglichkeiten. Ich habe mir ausgerechnet, daß wenn diese Firma einen Gewinn machen will mit meinem Neffen, daß sie dann den Neffen, wenn er fertig ausgebildet ist, etwa zu 50.000,- Franken verkaufen müssen, anpreisen müssen, effektiv. Die muß noch ungefährt 50.000,- Franken reinholen wenn er fertig ausgebildet ist. Sie muß ihn an eine Abteilung vermitteln und Vermittlungsgebühren einstecken, in etwa 50.000,- Franken. Also nur zu sagen, wie das geht.

Das eben nicht mehr ein Zentrum entscheidet wie eine Ausbildung geht, sondern das wird abgehandelt, wie wenn ich in eine Privatschule gehen würde und diese Privatschule mir Praktikas vermitteln würde. Also es läuft so ***konzernintern.***

F.: Eine Frage zu dieser Geschichte: Was ist dann der Unterschied zwischen dem was die Firma reinbringen muß und was der Manager verdient?

M.: Die Firma hat ihm 5.000,- bezahlt und die Stelle, wo er gearbeitet hat, hat der Firma 3.000,- bezahlt. In den ersten drei Monaten hat die Firma einen Verlust von 2.000,- Franken pro Monat gemacht. Und das wird dann kleiner und am Schluß muß sie das reinholen, indem sie ihn als topausgebildeten, hoffnungsfrohen Zukunftskader an eine einschlägige Abteilung vermittelt. So läuft das.

Das läuft heute auch so mit privaten ***Topkadervermittlungsstellen,*** die arbeiten auch genau so. ***Früher war das ein Ausbildungslehrgang.*** Und das Topmanagement hat dann darüber entschieden, wie das läuft. Heute ist das an eine Firma deligiert und wenn die Firma berüchtigt ist, daß sie keine guten Leute stellt, wird sie Pleite gehen. Dann wird das zentrale Management einschreiten und sagen, na hallo, wir müssen anschauen, was diese Tochterfirma macht und dort das Management auswechseln. Das sind ganz andere Entscheidungsabläufe, wie das überhaupt noch kontrolliert wird, das wird heute durch ***interne Marktabrechnungen und viel weniger durch hierarchische Entscheidungen.*** Und das ist sehr viel flexibler als System.

Ein zweites Beispiel ist. TOYOTA in Japan hat keine Lager mehr. Die haben nur noch Bestandteile für eine halbe Stunde auf Lager. Die haben riesige Straßenzufahrten, wo auf die Minute genau Zulieferautos reinfahren müssen. Da wird die Ware abgeholt genau in Reihenfolge. Durch die Computerisierung ist das möglich. In genauen Reihenfolgen fahren die ein. Das wird direkt auf Fliesbänder bereitgestellt. Das sind Zulieferbetriebe, die firmeneigen sein können, aber es können auch Kleinstbetriebe sein, die einfach die Verpflichtung haben, zu dieser bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort zu sein, und das wird auf die Minute genau berechnet. Das heißt natürlich, daß die Kosten des Risikos der Flexibilität, daß man z.B. Zeit verliert im Verkehr, und das Risiko eines Zeitverlustes oder einer chaotischen Situation targen ganz andere. Die Lagerkosten sind dann null. Es ist unglaublich, was heute passiert.

In der USA, übrigen auch in der Schweiz, gibt es Statistiken über Arbeitsplatzverluste. Und die Arbeitsplatzverluste finden tatsächlich in den Strukturen statt, die noch zu den Konzernen zugehörig bezeichnet werden.

**Die neue Weltmarktelite ....**

**Eigenverantwortung, Flexibilität, kritisches Denken, Kreativität**

Aber nebenbei entstehen hundertausende von Arbeitsplätzen, dies in Kleinstbetrieben, die früher eigentlich Unterabteilungen der Konzerne waren. Die auf eigenes Risiko arbeiten. Das gibt natürlich auch ganz neue Fordernisse die an diese Leute gestellt werden. Das heißt ***Eigenverantwortung***, ein sehr hoher Grad an ***Flexibilität,*** auch ***Dynamik, Kreativität.*** Es erfordert ein völlig anderes Schulsystem. Die Eliteschulen, also auch von klein auf, die vor allen in den USA existieren, die sind bekannt als die besten, heute noch. Die haben alle diese Ideale, die wir damals noch gehabt haben, 1968, die haben die in einem gewissen Sinn verwirklicht, Teamarbeit, antihierachisches Denken, kritisches Denken, also eingestellt sein auf neue Situationen, die alte Denkstruktur über den Haufen werfen, usw. Da entstehen auch ganz andere Formen von Bewußtsein und ich denke, wir haben uns noch sehr sehr wenig damit befaßt, was das überhaupt heißt.

Das Schlimme ist, in den USA gibt es bereits eine Trennung zwischen den beiden Schulsystemen. 80% der Bevölkerung gehen in das Schulsystem, wo ein bißchen Gehorsam gelernt wird, ein nicht allzu kritisches Denken und so. Das Schulsystem schafft die Trennung dann zwischen Weltmarktelite, also reich in einer neuen Weltmarktklasse und den anderen. Diese Weltmarktelite ist auch geistig extrem intellektuell, extrem mobil, also auch flexibel, da ist es nicht mehr verboten, irgendwelche, sehr subversiven Theorien zu lesen, weil die haben ja immer ein gewisses Kreativitätsmoment drinnen, usw. usf.

Also es gibt heute ***eine neue Klasse, die als Weltmarktelite bezeichnet werden muß,*** die international viel mehr verhängt auch viel mehr international orientiert ist, und die sich auch nicht mehr verpflichtet fühlt gegenüber eigenen Gesellschaften. Also eine ***neue Form von Internationalismus*** und ich denke, auch das ist noch sehr wenig bewußt, was das heißt. Daß die alten Gesellschaftsverträge, daß alle irgendetwas beitragen müssen, daß es in einem Land gut geht, wenn es auch nur stinknormaler Nationalismus war. Nationalismus ist heute wahrscheinlich mehr eine Abwehr, ein irrealer Abwehrmechanismus für die Verlierenden. ***Heute funktionieren die Eliten schon längst nicht mehr nationalistisch.***

Robert Biraich schätzt die Weltmarktelite in den USA auf 20% der Bevölkerung. Ich denke, in der Schweiz ist es mehr von wegen der Strukturen und er sagt, der große Klassenkampf wird zwischen diesen 20% und den anderen 80% stattfinden. Das wird die entscheidende Auseinandersetzung der Zukunft sein.

F.: Wer gehört zu dieser Weltmarktelite?

M.: Dazu gehören auch Topjournalisten z.B., Popkünstler. Ich würde auch sagen dazu gehören die obersten Hierarchien der Sozilaldemokratie, der Gewerkschaften, alle UNO-Angestellte, die Leute, die international vernetzt sind, sich an internationalen Entwicklungen orientieren. Ich würde sagen, der Job, wo ich arbeiten, wir sind zwar alternativ, aber trotzdem wir haben ein Fax z.B., wir haben internationale Kontakte, schauen an, was international passiert. Also wir orientieren uns sehr stark an solchen Fragen. Ich denke, es geht bis in diesen Job wo ich drinnen bin, diesen alternativen Informationsjob,.Es geht bis in diese Bereiche hinein. Aber auch so Topkünstler, die ja international behandelt werden. Die ganzen Medien, der ganze Medienbereich, Grafikerinnen, Grafiker,

Juristen und Juristinnen, die sich mit den Weltmärkten, internationalen Recht beschäftigen. Das EG Gesetz ist ja irre komplex. Es gibt 100.000 von Leuten die nichts anderes mehr machen, als einen Teil der Gesetze zu kennen und zuberaten. Und das setzt auch ganz andere Eigenschaften und Kommunikationsnetze voraus. Ich denke, daß ich ein ganz wichtiger Punkt.

**... hochkomplexe Gebilde. die geographisch nicht mehr ein Territorium haben**

Ein weiterer Punkt ist, daß heute mit transnationalen Konzernen verhandelt wird von UNO-Organisationen wie mit Staaten. Das sind einfach hoch komplexe soziale Gebilde, die geographisch nicht mehr ein Territorium haben, aber eigentlich noch komplexe soziale Strukturen sind, die fast wie Staaten ohne Boden funktionieren. Daneben gibt es auch noch die territorialen Staaten, also territoriale Einheiten, die auch hoch komplexe soziale Gebilde sind. Der Umsatz in einer Firma ist dasselbe wie das Bruttosozialprodukt in einem Land. Das ist eigentlich der Landesumsatz. ***Der Umsatz von IBM ist so groß wie das Bruttosozialprodukt von Australien und Neuseeland zusammen.***

Und man rechnet, daß etwa ***200 Konzerne etwa die Hälfte des Bruttosozialproduktes der Welt kontrollieren,*** effektiv, direkt und indirekt auch durch diese Verträge.

Es gibt etwa 800 große Konzerne insgesamt. Aber das ist sehr wenig, das ist pro Land 4 Konzerne, das ist eigentlich wenig, die Welt ist relativ groß.

F.: Also du sprichst selbstverständlich von multinationalen Konzernen? Es gibt ja auch nationale?

M.: Ja, die gibt es vielleicht schon in gewissen Bereichen in den USA, weil das Land ja sehr groß ist, wie Europa zusammen, da gibt es schon sehr große Betriebe, die wir jetzt in der Schweiz schon längstens Konzerne nennen würden, die sehr national orientiert sind. In den USA ist erst 20% des Bruttosozialproduktes Export - Import. In der Schweiz ist es 45%. Europa ist international viel verhängter, weil die Länder viel kleiner sind.

## Das Finanzsystem

**Neue Ausbeutungsfaktoren die direkt zwischen Finanzsektor und Bevölkerung laufen**

Jetzt komme ich zum Finanzsystem.

Es gibt da noch einmal eine ganz andere Entwicklung, seit den 70iger Jahren, durch die Veränderung des Währungssystems, was ich jetzt nicht genauer erklären will. ***Die Geldströme haben sich weitgehend abgekoppelt von dem, was auf dem Produktionssektor und Handelssektor passiert,*** also Handel von Gütern und Dienstleistungen. Und das stellt ganz neue Probleme auf. Theoretische. Z.B. die ganze Geldtheorie von Marx, die ganze Mehrwerttheorie, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Ausbeutung von Arbeitskräften und dem Geld, das irgendwo in die Kapitalistentaschen fließt. Dieser Zusammenhang besteht so nicht mehr. Ich denke, analytisch theoretisch ist das ein ganz schwieriger Punkt.

**Der Immobiliensektor**

Nur ein Beispiel. In der Schweiz ist aus Gründen, die ich auch nicht erklären will, der ***Immobiliensektor*** überdurchschnittlich stark, also der Häusersektor, also auch Boden, Häuser, Fabriken, fünf Mal mehr verschuldet als z.B. die Bundesrepublik Deutschland, in Japan, in England und wahrscheinlich auch in Österreich. Aus spekulativen Gründen, also als der Börsencrash war, 1987, sind ganz viele umgestiegen von Aktieninvestitionen in den Immobilienmarkt. Und die Preise sind da irrsinnig hochgeschnellt, das hat nichts mehr mit Wohnungsbedarf, radikal nichts mehr mit dem Bedürfnis zu wohnen zu tun. Sondern hat nur noch etwas mit Vorgängen im Bankensystem und im Börsensystem zu tun. Die Verschuldung in den Immobilien, das ist ganz ähnlich wie in der 'Dritten Welt', ist so hoch, daß wenn der Zinssatz für die Kredite, für die Hypotheken, ein bißchen steigt, daß das total stark ins Gewicht fällt für die Mieten. Die Mieten sind ein so hoher Anteil der Löhne heute, die schweizerischen Löhne sind ja sehr hoch, bis zu 1/3 der Löhne und wenn dann die Zinsen ein bißchen schwanken, dann fällt das unheimlich stark ins Gewicht. Da müssen Lohnsenkungen gemacht werden, um auf das Einkommen der Leute den gleichen Effekt zu haben wie die Mieten. Also über die Mieten werden heute die Leute ausgeplündert, in einer Art und Weise wie das vorher nur über die Löhne gelaufen ist. Ich denke, solche Mechanismen gibt es immer mehr.

Das hat nichts mehr damit zu tun, daß ich arbeiten gehe und einen niedrigen Lohn kriege, das sind ***ganz andere Mechanismen, wie Reichtum von der Bevölkerung abgeschöpft wird.***

F.: Aber das gilt für den Norden?

M.: ***Im Süden ist es die Verschuldung des Landes.*** Der entscheidende Punkt ist, daß für die Verschuldung des Landes das ganze Land haftet, egal wer die Schulden macht und das läuft dort öfters über das, zwingend.

F.: Ich weiß nicht, ob das so ganz stimmt. Es ist sicher ein Punkt, ... in Österreich, ... daß hier auch die Löhne statt angehoben zu werden, zurückgehen.

M.: Ich sage nicht, daß nicht auf dem Lohnsektor das selbe passiert. Aber es gibt heute ***neue Ausbeutungsfaktoren,*** die Umverteilungsmechanismen, die Formen wie die Bevölkerung ausgeplündert wird, entstehen neue, ***die direkt zwischen Finanzsektor und Bevölkerung laufen.***

**Kredite**

Vorher ist das hauptsächlich über die Arbeit gelaufen, also über Arbeit und dann ist das in den Finanzsektor gegangen. Und heute läuft das immer mehr über ***Kreditkarten und Kleinkredite.*** Eine Kreditkarteüberziehung ist heute das beste Geschäft für die Banken z.B. und das sind die besten Kreditformen, die es für die Banken gegenüber der Bevölkerung und überhaupt gibt. Nur zu sagen, es gibt dann auch Umverteilung für ganze Gesellschaften. Es gab eine Pfundkrise im letzten Herbst, diese Pfund-, Peseta- und Lirakrise im letzten Herbst. Der hat den Nationalbanken der EG innerhalb einer Woche mehr als 1/3 der Golfkriegskosten gekostet.

**Währungsspekulationen**

Die Währungen auf den Nationalbanken sind das Sparguthaben eines Landes im Prinzip. In einer Woche ***Währungsspekulationen*** einen Drittel der Golfkriegskosten, also wenn man z.B. von der ökonomischen Bedeutung des Golfkrieges redet, daß der unheimlich viel kostet und der unheimlich viel bringt den Unternehmen, dann ist das in älteren Kategorien gedacht. Der Golfkrieg war ja nicht billig, das war ein irrer Einsatz von sehr viel Technik und unheimlich, es war ein irr teurer Krieg, und trotzdem, in einer Woche haben die Spekulanten aus den Taschen der Nationalbanken der EG also der Währungsbehörden der EG haben sie ein Drittel der Golfkriegskosten herausgeholt. Und ohne daß viel gearbeitet wurde, es mußte nur an den Börsen gesessen werden und das richtige spekuliert werden.

### Devisenhandel und Devisenspekulation

Das zweite ist, heute z.B. der Handel. Wenn gehandelt wird zwischen Ländern, dann muß ja Währung in andere Währung umgewandelt werden, das nennt man ***Devisengeschäft.*** Das ist die Dienstleistung der Banken, die die Banken dann auch erbringen müssen. Also wenn wir nach Österreich kommen, müssen wir Schweizer Franken in österreichischen Schilling umwechseln. Oder wenn ihr Honorare in die Schweiz überweist und ich eine Dienstleistung erbringe. Ich exportiere praktisch eine Dienstleistung jetzt, aus der Schweiz nach Österreich. Dem entspricht irgendein Geld ein Währungstausch von Schillingen in Schweizer Franken. Und das nennt man Devisenhandel und das machen ja die Banken dann. Ursprünglich war der Devisenhandel der Bank eben für den Handel eben für diese Art von Transaktion zwischen Grenzen von Gütern und Dienstleistungen bestimmt. ***Vor 50 Jahren war der Devisenhandel zu 95% bestimmt durch den realen Handel von Gütern und Dienstleistungen zwischen Ländern. Heute sind es nur noch 5%. Also 95% sind nur noch Spekulationen auf Währungen.*** Und das heißt, das natürlich der Wert einer Währung nicht mehr viel zu tun hat, jedenfalls kurz- und mittelfristig mit der Produktivität eines Landes. Bei bei der letzten Währungskrise war es sehr wichtig, was der deutsche Finanzminister sagte, daß überhaupt die Spekulationen begannen. Spekulationen an der Börse sind immer Spekulationen auf die Zukunft und das hat immer eben viel mit Befindlichkeit, mit Gerüchten, mit Einschätzungen von Regierungen und mit Einschätzung der Welt überhaupt, zu tun. Das ist natürlich etwas unheimlich unbestehendes und sehr viel anfälliger für depressive Stimmungen, für den Stimmplakatzettel oder auch für Hochgefühle, für Medieneinflüsse. Also wenn die Medien eine Regierung als völlig unfähig bezeichnen, daß sie falsche Wirtschaftpolitik machen, dann fällt der Wechselkurs, auch wenn dies überhaupt nicht wahr ist. Oder z.B. die Erwartung daß in Frankreich ein Maastricht-Nein durchkommt, obwohl das dann für die Währung unmittelbar überhaupt keine Bedeutung hat, und Frankreich von der Wirtschaftsstruktur, der französische Franc sehr stabil hätte sein müssen, ist er völlig unter Druck geraten. Also das sind alles so Faktoren und das macht das ganze unheimlich unberechenbar.

F.: ..... Die Frage der ökologischen Bedingungen , Katastrophen, die müssen auch in die Wirtschaftdebatte eingebracht werden

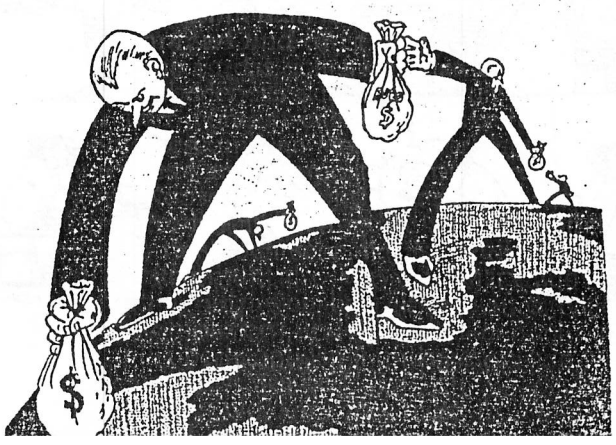
### Banken können innerhalb von Sekunden Milliarden transferieren

M.: Aber das Problem ist, eine große Konsequenz. Wenn ich mir jetzt anschaue, wie die Ökologiefrage diskutiert wird. Das die ***Banken,*** gerade weil sie ***innerhalb von Sekunden, Milliarden transferierten können,*** viel kurzfristiger, also in Bezug auf Veränderungen, konservativer denken als z.B. multinationale Konzerne. Produktionsbetriebe sind heute viel eher bereit sich auf eine Ökologiedebatte einzulassen als Banken. Das zwar z.B. bei Südafrika schon so, daß Apartheit keine Zukunft hat, und die Banken haben viel viel länger kolaboriert mit dem Apartheitregims. Die können ja innerhalb eines halben Tages sämtliches Geld oder sehr viele Geld rausnehmen. Es ist heute so, daß ein multinationaler Konzern der selbst wenn sie hochgradig mobil sind, Betriebe innerhalb von 5 Jahren aufgebaut und wieder abgebrochen werden. Das gibt es. In der ist das normal. Kein Mensch denkt in der Börse auf 5 Jahre. Also die spekulieren nicht auf 5 Jahre, sie spekulieren auf kürze Zeiten, halbe Jahre und maximal Jahreabstände.Dass wäre ja alles egal, sie können ja spekulieren, aber das Problem ist, daß dann mit der realen Wirtschaft inzwischen dieser kurzen Zeit auch etwas passiert. In Frankreich z.B. ist durch diese Spekulationen im Herbst, obwohl eigentlich nicht hätte spekuliert werden müssen, sind ganz viele Arbeitsplätze verloren gegangen innerhalb eines Monats, die Zinsen sind hochgegangen, weil die Betriebe die sehr verschuldet waren, in Bankrott gingen, die bei einer stabilen Währungslage nicht bankrott gegangen wären. Im realen Leben gibt es Brüche.In dem Moment in dem ein Betrieb bankrott erklärt, dann kommt ein ganz neuer Prozeß, wo es dann nicht rückgängig gemacht werden kann. Also drei Monate Schwankung haben diesen hiesigen Einfluß auf das. Da verändert sich etwas in diesem Land und es ist nicht mehr gleich wie vorher. Also mir ist das völlig klar, daß die ganzePerspektive des Überlebens der Welt, das das überhaupt in diesem Arten von Entscheidungsstrukturen, vor allem auf der Börse und im Finanzsektor, schlicht nicht vorkommen, es kann gar nicht vorkommen. Und das sagen auch Konservative und Bürgerliche. Es ist ja eine Überlagerung mit einem völlig anderen Entscheidungssystem, was auch sehr neu ist gegenüber dem früheren Kapitalismus, also was z.B. Marx zum Teil auch sehr richtig analysiert hat. Das macht die Sache auch sehr kompliziert und ich denke auch sehr schwierig, wie überhaupt damit umzugehen sein wird.

F.: ... verändertes Weltbild, daß die Bevölkerung nicht mehr ernährt werden kann, diese Existenzsicherung gegeben ist, ... über sauberes Wasser, über entsprechende saubere Luft, das fehlt uns ja alles, da können wir die ganzen wirtschaftlichen Transaktionen und all diese Bedingungen, die sie aufgezählt haben, daß die Gesellschaft so funktioniert, dann ist das aber alles überhaupt nicht mehr von Bedeutung, denn da geht es um ganz krasse Überlegungen das sind ganz andere Fragestellungen...

M.: Ich denke ein Problem ist, was die Zukunft dieses Systems für eine andere Fragestellung hat. Ich rede nur, was sich innerhalb dieses Entscheidungssystems verändert hat. Also ich rede über die ***Veränderung der Weltmarktstrukturen und nicht über die Auswirkungen und die Perspektiven im Moment.*** Das Problem ist, ich kann einfach nicht drei Stunden lang reden. Also ich denke mir, wenn wir Politik machen müssen, müssen wir verstehen, wie etwas funktioniert und was sich verändert hat und was an Strategien und auch an politischen Strategien nicht mehr möglich ist und was vielleicht an anderen Strategien heute im Unterschied zu früher eben möglich sind. Also ich denke, daß ist die Frage, die mich interessiert. Mir ist auch klar, wir können jetzt lange über Ökologie reden, und es wird ja überall auch wieder analysiert. Aber ich denke, ***was*** nicht oder sehr wenig innerhalb der Linken und in oppositionellen Kreisen ***analysiert*** wird, ist, was hat sich eigentlich an dem, ***was wir System und Kapitalismus nennen, was hat sich da überhaupt verändert.*** Das ist mein Thema heute.

F.: Stimmt es nicht, daß viele Konzerne jetzt selbst die Banken machen? BRD?



**Konzerne und Banken**

M.: Ja das stimmt. Sehr viele ***Konzerne nehmen Bankdienstleistungen*** nicht mehr in Anspruch, sondern haben welche, wenn heute ein Konzern Geschäfte über die Grenzen hinweg, abschließt, und das ist ja ein Großteil der Konzerntätigkeit. Das ist so kompliziert und mit den Unsicherheiten des Währungssystems und den Zinsschwankungen und all dem Zeugs. Weil es so unsicher ist, gibt es viele Banken die nur so Dienstleistungen wie Wahrscheinlichkeitsrechnungen machen, also ganz komplexe Modelle, damit was auch immer passiert, der Konzern nichts oder fast nichts verliert. Das ist auch ein Punkt, das heute ***nur noch die Großen sich das Wissen überhaupt noch leisten können,*** wie über Grenzen hinaus ohne Verluste gewirtschaftet werden kann. Das ist so kompliziert das Verhältnis zwischen Währungsschwankungen, zwischen Zinsschwankungen, das allein kann einen Konzern unheimlich viele Verluste bringen. Wenn es Ein- oder Zweijahresverträge sind, ist die Frage, in welcher Währung schließen sie den Vertrag ab, wie rechnen sie die Zinssätze usw.. Und die haben hochkomplexe Modelle, das sind so Bankdienstleistungen, die heute mit alle diesen Absicherungssystem zur Verfügung gestellt werden. Auch die Konzerne haben ihre eigenen Abteilung, die nichts anderes machen, als die Finanzgeschäfte durch Geldtransaktionen und Spekulationen auf die Zukunft so abzusichern, daß sie keine Verluste machen.

F.: Stimmt das, daß Konzerne entweder große Aktienanteile in Banken haben, oder selber eine Bank besitzen, das sich das so vermischt????...

M.: Ich denke nicht. Ich denke die gegenseitige Aktienverhängung ist enorm groß, das ist nicht neu. Die können auch eigene Banken gründen, aber das Problem des Kapitalismus selbst, eines Konzerns, gerade weil sie immer mehr kleinere Einheiten, die als eigentliche Unternehmen funktionieren, ist, daß wenn ein Unternehmen funktioniert, daß nicht unbedingt den Gesamtinteressen der Konzernstrategie entsprechen muß. Ich denke, es gibt kein kapitalistisches Interesse, es gibt tausend verschiedene Interessen, und was sich dann jeweils durchsetzt, weiß man vorher meistens gar nicht. Also auch die sagen, es hat sich wieder das kapitalistische Interesse durchgesetzt, daß stimmt nicht. Also z.B. ***bei der Verschuldung, da hat sich das Bankeninteresse gegen die Konzerninteressen durchgesetzt, und zwar einfach,*** weil z.B. die Konzerne haben unheimliche Einbussen gehabt, weil sie ganz viel nicht mehr liefern können an die verschuldeten Länder des Südens. In den USA sind etwa 2 Millionen Arbeitplätze draufgegangen, in Europa etwas 1Million. Das Problem ist, daß auch die Banken unheimlich gewonnen haben, durch die Art und Weise, wie die Verschuldung geregelt oder eben nicht geregelt wurde, in der 'Dritten Welt'. Was ich meine, es gibt wie eine Endrechnung der Konzerne, aber es ist sogar so, daß z. T. Firmen innerhalb der Konzerne gegeneinander konkurieren. Es kann sogar sein, daß die Produktion eines Konzernes, was diese Produktion brauchen würde, nicht identisch ist mit dem, was die konzerneigene Bank als Politik macht z.B. Also es ist unheimlich unübersichtlich selbst für die Konzerne, und die machen so eine Mischrechnung, natürlich gibt es so einen konsolidierten Gewinn, und jene die kronisch pletite machen, werden dann eliminiert. Aber es gibt nicht mehr diese zentrale Planung, also die Planung selbst ist unheimlich widersprüchlich.

F.:: Was ich wissen wollte, ... die Banken arbeiten eigentlich unheimlich schnell, und ihre Finanzspekulation ... wenn dies aber vermischt ist mit den Konzernen, wenn eine halbe Bank ist und ein halber Konzern, oder ..., ändert das dann dieses Verhalten?

M.: Das ändert nichts. Ganz wichtige Konzerne haben nur noch Gewinne, weil sie auch spekulieren. Z.B. ein ganz riesiger Konzern in der Schweiz der wäre schon längst in den roten Zahlen, wenn er nicht eine Spekulationsabteilung hätte. Und es gibt ganz viele Betriebe, auch kleinere Betriebe die sich nur noch mit spekulativen Geschäften über Wasser halten, ich bin überzeugt, das ist auch in Österreich so, wie auch in der Schweiz.

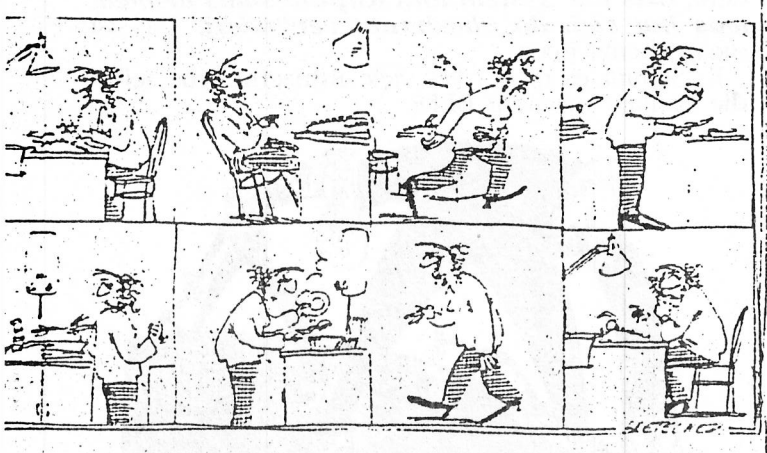
Das hat ganz schwerwiegende Auswirkungen auf die Produktionsstruktur. Mein Bruder ist Unternehmer in Brasilien und der hat gesagt, daß er . Also ich komme aus einer ganz schlimmen Familie, aber bei uns hat es wirklich alles, von rechts, nach links, Feministinnen, ich komme aus einem großen Klan. Mein Bruder der ist so mittel / klein Unternehmer in Brasilien. Er sagt, er plant nicht mehr, einen Produktionsprozeß nach den Kriterien, was ist effizent, also möglichst wenig Arbeit, also Materialkosten sparen, Arbeitskosten sparen, Maschinenkosten sparen, und so.

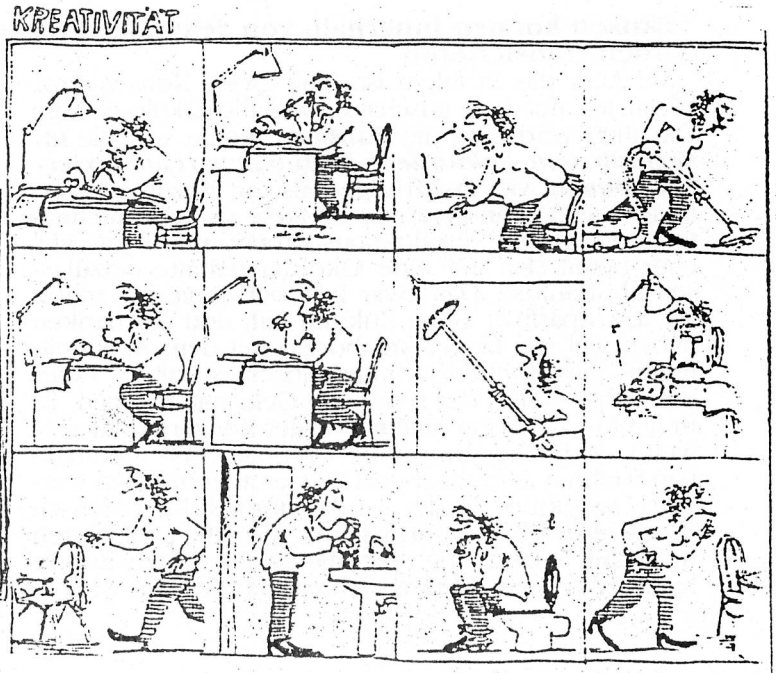
Was jetzt gerechnet wird in Geld in der Ökologie oder was für welche Arbeit bezahlt wird, das ist ein ***ständiges Spiel von Willkür und Herrschaft.***

Zum Beispiel wurden bei Strukturanpassungsmaßnahmen einfach Sozialausgaben gestrichen und es geht ganz einfach wieder auf Leistung und in die Arbeitszeit der Frauen rein. Ganz blank!

Und ich denke, wir rechnen, ihr könnt auch in Arbeitszeit rechnen oder hypothetische Energieeinheit anstatt Geldeinheit. Es kommt auf das selbe raus. Aber irgendwie muß in einer Einheit gerechnet werden, um bei den Spiel zwischen beiden Sektoren irgendwie klarzukommen.

Keine von euch lebt Unsinn.





**Veränderungspolitik und Katastrophenpolitik**

Meine These ist, daß wir sehr scharf unterscheiden müssen in Bezug auf Politik, zwischen Veränderungspolitik und Katastrophen-Eindämmungspolitik. Also ich denke, wir müssen ganz streng unterscheiden, politisch, zwischen Veränderungspolitik - wo ich denke, die ganze Frage der alternativen Wirtschaft, der alternativen Zusammenhängen, der neuen Mischung, also auch zu debattieren, was soll überhaupt über Marktwirtschaft, was über Staat, was über Gemeinschaftswirtschaft geregelt sein. Alle diese Debatten gehört für mich in die Veränderungsperspektive rein. Aber ich denke so wie heute *Weltmarkt* funktioniert, wie das ganze *Finanzsystem* funktioniert, denke ich müssen wir uns auch überlegen, wo politisch *eingegriffen werden muß um Katastrophen zu verhindern* einerseits, und *Spielräume zu vergrößern, um Veränderungspolitik überhaupt machen zu können* andererseits. Ein Beispiel; Für mich ist ein klassischer Fall die Südafrika-Sanktion. Die Südafrika-Sanktion ist ja eine sehr lange, 20-jährige Aufbauarbeit gewesen. Die Sanktionen wurden in der USA gegen den Willen der Regierung durchgesetzt. Es war in der Reagen-Zeit, das war wirklich keine einfache Zeit. Und Bewegunmgen haben das durchgesetzt. Für mich ist das Spielraumpolitik. Die haben durchgesetzt, daß bestimmte Verhandlungsbereitschaft von Seiten der Regierung, von Seite der Wirtschaftselite überhaupt entstanden sind und es wurde einiges erreicht. Ich denke die jetzigen Auseinandersetzungen sind brutal, aber es hätte X-mal brutaler werden können. Die herrschenden Kräfte waren nicht mehr in der Lage wirklich etwas zu entscheiden, was die Dinge wieder in Gang gesetzt hätte, also auch Verhandlungen, die Möglichkeiten überhaupt gewisse politische Kämpfe überhaupt zu führen, in Südafrika. Das denke ich, ist für mich nicht Veränderungspoltik, sondern Spielraumpolitik. Und ich denke ganz viel Solidaritätsarbeit geht heute darum, Spielräume, Handlungsräume überhaupt zu erhalten. Ich denke das ist ein ganz wichtiger Punkt, und da kann frau nicht unsentimental genug sein, und wirklich cool zu kalkulieren.In der Schweiz gab es dann die Debatte, weil wir eine sehr breite Banken-Boykott-Kampagne machten, daß das zu wenig revolutionär sei, und am Kapitalismus nicht ändert. Ich denke den **Kapitalismus**, so wie die Weltmacht heute existiert, die Weltmacht kann man nicht mehr **abschaffen**. Das einzige was möglich ist, ist wirklich zunehmend Gesellschaftpolitik zu machen, wo neue Strukturen entstehen, auch neue wirtschaftliche Strukturen. Da bin ich überzeugt. Also kein Dekret, keine Regierung stürtzt. Es ist die alte revolutionäre Vorstellung, daß man da irgendwelche Zentren stürmen kann und dann bricht das ganze zusammen, das funktioniert heute nicht mehr so. **Wir haben nicht mehr diese Machtzentren.** Das kompliziert die Sache einerseits, aber andererseits ist auch die Möglichkeit, Markt zu beeinflussen und Spielräume auch zu schaffen, sehr groß. Markt heißt heute, daß Multinationale Konzerne extrem image-empfindlich sind. Also eine erfolgreiche Boykott-Kampagne gegen einen Konzern, das braucht einfach Jahre um das aufzubauen, das hat wirklich Wirksamkeit. Ich bin überzeugt, daß da eine große Handlungsebene ist, vom politischen Handeln. Das System ist sehr viel flexibler geworden und für Sie ist es nicht mehr so abschätzbar, was z.B. Politik, oder Boykott oder Konsum, KonsumentInnen, alternative Bankenpolitik für Sie überhaupt noch bedeutet. Z.B. die Südafrika-Kampagne hat einen riesigen Erfolg gehabt in Belgien und in England.Wenn eine Person ein Bankkonto eröffnet, dann bleibt sie zu 80% bei der selben Bank, nach Marktforschung. Folglich läßt sich auch eine Boykottkampagne organisieren, nicht indem die Leute nur sofort aufgefordert werden sofort das Geld zurückzuziehen, das braucht sehr viel Kampagnen, sondern nur indem Unterschriften gesammelt werden, wo steht, "ich erkläre, daß ich niemals im Leben ein Bankkonto bei dieser Bank eröffnen werde, wenn sie das und das weitermacht". In England haben sie eine äußerst erfolgreiche Bankenkampagne nur so gemacht, unter jungen Leuten.

**Ich meine wir müssen Märkte kennen, wenn wir etwas verhindern wollen, oder etwas ändern wollen.**Zum Beispiel Medikamentenmärkte haben ein ganz andere Logik, als ein Finanzmarkt zum Beispiel, oder ein Ölmarkt, oder was auch immer. Ich denke auf dieser Ebene gibt es noch sehr viele Handlungsmöglichkeiten.

Das dritte ist, daß ich denke, das in der Frage der Weltordnungsebene, also, was jetzt in **GATT** entschieden wird, was in den **Staaten**, in der **EG**, schon sehr wichtig ist. Es spielt eine Rolle bis zu welchem Grad Gesamtarbeitsverträge abgeschafft werden, oder in der EG Minimalregelungen für Frauen z.B. existieren oder nicht und welche. Also solche grobe Regelungen spielen eine Rolle, aber ich denke diese Regelungen schaffen höchstens Spielräume. Es spielt eine Rolle,..der Organisationsgrad spielt für die Menschen im Süden eine Rolle. Ganz viele Frauen sagen heute im Süden, weil durch die Verschuldung, die Ausplünderung, Mehr-Ausplünderung der Länder, das Überleben zu organisieren einfach so viel Zeit einnimmt. Also die Durchschnittsarbeitszeit der lateinamerikanischen Frau ist pro Tag um 2 Stunden gestiegen. Das heißt, daß ihr für 2 Stunden nicht mehr Zeit habt Politik zu machen, ganz einfach. Also die Organisationsfähigkeit hängt ja nicht nur vom Leidensdruck, sondern auch von der Möglichkeit Zeit zu haben, Energie zu haben, ab, Zeit sich zu organisieren.

Frage: Also eins wollt ich schon noch dazu sagen. Ich glaub auch, daß ganz viel Verhinderungspoltik notwendig ist, aber das andere ist trotzdem, daß immer auch noch die Frage bleibt, ob mans Revolution nennt, oder wie auch immer, also ich den Traum auch nicht verlieren will, nicht kann, was es heißt, das wir ein System schaffen, wo die Herrschaftsverhältnisse so nicht mehr existieren.

Aber die Frage ist, was ist das Ziel der Revolution?

Ja, da hasst du sicher Recht, daß es nicht mehr so einfach ist zu sagen, die oder die Machtzentren sind es; oder auch die Erfahrungen der Revolutionen, die in den einzelenen Ländern stattgefunden haben, im Trikont, die gleichzeitig durch die internationale Macht dermaßen unter Druck gesetzt werden können, daß sie irrsinnig viele Kompromisse machen. Aber ich finds total notwendig, also an dem Punkt, Verhinderungspolitik machen, praktisch Widerstand leisten, auch im Blick zu haben, wo und wie müssen wir eingreifen, um, auch in langer Zukunft, daß die Ausbeutung so nicht mehr existiert. Ich weiß die Antwort leider auch nicht. Aber ich finds total wichtig, weil sonst, also das sind ja auch viele Erfahrungen von da, wo Verhinderungspolitik total benützt wird für ganz andere Sachen, wo die Herrschaft stabilisiert wird.

Also ich denke, das müßten wir wirklich einmal genauer diskutieren. Ich denke, es gibt z.B. eine Lobbypolitik, die demokratisch ist und eine Lobbypolitik, die nur neue hierarchische Strukturen schafft. Ich denke der Verhinderungspolitik kann auch noch die Frage gestellt werden, **wie verändert uns das**. Aber ich denke das heutige System, auch Staat, Regelung, Weltmarkt, sind nicht mehr so eng miteinander verzahnt, und die Machtzentren sind nicht mehr so klar, so einfach lokalisierbar. **Es stellen sich die Fragen der Veränderung wirklich anders heute.**

ENDE!

# Institutionen der Weltwirtschaft

**G7 = Group of Seven** (Gruppe der führenden sieben Industrieländer): USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada.
12 % der Weltbevölkerung - 55% des Weltsozialprodukts (s. Grafik 1 im report)

Herausragend die Staaten USA (1989: 26,9% des Welt-BSP), Japan (15%), BRD (6,5%, ohne Neue Bundesländer) (Ifo-Schnelldienst 8-9/91, S. 4). Es sind dies zugleich die ökonomischen Führungsmächte in den Triade-Regionen Nordamerika, Pazifisches Becken und Westeuropa.

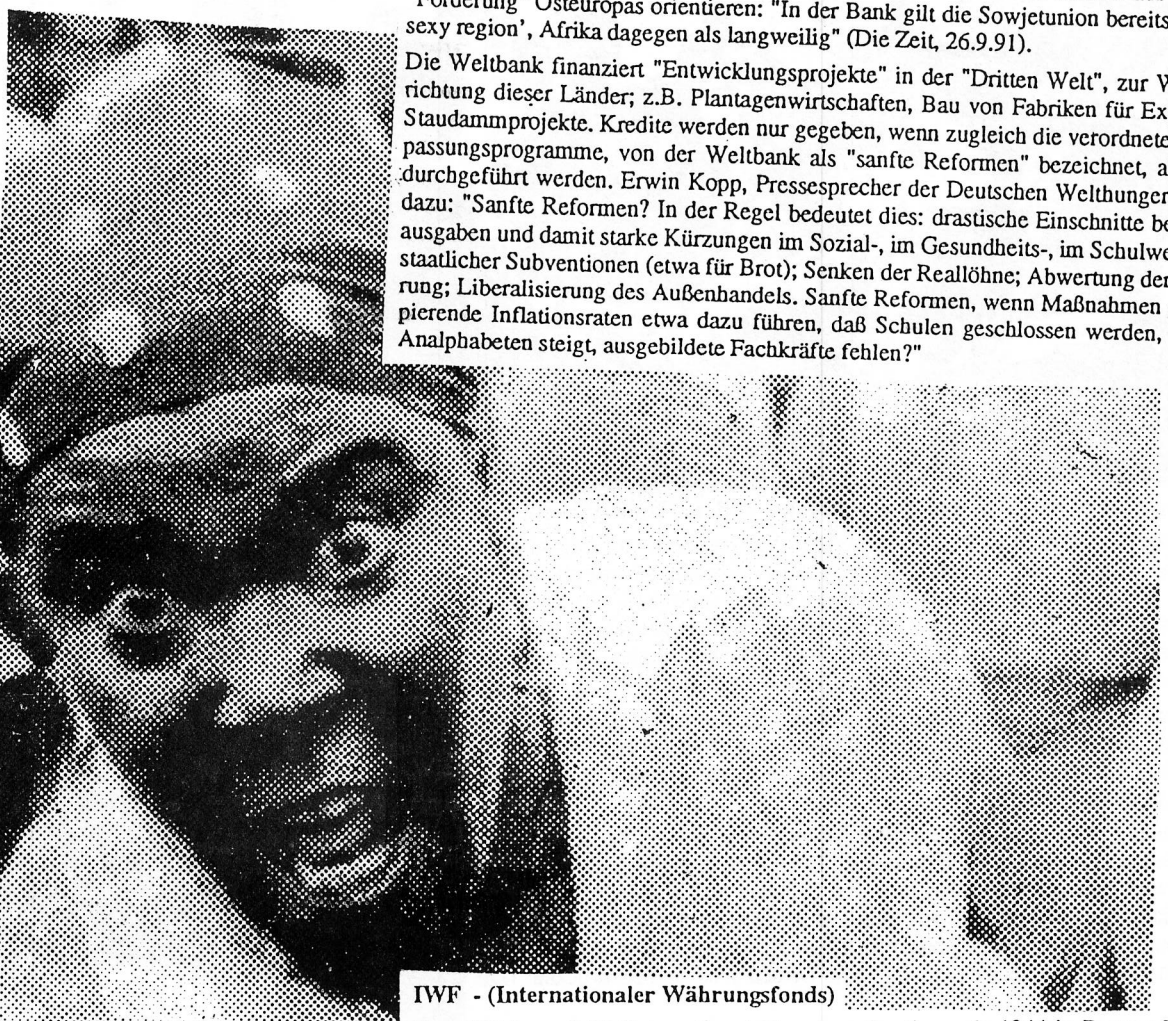
Die G7 ist keine internationale Organisation, und ihrer Tätigkeit liegt kein Vertrag zugrunde. Seit 1975 jährliche sog. G7-Treffen auf höchster Ebene (Ministerpräsidenten) - anmaßend **"Weltwirtschaftsgipfel"**, mit jeweiligen (meist nichtssagenden) Abschlußerklärungen. SZ-Schlagzeile (23.7.91) zum Londoner Gipfel: "Worthülsen vom Tisch der sieben Giganten"). Entscheidend jedoch die internen Absprachen und Abstimmungen im Vorfeld: Auf Fachminister- und Experten (sog. Sherpas)-Ebene. Versuch der Festlegung einer Weltwirtschaftsordnung, nach den Spielregeln und Regulierungsmechanismen der führenden Industrieländer: Abstimmung und Versuch eines koordinierten Vorgehens. Je nach weltpolitischer und ökonomischer Situation hat G7/WWG einen Funktionswandel vollzogen (s. auch report 11). Zugleich sind die G7-Gipfel Arena des Rivalitätskampfes der imperialistischen Hauptmächte.

**OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development)**

G7 sind die bedeutendsten Wirtschaftsmächte der OECD. Ihr gehören die 24 führenden kapitalistischen Industrieländer an: In Nordamerika, USA und Kanada, im pazifischen Raum (Japan, Australien, Neuseeland) und in Westeuropa die 12 EG- und 6 EFTA-Länder (außer Lichtenstein) plus die Türkei.
1961 entstanden, mit dem Schwerpunkt der Koordinierung der Wirtschaftspolitik (Konjunktur- und Währungspolitik) und Entwicklungshilfe.

**Weltbank - (IBRD - International Bank for Reconstruction and Development, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Sitz: Washington.**

155 Mitglieder. Vorbedingung ist die Mitgliedschaft im IWF. Die Geschäftsführung obliegt dem Direktorium mit dem zum Vorsitzenden gewählten Präsidenten. Derzeit Lewis Preston, davor Chef des Bankhauses J.P. Morgan (USA). Er will die Weltbank auf eine massive "Förderung" Osteuropas orientieren: "In der Bank gilt die Sowjetunion bereits als 'the most sexy region', Afrika dagegen als langweilig" (Die Zeit, 26.9.91).



Die Weltbank finanziert "Entwicklungsprojekte" in der "Dritten Welt", zur Weltmarktausrichtung dieser Länder; z.B. Plantagenwirtschaften, Bau von Fabriken für Exportprodukte, Staudammprojekte. Kredite werden nur gegeben, wenn zugleich die verordneten Strukturanpassungsprogramme, von der Weltbank als "sanfte Reformen" bezeichnet, akzeptiert und durchgeführt werden. Erwin Kopp, Pressesprecher der Deutschen Welthungerhilfe schreibt dazu: "Sanfte Reformen? In der Regel bedeutet dies: drastische Einschnitte bei den Staatsausgaben und damit starke Kürzungen im Sozial-, im Gesundheits-, im Schulwesen; Wegfall staatlicher Subventionen (etwa für Brot); Senken der Reallöhne; Abwertung der Landeswährung; Liberalisierung des Außenhandels. Sanfte Reformen, wenn Maßnahmen gegen galoppierende Inflationsraten etwa dazu führen, daß Schulen geschlossen werden, die Zahl der Analphabeten steigt, ausgebildete Fachkräfte fehlen?"

**IWF - (Internationaler Währungsfonds)**

Der IWF bzw. IMF (International Monetary Fund) wurde 1944 in Bretton Woods von 45 Staaten gegründet, darunter die Sowjetunion, die später ausschied. Ursprüngliche Aufgabe war es vor allem, die internationalen Finanzbeziehungen zu überwachen und für ein System stabiler, am Dollar ausgerichteter, Wechselkurse zu sorgen. Spätestens seit Ausbruch der Schuldenkrise zählt es zur Hauptaufgabe des IWF, die Schuldenzahlungsfähigkeit der "Dritten Welt" zu managen. Instrumente dazu sind die sog. Überbrückungskredite, die nur mit harten wirtschafts- und sozialpolitischen Auflagen vergeben werden.

Das Sagen hat im IWF - heute 155 Mitglieder - die G7 bzw. der sog. Zehner-Club. Das Stimmrecht richtet sich - wie bei einer Aktiengesellschaft - nach dem eingezahlten Kapital (sog. Quote: nach ihr richtet sich auch die Kreditziehungsmöglichkeit). Der Zehner-Club hat etwa 50 Prozent der Stimmrechte. Die USA haben mit 19 Prozent der Quoten faktisch ein Vetorecht, da alle wichtigen IWF-Beschlüsse mit einer Mehrheit von 85 Prozent der Stimmen gefaßt werden müssen.

Verwaltungsrat/geschäftsführender Ausschuß: Von 22 Exekutivdirektoren werden die laufenden Entscheidungen getroffen. Ihr Entscheidungsgewicht richtet sich ebenfalls nach den Quoten. Geschäftsführender Direktor: Seit 1987 **Michel Camdessus** - davor Präsident der französischen Nationalbank.

Wie die G7 den IWF für sich instrumentalisiert zeigt z.B. der Aufnahmeantrag der GUS-Staaten. Im Vorfeld der Frühjahrstagung (27. April 1992) einigten sich die Vertreter der G7-Länder im Februar, daß die GUS aufgenommen wird, eine Quote von 4,25 Prozent und einen Sitz im dann 23-köpfigen Verwaltungsrat (Exekutiv-Direktoren) erhält. Voraussetzung: Vereinbarung eines sog. Schattenprogramms mit dem IWF (= Reformprogramm unter Aufsicht des IWF) (vgl. FAZ, 19.2.91).

**GATT - General Agreement on Tarifs and Trade Allgem. Zoll- u. Handelsabkommen.**

"Das 1947 entstandene GATT ist ein Mittelding zwischen Vertragswerk und Organisation zur Überwachung und Regelung des Welthandels. Die GATT-Verträge, die vor allem Handelsbeschränkungen und Zölle abbauen sollen, erfassen derzeit rund 90% des gesamten internationalen Warenverkehrs. In sechs der Uruguay-Runde vorangegangenen, zum Teil mehrjährigen Verhandlungsrunden, wurden jeweils neue Zollsenkungen beschlossen" (Charles Pauli, Freihandel kontra Protektionismus, in: Dritte Welt Heft 2/91).

Das GATT ist seit seiner Gründung ein Instrument der Industrieländer zur Wahrung ihrer Interessen im Welthandel. Unter dem Schlagwort "Liberalisierung" ist es oberstes Ziel, den Gütern und Dienstleistungen der transnationalen Konzerne möglichst freien Zugang zu den Weltmärkten und Regionen zu sichern.

Umgekehrt verwehren die Industrieländer den Trikont-Ländern massiv den Zugang zu ihren Märkten. "Ihre Durchschnittszölle auf die Exporte von Entwicklungsländern sind höher als auf die Lieferungen aus anderen Industrieländern. Und bei allen bisherigen GATT-Runden drückten sie durch, daß verarbeitete Waren aus Entwicklungsländern mit höheren Grenzabgaben belastet werden, als unbearbeitete Rohstoffe. Diese Zolleskalation ist ein wirkungsvolles Instrument. um die Wirtschaftsentwicklung in der Dritten Welt zu unterdrücken" (Die Zeit, 2.11.90).

Handelsbarrieren sind eine Ursache, weshalb der Anteil der Entwicklungsländer an den Importen der Industrieländer im vergangenen Jahrzehnt massiv zurückging (vgl. Grafik). Gerade bei Waren, mit denen die Länder auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind, verhindert der Protektionismus den Marktzugang: bei Agrarprodukten, Textilien und einfachen Industriegütern.

## Die "Dritte Welt" in der Weltwirtschaft

76% der Weltbevölkerung wohnen in jenen Ländern, die wir als "Dritte Welt" bezeichnen. Auf diese 76% entfallen aber nur 17% des Weltprodukts. Allein Japan und die Bundesrepublik produzieren zusammen mehr als alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammen.

**NAFTA** - No American FuTure Alliance

Am 12.8.93 besiegelten die USA, Kanada, Mexiko das Freihandelsabkommen NAFTA (Nord American Free Agreement). Es umschließt einen Wirtschaftsraum von über 360 Mio. "Verbraucher". Dieses Abkommen ist ein Gegengewicht zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum).
Im Laufe der nächsten Jahre soll zwischen den Vertragspartnern Zölle, Quoten und Einfuhrlizensen aufgehoben werden. Gleichzeitig wurde die Grenze zwischen Mexiko und den USA durch eine Mauer abgeriegelt, die unter schärfster Grenzkontrolle der amerikanischen Armee steht. Zweck ist es, die mexikanische Bevölkerung im Lande zu behalten, um nicht die billigen Arbeitskräfte in die USA immigrieren zu lassen. Sie sind ab 1.1.94 für die amerikanischen Investoren und Multikonzerne auch in Mexiko komplett ausbeutbar.
Die kapitalistische-imperialistische Absicht ist, nichts mit der in Mexiko produzierten Armut im "eigenen" Land zu tun haben, um solidarische-soziale Unruhen im Imperium zu verhindern.
**Wer will schon gestört werden beim Laben, wenn andere darben!**
Durch das NAFTA kann die USA uneingeschränkt Kapital in Mexiko investieren und auch ihre Produktonsstätten billigst ausbreiten.
Die Neuordnung der Wirtschaft bedeutet, Privatisierung der Staatsbetriebe, Abbau der staatlichen Sozialleistungen, Freigabe der Mieten, Spekulation mit Grund und Boden, Rationalisierung und Steigerung der Produktivität.
Das amerikanische Kapital wird gleichbehandelt wie das Nationale und die USA ist nicht verpflichtet die Gewinne in Mexiko zu investieren.
Mit diesem Abkommen wurden die bisher "geschaffenen" Schulden nicht behandelt.
Die USA wird weiterhin und ab 1.1.94 erst recht ihren Müll nach Mexiko schaffen und für sie notwendige Rohstoffe abziehen.
Mexiko ist ein wichtiger Erdöllieferant und auch von anderen Rohstoffen wie Silber, Blei, Kupfer und Schwefel.
**Gier, Gier, Gier! Sie ersticken noch an ihr.**

Wir brauchen all diese wertvollen Rohstoffe, um unsere hochtechnologisierte Industrie - die wir natürlich bei uns behalten - damit speisen können.
Die umweltverpestende Schwerindustrie kommt klarerweise zu euch, damit wir es "sauber" haben.
Das Integrationsmodell, das Mexiko und den anderen lateinamerikanischen-Ländern aufgezwungen wird, ist ein Modell der Unterordnung und Abhängigkeit vom US-Imperialismus.
Die jetzt schon stark stagnierende Landwirtschaft wird mit diesem Programm völlig kaputtgemacht.
Das Veröden und Verarmen des Landes ist durch die Industrie, industrielle Landwirtschaft und Multipolitik besiegelt. Grundnahrungsmittel müssen teuer importiert werden. Besonders stark betroffen sind die Frauen, die von der Ernährungsquelle "Landwirtschaft" abhängig sind.
Sie werden einer doppelten bis dreifachen (LW-Kiddis-LA) Belastung ausgesetzt. Sie sind die Billigstarbeitskräfte überhaupt. Sie können sich "entscheiden":

- mit ihren Kindern in Slums (60% der mexikanischen Bevölkerung lebt in Großstädten) abzuwandern, um dort erneut einen Kampf ums Überleben zu führen

oder

- am Land in Imp-Fabriken auf die miserablen Bedingungen (wie auch bei den Slumbewohnerinnen), Hungerlöhne, willkürliche Entlassungen und keinerlei soziale Rechte einzugehen und zusätzlich mit Landwirtschaft das Überleben ihrer Familien sichern zu wollen. Das wird mit der Privatisierung und Agrarpolitik auch immer mehr und mehr unmöglich gemacht. US-Konzerne werden mit mexikanischer Regierungshand das Land aufkaufen.
Ein kleiner Teil der mexikanischen Bevölkerung wird davon profitieren, die Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung wird arbeiten "dürfen" und dabei verhungern.

Anmerkung von uns: LW = Landwirtschaft
LA = Lohnarbeit
Kiddis? und was ist des?

von: Autonomer und internationalistischer-feministischer Widerstand

aus: Das Europa des imperialistischen Patriarchats und die Schweizer Sozial"partner"

# 1. USA - Japan - EG : Konkurrenz und gemeinsame Interessen

Die 1956 gegründete EWG war die Antwort der westeuropäischen Bourgeoisien auf ihren riesigen, politischen und wirtschaftlichen Machtverlust im Ausgang des 2.Weltkriegs, sowie auf den Aufstieg des US-imperialistischen Patriarchats zur führenden Wirtschafts- (und Militär)- Macht. Motor der Gründung der EWG und ihres Vorläufers (Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951) waren die Kohle- und Stahlkonzerne - also jene Kräfte, die in beiden Weltkriegen entscheidend für die nationalen Kriegspolitiken gewesen waren.

Das US-imperialistische Patriarchat selbst hatte die Gründung der EWG vorbereitet. Ein wirtschaftlich und militärisch starkes Westeuropa sollte den "Vormarsch des Kommunismus" spätestens an der Elbe stoppen und die Basis für die Rückeroberung Osteuropas (oder gar der UdSSR) bilden. Mit diesem Motiv leistete die USA ab 1948 Marshall-Plan-Hilfe und initiierte 1949 die Gründung der NATO (Nordatlantik-Pakt).

Die führenden US-Konzerne profitierten vom Wiederaufbau Westeuropas wie auch von der relativen Vereinheitlichung des Marktes durch die EWG, da sie längst in W'Europa produzierten. Auch war das US-imperialistische Patriarchat daran interessiert, dass die w'europ. Staaten ihren Beitrag an die Kontrolle der Kolonien und Neokolonien leisteten.

Noch zu Beginn der 60er Jahre verstand der damalige US-Präsident Kennedy die EWG keineswegs als eine gefährliche Konkurrenz, sondern als "unser zuverlässigster und einträglichster Kunde". 10 Jahre später war der US-Anteil am Weltmarkt von 20% (1956) auf 12,5% abgesunken.

Die heutige Situation ist - wie frühere "lange Wellen" mit stagnierender oder sinkender Profitrate - gekennzeichnet durch eine Hegemoniekrise der imperialistisch-patriarchalen Welt: Wirtschaftlich ist ein relativer Niedergang der USA festzustellen, ein eindeutiger Aufstieg Japans und eine widersprüchliche Lage der EG. Die EG hat eine längerfristig stärkere Wachstumsdynamik als die USA, aber einen Rückstand gegenüber den USA und Japan bei Spitzentechnologien wie Informatik und Biotechnologie. Der Wirtschaftsmacht der EG, und ebenso Japans, entspricht keine gleich starke diplomatische und militärische Macht. (Wolf) Die Rückeroberung Osteuropas verschiebt zur Zeit die innerimperialistischen Kräfteverhältnisse auch politisch und potentiell militärisch zugunsten der BRD und zu Ungunsten der USA.

Mit der "Einheitlichen Akte" hat die EG "als wohl wichtigsten Nachtrag seit Unterzeichnung der Römer Verträge" den "Aufbau einer Technologiegemeinschaft zur Förderung zukunftsträchtiger Technologien" auf ihr Programm gesetzt. (Senti 83) Seit einigen Jahren betreibt sie eine aktive Technologiepolitik vor allem in den Bereichen Atomforschung, Fernmeldewesen, Informatik, metallische und nichtmetallische Werkstoffe, Bio- und Gentechnik. Dabei geht es immer auch um die Verankerung von Normen und Standards, die den japanischen und US-Konzernen den Zugang zum Binnenmarkt erschweren. (AK 308) In der Gentechnik wirkt die EG bahnbrechend in der Abschottung der Forschungen und Experimente gegen jede Kontrolle.

Grössenordnungen der 3 Blöcke:

| | | USA | EG | Japan |
|---|---|---|---|---|
| Bruttosozialprodukt | 1988 | 4796 Mrd.$ | 4727 | 2841 |
| Anteil am Weltexport | 1986 | 12,8 % | 19,8 | 12,4 |
| Bevölkerungszahl | 1988 | 246 Mio. | 325 | 123 |
| BIP pro Kopf | 1988 | 19'500 $ | 14'550 | 23'100 |
| Realwachstum des BIP | 1988 | 3,8 % | 3,2 | 5,5 |
| Arbeitslosenquote | 1988 | 4,8 % | 9,0 | 2,2 |

(Wolf; SBG)

Ueber die Konkurrenz hinweg werden die drei imperialistisch-patriarchalen "Blöcke" zusammengezwungen durch das gemeinsame Interesse an der Durchsetzung eines nächsten Wirtschaftsaufschwungs wie 1940/5-1967/73 auf technologisch revolutionierter Basis. Basis ist die Gesamtheit von materieller Produktion und Menschenproduktion. Ein Wirtschaftsaufschwung dieser Art setzt eine be-

trächtliche Anhebung der Durchschnittsprofitrate und die Erschliessung respektive Eroberung bedeutender neuer Märkte voraus. (Der relativ lange "Aufschwung" von 1932-90 war gekennzeichnet durch eine Finanz- und Geldpolitik der Nationalstaaten, die "das Wachstum auf ein tragbares Niveau" drosselte, und ist heute durch wiederansteigende Inflation und Verschuldungsniveaus gefährdet, wie der Internationale Währungsfonds IWF feststellt. NZZ 4.5.90.) Dem genannten, gemeinsamen Interesse entsprechen zwei weitere:

- Verschärfte Ausbeutung insbesondere der Frauen (2/3 der Arbeit !) in Metropolen, Kolonien und Neokolonien. Das ist nicht das einzige, aber das wichtigste und unter den drei imp.-patriarchalen Blöcken unumstrittene Mittel, die Profitrate zu heben.
- vorerst wirtschaftliche und politische Rückeroberung der nachkapitalistisch-patriarchalen Klassengesellschaften (COMECON, China) und der national-befreiten, kapitalistisch-patriarchalen Klassengesellschaften (wie Nicaragua). Neben der geographischen Eroberung neuer Märkte besteht jene durch Schaffung neuer "Bedürfnisse", insbesondere nach Rüstung.

Dieses gemeinsame, imperialistisch-patriarchale Projekt bedeutet eine massive Umwälzung der materiellen und der Menschenproduktion, der Arbeitsteilungen Metropole/Kolonie und Mann/Frau, sowie der zentralen und dezentralen Repressionsapparate. Es bedeutet zugleich eine neue Stufe der Verelendung der ausgebeuteten Klassen weltweit und ist nur gegen die vollständige Vernichtung ihres Widerstands durchsetzbar. In der spätkapitalistischen Vergangenheit wurden derartige Projekte durch Faschismus und Weltkrieg durchgesetzt. (Verelendung ist immer historisch zu verstehen: im Verhältnis zum Reichtum, den die ausgebeuteten Klassen zu schaffen gezwungen sind, sowie im Verhältnis zu den materiellen und kulturellen Lebens*möglichkeiten* in einer bestimmten Epoche.)

In diesem Rahmen von innerimperialistischer Konkurrenz und gemeinsamen Interessen ist das Projekt des Europäischen Binnenmarktes *eines unter andern.*

Der EG-Binnenmarkt - der laut EWG-Vertrag bis 1972 hätte vollendet sein müssen - entwickelte sich bis zur Rezession von 1973/5 und dann wieder nach der Rezession von 1980/2. Vor allem mit Hilfe des Währungs- und Finanzsystems wurde eine umfassende Internationalisierung der produktiven Aktivitäten und Zyklen, der Regulationsmechanismen und der Firmenstrategien erreicht. Der verschärften Konkurrenz der Rezessionsperioden hingegen begegneten die einzelnen Kapitale mit weiteren Kartellbildungen und die Nationalstaaten mit Protektionismus. Die w'europ. Staaten stehen heute unter dem Druck, ihre "Festung Europa" möglichst vor der nächsten Rezession auszubauen. Der Börsenkrach vom Okt. 1987 hat diesen Druck noch verstärkt. (Wolf; Inprekorr 210; AK 306)

# 2. Der Europäische Binnenmarkt

## 2.1. Das Währungssystem als Instrument der europäischen Integration

Der relative, wirtschaftliche Niedergang der USA führte zum Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, das auf der US-Hegemonie beruht hatte: 1971 hob die USA die Goldbindung des US-$ auf, 1973 ging sie zu freien Wechselkursen über. Errichtet wurde ein Kreditsystem mit "floatenden Wechselkursen".

Folge: Störungen im Welthandel, Verschiebungen im Handelsverkehr und folglich in den Zahlungsbilanzen. Auch die Austauschbeziehungen und Zahlungsbilanzen der damaligen EWG-Länder BRD, Benelux (Belgien, Luxemburg, Niederlande), Frankreich und Italien, deren Wechselkurse sich immer noch an den Kursschwankungen des US-$ orientierten, gerieten durcheinander. Als regionale Antwort bildeten sie mit GB, Dänemark, Norwegen und Schweden die westeuropäische Währungsschlange, das heisst ein Wechselkurssystem, bei dem die Kurse nur noch bis zu 2,25% nach oben oder unten abweichen durften. Gegenüber dem US-$ durften sie hingegen frei steigen oder fallen. Folge: die Notenbanken waren zu permanenten Devisenmarkt-interventionen gezwungen, die tendenziell inflationär wirkten. Mehrere Länder stiegen aus - die Schlange war gescheitert.

In der Folge verschärften sich die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Ländern noch (unterschiedliche Produktivitätsniveaus), und damit die Spaltung zwischen starken Hartwährungs-Ländern (BRD, NL) und schwachen Weichwährungs-ländern (F, I).

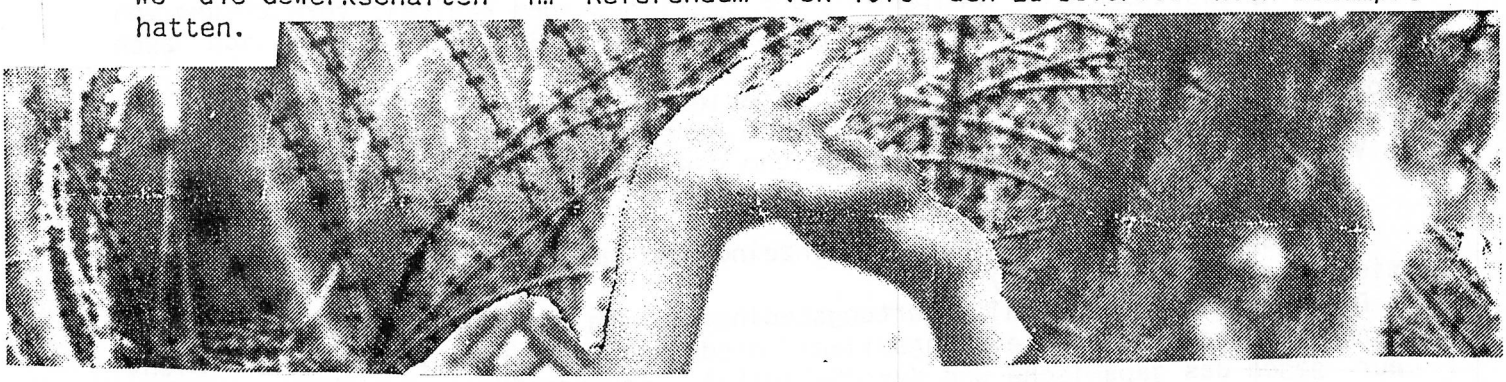
Neuer Versuch Ende 70er Jahre auf Initiative von BRD und F: **Europäisches Währungssystem EWS.** System institutionell (über den Ecu) fixierter Wechselkurse, Flexibilität gegenüber US-$ und Yen. Der Ecu wird aus den (gemäss ökonomischer Stärke) gewichteten nationalen Währungen berechnet. Ausgleich der Schwankungen (+/-2,25%) durch ein ausgeklügeltes Kreditsystem auf Basis eines Fonds aus 20% der Gold- und Devisenreserven jedes Landes. (heute 14 Mrd. ECU oder ca. 24 Mrd. SFr.) Der Fonds vergibt mittelfristige Kredite zur Ueberwindung von Zahlungsbilanzdefiziten. Die Kredite sind an Auflagen gebunden, die Anreiz und Druck zur wirtschaftspolitischen Disziplin geben sollen. GB ist bis heute nur formell beim EWS; es beteiligt sich nicht am Ausgleich.

**Ueber das Europäische Währungssystem zwang der BRD-Staat den "Weichwährungs-ländern" eine Geld- und Kreditpolitik auf, die zu Sozial- und Reallohnabbau zwingt. Die europäische Integration bedeutete also auch in diesem Teil eine (nicht-definitive) Niederlage der ausgebeuteten Klassen.** Steigerung der Arbeits-produktivität, Senkung der Reallöhne und Preisstabilität in der BRD bremsten hier das Wachstum, verringerten die Exportchancen der "Weichwährungsländer" und vergrösserten so die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen (Waren, Dienste und Kapitalerträge) zwischen "Harten" und "Weichen". Die "Weichen" mussten aus dem EWS austreten oder ihr Leistungsbilanzdefizit durch die deutsche Bundesbank finanzieren lassen (Verschuldung) und zugleich abwerten (d.h. die Exporte verbilligen, die Importe verteuern). Beides treibt die Inflation an. Die Inflation "mussten" sie über eine restriktive Lohn- und Steuerpolitik auf die ausgebeuteten Klassen abwälzen und zugleich das Zinsniveau über jenem der BRD halten (was die produktiven Investitionen bremsen kann), um die "Flucht in die DM" abzuschwächen. Helmut Schmidt: "... weil die Regierungen selbst eine Wechselkursanpassung beantragen und aushandeln müssen, weil sie bei Aufwertung von ihrer Industrie und bei Abwertung von ihren Konsumenten und Gewerkschaften gescholten werden, deshalb scheuen sie den dramatischen Akt, und deshalb haben sie ihr monetäres und fiskalisches Verhalten ... diszipliniert." Folge des EWS war eine Konvergenz des ökonomischen Verhaltens, wie seit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods nicht mehr. (AK 308)

## 2.2. Wiederbelebung europäischer Integrationspläne ab 1982

das heisst nach der Rezession 1980/2. Seit den 70er Jahren hatten sich die ökonomischen Grundlagen und die politische Konstellation folgendermassen verändert:

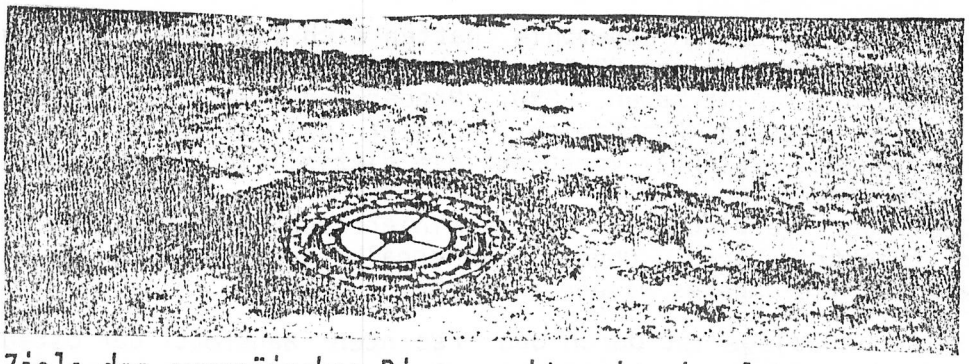
- Bis 1982 waren im Trikont die Voraussetzungen für einen weltweiten Wiederaufschwung in dem Sinn durchgesetzt, dass dort die Einkommen der ausgebeuteten Klassen katastrophal gefallen waren. Aber in den Metropolen, in denen der grösste Teil der Kapitalverwertung konzentriert ist, waren sie für eine bedeutende Anhebung der Profitrate viel zu wenig gesunken. Das Projekt des Europäischen Binnenmarktes als eines unter andern drückt in erster Linie aus, dass das Kapital die Kostensenkung (das ist mehr als Lohnsenkung) nun auch in den Metropolen energisch angehen will. Wie in den (Neo-)Kolonien steht auch hier die verschärfte Ausbeutung der *Frauen* im Zentrum der Anti-Krisenstrategie.
- Es hatten sich die drei ökonomische Zentren USA, Japan und Westeuropa herausgebildet. In der Konkurrenz um die Führungsmacht wird nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische und militärische Stärke entscheidend sein.
- Stabilitätspolitik und DM-Hegemonie hatten sich weitgehend durchgesetzt. Es hatte sich ein harter Kern von EG-Staaten herausgebildet, welche die Anpassungsleistungen nahezu erfüllt haben: BRD, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Irland und mit etwas Abstand Frankreich. Freier Kapitalverkehr (wie ihn das Binnenmarktprogramm vorsieht) verstärkt die disziplinierende Wirkung des harten Kerns auf alle andern.
- Der Grad der Verflechtung der dominierenden industriellen Kernbereiche (Maschinen, Elektro, Auto, Chemie) innerhalb der EG hatte ein mit den US-Bundesstaaten vergleichbares Niveau erreicht.
- Eine weitere Grundlage ist durch den rasanten Bankrott der osteuropäischen Staaten und der UdSSR entstanden: Die Reintegration des "Ostens" ins kapitalistische Patriarchat. Die EG hat diese Aufgabe in Arbeitsteilung mit der NATO übernommen (die EG macht die ersten Schritte) und hat sie bezüglich Polen, Ungarn und (seit etwas längerem) Jugoslawien an die EFTA weitergereicht.
- 1985 änderte sich das inner-bourgeoise Kräfteverhältnis in der EG selbst: Die technokratischen Kräfte (der "Sozialist" Delors) verdrängten die konservativen AnhängerInnen des reinen, freien Marktes (der Liberale Thorn). In der Folge schwenkten die reformistischen Kräfte und speziell die reformistisch dominierten Gewerkschaften (unter der Ideologie des "sozialen Europa") auf EG-Unterstützung. Sehr ausgeprägt ist das Umschwenken von Labour und Gewerkschaften (1988) in GB, wo die Gewerkschaften im Referendum von 1975 den EG-Beitritt noch bekämpft hatten.



## 2.3. Widersprüche der dominierenden EG-Staaten im Frühjahr 1989:

- Frankreich und Italien wollen den raschen Ausbau des ECU von einer Verrechnungseinheit zu einer EG-Währung und die Errichtung einer Europ.Zentralbank, um Mitsprache an den währungspolitischen Entscheiden der BRD-Bundesbank zu erreichen. Vorsichtige Sympathie von Teilen der deutschen SPD.
- Die BRD-Bundesbank beharrt auf ihrer traditionellen Unabhängigkeit. Die BRD und die Niederlande sehen eine Europäische Zentralbank als "Krönung" unbestimmt langer, wirtschaftlicher Konvergenz der Mitgliedstaaten. Gleske (Bundesbank): "Das Problem der Dominanz der DM im EWS ... sollte jedenfalls nicht dadurch gelöst werden, dass die BRD auf einen Weg gebracht wird, der ihre innere Preisstabilität gefährdet..."

- Analog zum "Deutsch-Französischen Wirtschafts- und Finanzrat" besteht der "Deutsch-Französische Verteidigungsrat", aber mit umgekehrten Rollen: Hier geht es der BRD um Einflussnahme auf die französische Militär- und "Sicherheits"politik.
- England hat gegenüber der EG eine Sonderposition. 1979 war die Befreiung des Kapitals von jeder Ein- und Ausfuhrkontrolle eine der ersten Taten Thatchers gewesen. Bis heute hat sie den Beitritt Englands zum EWS ausgeschlossen, solange die anderen europ. Regierungen die Kapitalströme nicht in ebenso radikaler Weise liberalisierten wie die englische und damit den starken Bank- und Versicherungsinstitutionen der Londoner City alle Türen öffneten. Ohne gemeinsame Währung ist ein echter Binnenmarkt unmöglich - und ohne England ist eine gemeinsame Währung unmöglich. Eine Alternative wäre eine erweiterte Freihandelszone mit weitgehend liberalisiertem Waren- und Kapitalverkehr. Seit einiger Zeit zeichnet sich nun aber in England eine Opposition ab, die dem thatcheristischen Europa der Hochfinanz ein heseltine'sches Europa des klassischen Finanzkapitals (das auf der Industrie beruht) entgegenstellen will. Das Industriekapital hat seit längerem seine Opposition gegen Thatcher (u.a. gegen ihre Hochzinspolitik) mit tiefen Investitionsquoten angezeigt. (WoZ 20.4.90)



## 2.4. Die Ziele des europäischen Binnenmarktes im einzelnen:

**1. Massiv verbesserte Kapitalverwertungsbedingungen der EG-Multis** (und unvermeidlich auch der in der EG operierenden Nicht-EG-Multis)
- durch Kostensenkung bei den Elementen der Kapitalverwertung: Rohstoffe, Maschinen, Gebäude, Geldkapital und Arbeitskraft (Reallohnsenkung und vor allem Ausweitung der unentlohnten Arbeit),
- durch Verkürzung der Umschlagszeit des (in Löhne verausgabten) Kapitals: Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Produktionsphase, Verbesserung der Transport-, Kommunikations- und Absatznetze in der Zirkulationsphase,
- durch Entwertung oder Vernichtung von überschüssigem Kapital: Vernichtung von Warenvorräten, Schliessung wenig produktiver Betriebe; letztlich auch Zerstörungen durch Krieg.
- durch technologische Umwälzung der materiellen und der Menschenproduktion.

**2. Eroberung weiterer Absatzmärkte sowie Rohstoff- und Arbeitskräftepotentiale:** Im Vordergrund stehen heute Osteuropa und die UdSSR.

Wir gehen im folgenden nur auf einzelne der genannten Ziele ein. (Weiteres siehe Kapitel Schweiz-EG.)

**- Die verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen in der EG** sollen sich auch in einer Verbesserung der Leistungsbilanz niederschlagen. Dies richtet sich nicht nur gegen das japanische und das US-Kapital, sondern führt zu einer **weiteren Marginalisierung der (Neo-)Kolonien auf dem Weltmarkt und zu einer weiteren Verelendung der ausgebeuteten Klassen dort.** Diese Marginalisierung wird verschärft, indem US-amerikanische, japanische und europäische Nahrungsmittel- und Chemiekonzerne ganze Teile der Rohstoff- und Agrarproduktion auf Basis neuer Technologien in die Metropolen verlagern. Die Konkurrenzfähigkeit gegen USA und Japan im Bereich der Spitzentechnologien (u.a. Bio-, Gen-) ist ein zentrales Motiv der europäischen Integration.
**- Das imperialistisch-patriarchale Projekt gegenüber der Krise, von dem die europäische Integration ein Teil neben andern ist, beruht ganz allgemein auf der verschärften Ausbeutung vor allem der Frauen in den Kolonien und Neokolonien.** Zu erwähnen sind die Ausbeutung von (mehrheitlich) Frauen in den Exportindustrien zu Hungerlöhnen, die Ausweitung der unentlohnten oder in die

Verschuldung führenden Arbeit, sowie die Ausweitung von Prostitutionsindustrie und Frauenhandel zwecks staatlicher Devisenbeschaffung. In Kolonien von EG-Staaten - wie z.B. Guadeloupe (F) - zerstört "Europa '92" derart radikal die Existenzgrundlagen, dass es "eine Art von Völkermord" bedeutet. ( AK 307)

- **Der Abbau von "Ueberkapazitäten" und damit Arbeitsplätzen in Europa ist ein meist verschwiegenes, aber wesentliches Ziel der europäischen Integration.** Frühere Berichte über die europäische Integration weckten grosse Illusionen in die kostensenkenden Möglichkeiten der Massenproduktion für einen grossen, vereinheitlichten Markt. Der berühmte Cecchini-Bericht prognostizierte auf mittlere Sicht ein um 4,5% höheres Bruttoinlandprodukt in der EG und 1,8 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Diese Hoffnungen werden mittlerweile auch von unternehmerischer Seite (auch aus der CH) als unrealistisch kritisiert: "So dürfte ... die reine Grösse des Binnenmarktes ... ökonomisch weniger stark zu Buch schlagen. Einmal werden die Produkte zunehmend differenzierter; sodann ist in vielen strategischen Bereichen der Weltmarkt die relevante Bezugsgrösse, und schliesslich ermöglichen die neuen Fertigungstechnologien durch Flexibilität und nicht durch Massenfertigung eine hohe Produktivität." (Vorort) Der ehemalige ICI-Konzernchef John Harvey-Jones sagt voraus, dass etwa die Hälfte aller Firmen in der EG in den nächsten 10 Jahren entweder von den Multis geschluckt oder aber ganz verschwinden werden. AK 308.

Die Schweiz. Bankgesellschaft sieht die besonderen Chancen der EG in diesem Punkt folgendermassen: Den von Entlassungen und Betriebsschliessungen Betroffenen "wird es auf EG-Ebene schwerer fallen, sich zu wirksamen Lobbies zusammenzuschliessen als es auf der leichter überschaubaren, nationalen Ebene der Fall war". Ausserdem werde die "höhere Mobilität" der Lohnabhängigen und der Selbständig-Erwerbenden "das Interesse an einer bestimmten Region (oder Branche) verringern, weil sie nun in erfolgreichere Regionen (oder Branchen) abwandern können." (SBG)

- **Der EG-Binnenmarkt wird für das Kapital attraktiv sein, weil er *unterschiedliche* Produktionsstandorte und Kapitalreproduktionsbedingungen umfasst.** "Es bestehen erhebliche Gefahren, dass sich die regionalen Ungleichgewichte im Zuge der Liberalisierung des Marktes verschärfen könnten." (Padoa-Schioppa) "Die Neuaufteilung der Märkte im EG-Masstab wird die neokolonialen Ausbeutungsstrukturen noch verfeinern. Kapitalintensive, 'intelligente' Produktionsstandorte in den dominanten Ländern (BRD, GB, F, I) - Verlagerung der arbeitsintensiven Produktion in die Niedriglohnländer der EG (Irland, Portugal, Griechenland, Spanien)"..."EG-Strukturfonds: Subventionierung vor allem der Multis, "die in den ärmeren Regionen profitablere Bedingungen vorfinden werden." (AK 308)

- **Z.B. Griechenland und Portugal:** "In Griechenland arbeiten 38%, in Portugal 29% der weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Die Umstrukturierung hin zur Agrarindustrie ... wird diese Länder erst richtig erfassen. ... Um zu überleben, arbeiten viele Bäuerinnen noch nebenher als Heimarbeiterinnen oder vermieten Zimmer an TouristInnen. Dies ist auch ein Konzept, das die EG-Kommission mit Mitteln aus dem europ. Strukturfonds fördert. Darüber hinaus wird erwartet, dass in der südeurop. Klein- und Hausindustrie zahlreiche Einkommensquellen für Frauen verlorengehen werden. Insgesamt wird für die bereits marginalisierten Randregionen allenfalls arbeitsintensive Teilproduktion auf Zeit abfallen ..." (Beheim 207)

- **Die "Freizügigkeit" von Personen gemäss EG-Recht verschärft die familiäre Leibeigenschaft der Frauen:** Das Aufenthaltsrecht ist an die (selbständige oder abhängige) Erwerbstätigkeit gebunden. Erwerbspersonen haben ein "Recht auf Familiennachzug", wie es so auffallend geschlechtsneutral heisst. Dieses "Recht" ist in Wirklichkeit ein Männerrecht. In patriarchalen Verhältnissen und speziell auf Grund der geschlechtlichen Lohnungleichheit ist es in aller Regel die Ehefrau, die dem Ehemann und seinen beruflichen Plänen folgt und auf eigene Pläne verzichtet. Ganz besonders heute wird Mobilität in erster Linie für qualifizierte, männliche Lohnarbeitskraft gefragt. Findet die Ehefrau bei Scheidung oder Tod des Ehemannes (und bei Verurteilung ?) keinen Job, muss sie in ihr "Heimat"land zurückkehren.

- **Z.B. Frauen aus (Neo-)Kolonien:** Die meisten immigrierten Frauen in EG-Staaten kommen heute aus der Türkei, Yugoslawien, Marokko, Algerien und Schwarzafrika.

Drei Viertel von ihnen sind verheiratet und haben mindestens drei Kinder. Da sie als blosser "Familiennachzug" keine Lohnarbeitsbewilligung bekommen, ein Immigranten-Männerlohn aber keine Familie ernähren kann, sind sie während der Dauer der Ehe zur Schwarzarbeit gezwungen. Bei Scheidung, oder wenn der Ehemann gerichtlich verurteilt wird, müssten sie eine legale Erwerbstätigkeit nachweisen. Weil sie das nicht können, werden sie ausgewiesen. (Cahiers 50)

- Das Kapital nutzt die "Harmonisierung" der ImmigrantInnen- und Asylpolitik dazu, Länder mit etwas durchlässigeren Grenzen unter Druck zu setzen. In den Niederlanden z.B. hat die feministische Bewegung durchgesetzt, dass von Frauenhandel betroffene Frauen nicht ausgewiesen werden dürfen. Diese Errungenschaft ist heute durch die "Harmonisierung" gefährdet. (Beheim 214)

- **Weil im Projekt "Europa 92" keine Harmonisierung des Familien- und Sozialversicherungsrechts vorgesehen ist, verunsichert jede Migration die Verhältnisse von verheirateten und geschiedenen Müttern:** Wer hat die "elterliche Autorität" ? Welches Scheidungsrecht gilt ? Und vor allem: Passieren die Alimente ebenso freizügig die Grenzen wie die Waren ? Mit Sicherheit verliert eine nichterwerbstätige Mutter die an den Ehemann gebundenen Leistungen der Sozialversicherung ihres "Heimat"landes, wenn sie dem Mann in ein anderes Land folgt. Das fällt vor allem bei Ländern wie Frankreich ins Gewicht, wo der Staat mit gezielten Sozialleistungen die Geburten zu fördern und die Massenarbeitslosigkeit zu verdecken versucht. (Cahiers 50)

- **Die wichtigste Massnahme der Kostensenkung ist die "Feminisierung der Arbeit" Gemeint sind der wachsende Frauenanteil in der Lohnarbeit, die Prekarisierung der Lohnarbeit und die Ausweitung der unentlohnten Arbeit:** Einem immer kleiner werdenden Kern von Lohnabhängigen mit Langzeitvertrag und steigenden Einkommen steht eine wachsende, verarmende "Rand"schicht in ungesicherter, schlecht-entlohnter Lohnarbeit gegenüber. Ungeschützte Teilzeitarbeit, Temporärarbeit, Arbeit auf Abruf usw. nehmen weiter zu. Massenarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) nehmen gleichfalls zu. Lohnerhöhungen in den oberen, männerdominierten Kategorien, Lohnsenkungen in den unteren Kategorien, Sozialabbau und "unsozialere Besteuerung" verschärfen "die Ungleichheit der Verteilung von Reichtum und Einkommen". Immer mehr alleinerziehende Mütter und (in den EG-Ländern) ältere Frauen vor dem Rentenalter werden in die Armut abgedrängt. (Standing)

Ein Bericht der Frauenkommission des Europ. Parlaments bringt den Geschlechtscharakter dieser Tendenzen deutlicher zum Ausdruck: In allen EG-Staaten ist der Lohnarbeitsmarkt nach Geschlecht gespalten. Der Frauenanteil erreicht nirgends 50%. In allen EG-Staaten "gehören eher die Frauen als die Männer zu den 'verletzlichen Kategorien' (ohne Ausbildung, alleinerziehend, ev. zusätzlich immigriert)." ... "Im nördlichen Teil der EG leisten mehr Frauen als Männer Schwarzarbeit, vor allem im Dienstleistungssektor. In den Mittelmeerländern der EG ... ist die Schwarzarbeit der einzige Typ von Erwerbsarbeit, den die Frauen ausüben." (Cahiers. Unklar ist in diesem Zitat die Definition von Schwarzarbeit. Laut Beheim arbeiten z.B. "in Spanien 42% der weiblichen Erwerbstätigen in der informellen Oekonomie ohne jegliche Form von Sozialversicherung." 208) Die Zahl der "Selbständig-Erwerbenden" - d.h. der Heimarbeiterinnen auf eigenes Risiko - nimmt in der EG stark zu. Sie wird geleistet von Frauen mit kleinen Kindern, Immigrantinnen und Frauen aus ethnischen Minderheiten. Beizufügen ist, dass bei sinkenden Realeinkommen immer auch die unentlohnte Ueberlebensarbeit - Frauenarbeit - zunimmt.

59% der erwerbstätigen Frauen in der EG verdienen weniger als 1400.- DM, also weniger als das Existenzminimum. 75-92% der ungeschützt Beschäftigten in der EG sind Frauen. 75-85% aller Frauen in der EG sind familiär-ökonomisch abhängig. Mehr als die Hälfte der Armen sind ältere Frauen und alleinerziehende Mütter. Die EG-weiten Arbeitslosenquoten betragen 7,8% für Männer und 12,5% für Frauen. "Während die Erwerbslosigkeit von Männern in der EG insgesamt seit 1984 nicht mehr angestiegen ist ... , steigt die von Frauen ständig weiter an und drückt einen Langzeittrend der strukturellen Veränderung vor allem im Dienstleitungsbereich und im öffentlichen Dienst aus." (Beheim 205-7)

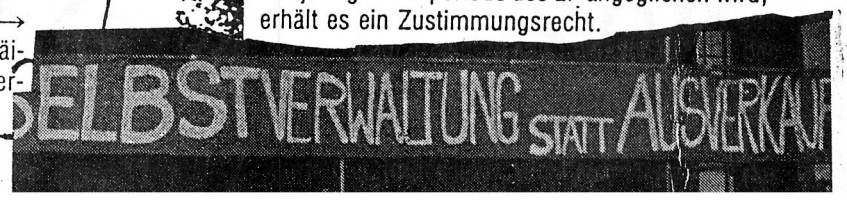
- Eine weitere Massnahme der Kostensenkung ist die Lockerung oder Beseitigung von Sicherheits-, Arbeitsschutz- Unfallverhütungs- oder Umweltvorschriften. Der

Der Abbau technischer Schranken zwischen EG-Ländern ist zur Zeit weiter fortgeschritten als derjenige anderer "nichttarifärer Handelshemmnisse", weil die tatsächliche Harmonisierung unterschiedlicher Normen und Vorschriften abgelöst wurde durch das "Prinzip der gegenseitigen Anerkennung". Entspricht z.B. eine italienische Fräsmaschine den Mindestvorschriften gemäss EG, aber nicht den schärferen der BRD, so muss die BRD den Import trotzdem zulassen. (AK 308) Als Folge des gleichen Grundsatzurteils des Europ. Gerichtshofs muss auch die radicaktive Bestrahlung von Lebensmitteln - deren Folgen nicht abgeschätzt werden können - als Konservierungsmethode in allen EG-Ländern zugelassen werden. Bis anhin war sie nur in 6 Ländern zugelassen. (Beheim)

**Der in Maastricht beschlossene »Fahrplan«** für die wirtschaftliche und politische Union lautet:

- **1. 1. 1993:** Start des Europäischen Binnenmarktes: Einheitlicher Wirtschaftsraum für Waren, Dienstleistungen, Kapital und für die Bürger. – Start des Europäischen Wirtschaftsraums/EWR der 19 Staaten aus EG und EFTA *(→ Abschnitt 2)*. – Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt in Kraft, sofern von den Zwölf ratifiziert.
- **Januar 1994:** Die zweite Phase der EWWU beginnt: Einrichtung des Europäischen Währungsinstituts/EWI als Vorläufer einer Europäischen Zentralbank/EZB.
- **Juni 1994:** Vierte Direktwahlen zum Europäischen Parlament (nach 1979, 1984 und 1989).
- **Januar 1995:** Voraussichtlicher Beitritt Österreichs, Schwedens und der Schweiz.
- **Ende 1996:** Bericht der EG-Kommission und des EWI an den Europäischen Rat zur Realisierung des festen Wechselkurssystems. Die EG-Staats- und -Regierungschefs müssen mit Zweidrittelmehrheit entscheiden, ob und wann die dritte Phase der WWU eingeleitet wird. Bei positiver Entscheidung werden die Wechselkurse unumkehrbar festgelegt; die Europäische Zentralbank übernimmt die Aufgaben des EWI.
- **Ende 1998:** Sollte eine einheitliche Währung nicht schon eingeführt worden sein, müssen die EG-Staats- und -Regierungschefs mit Zweidrittelmehrheit entscheiden, welche Staaten die WWU-Kriterien erfüllen. Diese Länder werden spätestens am 1. 1. 1999 in die letzte Phase der WWU eintreten.
- **Ende 1998:** Der Vertrag über die (politisch-militärische) Westeuropäische Union *(→ WEU)*, die als Handlungsorgan an die Europäische Union angegliedert sein soll, wird überprüft.
- **Juni 1999:** Fünfte Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

In der Europäischen Union (EU) soll die bisher freiwillige Abstimmung in außenpolitischen Fragen (EPZ) durch eine **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**/GASP ersetzt werden. Zwar müssen die Leitlinien der Außenpolitik auch weiterhin noch einstimmig im Ministerrat beschlossen werden, doch können auf dieser Grundlage gemeinsame Aktionen mit Zweidrittelmehrheit eingeleitet werden. Als **neue Zuständigkeiten** für die EU wurden Verbraucherschutz, Industriepolitik, Visumpolitik gegenüber Drittstaaten und Kultur in die Verträge aufgenommen. Dies war nur möglich, indem zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen EG und MSt. für alle Politikbereiche das **Subsidiaritätsprinzip** verankert wurde. Die vereinbarte Asyl- und Einwanderungspolitik soll dagegen außerhalb der Gemeinschaft auf der Ebene der Regierungszusammenarbeit aufgebaut werden. Der Ausbau der gemeinsamen **Sozialpolitik** (v. a. Bereiche Arbeitsbedingungen, Mitbestimmungsfragen und Gleichbehandlung von Frau und Mann) wird ohne Großbritannien als 11er-Gemeinschaft durchgeführt. Mit der EU wird eine **europäische Staatsbürgerschaft** eingeführt, die jedem Unionsbürger in jedem MSt. das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei der Europawahl sowie das Petitionsrecht zugesteht. Das **Europäische Parlament** (EP) erhält lediglich in den Bereichen Forschung, Gesundheit, Kultur und Verbraucherschutz ein Mitentscheidungrecht. Bei der Einsetzung der EG-Kommission, deren bisher vierjährige Amtsperiode an die fünfjährige Wahlperiode des EP angeglichen wird, erhält es ein Zustimmungsrecht.




aus: Handbuch zur Europäischen Union

## *CHRONOLOGIE*

**Europarat** / 1949 - Art 1:"...engeren Zusammenschluß zwischen seinen Mitglidern herbeizuführen, um d. Ideale und Grundsätze..."

1951 wurde die EGKS oder Montanunion gegründet, um einen gemeinsamen Markt für Kohle,Eisen und Stahl zu bilden.
1957/58 wurde der EWG gegründet und sollte durch die schrittweise Erstellung eines freien Waren-. Dienstleistungs-, Arbeitskräfte- und Kapitalverkehrs die wirtschaftliche Grundlage für einen engen Zusammenschluß der europäischen Völker schaffen.
Seit 1967/68 sind EGKS, EURATOM und EWG zur EG vereinigt.
Ihre Ziele sind die Schaffung eines Binnenmarktes zur Konstituierung von Wettbewerbsvorteilen gegenüber der USA und Japan, die Abschaffung der wirtschaftlichen Handelshemmnisse sowie die Abschaffung der Innengrenzen unter gleichzeitiger Verstärkung der Außengrenzen.

**EFTA / EOTC** 1960 / 1990 E.Freihandelsassoziation/E. Organisation zur Prüfung und Zertifizierung (zwecks Handelserleichterung)

## *BINNENMARKT UND FRAUENPOLITIK*

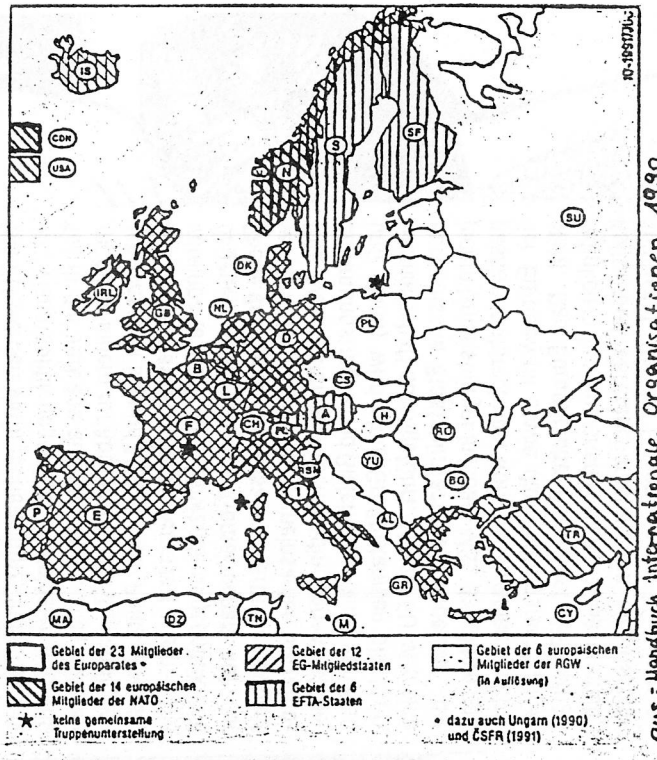
Der Binnenmarkt schafft einen Verdrängungswettbewerb, Firmenfusionen, Rationalisierung und Konkurrenz, was eine besondere -marktpolitisch orientierte- Lohnpolitik zur Folge hat, die niedrige und hohe Löhne immer weiter auseinanderklaffen läßt. Frauen sind dadurch besonders betroffen von Erwerbslosigkeit, Dequalifizierung und Langzeitarbeitslosigkeit.

* Die Frauenlöhne liegen durchschnittlich 40% -50% unter denen der Männer.
* Die durchschnittliche Erwerbsquote der Frauen beträgt 49 %, die der Männer 78,5%.
* Die Erwerbslosigkeit der Frauen ist in der EG doppelt so hoch wie die der Männer,
* Frauen werden in Teilzeitarbeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt.
* 90 % der niedrigstqualifizierten Tätigkeiten werden von Frauen ausgeübt.
* Mehr als die Hälfte der Armen sind ältere Frauen und alleinerziehende Mütter.
* Trotz der frauenpolitischen Aktionsprogramme der EG verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Frauen seit 1986 koninuierlich.
* 70 % - 80 % aller Frauen in der EG sind ökonomisch abhängig.

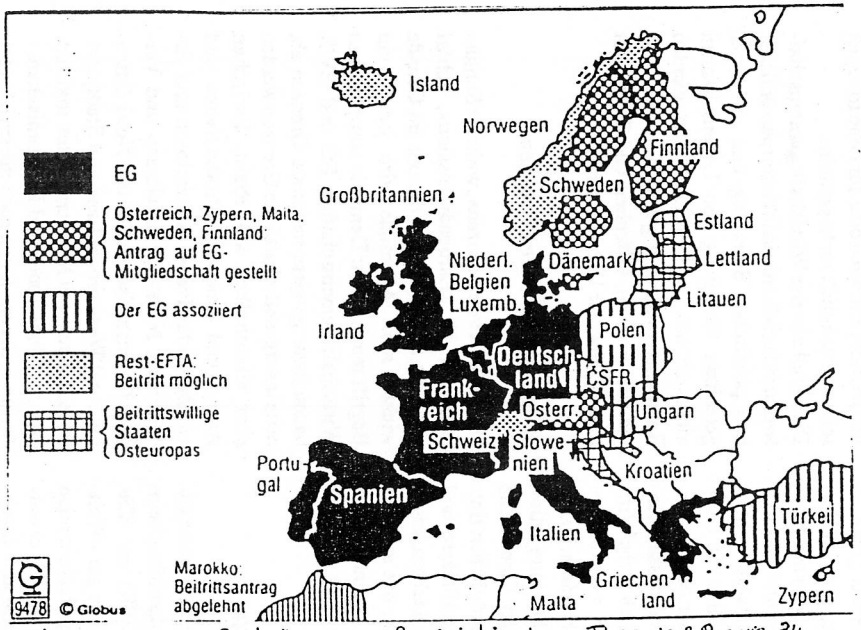
Es wird für Frauen immer schwieriger eine eigenständige Existenz aufzubauen. Durch verstärkte Konkurrenz werden die Produktionskosten gesenkt. Frauen werden wegrationalisiert, oder werden in ungeschützte und schlechtbezahlte Arbeitsverhältnisse abgeschoben.
Die Frauenpolitik hatte in der EG seit jeher Alibifunktion, und wurde den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Frauenpolitische Maßnahmen wurden nie als Verordnungen klassifiziert, und blieben so ohne rechtliche und politische Konsequenzen. Schon die erste frauenpolitische Maßnahme, der Artikel 119 (Gleiches Entgelt für Frauen und Männer, 1957) wurde nur deshalb in den EWG Vertrag aufgenommen, da Frankreich dieses Gesetz schon hatte, und daher Wettbewerbsnachteile für sich befürchtete.
Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit sind in der EG geprägt von einer neoliberalen und neokonservativen Ideologie.
Um jede Ungleichheit zwischen Frauen und Männern zu vermeiden, wurden und werden sämtliche Schutzbedingungen für Frauen -wie Mutterschutz oder Nachtarbeitsverbot- wegrationalisiert. Nur arbeitsmartkrelevante Frauen- und Sozialpolitik interessiert in der EG. Die Frauendiskriminierung wird, so sie überhaupt wahrgenommen wird, auch nur in Bezug auf das Erwerbsleben erfasst.

EG-Basisinfos/Flugi zum 8.3.94

NEIN ZUR




aus: Handbuch internationale Organisationen 1990



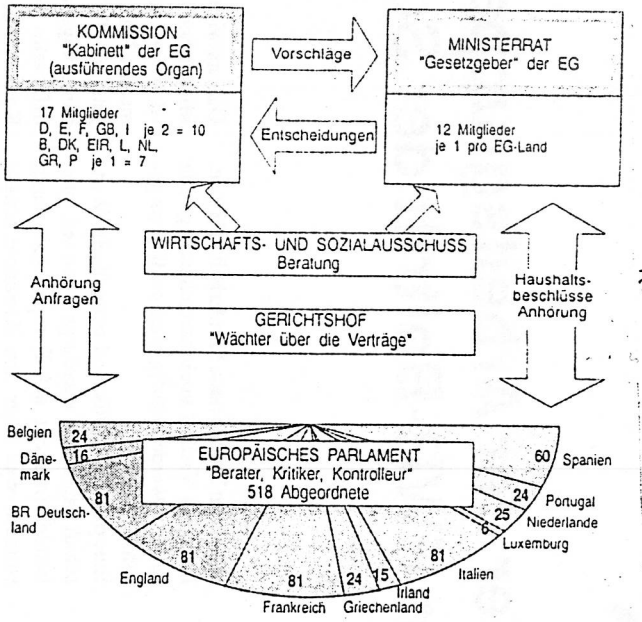

entnommen aus: Beiträge zur feministischen Theorie & Praxis 34

## *ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN*

Allgemein ist die EG berüchtigt für ihre undemokratische Entscheidungsfindung.
Der Ministerrat kann ohne Kontrollmöglichkeit der Öffentlichkeit oder des europäischen Parlaments verbindliche Beschlüsse fassen. Das Parlament hat bestenfalls Beraterfunktion. Ein grundlegendes demokratisches Prinzip, die Trennung von Exekutive und Legislative, tritt dadurch außer Kraft, daß die Minister der Länder im Ministerrat jene Gesetze beschließen, die sie dann in den jeweiligen Heimatländern durchführen.

EG

*Übersicht 1: Organe der EG*




entnommen aus Beiträge... 34

## *MAASTRICHT UND ASYLPOLITIK*

Mit den Maastrichter Verträgen (1992) wurde erstmals beschlossen, nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene zusammenzuarbeiten. Eine einheitliche europäische Währungsunion, gemeinsame Sozialpolitik, Justiz- und Innenpolitik, sowie Außen- und Sicherheitspolik etc wurden beschlossen.
Der Zusammenschluß imperialistisch- patriarchaler Mächte ist im Kern faschistisch.
Die Abschottungspolitik wird als "Harmonisierung der Asyl- und Einwanderungspolitik", von verschieden Gremien (Innen- und Justizminister, Polizeistäbe und Geheimdienste) , hinter verschlossenen Türen erarbeitet, und untersteht somit weder juristischer noch parlamentarischer Kontrolle.

Frauen haben besondere Schwierigkeiten die Grenzen der Festung Europa zu überschreiten -wenn schon ihre Lebensbedingungen es ihnen nahezu verunmöglichen, auszuwandern, so erfüllen sie -einmal in Europa angekommen- fast nie die Kriterien der Asylberechtigten. Die zahlreichen Bestimmungen und Einwanderungsvorschriften diskriminieren die Frauen, da sie implizit und explizit auf traditionellen Rollenvorstellungen basieren, die Frauen keine eigenen Rechte zugestehen. Sie verstoßen so gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung.

**Die europäische Integration basiert auf einer unhaltbaren Philosophie des Wachstums. Die Verwirklichung der Träume der europäischen Supermacht wird ein Alptraum sein.**
**Es gibt Alternativen. Die Politik der EG ist kein Naturgesetz. Unser Beitritt keine Notwendigkeit . Die Stimmen der dänischen Frauen gaben für Dänemark den Ausschlag, die Maastrichter Verträge nicht zu unterschreiben. An den dänischen Frauen sehen wir unsere Macht, das Wahlergebnis zu beeinflussen.**

# NEIN ZUR EG

Text: Anti - EG Flugi zum 8.3.94
Layout/ Gestaltung/Überschrift:LFN

PC: 40-419
4001 Basel
Postfach
Deutschsprachige Projektgruppe
Frauenrat für Aussenpolitik

# Positionspapier der Arbeitsgruppe Europa / EG / EWR zum EWR-Beitritt der Schweiz

Das vorliegende Positionspapier wurde von der Arbeitsgruppe Europa/EG/EWR im Frauenrat für Aussenpolitik, FrAu im Sinne der Zielsetzungen des FrAu ausgearbeitet: Wir wollen Frauen in aussenpolitischen Fragen eine Stimme in der Oeffentlichkeit geben, eine politische Praxis gegenseitiger Frauensolidarität über Rassen-, Klassen- und Nationengrenzen hinweg entwickeln und uns als aussenpolitisch engagierte Frauen artikulieren und organisieren. Das Positonspapier ist Teil unseres Diskussionsprozesses zum Thema Europa/EG/EWR, den wir weiterführen werden.

## I. Die «Europadebatte» und unser Unbehagen

Nichts scheint mehr wie früher, seit «Europa» den politischen Alltag erobert hat.
Früher diskutierten wir über Gerechtigkeit und Ausbeutung, über Menschenrechte, Frauenrechte, über Solidarität, Frieden und Widerstand. Heute diskutieren auch wir über «Europa» – «Europa» scheint zum Mass aller Dinge geworden zu sein.
Das erfüllt uns mit Unbehagen. Ein diffuses Unbehagen zunächst: Wer könnte schon etwas gegen eine Europadiskussion haben? Schon anfangs Jahrhundert haben Frauen über Europa diskutiert und im Anschluss daran sogar eine Völkerbundsverfassung entworfen. Sie gingen davon aus, dass nationaler Egoismus immer wieder zu Kriegen führt, Kriege aber zu noch mehr Frauendiskriminierung, und dass es deshalb eine supranationale Friedens- und Rechtsordnung braucht.
Woher denn unser Unbehagen?

### 1. EG und EWR sind nicht Europa

Wenn wir von «Europa» reden, müssen wir präzisieren: «Europa» ist weder Westeuropa noch die EG. Europa ist vielmehr ein Kontinent mit unscharfen Konturen. Europa ist Westeuropa, ist Nordeuropa, ist Osteuropa, ist Südeuropa, ist Mitteleuropa, ist ein Teil des Balkans. Europa umfasst eine Vielzahl von Völkern, Religionen und Kulturen, Rechtssystemen und politischen Erfahrungen. Die wachsende Zuwanderung von Menschen aus aussereuropäischen Kulturen, die in Europa neue Minderheiten bilden, hat diese Vielfalt noch bereichert – gerade sie aber werden häufig nicht zu Europa gezählt.
Europäische Politik und europäische Wirtschaft haben sich allerdings schon seit Jahrhunderten nicht auf Europa beschränkt, sondern weit über den Kontinent hinaus expandiert, andere Kontinente kolonialisiert, ausgebeutet und zerstört. Dieses Wissen muss auch einer feministischen Politik in Europa vorangestellt werden.

### 2. Europäische «Integration» als Fusion zum Euro-Konzern

Die gegenwärtige Europadebatte läuft unter dem Oberbegriff «europäische Integration». Der Begriff knüpft an die Hoffnung auf Versöhnung von kulturellen und politischen Gegensätzen, an die Friedensbemühungen nach dem 2. Weltkrieg an. Ein entsprechendes Integrationsprojekt könnte auch heute begrüsst werden, wenn es darum ginge, in Europa den sozialen Frieden, also die Versöhnung der wirtschaftlichen Gegensätze als Grundlage für den politischen und kulturellen Frieden zu ermöglichen. Darum geht es aber mitnichten. Vielmehr sollen die europäischen Staaten heute zu einer Art Europa-Konzern fusioniert werden, an dessen zentralisierter Spitze private und politische Wirtschaftsvertreter bisher hinter verschlossenen Türen ihre Interessen aushandeln. Damit einher geht eine massive Desintegration sozialstaatlicher Komponenten. Eine solche «Integration» als den einzig möglichen Entwicklungsweg der europäischen Staaten- und Vielvölkergemeinschaft zu betrachten, könnte ein gefährlicher Irrtum sein, wie auch die gewaltsamen Prozesse der Desintegration im östlichen und südlichen Teil Europas zeigen.

### 3. Manipulation mit Begriffen

Gerne wird betont, dass es in der europäischen «Gemeinschaft» (und folgerichtig beim Beitritt der Schweiz zum EWR) um «Zusammenarbeit», «Öffnung» oder gar «Weltoffenheit» gehe. Eine wichtige Rolle spielen die «Freiheiten», die uns angeblich erwarten. All das sind Begriffe, die uns als ethisch-politische Leitlinien auch im feministischen Diskurs wichtig sind.
Mit solchen Begriffen soll uns aber ein Projekt schmackhaft gemacht werden, das rein materiellen Interessen dient. In Wirklichkeit geht es in EG und EWR um Werte, die uns keineswegs nahestehen: um rein ökonomisch definiertes Wachstum, um wirtschaftliche Konkurrenz und Risiko, um rein ökonomisch definierte Freiheit. Die «Zusammenarbeit» bezieht sich im wesentlichen auf Akteure der Wirtschaft, die sich in Männerbünden ihre Privilegien absichern («Gemeinschaft»). Es geht um die Entbindung der neoliberalen Wirtschaft von politisch notwendigen Zielvorgaben («Freiheit»). Um die Abschaffung aller hindernden Auflagen bezüglich Waren-, Kapital- und Know-How-Verkehr («Öffnung»). Für Menschen gilt die «Öffnung», sofern sie EuropäerInnen und ArbeitnehmerInnen sind, nicht aber für Menschen schlechthin. Von «Weltoffenheit» kann keine Rede sein, allenfalls von «Europa-Offenheit», und die so dringend nötige Offenheit für (fremde) Kulturen oder für neue Ideen ist selbstverständlich nicht gemeint.
Die «Freiheit» der Wirtschaftsgemeinschaften hat jedenfalls mit den Werten persönlicher und politischer Befreiung und mit einer gerechten Verteilung von Lebenschancen nichts zu tun. Im Gegenteil, hier werden Rahmenbedingungen geschaffen, die individuelle Freiheit, Offenheit und Solidarität immer schwerer lebbar machen.

### 4. Europa mit neuen Grenzen

Der «Abbau von Grenzen», weiterer Schlüsselbegriff der «Europadiskussion», gehört ebenfalls zu den Zielen, die uns im Grunde wichtig sind. Abermals wird jedoch ein Begriff manipuliert: Denn die europäischen Wirtschaftsgemeinschaften EG und EWR bauen zwar gewisse nationale Grenzen ab, neue innergesellschaftliche Grenzen werden aber allenthalben aufgebaut: Zwischen Armen und Reichen, «Produktiven» und «nicht Produktiven», Arbeitslosen und Arbeitenden, Nicht-Vermittelbaren und Vermittelbaren; zwischen Süd und Nord, Osteuropa und Westeuropa, Land und Stadt; zwischen Frauen und Männern, Alten und Jungen, AusländerInnen und Einheimischen.
An *einer* Grenze fallen auch die sprichwörtlichen Schlagbäume nicht: Nämlich an Eu-

ropas Aussengrenze gegenüber Einwanderungswilligen aus nicht-europäischen Staaten. Die Schweiz nimmt diese Grenze mit ihrem ausländerpolitischen «Dreikreisemodell» bereits vorweg. Zur Sicherung von Europas Reichtum wird ein ausgeklügeltes Dispositiv von Abkommen und Polizeisystemen aufgebaut. Wer ins «grenzenlose» Europa hineindarf und wer nicht, wird im Interesse der Wirtschaft ohne jede demokratische Kontrollmöglichkeit entschieden.

### 5. Die behauptete Alternativlosigkeit

Nach Ansicht führender europäische Politiker und Experten scheint es für Europa nur *eine* mögliche Entwicklung zu geben, nämlich «Mehr vom Selben» – mehr Wirtschaftswachstum, mehr Abgrenzung, mehr Arbeitsteilung, mehr Konsum. Auf diese Strategie sind EG und EWR ausgerichtet. Die Notwendigkeit von Alternativen wird zwar von Zeit zu Zeit nachhaltig beteuert, aber gleich wieder durch Sachzwänge verhindert. Eine *andere* Entwicklung wird *anderen* empfohlen – etwa an der Umweltkonferenz in Rio –, *wir* aber können weitermachen wie gehabt.
Eine «Europadebatte», die heute noch einen Sinn haben soll, müsste Europas Rolle im internationalen kapitalistischen System, die radikale Abkehr davon und Alternativen für die *eigene* , Europas Entwicklung zum Gegenstand haben. Debattiert und verhandelt werden müssten unser Lebensstil, unsere Wirtschaftsformen, unser Verständnis von Demokratie und von Menschenrechten/Frauenrechten. Es geht um das Erarbeiten, Ausprobieren und Erkämpfen von Alternativen, auch wenn sie heute erst in Ansätzen oder noch nicht sichtbar sind.

### 6. Hat die Frauenbewegung «Europa» verschlafen?

Manchmal fragen wir uns, warum Frauen so spät erst über «Europa« zu diskutieren begonnen haben – und vergessen dabei wieder, dass Europa andere Dimensionen hat als EG und EWR. Das heisst, das Patriarchat beschäftigt uns heute auf seine Art mit einem Thema, das auf internationalen Frauenkonferenzen schon längst viel umfassender bearbeitet wurde, zum Beispiel 1915 in Den Haag oder von Widerstandskämpferinnen im Zweiten Weltkrieg. Im Zentrum *ihrer* Überlegungen und Konzepte zum vereinten Europa standen jedoch nicht die Verteidigung europäischer Interessen gegenüber der Welt, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft oder die Fähigkeit Europas, eine Militärgrossmacht zu werden. Sie suchten schon damals nach anderen, gerechteren Formen des Wirtschaftens und der Politik, in denen verschiedene Lebensentwürfe ihren Platz haben können. Voraussetzungen dafür waren Friede, Verteilungsgerechtigkeit, gleiche Rechte u.v.m. bis hin zu Frauenquoten in aussenpolitischen Gremien. Darum geht es auch unter den heutigen, zum Teil anderen Voraussetzungen noch immer.

## II. Stellungnahme zum EWR-Beitritt der Schweiz

### 1. EG und EWR sind Gemeinschaften von Männern

Am Projekt des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes wird seit 40 Jahren auf genau jener Ebene politischer und wirtschaftlicher Macht gearbeitet, von der Frauen weitestgehend ausgeschlossen waren und sind. Seit 40 Jahren entscheiden also Männer über Ziele, Inhalte und Weiterentwicklung der sogenannten Europäischen Gemeinschaft, selbstverständlich gemäss ihren Zielen, ihren Inhalten und ihren Handlungsstrategien.
An den dreijährigen Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR zwischen der EG und den EFTA-Ländern waren Frauen kaum beteiligt – es sei denn in ihrer gewohnten Rolle als Sekretärinnen, Übersetzerinnen, Sprecherinnen und allenfalls Mitgemeinte. Seit die Debatte darüber in der Schweiz überhaupt angelaufen ist, läuft sie auch hier mehrheitlich als Macht- und Verteilungskampf zwischen Männern, vom Bundesrat und den Parteien über den Vorort bis zum Gewerkschaftsbund.
Heute ist am Projekt nicht mehr viel zu ändern. Der Binnenmarkt soll am 1.1.1993 Wirklichkeit werden, die Tausenden von Vertragsseiten des EWR sind gedruckt, die Regelungen lassen wenig demokratischen Spielraum, auch nicht das nachträgliche Referendum. Nachdem Wirklichkeit, Erfahrungen und Perspektiven von Frauen aus den europäischen Integrationsprojekten jahrzehntelang ausgeblendet wurden, wünscht mann nun unsere Zustimmung und unseren «demokratischen» Segen in der Volksabstimmung. Ja, noch schlimmer: Dass mit den Frauen als ernst zu nehmende politische Kraft, welche die Beschlüsse der Grossen gefährden könnte, gerechnet werden muss, hat mann überhaupt erst nach dem Nein in Dänemark gemerkt, bei dem u.a. die Frauenstimmen ausschlaggebend waren. Danach erst wurde eine Frauen-Umfrage zur EWR/EG-Frage veranlasst.
Wir sehen keinen Grund, den gewünschten demokratischen Segen zu erteilen. Daran ändern auch Versprechungen und sogenannte flankierende Massnahmen der gesetzlichen Gleichstellung zwischen Frauen und Männern nichts. Wenn die EG den Schweizer Männern inskünftig ein paar jener Gleichberechtigungserfordernisse aufzwingt, gegen die sie sich auf nationaler Ebene so leidenschaftlich quer gelegt haben, so ändert das nichts daran, dass der EWR kein Gleichberechtigungs-, sondern ein Wirtschaftsprojekt ist, in denen wirtschaftlich Schwächere und damit auch Frauen strukturell ausgegrenzt und benachteiligt werden.
Es geht deshalb um eine grundsätzliche Kritik am Männerprojekt EWR, an den in ihm angelegten Inhalten, Denkmustern und politischen Prozessen.

### 2. Inhalte und Ziele des EWR weisen grundsätzlich in die falsche Richtung

a) Wirtschaft: Aufrechterhaltung und Bestätigung der Regeln des ungerechten Wirtschaftssystems, gesichert durch die «Festung Europa»

Ziel des EWR ist das Wachstum und die Stärkung der europäischen Wirtschaft in Konkurrenz zum Rest der Welt. Die Stellung des weissen, reichen europäischen Mannes im Weltwirtschaftssystem soll gestärkt werden. Ein EWR-Vertrag bekräftigt und verfestigt damit ein «Wachstum am falschen Ende der Welt». Er erlaubt es zum Beispiel, von der Bevölkerungsexplosion in der südlichen Hemisphäre zu sprechen, die mann «unter Kontrolle» bringen müsse, ohne dass mann sich über eine neue Konsumexplosion in Europa Gedanken machen müsste.
Die Idee des «freien» Marktes, Kernstück der europäischen Integration, ist aus mehreren Gründen problematisch. Erstens: Als unhinterfragbare Glaubensaussage verbindet sie sich mit der ebenso wenig kritisierbaren Vorstellung des ökonomischen Fortschritts. Zweitens: Wäre sie hinterfragbar, würde man die sozialen und psychischen Folgen ihrer Umsetzung in den USA, Grossbritannien und anderswo zur Kenntnis nehmen – nämlich steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung (auch des Mittelstandes), Hoffnungslosigkeit, Verrohung des Alltags, Brutalisierung von zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Frau und Mann, ethnischen Gruppen, Geschäftspartnern, Politikern usw. Drittens: Die «Freiheit des Marktes» gilt nur innereuropäisch. Die EG diktiert nämlich nicht nur, aus welchen Ländern ausserhalb Europas (Lateinamerika, Afrika) Güter frei zirkulieren dürfen, sondern auch *welche* dieser Güter und welche nicht. Es wird kartellisiert und monopolisiert, nach Spielregeln, die aufgrund der Interessen von USA, EG und Japan u.a. im Rahmen des GATT gemacht und gelegentlich auch wieder abgeändert werden. Viertens: Die «Freiheit des Marktes» geht heute mit einer Entmachtung des Staates und des politischen Systems, der Nationalstaaten

einher, sind sie doch noch die letzten ernstzunehmenden Konkurrenten und Widersacher. Gesamthaft betrachtet sind dies alles Merkmale von fundamentalistischen Glaubensüberzeugungen, die durch gegenseitige Inszenierung von Übereinstimmung zwishen den Mächtigen am Leben erhalten werden, aber bekanntlich einer Überprüfung in der Realität nicht standhalten.
Die Aufrechterhaltung dieses Systems bedarf logischerweise der Sicherung gegenüber denjenigen, die auf der Verliererseite stehen und möglicherweise auf den Gedanken kommen könnten, ihren Standort zu verbessern, bzw. sich mit Gewalt zu holen, was ihnen zusteht. Armeen und paramilitärische Sicherheitsdispositive bekommen deshalb die neue Aufgabe, den europäischen Reichtum zu sichern. Dabei täuscht das Schlagwort von der «Festung Europa» darüber hinweg, dass sich Wirtschaft und Militär keineswegs in Europa verschanzen, sondern vor allem ausserhalb der Festung tätig sind bzw. werden wollen. Der Golfkrieg hat gezeigt, dass eine sich als Weltmacht verstehende Nation ihre (militärischen) Ressourcen einsetzen kann, um die Reichen in Kuweit zu befreien, während sie gleichzeitig die Armen im eigenen Land weiterhin dem Zerfall und der Auswegslosigkeit überlässt. EG-Europa sieht sich mit dem Aufbau einer eigenen Militärmacht (WEU) auch hierin als potentielle Konkurrentin der USA.

b) Politik: Abbau staatlicher Funktionen statt Debatte über Sozial-, Wirtschafts- und Aussenpolitik

Die EG wird gerne dargestellt als Instrument der Schadensbegrenzung und der politischen Kontrolle gegenüber dem Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm der neoliberalen Wirtschaftskoalition. Allerdings ist deren Lobby auf den Entscheidungsebenen der EG stark genug vertreten, um das politische Instrumentarium ihrerseits zu kontrollieren. Aber auch die EG-Minister haben angesichts der Turbulenzen der internationalen Ökonomie die Bedingungen nicht im Griff, von denen eine wirtschaftliche und währungspolitische Union abhängt.
Der EWR ist demgegenüber von vornherein ein reiner Wirtschaftsvertrag. Im Gegensatz zur EG gibt es darin überhaupt keine Mitbestimmungsmöglichkeit über die Weiterentwicklung und Anpassung der an sich schon bescheidenen politischen Kontrollmechanismen – nicht einmal auf Regierungsebene, von der Ebene der BürgerInnen ganz zu schweigen. Der Vertrag hat zum Ziel, der Wirtschaft möglichst viele Hemmnisse aus dem Weg zu räumen – wobei nicht nur Steuern und Grenzbestimmungen, sondern auch soziale Schutzbestimmungen, Umweltnormen und ähnliches als Hemmnisse verstanden werden können. In den Nicht-EG-Staaten im EWR fehlt auch die Möglichkeit, die negativen sozialen, ökologischen, psychischen, kulturellen Folgen der Wirtschaftsentwicklung durch neue politische Regelungen wenigstens abzuschwächen: Die Wirtschaftslobby eines einzigen Landes kann die Übernahme ihr nicht genehmer Regelungen mühelos blockieren, da sie mit Einstimmigkeit innerhalb des EWR beschlossen werden muss.
Der EWR entspricht damit durchaus den Zielen wirtschaftsliberaler Schweizer Ökonomen und Politiker. Sie sind an einem «Minimalstaat» interessiert, der mit marktkonformen Mitteln Euro- und Weltmarktfähigkeit herstellt und den Markt vor sozialpolitischen Massnahmen, Politisierung und «Verrechtlichung» schützt. Die Schweiz betreibt seit den 80er Jahren eine Politik des Standortstaates. Für diese Politik ist es folgerichtig, wenn nationalstaatliche Funktionen nach oben delegiert werden: d.h. nach «Europa» mit europaweit gültigen wettbewerbs-, polizei-, sozial-, arbeits- und umweltrechtlichen Richtlinien, und in die Zuständigkeit der Konzerne, was die Aushandlung der Löhne, Preise usw. angeht. Das Ziel ist, optimale wirtschaftliche und politisch-soziale Bedingungen für in- und ausländisches Kapital zu schaffen, um als Investitionsstandort und Drehscheibe für Dienstleistungen zu dienen. Alternativen müssen so nicht diskutiert werden.
Zur Debatte steht das Demokratie-Defizit der schweizerischen Aussenpolitik. Die Debatte um das Demokratie-Defizit der EG darf nicht dazu dienen, seine Wahrnehmung zu verhindern. Zu fordern ist mit oder ohne EWR oder EG Transparenz staatlicher (EG/EWR-)Politik und deren Kontrolle durch die Politik der BürgerInnen. Nur so kann erreicht werden, dass die EG sich je einmal politischen Legitimationsansprüchen von unten stellen muss.

c) Primat der Oekonomie über Menschen und Kultur statt Antworten auf nicht-materielle Bedürfnisse

Die alles dominierende Leitvorstellung in EG und EWR, der Glaube an Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum, beinhaltet die Annahme, dass nicht nur ökonomische Probleme, sondern auch alle anderen Fragen menschlicher Bedürfniserfüllung und sozialer Gerechtigkeit nur durch ökonomisches Wachstum gelöst werden können.
Menschen «existieren» für den EWR nur als Arbeitende oder KonsumentInnen. Das zeigt sich unter anderem darin, dass die Freizügigkeit im Rahmen des EWR nur für Personen gilt, die entweder eine Arbeit haben oder aber genügend Vermögen, um als KonsumentInnen in Frage zu kommen. Es handelt sich also um eine Freizügigkeit für die Minderheit. Die Mehrheit dagegen, nämlich alle Nicht-Erwerbstätigen, also Kinder, RentenbezügerInnen, unbezahlt tätige Mütter, Ehefrauen, Betreuerinnen von anderen Menschen, und die wachsende Zahl der Arbeitslosen fallen aus dem System heraus. Vollends aus der europäischen «Wirtschaftsgesellschaft» ausgeschlossen sind Menschen, die keine europäische Staatsangehörigkeit haben. So wie der EWR also innereuropäisch eine Zweidrittelsgesellschaft verfestigt, stützt und verbessert er weltpolitisch das Herrschafts- und Ausbeutungssystem einer kleinen Minderheit auf Kosten der grossen Mehrheit.
Aber nicht nur die Menschen, sondern alle biologischen, ökologischen, psychischen, sozialen, kulturellen und zwischenmenschlichen Werte sind in diesem Wirtschaftsdenken nur noch in Form von Zahlen als letzte, verbindliche Kenn- und Messgrössen zugelassen. Aus dem Primat des marktwirtschaftlichen, wachstumsorientierten Denkens, aus dem Glauben an die Fähigkeit des Wirtschaftswachstums, alle, auch die sozialen Probleme zu lösen, ergibt sich zwangsmässig, dass bei stagnierendem oder zurückgehendem Wachstum eine EG, eine Nation, ein (Sozial)Staat «überfordert» ist und sich dementsprechend vom Problem der innen- und aussenpolitischen Gerechtigkeit verabschieden wird. Ein Beispiel dafür sehen wir bereits heute in der Flüchtlingspolitik. Die sozialen Folgen des Wirtschaftswachstums und der Desintegration werden dann an unbezahlte «SozialarbeiterInnen», vor allem an Frauen, delegiert.
Gut zu beobachten ist das wirtschaftliche Primat unter anderem auch im Bildungssektor: Die Förderung wissenschaftlicher Forschung und die Programme und Richtlinien zur Verbesserung des Bildungsaustauschs innerhalb des EWR sind eng an die Bedürfnisse der Wirtschaft geknüpft. Gefragt ist nicht (mehr) Bildung für alle, sondern Qualifizierung der Leistungsfähigen und allzeit Verfügbaren. Gefördert werden wirtschaftsbezogene technologische und militärisch-strategische Projekte, erforscht wird das, was Geld abwirft und die Grundlage für eine Rolle Europas als Weltmacht abgibt.

### 3. Der EWR-Beitritt und die «internationale Solidarität» der Schweiz:

Gerne wird der EWR-Beitritt in einem Atemzug mit der Frage des UNO-Beitritts und des Beitritts zum Internationalen Währungsfonds IWF als Testfall für die internationale Solidarität der Schweiz dargestellt. Der Vergleich ist skandalös. Die UNO ist, bei allen

Mängeln, eine globale völkerrechtliche Vereinigung, in der die Mitgliedstaaten einigermassen gleichberechtigt mitbestimmen können. Ginge es heute um internationale Solidarität, so wäre in erster Linie die Frage des UNO-Beitritts wieder auf die politische Traktandenliste zu setzen. Schon bei der IWF-Beitrittsfrage wurde der Begriff der internationalen Solidarität massiv missbraucht, denn dort geht es zwar noch immer um eine fast weltweite Organisation, aber das Sagen haben nur die wirtschaftsstarken, reichen Industriestaaten. Wir haben einen Beitritt der Schweiz dementsprechend abgelehnt. Vollends beschränkt ist der EWR, der nurmehr europäische Länder umfasst und einzig wirtschaftliche Ziele verfolgt. Von internationaler Solidarität kann hier also nicht die Rede sein.

### 4. Die EWR-Abstimmungskampagne: Politik als Propaganda, Etikettierung und Angstmache

Eine wirkliche Debatte über die Bedeutung internationaler Solidarität in der Völkergemeinschaft unter heutigen Prämissen wird durch die Fixierung auf den EWR-Entscheid gerade verhindert. Ersatz für's Nachdenken ist eine «Informations»kampagne, die mit Millionen vom Bund finanziert wird. Es geht darin nicht um die Bereitstellung von objektiven Entscheidungsgrundlagen, sondern um einen Propagandafeldzug im übelsten Sinne, geführt einerseits vom Integrationsbüro in Bern, andererseits – ganz nach unternehmerischen Prinzipien – von einer grossen Werbefirma in Zürich. Müssig zu sagen, dass beiderseits Männer die Leitung haben und dass bisher keinerlei frauenrelevante Materialien bereitgestellt wurden. Statt dessen wird das Volk mit Broschüren und Videos, die desinformativ, populistisch und sexistisch sind über seine selbstverständlich nur positiven Zukunftsaussichten im EWR bzw. über die schlimmen Folgen einer Ablehnung desselben «aufgeklärt».
Zur Kampagne gehört auch die Verunglimpfung aller, die nicht bereit sind, ohne weiteres auf den direkten Weg nach diesem "Europa" einzuspuren: Wer den Abschied von der Politik und die Umdeutung von Werten nicht akzeptiert, wird als Ballenberg-Phantastin und Fundamentalistin verschrien und in die Blocher/SVP/AUNS-Ecke gestellt. Ein Lehrstück darüber, wie Demokratie in Europa inskünftig funktionieren soll?!

### 5. Schlussfolgerungen

Wir lehnen einen Beitritt der Schweiz zum EWR ab,

- weil er ein Männerprojekt ist, von Männern für Männer geschaffen, genauer: für reiche, flexible, leistungsfähige Männer, die sich vorgenommen haben, wieder die Weltersten zu sein
- weil er ein patriarchales Herrschaftsprojekt ist, das Europas Stellung innerhalb des reichen Nordens und die Position der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, des Nordens gegen den Süden, der Männer gegen die Frauen europa- und weltweit stärkt
- weil er ein reines, wachstumsorientiertes, asoziales Wirtschaftsprojekt ist – Marktwirtschaft ohne Adjektive –, dem wir nicht auch noch die demokratische Legitimaton zu verschaffen bereit sind. Wir lassen uns nicht in letzter Minute via Volksabstimmung die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen eines solchen Projekts zuschieben, das bisher ohne jede Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen konzipiert wurde.
- weil wir es ablehnen, statt einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung über das Weltwirtschaftssystem, seine Folgen und mögliche Alternativen Propaganda für eine strukturell gestärkte Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik serviert zu bekommen
- weil Inhalte und Ziele des EWR und die ihnen zugrundeliegende Denkweise grundsätzlich in die falsche Richtung gehen. Wir fordern Alternativen zum Wirtschaftswachstum im Norden, Alternativen zur weltweiten Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit, Alternativen zum Primat ökonomischer Werte über das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben. Wir fordern ferner eine Diskussion über das Demokratie-Defizit in der schweizerischen Wirtschafts- und Aussen(wirtschafts)politik statt deren Verlagerung auf die europäische Ebene.

Was die Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz zur EG betrifft, so lehnen wir den Entscheidungszwang, der durch die EWR-Abstimmung geschaffen werden soll, ab. Unser Nein zum EWR ist noch kein Nein zum EG-Beitritt. Wir fordern jedoch, dass die Diskussion darüber mit einer Diskussion über mögliche Alternativen europäischer Politik im Sinne unsere obigen Kritik verbunden werde. Wir erwarten und fordern eine offene, demokratische, transparente Verhandlungsführung über alle Fragen im Zusammenhang mit einem allfälligen Beitritt. Wir fordern insbesondere die Bereitstellung von umfassendem, kritischen Material über die Auswirkungen eines EG-Beitritts auf die Lage von Frauen in verschiedenen Lebenssituationen in der Schweiz, in Europa und im Süden. Wir werden auch in der EG-Beitrittsdiskussion die Anliegen der Frauen, das Anliegen einer gerechteren internationalen Ordnung und die ökologischen Dimensionen vor die Themen des männlichen Machtkampfes um die Vorherrschaft in der Welt stellen.

FrAu-Arbeitsgruppe Europa/EG/EWR.
Verantwortlich für die Schlussredaktion:
Margrit Geiser, Basel und Stella Jegher, Zürich, Mitte August 1992

PC: 40-4196-1
4001 Basel
Postfach

**Bezugsadresse:**
Frauenrat für Aussenpolitik FrAu,
Postfach, 4001 Basel. Fr. 3.-

**Weitere Materialien bei derselben Adresse:**

- Euro-Test: Testen Sie Ihre Eurokompatibilität! Ein Beitrag zur schweizerischen Europa-Debatte vom Frauenrat für Aussenpolitik. Auch zum breiten Weiterverteilen gedacht!
- EG-Dokumentation zum FrAu-Forum 1991: Die EG als Herrschaftsprojekt. Informationen von A-Z. (100 Seiten A4, Fr. 25.-)
- EG: Frauen als soziale Dimension (Referate des FrAu-Forum 1991)

entnommen aus: Autonomer und internationalistisch-feministischer Widerstand!,
Zürich, Mai 1990, "Das Europa des imperialistischen Patriarchats...."

## Feministischer Widerstand: Objektive Bedingungen

Für uns als autonome, internationalistische Feministinnen kann es nicht darum gehen, zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen eines Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum oder gar zur EG zu wählen: Sie alle sind heute vereint im Ziel ihres Strebens, den CHer Imperialismus flott zu machen - nur über die Wege zum Ziel und über die Verteilung der Gewinne und Verluste sind sie nicht einig. Für uns gilt es, das sich schnell verändernde Kräftefeld abzuschätzen.
"Der längste Streik seit....", "militante Demos wie seit ... nicht mehr", ist zur Zeit aus allen Teilen der imperialistischen Welt zu hören. Die partiellen Erfolge, soweit angestrebt, sind meistens nahezu Null. (CHer Beispiel "Tribune de Geneve"). Das Hoffnungen auf verbessernde Reformen zum heutigen Zeitpunkt irreale Utopien sind, zeigt gerade das von den Gewerkschaften propagierte, "soziale Europa". Dazu zwei Beispiele:
1. Ein neo-reformistischer Teil des SGB setzt gewisse Hoffnungen in die "Freizügigkeit"der Personen gemäss EG-Recht. Wie oben dargestellt verschärft diese die familiäre Abhängigkeit und zwingt bei sinkenden Löhnen die Frauen und Kinder in die Schwarzarbeit.
2. Der SGB propagiert das Europa des Kapitals mit der Behauptung, die Schweiz könne mit seiner Hilfe den Rückstand bezüglich "Frauenförderung"aufholen.

### "Frauenförderung", Alibi der reformistischen Bürokratie

Wie alle patriachalen Systeme beruht die EG auf Frauenausbeutung und sexistisch-rassistischer Gewalt als die allgemeinster Ausbeutung und Gewalt. Alles obige ist leicht als Politik gegen die großen Massen der farbigen und weißen Frauen erkennbar, (die zunehmend auch Männer trifft): Sozialabbau, Marginalisierung und Verarmung ebenso wie der Männerkorps-/Freikorps-Charakter der auf den Faschismus an der Macht vorbereiteten Repressionsapparate. Wie alle "modernisierten" patriachalen Systeme verfügt die EG zugleich über eine "Frauenpolitk", welche die Frauen als Spezialfall neben dem allgemein-menschlichen (d.h. männlichen) ausgibt.
Die EG kennt drei Typen von Texten:
-- Resolutionen des Europaparlaments. Es handelt sich um Absichtserklärungen, die zu nichts verpflichten. (Das Europaparlament hat nur beratende Kompetenz).
-- Direktiven, die der Rat (Legislative der EG) beschließt. Jeder Mitgliedstaat engagiert sich daraufhin, die allgemein-formulierte Linie der Direktiven in sein internes Recht aufzunehmen.
-- Reglemente. Sie werden in den Mitgliedstaaten unmittelbar Gesetz, und zwar in der Formulierung des Rates.
Zur sogenannten "Frauenfrage" existiert kein einziges Reglement, aber sehr viele Resolutionen, meist gemäßigt-feministisch und von "sozialistischen" oder grünen Parlamentarierinnen eingebracht. Eine Resolution von 1987 verlangt ein autonomes Aufenthaltsrecht für immigrierte Frauen. Der Rat der EG hat auch einige Direktiven beschlossen: jene über Lohn- und Chancengleichheit (1975-6) blieben ohne Einfluß auf die Realität; jene über Gleichbehandlung in der Sozialversicherung (1978-9) trafen auf die (in der Regel stärkeren) Tendenzen zum Sozialabbau. Eine weitere Direktive zur Chancengleichheit (1981) mündete beispielsweise in Frankreich in ein Aktionsprogramm (1982-6) und eine Empfehlung für "positive Aktionen" (1984). Bilanz: In ganz Frankreich wurden kümmerliche 65 große Unternehmen für Frauenförderung subventioniert; Resultate waren bis 1989 keine veröffentlicht ... Das Programm wird aber weitergeführt. Eine weiter Direktive für gleiche Rechte von Vollzeit- und Teilzeitarbeitenden ist blockiert (mehrere Mitgliedstaaten setzen sie nicht um). Eine einzige Direktive hat gute Chancen, in allen Mitgliedstaaten sofort umgesetzt zu werden: die Aufhebung des Verbots von Frauennachtarbeit!
Auch die EG hat seit 1980 Aktionsprogramme, das dritte für 1991-6 ist zur Ze in Vorbereitung. Die Programme sind mit "ein bißchen Geld", verbunden, das ebenso für die Gründung von Kleinunternehmen durch Frauen vergeben wird wie für feministische Gruppen

....

## Radikaler, feministischer Widerstand

Die imperialistisch-patriarchale Umstrukturierung läßt sich nicht verhindern, solange das imperialistische Patriarchat steht. Sie läßt sich nicht einmal "sozial" aufbessern: Aus obigen dürfte klar geworden sein, daß das Großkapital die Probleme der Stagnation der Profitrate nicht mit grundsätzlich anderen Mitteln zu lösen plant als in den vergangenen Perioden. Der von der BRD dominierte, europäische Repressionsapparat ist schon heute besser auf einen Faschismus an der Macht vorbereitet als es der deutsche oder italienische in den 30er respektive 20er Jahren war. Das Großkapital hat dazu gelernt.
Wie in allen Stagnations- und Krisenperioden verlieren die reformistischen Bürokratien jede Möglichkeit, Widerstand in nennenswerten, partiellen Errungenschaften totlaufen zu lassen. Will das Großkapital nicht auf ihre Dienste der Zerstörung verzichten (es will noch nicht), so muß es ihnen neue Handlungsfelder zugestehen. "Europa" ist dafür geeignet: scheinbar neuartig, scheinbar "sozial" gestaltbar, sozial"partner"schaft-stiftend und mit sexistisch-rassistischen Ideologien assoziert. Vor allem ist es noch kaum mit Kampferfahrungen der ausgebeuteten Klasen verbunden, die zwangläufig auch negative Erfahrungen mit den reformistischen Bürokratien wären und radikale Bewußtseinsbildung sein könnten. Wie schnell und massenhaft dieser Prozeß von Radikalisierung und Diskreditierung des Reformismus vorangehen kann - die einzige Chance gegen das Projekt des Großkapitals - hängt von der theoretischen und praktischen Kraft des radikalen Widerstands ab. Unsere Aufmerksamkeit muß den Ansätzen radikalen, feministischen Widerstands gelten, weil er in keiner Frage Reformillusionen anhängt.
In mehreren westeuropäischen Ländern sind Ähnlichkeiten von Themenstellungen, Angriffszielen und Formen von Frauenwiderstand festzustellen. In Frankreich, England, BRD, Italien und auch in der Schweiz kämpfen Bewegungen von Spitalsangestellten-Frauen gegen Frauenarbeitsbedingungen und -löhne, Sparmaßnahmen im Gesundheitssektor und patriarchale Medizin.
Da und dort koordiniert sich Frauenwiderstand bewußt international. Gegen sexistische Gewalt gibt es Aktionstage, an denen Frauen in mehreren Trikont- und Metropolen-Ländern auf die Strraße gehen. Gegen die wachsende Frauenarmut in der EG gibt es (vorläufig leider europäisch beschränkte) Tribunale und Arbeitsgruppen. Gegen die Gentechnologie hat sich eine internationale, feministische Bewegung organisiert. Eine Frauengruppe aus Holland beteiligt sich an einer Besetzung der EG-Kommision in Brüssel durch radikale Gruppen von Männer und Frauen aus mehreren westeurop. Ländern inklusive Schweiz.
Die Ähnlichkeiten sind zunächst Ausdruck der Internationalisierung des Feindes.
Oft gibt es erst die Ähnlichkeiten, und nicht den bewußten Bezug. Oft bleibt der Widerstand in der (aussichtslosen) Abwehr von Elementen des Umstrukturierungsprojekts stecken, und macht nicht den Schritt zum Angriff gegen das System als Ganzes. Oft gerät die Notwendigkeit der feministischen Autonomie aus dem Blick, oder ihr Inhalt verschwimmt.
Aber in den unterschiedlichen Kämpfen entstehen Gemeinsamkeiten der Erfahrung, die das bewußte und gezielte Zusammenkommen der Kämpfe vorbereiten.
Dieses gilt es voranzutreiben.

8.3. SCHWEIZ -1983

Erika Pircher

# ARBEITSKRAFT HABEN WIR GEHOLT
## Weibliche Alternativen zum Binnendenken in Europa[1]

### I. Der normierte Mensch/Entstehung und Entwicklung der Frauenpolitik der EG

Als die EG-Väter bei der Gründung der EWG 1957 an uns Frauen und Fremde dachten, machten sie den ersten Fehler. Fehler deshalb, weil sie, die männliche Perspektive als Norm verstehend, nur das halbe Blickfeld im Auge hatten. Sie verorteten uns dort, wo wir nicht *nur* sind, sondern *auch* sind – am Arbeitsmarkt. Sie machten den zweiten Fehler, als sie über Paragraphen unsere Situation als erwerbstätige Frauen durch Verankerung der Gleichbehandlung beim Lohn in den mittlerweile historischen „Römischen Verträgen" verbessern wollten. Im knallharten Spiel um den Sieger in „Wer hat die Definitionsmacht im Land?" stritten die Gründungsväter damals wie auch die Akteure heute um Chancengleicheit, nicht für Frauen, sondern für die Betriebe und deshalb für die Männer selber. Keiner sollte einen Konkurrenzvorteil erwirtschaften, wenn er seine Frauen niedriger entlohnt als die Männer in anderen Ländern.

Wir EG-Bürgerinnen, weibliche und ausländische Arbeitnehmerinnen – die Doppelstellung ergibt sich daraus, daß wir in jedem anderen Land zu Ausländerinnen werden – werden somit an der Euro-Norm-Größe „inländische Männer" gemessen, ihnen aber nicht gleichgestellt. Wir selber werden plötzlich – ausnahmsweise – zum Maß aller Dinge erklärt und (sollen) als Gruppe in allen EG-Mitgliedsländern gleich behandelt (werden). So die Eurosophie. Kurz und gut, ob in der EG-Frauenpolitik, ob in der EG-AusländerInnenpolitik, in beiden Fällen bleiben wir als ureigene Kinder der sechs Gründungsväter[2] bis in die späten 70er Jahre ausschließlich Objekte. Als viele dieser „Objekte" in den frauenbewegten 70er Jahren den (Ehe)Männern und damit dem System zu entfleuchen drohten und ihre Subjektwerdung anzeigten, ließen die EG-Männerbündler aus Angst vor Unterstützungsverlust ein paar „Zuckerln" in Form von Richtlinien, die ausschließlich den Arbeitsmarkt betrafen (Entgeltrichtlinie, Gleichbehandlungsrichtlinie, Gleichbehandlung bei der sozialen Sicherheit etc.), produzieren: Später, in den 80er Jahren, als das politische Klima durch PolitikerInnen wie Thatcher und Kohl allgemein kühler wurde und der Aufbruch der Frauen seine Grenzen zeigte, konnte auch in der Frauenpolitik wieder etwas zurückgenommen werden: Aus Richtlinien wurden Empfehlungen, sozusagen aus Zuckerln wurde Zuckerlersatz. Die Heilsbotschaft der späten 80er und der 90er Jahre, die von allen – insbesondere institutionellen – Seiten besonders strapaziert wird, bleibt dabei die Empfehlung über Positive Aktionen (aus dem Jahr 1984); dies mittlerweile auch in Österreich. Doch die seit Beginn der 80er Jahre existierenden EG-Aktionsprogramme für Frauen scheinen

nur beschränkt zu wirken, denn mittlerweile sind wir beim dritten Aktionsprogramm angelangt, ohne daß sich in unserem Lebens- und Arbeitszusammenhang qualitativ eine Änderung ergeben hätte.

### II. Kritik an der EG-Frauenpolitik

Die Bilanz über diese weit über 30 Jahre praktizierte Gleichbehandlungs-Politik fällt, wie beispielsweise Hervé[3] kritisch konstatiert, ziemlich mager aus. Auf der Positivseite vermerkt sie folgendes: einen zunehmenden Wunsch von Frauen nach Erwerbstätigkeit, eine zunehmende Erwerbsquote, eine Bildungsoffensive, Verbesserungen beim Eltern- und Erziehungsurlaub, neue Frauenrechte am Arbeitsplatz, Änderungen im Familienrecht und beim Schwangerschaftsabbruch, Bewußtseinsentwicklung in Richtung Gleichheit und Selbstbestimmung.

Auf der Negativseite schaut es ziemlich trist aus, und auch die Perspektiven geben wenig Anlaß zur Freude: besondere Betroffenheit von Frauen durch Erwerbslosigkeit, Tendenz hin zu Prekarisierung der Arbeitsplätze, wachsende Armut, ausgeprägtes Lohngefälle. Die Realisierung des Europäischen Binnenmarktes ab 1993 droht die Lebenszusammenhänge von Frauen sogar zusätzlich zu verschlechtern.[4] Und dies obwohl – oder gerade weil – alle getroffenen geschlechtsspezifischen Maßnahmen unter der Flagge segeln, endlich Chancengleichheit zwischen Mann und Frau herzustellen, d. h. die Arbeitszusammenhänge von Frauen an jene von Männern anzupassen. In der EG-Logik bedeutet dies, am Arbeitsplatz noch für Frauen verbliebene (offene) Diskriminierungen abzubauen und die Konkurrenzfähigkeit (zwischen wem?) zu erhalten.

Konkret geht es u. a. um die Aufhebung des Sonntags- und Nachtarbeitsverbots in einigen Ländern und die geplante Anhebung des Rentenalters für Frauen etc.

Es ist aber ein weit – insbesondere von zumeist in die staatliche Steuerungs- und Verwaltungslogik auf verschiedenen Hierarchiestufen der einzelnen Länder fest eingebundenen Frauen (verantwortlichen) – kolportierter und praktizierter Irrtum zu glauben, die Lösung der Benachteiligung von Frauen wäre in der Anpassung der Situation von Frauen an jene von Männern zu suchen.

1 Der geplante Workshop ist mehreren organisatorisch bedingten Hindernissen zum Opfer gefallen. Über fachlich und kulturell bedingte Verschiedenheiten und Grenzen hinweg wollte ich darin an/diskutieren, WAS die EG-Frauen- und Fremdenpolitik in Europa ausmacht und WIE sich eine – im doppelten Sinn – grenzüberschreitende Frauenpolitik gestalten sollte. Da wir uns hierzu noch nicht auseinandergesetzt haben, um bereits Antworten geben zu können, versuche ich in den folgenden Anmerkungen zumindest ein paar Fragen zu umreißen.

2 Die Gründungsväter waren die Staatsoberhäupter der folgenden sechs Länder: Frankreich, Italien, BRDeutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg.

### III. Die sexuelle Differenz und ihre Folgen

Menschen, Frauen und Männer, AusländerInnen, werden nach der EG-Logik hauptsächlich in ihrer Funktion als Arbeitskräfte gesehen. Dementsprechend sind auch die einzelnen Bestimmungen, ob im Gründungsvertrag, ob in den Richtlinien oder in den Empfehlungen, formuliert. Vom Menschen wird nichts anderes als dieser Aspekt wahrgenommen. Wichtig für den Erfolg sind Werte wie räumliche Mobilität, zeitliche und organisatorische Flexibilität, Führungskapazitäten und die Bereitschaft, das System zu akzeptieren und sich daran anzupassen. Während diese Werte für die einen die Ausübung von Herrschaft vorsehen, bedeuten sie für die anderen Unterwerfung unter eine bestimmte – sie nicht miteinschließende – Logik.

In seiner Funktionalisierung wird der Mensch auf eine einzige Funktion reduziert: auf jene als Arbeitskraft, die für den Markt zu produzieren hat. Darin äußert sich auch die Einseitigkeit und Beschränktheit des Funktionierens des männlichen Definitionsmonopols. In der Metapher der Reduktion des Menschen auf sein „Skelett", wobei die geschlechtsspezifischen und kulturellen Aspekte, die das Fleisch ausmachen, einfach weggeschnitten sind, zeigt sich dies am deutlichsten. Nicht nur die Vielseitigkeit des Menschen, nämlich die Ganzheitlichkeit des Produzierens und Re-Produzierens, sondern auch die Bedürfnisse der Menschen außerhalb der Arbeit werden dadurch ausgegrenzt. Dies trifft allgemein zu, betrifft AusländerInnen aber besonders.

Diese Politik der Reduktion scheint das Normale, das Männliche, die Norm schlechthin zu sein. Sie gründet insofern auf einem männlichen Ansatz, als die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeitskraft, für deren Befriedigung Frauen gesellschaftlich als zuständig erklärt werden, vollends ignoriert werden. Diese Analyse kann auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen angewandt werden, genauso aber auch auf jene von MigrantInnen.

### IV. Perspektivische Fragestellungen

Ausgehend vom Ansatz der sexuellen Differenz müssen wir uns überlegen, wie das männliche Definitionsmonopol und damit das vorherrschende Binnendenken in der westeuropäischen EG-Frauen- und AusländerInnenpolitik durchbrochen werden kann. Feministinnen diskutieren zwar in ihren jeweiligen Ländern, bleiben dabei aber entweder auf nationaler oder sprachgruppenbezogener Ebene stecken. Ein Beispiel dafür ist die heftige Debatte um eine geschlechtsspezifische Sicht beim EWR-Referendum im Herbst 1992 seitens der Schweizer Feministinnen, bei dem pro und contra EWR in der Gegenüberstellung von „Mutter Helvetia und Madame Europa"[5] gipfelten. In Österreich, mit seiner seit den frühen 70er Jahren aktiven Frauenbewegung und einer (hoch)entwickelten Institutionalisierung von Frauenpolitik, blieben die Feministinnen bislang an den von den Parteien bzw. Bewegungen vorgegebenen Entscheidungsmöglichkeiten „Für oder Wider die EG" haften. Eine unabhängige, selbständige Diskussion aus Frauensicht zum EWR oder zur EG fand nicht statt. Dies zieht für mich die Frage nach sich, wie und unter welchen Bedingungen eine Diskussion über den Umgang mit der männlich dominierten Frauenpolitik auf gesamtwesteuropäischer Ebene überhaupt zu leisten ist, wenn nicht einmal die nationale hinterfragt wird?

Zur Beantwortung müssen mehrere Faktoren vorab geklärt werden:

Erstens: Wie läßt sich eine theoretische Diskussion zwischen den nationalen bzw. sprachgruppenbezogenen Frauenbewegungen realisieren? Wenn sich das Verständnis von Arbeit allein auf Erwerbsarbeit bezieht, wie es uns die EG-Politik über die Beschränkung ihrer Bestimmungen auf eben diesen Bereich seit jeher vorexerziert, dürfte es nicht allzu schwierig sein, die entsprechenden Bestimmungen im gegenwärtigen Vereinheitlichungsprozeß zu harmonisieren. In diesem Fall geht es ja nur um die Anpassung der jeweiligen nationalen Gesetze an eine einheitliche Euro-Norm. Anders hingegen ist es, wenn die Diskussion umfassend geführt, also Erwerbsarbeit und Haus- und Familienarbeit miteingeschlossen werden sollen. Dann stellt sich nämlich die Frage nach den kulturellen Differenzen, die es zweifellos gibt und die auch als solche von den Feministinnen wahrgenommen werden.

Zweitens: Wie sollen eine Koordination der Diskussion und die Bestrebungen um eine Reform der Frauenpolitik auf gesamtwesteuropäischer Ebene überhaupt aussehen? Da dies eine multikulturelle Fragestellung ist, kann die jeweilige nationale Koordination der Frauenpolitik, die sich nach einem bestimmten kulturellen Muster gestaltet,

3 Vgl. HERVÉ (Hrsg.) 1991: 16f.
4 Vgl. dazu RANDZIO-PLATH 1990: 76ff. sowie KRANNICH 1991: 24ff.

nicht einfach auf die internationale Ebene übertragen werden. Wie schwierig dies unter den herrschenden, frauenseparierenden Bedingungen ist, illustrieren für mich – aus eigener Erfahrung – die Kommunikationsprobleme zwischen den Frauenbewegungen bzw. der feministischen Forschung des deutschen und des italienischen Sprachraumes. Erstmals im Zusammenhang mit der Ausformulierung des italienischen Ansatzes der Geschlechterdifferenz durch die mittlerweile international bekannt gewordene „Libreria delle Donne di Milano" Ende der 80er Jahre fand eine umfassende Rezeption der Denkarbeit italienischer Feministinnen im deutschen Sprachraum statt. Die Auseinandersetzungen darob, die unter anderem im Rahmen einer großangelegten Tagung in der BRD[6], aber auch in einem interdisziplinären Seminar der Grazer Wissenschafterinnen[7] ausgetragen wurden, zeigten mehr als nur zwei Pole des gegenwärtigen Spektrums feministischer Theoriebildung. Sie machten auch den kulturell bedingten, unterschiedlichen feministischen Blick auf die Gesellschaft deutlich. Warum kann in einem Sprachraum der Ansatz des „Affidamento" (Sich-Anvertrauen) zu einem zentralen Moment der feministischen Praxis und damit des Sich-Einschreibens von Frauen in die Gesellschaft werden und in einem anderen nicht angenommen werden? Bedeutet dies nun fehlende Einsicht in die Praxis, oder läßt es auf ein anderes kulturelles Herangehen schließen? Wenn wir wieder zur Ausgangsfragestellung zurückgehen, wird deutlich, daß hier nicht nur Geschlechterdifferenz, sondern auch die kulturellen Differenzen aufeinanderprallen – als Feministinnen müssen wir beides berücksichtigen.

Drittens: Inwiefern müssen/wollen wir die von Männern gestaltete Strukturlogik verlassen und uns eigene – nach unserem Maßstab gemessene – Strukturen schaffen? Das bedeutet: Bauen wir lediglich an einer weiblichen Anti-EG und bleiben über diese Form des Widerstands innerhalb des Definitionsmonopols, oder aber überschreiten wir alle unsere Grenzen und setzen uns mit den anderen Frauen in Europa (neben den EG-Frauen auch mit den Nicht-EWR-Frauen im EWR und den osteuropäischen Frauen) gleichwertig auseinander?

6 Vgl. insbesonders die Beiträge von Cavarero, Klinger, Prengel, Bennholdt-Thomsen in: GERHARD et al. (Hrsg.) 1990.

7 Vgl. INTERDISZIPLINÄRE FRAUENSTUDIEN DER UNIVERSITÄT GRAZ (Hrsg.) 1991.

***Redebeitrag der Frauen - Lesben Demo in Innsbruck, 13.6.92, Gegen EG/EWR***

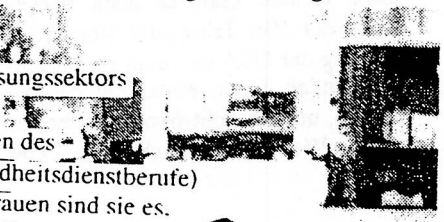
Die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die Frauen leisten, ist weitaus größer als die der Männer. Und dennoch schwinden die Chancen der Frauen, sich eine eigenständige Existenz, d.h. unabhängig von Eltern, Männern und Staat, sich aufzubauen und zu sichern.

Der Europäische Arbeitsmarkt bietet Frauen ein relativ enges Berufsfeld. Frauen finden vorwiegend niedrig qualifizierte, unsichere, niedrig bezahlte, physisch und psychisch hoch belastete Arbeitsplätze. Trotz wachsender Bildung und Ausbildung werden Frauen weiterhin diskriminiert: die verschiedenen Gesetze zur Gleichstellung von Männern und Frauen haben die drastischen Lohnunterschiede nicht beseitigt. Im Gegenteil: in den EG-Staaten liegt der Stundenlohn der Frauen zwischen 15 und 40% unter dem durchschnittlichen Einkommen der Männer. (GB: 31,5%, Island 33,4%, Luxemburg 36,5%).

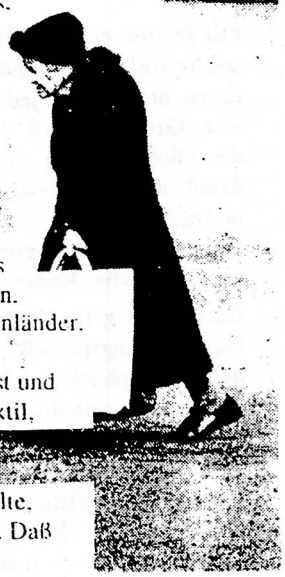
Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung tragen Frauen nach wie vor die Verantwortung für Haushalt und Kinder. Sie werden als Arbeitnehmerinnen betrachtet, die nur ein sogenanntes "unterstützendes" Einkommen für die Existenz beisteuern und daher für unbezahlte Arbeit, vorübergehende Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitarbeit in der Logik der Herren prädestiniert sind.

Eg und EWR bedeuten zunehmend verschärfte Konkurrenz der Unternehmer am gemeinsamen Markt. Um die Profitraten zu sichern, werden die Produktionskosten reduziert. Um die Kosten für Arbeitskräfte zu minimieren, werden unter dem Schlagwort "Flexibilisierung der Arbeitskraft" nicht nur bezahlte

Arbeitsplätze auf ein Mindestmaß reduziert, sondern es bedeutet auch Wegrationalisierung von Frauenarbeitsplätzen, verstärkte Nutzung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung, Leih-und Heimarbeit, Abrufbeschäftigung, Saison- und Gelegenheitsarbeit, befristete Arbeitsverträge. Flexibilisierung heißt aber auch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wie fehlender Kündigungsschutz, keine Teilhabe an einem betrieblichen Pensionsfonds, Streichung von freiwilligen sozialen Leistungen, Schließung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen.



Der höchste Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen besteht im Bereich des Dienstleisungssektors und hier wurden die einschneidensten arbeitspolitischen Veränderungen am effektivsten durchgesetzt. In den vergleichsweise niedrig entlohnten Branchen des und Hilfskräfte, Gesundheitsdienstberufe) arbeiten vorwiegend Frauen (70%). Neben dem niedrigen Einkommen der Frauen sind sie es, die in besonderem Ausmaß durch Rationalisierung und Automation von Kündigung oder Entlassung bedroht oder betroffen sind und in der Folge in ungeschützte Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden.



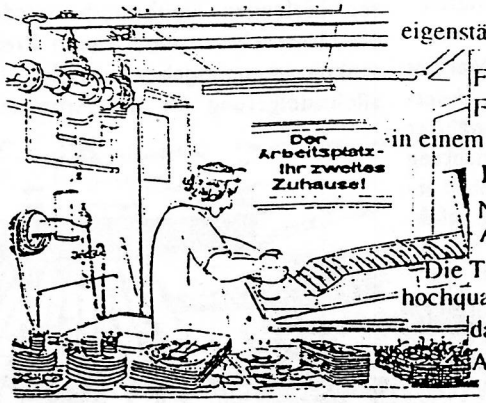
Die Arbeitslosenrate der Frauen in den EG-Staaten ist fast doppelt so hoch wie die der Männer (Frauen 11.9. Männer 75). Bereits 55% der Langzeitsarbeitslosen sind Frauen und diese Tendenz ist steigend.

Aufgrund der Unterbezahlung bekommen Frauen dann eine demnetsprechend niedrige Unterstützung vom Arbeitsamt. Besteht ein illegales Dienstverhältnis wie z.B. in Spanien, wo 42% der Frauen "schwarz" arbeiten, so können nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses überhaupt keine Ansprüche geltend gemacht werden. So steigt im Alter die Armut der Frauen.

Im Bereich der Produktion verstärkt sich in EG/EWR die Tendenz der Abwanderung in Billiglohnländer, der Automatisierung und der Schließung von Unternehmen in den Industriestaaten. Das Kapital bevorzugt Randgebiete, in denen ein großes Reservoir an weiblichen Arbeitskräften vorhanden ist und unsichere Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen. Vor allem in arbeitsintensiven Sektoren (Textil, Leder, Nahrungsmittel, Spielzeug, Elektronik) wird auf illegale Arbeit zurückgegriffen.

Obwohl in der gesamten EG die Erwerbstätigkeit (von Frauen) insgesamt steigt, bleibt der geschlechtsspezifisch gespaltene Arbeitsmarkt bestehen. Die Aufspaltung der Arbeit in gutbezahlte, schlechtbezahlte und unbezahlte Arbeit ist die wichtigste Voraussetzung für die erzielten Profite. Daß Frauen vermehrt zu unbezahlter Arbeit in Form von ehrenamtlicher Arbeit, Konsumarbeit und Pflegearbeit gezwungen werden, ist ein entscheidender Faktor in der Kalkulation der Konzernleitungen und Regierungen.

Auch die von der EG so hoch gepriesene Freiheit des Personenverkehrs entpuppt sich bei genaueren Hinsehen als Zwang zur Mobilität. Freizügigkeit ist bis 1992 an Erwerbstätigkeit gebunden , ein




eigenständiges Aufenthaltsrecht für Familienangehörige fehlt völlig.

Für Frauen heißt das Nachzugspflicht ohne Rechte. Denn wenn Frauen sich mit ihren (Ehe)Männern oder Familienangehörigen in einem EG-Land niederlassen, erlischt für sie das Aufenthaltsrecht bei Beendigung des Dienstverhältnisses ihrer Verwandten.

Nur wenigen Frauen bietet sich außerdem die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Qualifikationen entspricht. Die Tendenz geht in Richtung "Überqualifikation". Die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen in den EG-Staaten ist die Ausnahme, da hoch dotierte, mit Entscheidungskompetenzen ausgestattete Arbeitsplätze fast ausschließlich an Männer vergeben werden.

Dienstleistungssektors (Handelsangestellte, Bürofach-

**Für Frauen stellt sich meist nicht die Frage, ob, wann, wo und unter welchen Bedingungen sie einen Arbeitsplatz annehmen, denn die Armut ist auch in der EG weiblich.**

aus: BUKO-MATERIALIEN 1990

# EG '92 - ELDORADO FÜR KONZERNE

## Strategien der Multis im Zusammenhang mit der Entstehung des Europäischen Binnenmarktes und deren Auswirkungen

Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist seit ihrer Konstituierung durch die Römischen Verträge im Jahre 1957 (damals Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) maßgeblich gekennzeichnet durch die Dominanz der ökonomischen Dimension der Integration. Demokratische, ökologische und soziale Perspektiven kamen im Prozeß der europäischen Einigung von Beginn an zu kurz, und dies nicht ohne Grund: Galt es doch bereits Ende der 50er Jahre, der Vormachtstellung der USA und dem rasant aufstrebenden Japan etwas entgegenzusetzen, um die polit-ökonomische Position Westeuropas sichern zu können.

Mit Beginn der 80er Jahre ließen die innere Reformnotwendigkeit der EG, deren Struktur in jeder Hinsicht an ihre Grenzen stieß (Eurosklerose), die Globalisierung der Märkte und damit des Wettbewerbs eine Weiterentwicklung der Staatengemeinschaft unerläßlich erscheinen. Logische Konsequenz war die Entscheidung für den beschleunigten Durchsetzungsprozeß zur Einführung des Europäischen Binnenmarktes, sprich einer einheitlichen Wirtschafts- und Währungsunion der Mitgliedsländer mit Freizügigkeit für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte. Die Beseitigung nationalstaatlicher, innereuropäischer Marktzutrittsschranken soll die Neuformierung des Kapitals in Europa mittels einer weltmarktorientierten, konzertierten Produktivkraftentwicklung unterstützen und somit die Basis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa sichern. Auf diese Weise erwiesen sich die Kapitalinteressen, gewissenhaft vermittelt durch die Damen und Herren Politiker von EG-Kommission und Ministerrat, abermals als die treibenden Kräfte der westeuropäischen Integration.

Bereits die der Implementierung des Gemeinsamen Marktes vorausgehende, mit dieser aber eindeutig korrelierten wirtschaftliche Dynamik läßt vermuten, daß eben diese Rechnung aufgeht. Die Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen und der internationalen Arbeitsteilung, die mit der Schaffung des weltweit kaufkräftigsten Binnenmarktes von zur Zeit etwa 320 Mio. Konsumenten einhergeht, wird hauptsächlich durch Transnationale Unternehmen geprägt. Nach der Devise "Äußere Effizienz braucht innere Effizienz" werden insbesonders die Konzerne durch enorme Verbesserungen der Verwertungsbedingungen begünstigt. In den ökonometrischen Szenarios gelten die Multis als die Katalysatoren des zu erwartenden Wirtschaftswachstums.

### Die Strategien ...

Trotz Verschuldungskrise, Börsen-Crashs und Massenarbeitslosigkeit: Die kapitalistischen Ökonomien der 1/3-Welt boomen wieder. Begleitet wird dies von nie zuvor verzeichneten Profitsteigerungen der Transnationalen Unternehmen, die ihre Rolle als führende Akteure der Weltwirtschaft zunehmend festigen können. Ihr Feldzug zur Eroberung der internationalen Märkte hat in der jüngsten Zeit durch die Vorbereitung auf EG '92 einen beträchtlichen Schub bekommen. Die Neugliederung des durch den Wegfall der innergemeinschaftlichen nichttarifären Handelshemmnisse nunmehr überaus attraktiven EG-Marktes durch die Transnationalen Unternehmen geschieht mittels bewährter Strategien, die durch ihre Ausrichtung auf den westeuropäischen Kontext jedoch eine neue Akzentuierung erfahren.

Wiedergeburt der Dinosaurier

Konzentrationswelle, Fusionsfieber und take-over-boom: Nichts hat der Öffentlichkeit den nahenden Binnenmarkt bewußter werden lassen als die unzähligen Meldungen über den Kaufrausch der Konzerne. Und in der Tat belief sich ein Großteil der weltweit zu verzeichnenden Konzentration auf die europäische Wirtschaftslandschaft. Alles, was im Big Business Rang und Namen hat, ist versucht, seine gut gefüllte (Kriegs-)Kasse möglichst effizient auf Europa zu verteilen, um sie durch eine gute Präsenz am Markt nach 1992 umso schneller wieder füllen zu können. Angesichts der sich schon jetzt abzeichnenden Ausdünnung der europäischen Unternehmensszene fürchtet der Chef der bundesdeutschen Wettbewerbshüter, Wolfgang Kartte, daß Europa zu einem "riesigen Rollfeld für Konzerne" werden könnte (HB 20.6.89). So berechtigt dieser Einwand auch ist, er kommt eindeutig zu spät: Die jüngst ratifizierte, recht softe EG-Fusionskontrolle hat den Binnenmarkt wohl vorerst unabänderlich zu einer Exklusivveranstaltung für Großunternehmen gemacht. Hinter dieser Entscheidung steckt Methode; sollen doch die Konzerne die Zugpferde der makroökonomischen Konjunkturbelebung sein. Die Argumentation der EG-Ökonomen ist die folgende: Der Abbau der Grenzkontrollen führt zu Kostensenkungen bei den Unternehmen. Aufgrund des sich verschärfenden Wettbewerbs werden die Unternehmen diese durch Preissenkungen weitergeben, was eine Reallohnsteigerung für die Arbeitneh-

mer und somit mehr Nachfrage bedeutet. Aus dem Nachfrageschub resultieren wiederum kostensenkende Effekte durch Skalenvorteile und Produktivitätssteigerungen; diese ermöglichen wegen gesunkener Stückkosten Lohnerhöhungen und einen erneuten Konsumschub ... Im Klartext: Erst die Verbesserung der Angebotsbedingungen macht es. Und Konzentration ist ein zentrales Instrument dieser neoklassisch durchfärbten Doktrin.

Im Einzelnen vollzieht sich die Konzentration durch externes Wachstum (Übernahmen, Beteiligungen, Fusionen) und implizit auch durch Kooperationen. Dabei weisen vor allem die Übernahmen eine neue Qualität auf: Während bis vor einigen Jahren in der Regel vornehmlich "kleinere" Unternehmen Opfer des Akquisitionstriebes der Konzerne waren, hat neuerdings auch bei den Großunternehmen das große Fressen untereinander eingesetzt. Da sich dieser Prozeß branchenübergreifend vollzieht, geraten zunehmende Teile nationaler Volkswirtschaften sowie internationaler Märkte unter die Kontrolle weniger diversifizierender Konglomerate.

Reicht die Finanzkraft oder Marktmacht für eine vollständige bzw. mehrheitliche Übernahme lukrativer Unternehmen nicht aus, gewährleisten Minderheitsbeteiligungen oder besser noch Fusionen und zunehmend auch Kooperationen in Form von Joint Ventures, daß der Fisch nicht vollends durch die Lappen geht. Das neue Zauberwort lautet "Synergieeffekte". Nach dem Motto "1+1=3" sollen derartige Konzentrationsprozesse für die Partner mehr bringen als die bloße Addition von Umsätzen und Marktanteilen. Vielmehr sollen Produktpaletten, Forschungs- und Fertigungskapazitäten etc. einander ergänzen und eine schlagkräftigere Position am Weltmarkt sichern. Die logische Konsequenz solcher Zusammenarbeit bzw. Zusammenschlüsse ist oftmals massiver Belegschaftsabbau (jüngstes Beispiel: Siemens/Nixdorf).

Daß diese riesigen Wogen der Konzentration schnell in eine monopolkapitalistische Sturmflut umschlagen können, lassen Äußerungen des AEG-Vorstandsvorsitzenden Dürr in seiner Funktion als Inhaber eines mittelständischen Maschinenbauunternehmens befürchten. Dürr fordert als Antwort kleinerer und mittlerer Unternehmen auf den Binnenmarkt Verbundunternehmen des Mittelstandes. Diese "Mittelstandsmultis" sollen aus mehreren, durch Überkreuzbeteiligungen miteinander verknüpften Unternehmen bestehen und mittels intensiver Kooperation den "Großen" Paroli bieten können (HB 2.11.89).

Daß die Politik nicht nur die erforderlichen Rahmenbedingungen für ein konzernfreundliches Klima schafft, sondern mitunter strukturpolitisch auch selbst aktiv wird, zeigt folgendes Beispiel aus Frankreich: Mit Blick auf die "Verquickung von Industrie- und Bankenmacht in der BRD" strukturiert die französische Regierung gegenwärtig die gesamte (verstaatlichte) Chemieindustrie um, um den drei übermächtigen IG-Farben-Nachfolgern die Stirn bieten zu können (HB 16.1.90). Gerade aufgrund der - trotz aller Wettbewerbsrhetorik nach wie vor bestehenden - nationalen industriepolitischen Interessen besteht die Gefahr, daß der ohnehin schon rasche Konzentrationsprozeß über das "normale", dem System immanente Maß hinaus beschleunigt wird (siehe auch Daimler-Benz/MBB).

Angesichts dieses beschleunigten Konzentrationsprozesses und der daraus resultierenden absoluten Größe und des relativen Gewichts der Transnationalen Unternehmen gibt ein Blick auf die Herkunftsländer der größten EG-Unternehmen Anhaltspunkte für die Konsolidierung oder Veränderung von Dominanzpositionen innerhalb der EG.

Da die bundesdeutschen Konzerne die meisten Kernsektoren dominieren, wird die BRD ihre Hegemonialposition in der EG festigen oder gar ausbauen können. Eine Übernahme der DDR dürfte dieser Tendenz auch nicht gerade im Wege stehen.

**Mehr Gewinne mit immer weniger Leuten**

Nach Einschätzung eines wissenschaftlichen Beraters von General Motors sind 2/3 der Produktionsprozesse rationalisierbar. Daß diese Ansicht in den Vorstandsetagen auf offene Ohren stößt, zeigen die umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre. Diese sind nicht mehr nur als Produktionskostensenkungen im klassischen Sinne zu verstehen; vielmehr existiert ein Bündel von Maßnahmen, um auch in Zeiten stagnierender Märkte profitstrotzende Bilanzen produzieren zu können.

Durch den forcierten Einsatz Neuer Technologien wird die Kapitalintensität sämtlicher Transaktionen erhöht mit dem Resultat, daß zum einen die Outputleistung der Produktionsanlagen steigt und zum anderen Arbeitskräfte eingespart werden können. Laut einer Unternehmensbefragung sollte sich 1989 der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen an den Bruttoinvestitionen auf 49% belaufen. In den Jahren zuvor hatte er noch um die 30% gelegen (taz 21.4.88).

Im Zuge der fortschreitenden Automatisierung von Produktionsabläufen stieg die Anzahl der in der BRD eingesetzten Industrieroboter von 1.250 in 1980 auf bereits 17.700 im Jahr 1988. Eine Studie des DIW sieht für Industrieroboter bis zum Jahr 2000 ein Absatzpotential von etwa 60.000 Stück, was einen Verlust von ca. 200.000 Arbeitsplätzen ausmacht (SZ 8.3.89). Der Siegeszug der "Roboter", die im übrigen auch eine willfährige Belegschaft darstellen, die weder krank feiert noch streikt und auch nachts und am Wochenende arbeitet, scheint nicht mehr aufhaltbar. Die Vision der von wenigen, hochqualifizierten Arbeitern betriebenen Maschinenparks ist zumindest in einigen Sektoren in greifbare Nähe gerückt.

Ein noch relativ junges Instrument auf der Ebene der technologisch-organisatorischen Rationalisierung ist die zunehmende Einführung von sogenannten "Just-in-time"-Systemen (Jit) und die damit verbundene Ausgliederung von peripheren Herstellungsprozessen. Dies bedeutet eine Umstrukturierung der betrieblichen Transaktionen hin zu einem System, welches durch eine rechnerintegrierte Steuerung sämtlicher Arbeitsprozesse, angefangen mit der Arbeitsvorbereitung über Einkauf, Produktion etc. bis zum Marketing, gekennzeichnet ist. Zentrales Moment dieser Unternehmensstrategie ist die Verringerung der Fertigungstiefe: Der Anteil der über den Markt (von hochspezialisierten und somit kostengünstigeren Zulieferbetrieben) bezogenen Vor- und Zwischenprodukte wird vergrößert. Diese Konstellation bietet für die Unternehmen Vorteile verschiedenster Art:

- ausdifferenzierbare Teilefertigungen können in Regionen bzw. Branchen mit niedrigeren Tarifabschlüssen verlagert werden
- durch die computerisierte Vernetzung mit den Zulieferbetrieben und den dadurch möglichen bedarfsorientierten Materialzufluß können Lagerkosten (bei Mercedes-Benz z.B. 50 Mio. DM pro Tag) auf die Zulieferer überwälzt werden
- aufgrund des exakt disponierbaren Arbeitskräftebedarfs können Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbedingungen vorangetrieben werden
- die Optimierung der Logistik birgt ein Produktivitätssteigerungspotential von ca. 20% (HB Beilage 13.7.89)
- aufgrund der erforderlichen Anlagenspezifität bei den meist mittelständischen Zulieferern erlangen die Großabnehmer annähernd ein Nachfragemonopol, das ihnen die Möglichkeit gibt, den Zulieferern Bedingungen aufzuzwingen (bisweilen verschwimmen aufgrund der einseitigen Abhängigkeit zwar nicht de jure, aber faktisch die Unternehmensgrenzen).

Die BRD ist im Jit-Bereich führend in Europa. Etwa 1/3 der Industriebetriebe wenden Jit bereits an (HB Beilage 13.7.89).
Diese nur in groben Umrissen skizzierte Rationalisierungsinitiative ist vor dem Hintergrund enormer Profite zu reflektieren: Das im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt vielzitierte Totschlagargument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit läßt keinen Zweifel aufkommen, daß den Unternehmen auch in Zukunft trotz ausgezeichneter Bilanzen "keine andere Wahl bleibt" als Arbeitsplätze wegzurationalisieren, "um die übrigen sichern zu können".
"Made in Europe" ist angesagt

Klassische Internationalisierungsinstrumente der Transnationalen Unternehmen sind Exporte und Direktinvestitionen. Die zunächst nahezu ausschließliche Belieferung internationaler Märkte durch Exporte wurde zunehmend durch weltweite Direktinvestitionen ergänzt. Dabei läßt sich seit Beginn der 80er Jahre im Zuge struktureller und konjunktureller Veränderungen (technologische Innovationen, Verschuldungskrise etc.) ein Wandel der geographischen Reichweite beobachten. Die jüngsten Direktinvestitionsströme konzentrieren sich in beträchtlichem Maße auf die westlichen Industrieländer (und hier aufgrund des Binnenmarkteffektes auf die EG-Mitgliedsstaaten) und beziehen nur noch einige wenige, bestimmte Kriterien erfüllende Schwellenländer als Anlageregionen in den Entwicklungsländern mit ein. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß sich, wie mitunter pauschal behauptet wird, die Konzerne aus der 3. Welt zurückziehen. Zwar sind in den Direktinvestitionsstatistiken fast aller Entwicklungsländer signifikante Einbrüche zu verzeichnen, dies hat jedoch in der Regel nicht die Konsequenz, daß sich die Transnationalen Unternehmen von ihren Töchtern in der 3.Welt trennen. Wenngleich die Absatzvolumina dort derzeit stagnieren, besteht zumindest im Hinblick auf die Schwellenländer ein großes Interesse an einer fortdauernden Präsenz am Markt, wobei die folgenden Gründe den Ausschlag geben dürften:

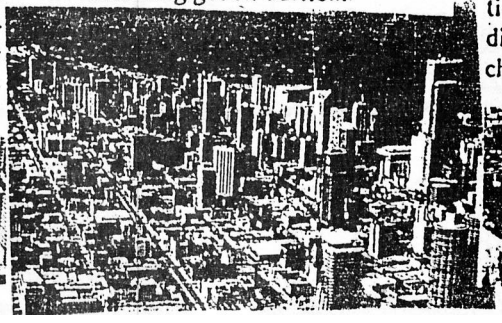
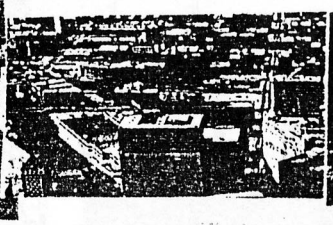
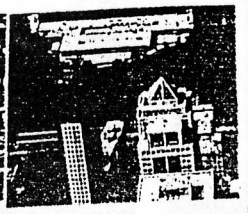
- Bedeutung im konzerninternen Produktionsverbund
- "Selbstbehauptung" gegenüber der Konkurrenz
- Im Fall der konjunkturellen Erholung realisierbare Profitpotentiale

Die meisten LDC- und LLDC-Länder hingegen werden wohl in der Tat für die Internationalisierungsstrategien der Transnationalen Unternehmen nur noch von marginaler Bedeutung sein und einen "zwangsweisen" Dissoziationsprozeß erleben.

Die Überwindung der Aufstückelung der bis dato aufgrund nationaler industriepolitischer Interessen geschützten europäischen Märkte und der mit ihr einhergehende 1992-Effekt vermag diesen Trend insofern zu beeinflussen, als die EG-Billiglohnländer (und unter diesen insbesondere Spanien, Portugal und Irland) aufgrund der verbesserten Angebotsbedingungen in Standortkonkurrenz zu klassischen 3.-Welt-Anlageländern treten. Die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa, die für die Konzerne eine unerwartete Chance zur Eroberung neuer Märkte bietet, wird diesen Trend vermutlich noch verstärken.

Im Einzelnen führt die zunehmende Internationalisierung der Transnationalen Unternehmen zu einer Intensivierung des konzerninternen Produktionsverbundes. Eine Angleichung des technologischen Standards bei den Tochtergesellschaften soll vor allem die Reaktionsflexibilität der Unternehmen auf Streiks sowie Nachfrageschwankungen erhöhen. Allerdings macht der vermehrte Einsatz von Just-in-time-Fertigungstechnologien eine Reduktion der teilweise weltweiten Produktionsverbünde auf einen kontinentalen Zuschnitt wahrscheinlich. Lediglich Massenteile, bei denen Größenvorteile bei der Produktion ins Gewicht fallen, werden wohl auch in Zukunft in Weltverbundfertigung erstellt werden.

Eine Vorstellung von der enormen Bedeutung dieses sogenannten Intra-Konzern-Handels vermittelt folgende Mittels ihrer ungebrochenen Internationalisierungstätigkeit dominieren die Multis demnach einen beträchtlichen Teil des Welthandels.

Ein weiteres bemerkenswertes Instrument im Internationalisierungsmuster der Transnationalen Unternehmen ist das sogenannte "sub-contracting" mit ausländischen Firmen: Lokal ansässige Unternehmen produzieren auf der Basis bis ins Detail festgelegter Lieferverträge in eigenem Namen und auf eigene Rechnung für ausländische Großkonzerne. Dadurch haben letztere kein Kapital gebunden und sind sehr flexibel; zudem laufen sie angesichts der Intransparenz solcher Geschäftsbeziehungen nicht Gefahr, für möglicherweise skandalöse Arbeits- und Umweltbedingungen einstehen zu müssen. Inwiefern diese derzeit in erster Linie in Entwicklungsländern beobachtbare Praxis auch im Rahmen der EG relevant werden könnte, ist noch nicht abzusehen.

## ... und die Auswirkungen

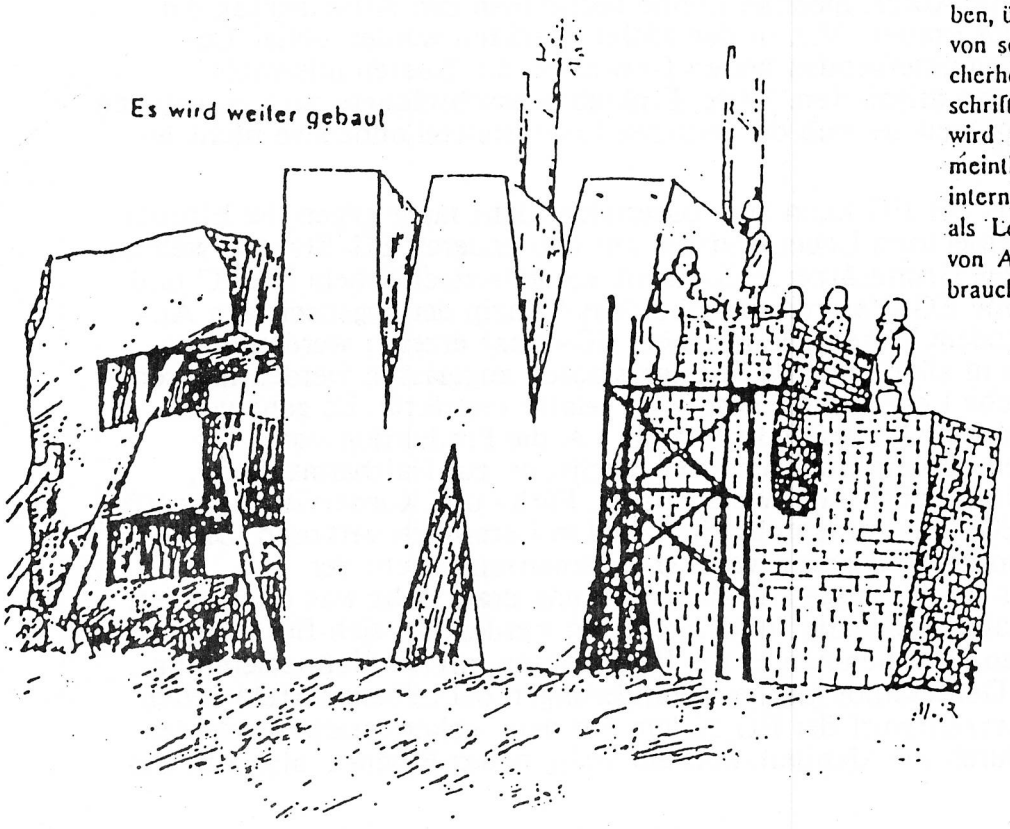
Die durch den Vorrang privatwirtschaftlicher Interessen gekennzeichnete westeuropäische Integration ist ein weiteres Beispiel dafür, daß wenigen Gewinnern umso mehr Verlierer gegenüberstehen, solange die politische Demokratisierung nicht durch die Einführung demokratischer Strukturen in der Wirtschaft ergänzt wird. Die Konsequenzen für direkt Betroffene auf der Verliererseite sollen am Beispiel eines im hiesigen Kontext im Vordergrund stehenden Aspektes dargestellt werden.

### Allmacht der Konzerne - Ohnmacht der Gewerkschaften

Die Lage der ArbeitnehmerInnen in der EG wird sich durch die Einführung des Binnenmarktes zweifellos verschlechtern. Insbesondere die KollegInnen aus Mitgliedsstaaten mit höheren Löhnen und Sozialleistungen werden voraussichtlich einschlägige Veränderungen hinnehmen müssen.

Der Grund hierfür liegt bei der sogenannten "Sozialcharta", deren Ausgestaltung Ende 1989 beschlossen wurde: Entgegen der ursprünglichen Intention, die Sozialleistungen der Mitgliedsländer schrittweise auf einem möglichst hohen Niveau einander anzugleichen (Harmonisierung), hat die Sozialcharta nun nichts weiteres zum Inhalt als die gemeinschaftliche Festschreibung rudimentärster sozialer Mindestnormen. Damit liegt die tatsächliche sozialpolitische Zuständigkeit und Verantwortung in fast allen Punkten nach wie vor bei den Mitgliedsländern. Wegen des zu erwartenden härteren Wettbewerbs wird von allen Seiten lohn-, sozial- und gewerkschaftspolitische Zurückhaltung eingefordert werden, da andernfalls die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft verlorengehen könnte. Vor allem in den Ländern mit hohem Schutz- und Regulierungsniveau wird Sozialpolitik somit zu einem gewichtigen Wettbewerbsfaktor. Die Möglichkeit des Ausspielens verschiedener Produktionsstandorte gegeneinander bereitet nationalen Deregulierungspolitiken den Weg und macht eine Angleichung sozialpolitischer Bestimmungen nach unten wahrscheinlich. Angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital erscheint es überaus fragwürdig, ob die Gewerkschaften diesem Deregulierungsdruck etwas werden entgegensetzen können. Trotz der zunehmenden Europäisierung der Strategien der Multis ist es ihnen nicht gelungen, die Streichung der gesetzlichen Grundlage für einen Europäischen Betriebsrat aus dem Entwurf für die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft zu verhindern. Es scheint somit eine weitere Schwächung der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen ins (europäische) Haus zu stehen. Dies umso mehr, als auch gewerkschaftsintern angesichts eines kaum entwickelten Internationalismusbewußtseins bei den Belegschaften die ausländischen KollegInnen eher als potentielle Konkurrenten um den eigenen Arbeitsplatz anstatt als Partner im solidarischen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen verstanden werden. Eine supranationale gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit, die notwendig wäre, um den Trend zum sozialen Dumping zu bremsen, ist bislang nur in spärlichen Ansätzen zu erkennen.

Gerade die gegenwärtige ökonomische Prosperität der Transnationalen Unternehmen würde es aber erlauben, über das bereits erreichte Niveau von sozialpolitischen Regelungen, Sicherheitsstandards, Gesundheitsvorschriften etc. hinauszugehen. Jedoch wird wohl auch weiterhin das vermeintliche Sachzwangargument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Legitimation für die Aufhebung von ArbeitnehmerInnenrechten mißbraucht werden.



Frauenplattform gegen EG/EWR, Innsbruck 1992
Redebeitrag, ibk 1992

# Die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen...

**Wie sich ein Beitritt Österreichs zur EG auf Handel und Lebensmittelqualität auswirkt und wie sich die Lebensrealität von uns Frauen verändert**

Wir stehen hier vor jeweils einer Filiale der Lebensmittelkonzerne "Billa" und "Hofer".

Billa und Hofer stehen für den (bereits ohne EG) ständig wachsenden Einfluß ausländischer Handelskonzerne in Österreich, sowie die wechselseitigen Kapitalverflechtungen verschiedener Handelssparten. Die Hofer KG (mit 1.400 Beschäftigten und 13 Mrd. Jahresumsatz) gehört zur Aldi-Handelsgesellschaft, dem größten deutschen Handelskonzern, der mittlerweile in vielen EG-Staaten und den USA operiert. Billa gehört zum weitverschachtelten luxemburgischen Wlaschek-Konzern, dem drittgrößten Handelskonzern in Österreich mit 8.800 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 22,5 Mrd. S. Ebenfalls zu diesem Konzern gehören die Libro-Buchmärkte, die Bipa-Drogerien und die Merkur-Märkte)

Billa und Hofer stehen für die zunehmende Konzentration auf dem österreichischen Lebensmittelmarkt, die durch den Anschluß an die EG noch wesentlich verschärft würde. Durch die sog. "öffnung des Marktes" und den freien Transfer von Waren und Dienstleistungen hätten unabhängige Lebensmittelgeschäfte keine Überlebenschance mehr. Nur die großen, kapitalstarken Handelsketten die durch Zentralisierung und Rationalisierung von Ein- und Verkauf kostengünstig arbeiten, werden den EG-Beitritt überleben. Die flächendeckende Versorgung durch kleine dezentrale Lebensmittelgeschäfte verschwindet zugunsten zentraler Großmärkte. Für Frauen bedeutet das einen weiteren Verlust von Infrastuktur und eine Verschärfung ihrer Lebensbedingungen.

Hofer und Billa stehen für die europaweit katastrophalen Arbeitsbedingungen der v.a. weiblichen Angestellten im Handel: Teilzeitarbeit unter der Mindesstundenzahl für Sozialabgaben, Verhinderung gewerkschaftlicher Organisierung, Arbeit auf Abruf, niedrige Löhne bestimmen den Arbeitsalltag der dort beschäftigten Frauen. V.a. in den Hofer-Märkten werden billige Lebensmittel bei gleichbleibenden hohen Gewinnen, auf Kosten miserabler Arbeitsbedingungen angeboten. Viele, Einkommensschwächere sind gezwungen dort einzukaufen, weil sie sich die teureren Lebensmittel anderswo nicht leisten können.

Bei einem Beitritt zur EG kann sich österreich nicht mehr gegen die Einfuhr von qualitativ schlechten Lebensmitteln aus den anderen EG-Staaten wehren. Es gelten dann die Grundsätze: "EG-Recht vor österreichischem Recht" und, falls es noch keine EG-Verordnung gibt: "das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung", nachdem Waren, die in einem EG-Staat erzeugt werden, ohne Beschränkungen in allen anderen Mitgliedstaaten zugelassen werden müssen. Das österreichische Lebensmittelgesetz ist relativ restriktiv. Es geht vom Schutz der KonsumentIn aus und schränkt v.a. die Produktion von Lebensmitteln ein: Bestrahlung von Lebensmitteln zur Haltbarmachung, Lebensmittelimitate, aber auch viele Zusatz, Farb- und Konservierungsstoffe, die in anderen EG-Staaten erlaubt sind, sind in österreich verboten. Die EG-Gesetzgebung geht dagegen von der Informationspflicht der KonsumentInnen aus. Solange auf einer Packung draufsteht was drinnen ist, darf im Prinzip alles produziert und vertrieben werden. Da sich Bestrahlung kaum nachweisen läßt, nehmen es die Produzenten mit der Kennzeichnung nicht so genau. Gentechnologische Veränderungen bei Lebensmitteln sollen nach einem Gesetzentwurf der EG zudem nur dann gekennzeichnet werden müssen, wenn durch die Manipulation ein völlig neues Produkt, also z.B. aus

einer Kuh, ein Schwein entsteht. Alles andere fällt unter Bezeichnungen wie "naturidente Stoffe" oder "künstlich aromatisiert".

Österreich könnte seine eigenen Produkte zwar weiterhin dem eigenen Lebensmittelgesetz unterwerfen, nicht jedoch die Produkte aus anderen Ländern. Der Markt würde mit billigen, oft aus qualitativ schlechten Rohstoffen hergestellten, Lebensmitteln überschwemmt. Die Aufspaltung in billige, qualitativ schlechte und teure qualitativ bessere Lebensmittel würde sich weiter drastisch verschärfen. Relativ gesunde Ernährung würde noch mehr zu einer Einkommensfrage.

Die unmittelbarsten Auswirkungen hätte ein EG-Beitritt auf die Frauen. Von ihnen, die die Subsistenz- und Reproduktionsarbeit leisten, die meist für Einkauf und Versorgung verantwortlich sind, wird nun die Anpassung an die EG-Vorgaben verlangt, d.h. Informationspflicht über Inhaltsstoffe, Bestahlung, etc., Vergleich und Auswahl der Lebensmittel oft mit beschränktem Haushaltsgeld. Sie sollen mit der sog. "Macht des Einkaufskorbes", durch kritisches Konsumentinnenverhalten die Auswirkungen, Folgen und Zerstörungen einer Politik abmildern, die eigentlich auf einer ganz anderen Ebene bekämpft werden muß: auf der der profitmaximierenden Konzerne und der konzernhörigen EG-Verantwortlichen.

Zusammenfassend läßt sich Folgendes sagen: ein EG-Beitritt Österreichs bedeutet für die Frauen, eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Handel, die weitere Verschlechterung der Lebensmittelqualität durch gentechnologische Veränderung, Bestrahlung und Zusatzstoffe, den Zwang zur Information über Inhaltsstoffe, Hersteller, und Lebensmittelbestimmungen der verschiedenen EG-Länder. die Trennung in billige, minderwertige und teure bessere Lebensmittel, die zunehmende Etablierung zentraler Großmärkte und damit den Verlust der Versorgungs-Infrastruktur durch dezentrale kleine Geschäfte,

Frauenplattform gegen EG/EWR, Innsbruck, 1992

Redebeitrag, ibk 1992

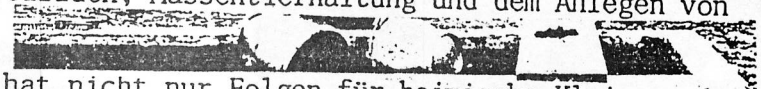
GEGEN DIE SYSTEMATISCHE AUSROTTUNG DER LEBENSGRUNDLAGEN VON BÄUERINNEN IM INTERESSE VON AGRARINDUSTRIELLER UND GENTECHNOLOGISCHER GROSSPRODUKTION

953

Die Österreichische Landwirtschaft wird bereits jetzt zunehmend in eine Sackgasse gezwungen, immer mehr Bäuerinnen und Bauern müssen aufgeben - in Österreich sperrt stündlich ein BAuernhof zu - in der EG bereits alle zwei Minuten.

Die Agrarpolitik der EG unterstützt landwirtschaftliche Großbetriebe in ihrer Expansion und zwingt - durch die Prinzipien des freien Marktes - Klein- und Mittelbetriebe zu großen Investitionen, die langfristig in eine Überschuldung und in den Ausverkauf, also in den Ruin führen.
Für Österreichs Landwirtschaft hat eine solche Entwicklung massive strukturelle Auswirkungen: noch weniger Bäuerinnen und Bauern werden in Zukunft von ihren Betrieben leben können, dies wiederum hat gravierende Folgen auf regionale Infrastrukturen: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armutsproduktion in ländlichen Gebieten, erzwungene Landflucht in der Suche nach neuen Beschäftigungen in den Städten. Viele Bäuerinnen und Bauern sehen im Nebenerwerb den letzten Ausweg, ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Die Nebenerwerbsbauernhöfe sind nur durch die unentgeltliche Arbeit der Frauen überlebensfähig. Sie erhalten sich also nur durch extreme Ausbeutung von Frauenarbeit, die im bäuerlichen Bereich bereits jetzt in keiner Weise sozial abgesichert ist.
Die Agrarpolitik der EG bietet den Bäuerinnen und Bauern Scheinlösungen an: neue Arbeitsbereiche in der Landschaftspflege, mittelfristige Direktförderungsprogramme, längerfristig eingeplantes BäuerInnensterben bei Übergang in andere Wirtschaftbereiche (z. B. Touristik). Die Interessenvertretungen der Bauern (Bauernbund, Bauernkammern, etc.) bauen aktiv diese Lügen auf bzw. sind nur selten bereit, Tatsachen klar zu stellen. Eine klein- und bergbäuerlich strukturierte Landwirtschaft, wie sie in Österreich (noch) existiert, ist in der EG auf jeden Fall zum Tod verurteilt.

Die EG-Agrarförderungen versuchen möglichst dem Prinzip des freien Marktes und des freien Wettbewebs zu entsprechen. Der EG-Markt, wie auch der österreichische, ist bereits heute mit landwirtschaftlichen Produkten übersättigt. Trotzdem richtet sich das Förderungsprogramm an eine quantitative Produktion, die nur durch intensives Wirtschaften, d.h. durch massiven Einsatz von Maschinen, Pflanzenwachstums- und -schutzmitteln, Wachstumshormonen und Kraftfuttermitteln, erzeugt werden kann. Die landwirtschaftliche Überproduktion wird vor allem durch agrarindustrielle Großbetriebe verursacht. Klein- und bergbäuerliche Betriebe können auch durch intensives Wirtschaften ihre Existenz nicht retten.
Die Orientierung der Landwirtschaft an der industriellen Produktion bringt massive Probleme mit sich: kleinbäuerliche Betriebe verschwinden, da sie mit der Massenproduktion nicht Schritt halten können, extrme Umweltbelastungen/zerstörungen sind die Folge des massiven Einsatzes von Maschinen, chemischen Pflanzenwachstums- und Schutzmitteln, Herbiziden und Pestiziden, Massentierhaltung und dem Anlegen von Monokulturen.



Die industrielle Agrarwirtschaft hat nicht nur Folgen für heimische Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch für die landwirtschaftliche Struktur in den sog. Trikontländern. Durch die Lebensmittelproduktion des Trikont für den Weltmarkt und letzhin durch die Massenproduktion von Futtermitteln für die Industriestaaten des Nordens wird die kleinbäuerliche Struktur des Trikont vollends zerstört, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen in die Elendsviertel der Städte abgedrängt.
Die Fehlentwicklung der industriellen Agrarpolitik in den Zentren (Europa, USA) wird somit zu einer Existenzfrage für Klein- und BergbäuerInnen auf der ganzen Welt.

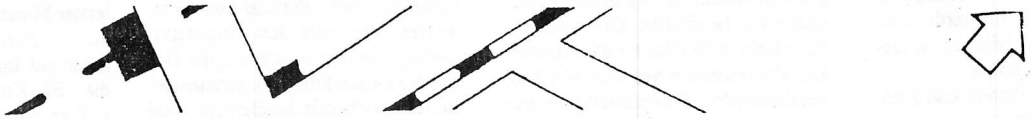
Die EG ist für Bäuerinnen vernichtend, da sie ihnen endgültig die Möglichkeit einer eigenständigen und vielfältigen Produktion nimmt, indem sie sie zu Abhängigen von europäischen und globalen Großmarktplänen, von Chemie- und Saatgutkonzernen macht und letzlich jede kleinbäuerliche Existenz durch extremen Preisdruck zerstört.

Frauenplattform gegen EG/EWR 1992 Innsbruck
Redebeitrag, ibk 1992

TRANSITVERTRAG - IHRE GÜTER ZU UNSEREN LASTEN

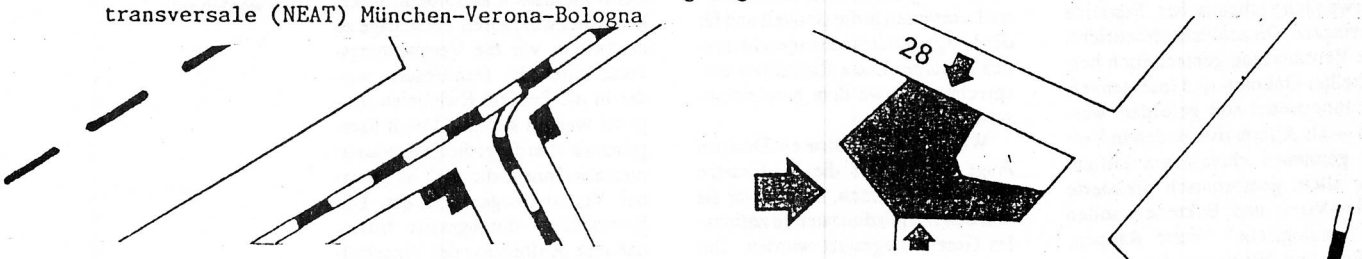
Die Tiroler Landesregierung ist wie die Bundesregierung bereit, gegen die Interessen der Bevölkerung Entscheidungen zu fällen. Wie auch der Transitvertrag nur im Interesse der EG-Länder, der Industriellenvereinigung und der Frächterlobby steht.

Österreich hat sich mit diesem Vertrag verpflichtet, allein bis 1996 10 Milliarden Schilling aus eigenen Budgetmitteln in den Ausbau der "transitrelevanten Eisenbahninfrastruktur" zu investieren. D.h. unter anderem Aufweitung der Tunnelprofile, Um- und Ausbau von Bahnhöfen, Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaus, Erhöhung der Streckenhöchstgeschwindigkeiten, Verringerung der Kontrollen an den Grenzen, Aufhebung der Nachtsperren und Verkürzung des Taktes zwischen den Zügen.



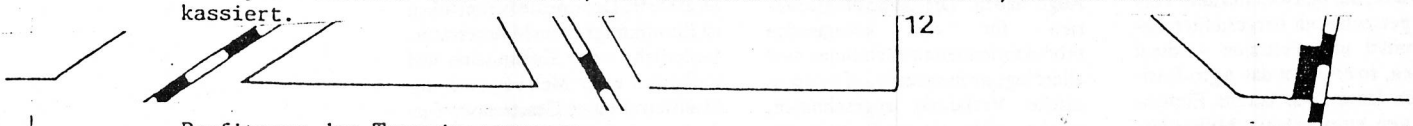
Für uns, die wir an diesen Strecken wohnen, bedeuten diese Maßnahmen, daß noch mehr Land zur Verfügung gestellt werden muß, damit rund um die Uhr noch lautere, noch schnellere Züge in noch kürzeren Abständen vor unseren Wohnungen und Häusern vorbeigeschleust werden.
Bis Ende 1994 soll die Kapazität um 20 Mill Gütertonnen erhöht werden. Und nicht nur das: der Transitvertrag mutet uns außerdem eine Steigerung des Straßentransits um weitere 8 % zu.
(Zum Straßentransit gibt es einen eigenen Redebeitrag, der nicht in die Flugblattsammlung aufgenommen werden konnte).

Der Brennerbasistunnel als Kernstück der festgelegten neuen Eisenbahntransversale (NEAT) München-Verona-Bologna




Der Sinn im Monsterbau "Brennerbasistunnel" liegt laut Politikeraussagen in der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Doch die Zahlen einer von den Betreibern in Auftrag gegebenen Risikoanalyse vom April 1991 rauben diesem Argument jede Grundlage. Durch die neue Brennerachse reduziert sich der Straßenverkehr am Brenner von 14,8 Mill PKW auf 14,4 Mill PKW und von 24,8 Mill transportierter Gütertonnen auf 23,2 Mill. Von einer Entlastung der Transitstrecken von Lärm und Abgasen kann also nicht die Rede sein. Außerdem wird in der Risikoanalyse ein "Aggressives Marketing" anempfohlen, damit eine annähernde Rentabilität gegeben ist. Als einzige realistische Finanzierung der geschätzten Kosten von 80 Milliarden Schilling für den Bau des Tunnels wird die "gemischtwirtschaftliche " Finanzierung angeraten. Auch bekannt unter "sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne". D.h. das Projekt wird von einer öffentlich/privaten Holding gebaut und dann voll privatisiert. D.h. weiters, die öffentliche Hand finaziert, die Wirtschaft kassiert.





Profiteure des Transitvertrages
Letzendlich profitieren an der "rollenden Landstraße" riesige Betriebe, die Billigrohstoffe aus entfernten Ursprungsländern zu den jeweils günstigsten Produktionsorten liefern. Vielfach werden Teilfabrikate von einem Fertigungsort über hunderte Kilometer zum nächsten gebracht und dann als Fertigware dort verkauft, wo die höchsten Gewinne zu erzielen sind. Im Konkurrenzkampf der ständig expandierenden Großkonzerne müssen immer mehr und immer entferntere Märkte erschlossen werden. Der Kampf um die Märkte bedeutet mehr und schnelleren Güterverkehr, Ausbeutung der Billigarbeitskräfte, besonders der Frauen, und Ausbeutung der rohstoffliefernden Länder.

aus: FrAu, "Das Herrschaftsprojekt EG", Schweiz, 1991

# Türöffner zum Gen-Paradies

Aus Brüssel Michael Bullard

## Kiechle und Bangemann machen EG-Pestizid-Richtlinie zum Präzendenzfall für neue Gentechnologie-Politik der Gemeinschaft / Nationale Vorschriften über Freisetzung genmanipulierter Lebewesen sollen über Brüssel ausgehebelt werden

Zu Tausenden ziehen die bäuerlichen Giftspritzer derzeit wieder ihre Bahnen. Hunderttausende von Tonnen sogenannten Pflanzenschutzmittels werden per Traktor oder Flugzeug alljährlich in Europa „ausgebracht". Folge des chemischen Feldzugs gegen Insekten, Pilzbefall und Unkraut: Nicht nur das Grundwasser, Fische und das Wild werden vergiftet, vor allem der Mensch ist Opfer der Pestizid-Attacken.

Weil Umweltverbände und Konsumentenorganisationen gegen die systematische Massenvergiftung protestierten, fing die Europäische Gemeinschaft vor knapp zwei Jahren an, sich dem Skandal zu widmen. Das Resultat ist eine „Richtlinie über das Inverkehrbringen von EWG-zugelassenen Pflanzenschutzmitteln". Sie soll am Dienstag vom EG-Landwirtschaftsministerrat verabschiedet werden.

Die gute Nachricht: Man will die Verwendung chemischer Pestizide verringern. Die schlechte Nachricht: Die Vermarktung gentechnisch hergestellter Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel soll gefördert werden — als Alternative zu den in Verruf geratenen chemischen Giften. Vor allem gentechnisch dressierte Killer-Viren und Bakterien sollen auf „biologische" Weise Raupen, Käfern und Würmern den Garaus machen, die sich an bestimmten Pflanzen laben. Mit der gleichen Methode will man in Zukunft auch den „Un"kräutern das Handwerk legen.

Der letzte Schrei sind allerdings von gentrunkenen Wissenschaftlern kreierte Tomaten und Kartoffeln, die Insektenvernichtungsmittel gleich in sich tragen. Einerlei, ob die obszönen Zwitter letztendlich als „Pestizide" oder „Gemüse" rangieren, ein Riesengeschäft werden sie allemal: Sind es heute noch rund fünf Milliarden Mark, die weltweit mit dem Verkauf gentechnisch hergestellter Lebensmittel und Pestizide verdient werden, so erwartet das Agro-Business im Jahre 2000 bereits Einnahmen von etwa achtzig Milliarden. Doch trotz der unkalkulierbaren Risiken, die bei Freisetzungen genmanipulierter Organismen in diesen Größenordnungen auftreten, basteln Eurokraten bereits an einem breitgefächerten Förderprogramm.

Als Türöffner zum Gen-Paradies dient den High-Tech-Fans dabei die Pestizid-Richtlinie. Denn sie ist das erste von mehreren EG-Gesetzen, mit denen die Vermarktung von Produkten wie Lebensmitteln oder Medikamenten erleichtert werden soll, die entweder selbst gentechnologisch manipulierte Organismen sind oder diese beinhalten. Die Pestizid-Richtlinie ist Testfall für das von den EG-Kommissaren vor vier Wochen verabschiedete Grundsatzdokument zur Gentechnologie. Um die Wettbewerbsfähigkeit dieses „Industriezweigs der Zukunft" (Eigenwerbung) zu fördern, hatten die Eurokraten auf Initiative des Binnenmarktkommissars Martin Bangemann beschlossen, der Gen-Tech-Industrie „nicht unnötige Gesetzesbürden aufzulasten". Diese Bürden sind die vor Jahresfrist verabschiedeten EG-Richtlinien für die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen in die Umwelt und für den Umgang mit ihnen in geschlossenen Laboren. Diese Richtlinien entsprechen in etwa dem bundesdeutschem Gen-Gesetz.

Weil sie der Industrie ein Dorn im Auge sind, sollen die EG-Gesetze ausgehebelt werden, noch bevor sie von den Mitgliedsstaaten in nationales Gesetz umgesetzt wurden. Das gilt insbesondere für das bundesdeutsche Gen-Gesetz. Nach dem von der EG-Kommission vor vier Wochen verabschiedeten Konzept werden diese EG-Gen-Richtlinien zwar bestehen bleiben, ihre Vorschriften zur Freisetzung, die auch die Vermarktung beinhalten, sollen jedoch umgangen werden können. Die Eurokraten setzen statt dessen auf Gesetze, die nicht den Forschungs- und Herstellungsprozeß, sondern das Endprodukt — Medikamente, Lebensmittel oder eben Pestizide — im Auge haben. Die Zulassungskriterien für die kommenden produktorientierten Richtlinien sind allerdings nicht speziell auf gentechnische Verfahren zugeschnitten, sondern allgemein auf Pestizide abgestimmt. Sie ersparen der Industrie also aufwendige und teure Tests und Kontrollen.

Nachdem die taz in ihrer Ausgabe vom 17. April auf diese Entwicklung aufmerksam machte, beschwerte sich Kommissar Bangemann; er würde auf eine Ebene mit Verbrechern gestellt. Er wolle „nicht die Schutzvorschriften beseitigen", sondern „zusätzliche Bedingungen für einzelne Produkte und deren Zulassung" schaffen. Dies allerdings steht in krassem Widerspruch zu Formulierungen des Pestizid-Gesetzentwurfes, der jetzt dem Ministerrat vorliegt. In dem Abschnitt, der sich mit der Behandlung von genmanipulierten Pestiziden beschäftigt, wird zwar Bezug genommen auf die allgemeinen EG-Richtlinien über die Freisetzung gentechnisch manipulierter Lebewesen. Deren Vorschriften, die die Vermarktung dieser Organismen EG-weit regeln sollen, sind jedoch gestrichen. Für gentechnologisch hergestellte Pestizide gelten demnach dieselben Vorschriften, wie für chemisch hergestellte.

Immerhin wollen die Minister die EG-Kommission auffordern, innerhalb von zwei Jahren Vorschläge zu erarbeiten, wie die Vermarktungsvorschriften der Gen-Gesetze wieder in die Pestizid-Richtlinien integriert werden können. Damit übergehen sie allerdings die EuropaparlamentarierInnen, die noch im Januar bei Verhandlungen mit der EG-Kommission durchgesetzt hatten, daß eine Aufhebung der Vorschriften nicht in Frage käme. In der Zwischenzeit ist der zuständige Kommissar Ray Mac Sharry allerdings von seinem Kollegen Bangemann und Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle unter Druck gesetzt worden. Mac Sharry wiederum versucht dieser Tage, den im Parlament zuständigen Vorsitzenden des Umweltausschusses, Ken Collins, zu einem Zugeständnis zu bewegen. Schließlich würde die Initiative der Gen-Tech-Fans, ins Stocken geraten, wenn es zu keinem Hinterzimmer-Deal käme. Denn prozedualrechtlich ist Einstimmigkeit im Ministerrat erforderlich, wenn Kommission und Parlament einer Meinung sind, der Ministerrat einen Gesetzentwurf jedoch — wie in diesem Falle — abändern möchte. Käme es soweit, hätten die von Kiechle und Bangemann favorisierten Änderungsvorschläge allerdings keine Chance, angenommen zu werden, weil sich der italienische Landwirtschaftsminister auf die Seite der dänischen Gen-Kritiker im Ministerrat geschlagen hat.

Vieles wird also von Collins' Standhaftigkeit abhängen. Der schottische Abgeordnete steht jedoch im Ruf, unter einer Decke mit der Gen-Mafia in den EG-Institutionen zu stecken. Um nun einen Deal in letzter Minute zu verhindern, wollen die EuropaparlamentarierInnen heute auf Initiative der Grünen die die EG-Kommission auffordern, sich an die Abmachungen zu halten und dem Druck der Gentechnologie-Fans im Ministerrat zu widerstehen. Schließlich handelt es sich in ihren Augen bei der Pestizid-Richtlinie um einen Präzedenzfall: Bereits in den kommenden Monaten will Bangemann eine Verordnung vorlegen, mit der auch gentechnisch gefertigten Lebensmitteln — „Novel Food" — nach dem gleichen Muster EG-weit zum rechtlichen Durchbruch verholfen werden soll.

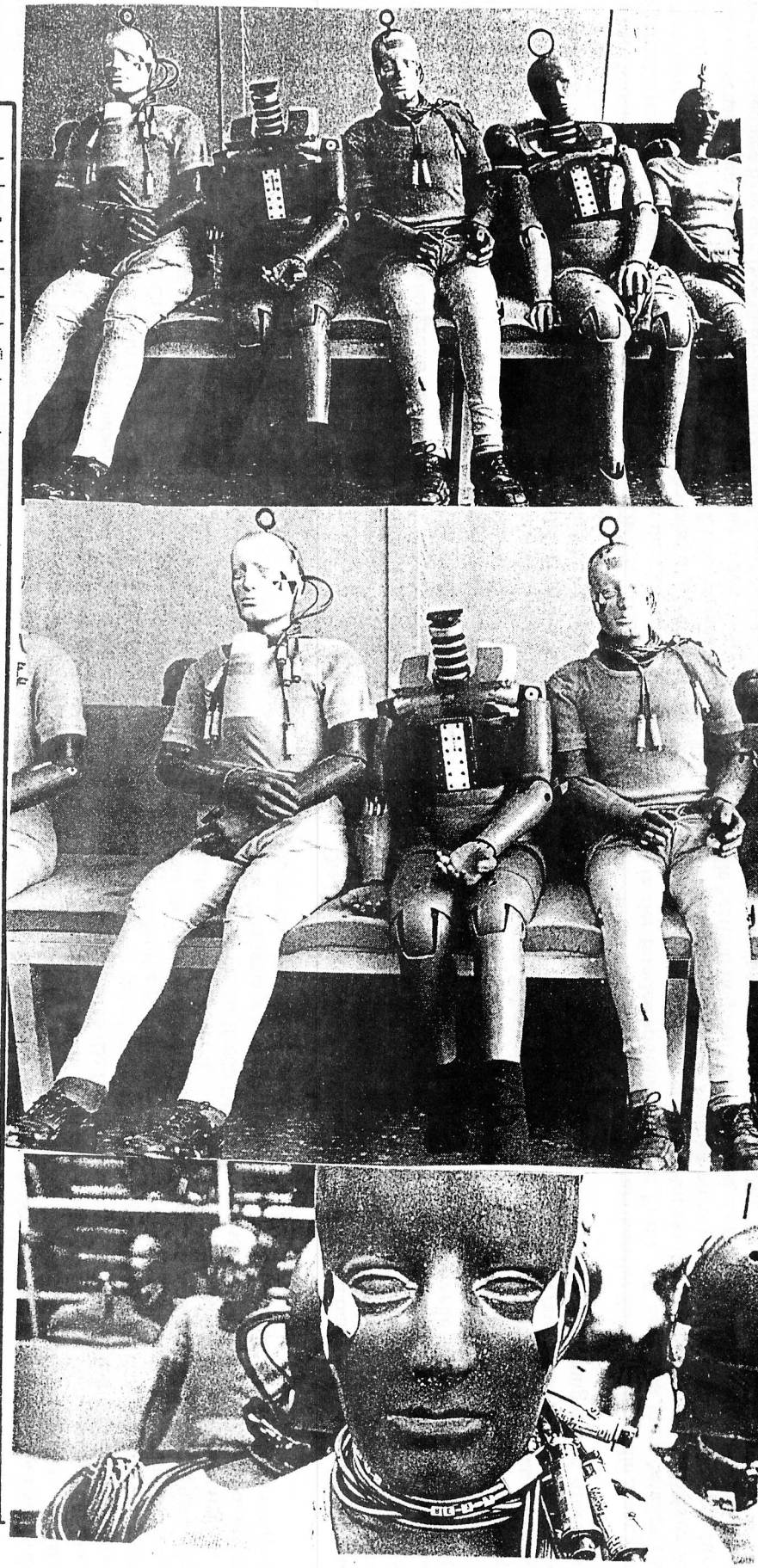
TAZ 17.5.91

## EG-POLITIK UND GENTECHNOLOGIE

Als Konkurrenz zu den USA und zu Japan plant die EG ein eigenes "Genomkartierungsprogramm" für 30 Mio DM. Ziel dieses Programmes ist die Entschlüsselung und Speicherung der Informationen des menschlichen Erbmaterials. Begründet wird das Projekt damit, daß es "höchst unwahrscheinlich ist (...) die umweltbedingten Risikofaktoren vollständig auszuschalten" und es deshalb wichtig sei, "daß wir soviel wie möglich über Faktoren der genetischen Disposition lernen und somit stark gefährdete Personen identifizieren können (...) um gegebenenfalls die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern." (Zitat aus dem Begleitbericht des Forschungsprojektes). Die offen genannten Ziele des Programms sind "Identifizierung" und "Verminderung". Genetische Reihenuntersuchungen der Bevölkerung sind die Methode, Aussonderung, Sterilisation, eugenische Indikation anch pränataler Schwangerschaftsdiagnose sind die vorgezeichneten Konsequenzen. Das erinnert an die eugenischen Programme im Nationalsozialismus zur "Verhütung erbkranken Nachwuchses" von 1933, mit dem die Ermordung geistig Behinderter, Tauber, Blinder, auch Homosexueller und "rassisch Minderwertiger" eingeleitet wurde.

Auch wenn das menschliche Genom nicht vollständig kartiert werden kann, so droht damit doch eine Reduzierung von Krankheiten auf genetische Ursachen, eine Aussonderung von Kranken und Behinderten und damit eine schleichende Etablierung einer alltäglichen Eugenik im Interesse einer normierten, kostensparenden und profitorientierten Gesundheitspolitik.

Durch staatliche Förderung der Gentechnologie in allen Bereichen (z. B. Errichtung des Genzentrums in Wien, geplantes Genzentrum in Innsbruck) paßt sich österreich schon heute an die EG-Politik an.



aus: Flugblatt von Autonomer Frauengruppe gegen Gen- und Reproduktionspolitik, Ibk. 1989

aus: Beiträge zur feministischen Theorie & Praxis, EG-WR 34

*Diana Hummel*

# Lohnende Geschäfte: Frauenhandel mit Osteuropäerinnen und der EG-Binnenmarkt

Internationaler Frauenhandel ist ein weltweites Phänomen, das seit den 70er Jahren zunehmend in Erscheinung tritt und immer neue Formen der Ausbeutung annimmt, z.B. Heiratshandel oder illegale Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor. Seit mehr als zwanzig Jahren werden Frauen verstärkt in europäische Länder wie Deutschland, Österreich, die Schweiz oder Frankreich gehandelt.[1)] Generell läßt sich in Europa eine länderspezifische Aufteilung des Frauenhandelsmarktes und eine Analogie zu den historischen Bezügen der früheren Kolonialstaaten feststellen: Frauen aus den ehemaligen französischen Kolonien in Afrika werden verstärkt nach Frankreich gehandelt, während sich die Händler in Holland vor allem auf die Verteilung von Frauen aus Lateinamerika und der Karibik spezialisiert haben. Die Bundesrepublik – als eines der Hauptzielländer des Frauenhandels in Europa – hat sich bis Mitte der 80er Jahre zu einem Hauptabnehmer und zur Drehscheibe für Frauen aus Asien, vor allem Thailand und den Philippinen entwickelt. Von hier aus werden die Frauen auch in andere europäische Länder gebracht. Daß in letzter Zeit verstärkt Frauen aus Brasilien, Kolumbien, Ghana und osteuropäischen Ländern als Prostituierte, Ehefrauen oder illegale und somit billige Arbeitskräfte in die Bundesrepublik gehandelt werden, zeigt, daß der Markt sehr flexibel ist (agisra 1990, S. 38; Heine-Wiedenmann, Ackermann 1992, S. 163).



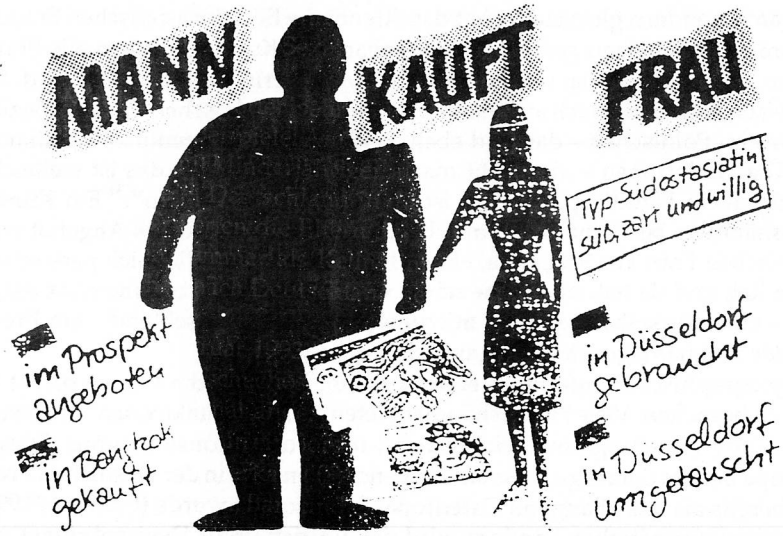
Frauenhandel läßt sich als eine geschlechtsspezifische Variante der Migrationsbewegung bezeichnen; seine Zunahme resultiert auf der einen Seite aus der verstärkten Migrationsbereitschaft von Frauen aufgrund der sich rapide verschlechternden ökonomischen Situation in den Herkunftsländern, die Frauen am härtesten trifft, sowie aus geschlechtsspezifischen Normen für Frauen, die Einkommenssicherung der Familien zu gewährleisten.
Auf der anderen Seite steht die männliche Nachfrage nach ausländischen Frauen als Reproduktionskräften im sexuellen, emotionalen und haushälterischen Bereich, die neben den strukturellen patriarchalischen Grundlagen rassistische Komponenten aufweist wie die Forderung nach sklavenähnlicher Unterwerfung entsprechend den männlichen Vorstellungen von „exotischem" Verhalten. „Die Projektionen von solchen Eigenschaften auf die ausländische Frau sind nicht mit dem kulturellen Hintergrund zu erklären, sondern ergeben sich aus der gesellschaftsbestimmten, individuellen Motivationslage der Männer in den Industrieländern. Diese kommen nun aufgrund des wirtschaftlichen Vorteils und nationaler Privilegierung in den Vorzug, sich ihre Wünsche zu befriedigen bzw. sich ihre Illusionen leisten zu können" (agisra 1990, S. 18).

Begünstigt wird der Frauenhandel durch die restriktiven Einreisebestimmungen und Ausländergesetze in den europäischen Ländern, die eine legale Einreise kaum noch zulassen und Frauen somit zwingen, für hohe Summen Händler in Anspruch zu nehmen, um administrative und finanzielle Hürden zu überwinden. Der 1989 in der Bundesrepublik eingeführte Visumszwang für Länder wie die Dominikanische Republik, Thailand und die Philippinen hat dazu geführt, daß die Frauen zusätzlich zu den Transport- und Vermittlungsgebühren Zahlungen für die Regelungen der Einreiseformalitäten entrichten müssen. Die Mehrzahl der Frauen reist mit einem für maximal drei Monate gültigen Touristenvisum ein. Eine Erwerbstätigkeit ist TouristInnen nicht gestattet und stellt einen Ausweisungsgrund dar.

Um einen längerfristigen legalen Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik zu erlangen, gibt es nur die Möglichkeit der Ehe. Der Aufenthalt der Frauen in der Bundesrepublik ist in den ersten vier Jahren vom Bestand der Ehe abhängig. Dies bedeutet, daß die Frauen innerhalb dieser Zeit keine Trennung riskieren dürfen und oftmals jahrelange Mißhandlungsbeziehungen ertragen müssen, wenn sie nicht ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren wollen. Legale Arbeit, auch in der Sexindustrie, ist nur möglich, wenn die Frauen mit einem Deutschen oder einem Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis verheiratet sind. Deshalb werden häufig Ehen arrangiert, für welche die Frauen bis zu 10.000 DM zahlen müssen. Die durch das Ausländergesetz begründete Zwangslage wird von Händlern, Zuhältern und Ehemännern skrupellos ausgenutzt, um die Frauen auszubeuten und unter Druck zu setzen.

Die Bandbreite des Frauenhandels ist groß: Zu den Profiteuren gehören sowohl international organisierte Händlerringe, die den Handel in großem Umfang betreiben, und Heiratsagenturen, die oftmals Niederlassungen in den jeweiligen Ländern besitzen. In nicht unerheblichem Maße sind aber auch Einzelpersonen beteiligt, meist Landsmänner und -frauen, die durch eine private, informelle „Verwandtschaftsvermittlung" ihr Einkommen aufbessern möchten. Die Formen der Anwerbung sind vielfältig und reichen von falschen Versprechungen auf eine Arbeit mit guten Verdienstmöglichkeiten als Kellnerin, Sekretärin o.ä. über das Angebot einer Ehe bis hin zur offenen Werbung für Prostitution im Ausland. Auch wenn den Frauen bekannt ist, daß sie als Prostituierte arbeiten werden, sind sie über die Arbeitsbedingungen und Aufenthaltsbestimmungen selten informiert.
Frauenhandel läßt sich „über die Praktiken der Einschleusung, die Zwangsverhältnisse in der Bundesrepublik und den Profit, z.T. auch den immateriellen Nutzen der Händler, definieren. Dabei ist der Aspekt der Vortäuschung von fiktiven Arbeitsverhältnissen u.a. durch die Händler nicht von entscheidender Bedeutung für die generelle Bestimmung von Frauenhandel, da Frauen auch gezwungen sind, sich ‚freiwillig' handeln zu lassen" (agisra 1990, S. 56).

Die Frauen befinden sich in einer ökonomischen, rechtlichen und sozialen Zwangslage. Sie sind einerseits Opfer von Ausbeutung, Gewalt und Abhängigkeitsstrukturen, andererseits ist die Entscheidung zur Migration eine aktive Überlebensstrategie. Eine bloße „Opfersicht" blendet die mutigen Versuche und die Risikobereitschaft der Frauen aus, die hoffen, sich durch Migration ein menschenwürdiges Leben aufbauen zu können, und verstärkt bereits existierende Stereotype. Es wird oft übersehen, daß die Frauen sich vor allem durch die ausländerrechtlichen Bestimmungen in einer Zwangslage befinden und damit erst zu „Opfern" gemacht werden.




## Osteuropa: Neue Märkte – neue Klischees

Während bis Mitte der 80er Jahre vor allem Frauen aus Ländern Lateinamerikas, der Karibik und insbesondere Asiens nach Deutschland gehandelt wurden, sind es heute in zunehmendem Maße die osteuropäischen Länder, aus denen die Händler die Frauen rekrutieren. Bislang ist über die Hintergründe wenig bekannt; umfassende Forschungen und Analysen stehen noch aus. Im folgenden beziehe ich mich deshalb vor allem auf Meldungen in den Medien.

Anhand von Presseberichten und Zeitungsannoncen von Heiratsagenturen wird deutlich, daß in geringem Umfang bereits Mitte der 80er Jahre Osteuropa als neuer Markt entdeckt wurde. Im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen dort hat die Migration von Osteuropäerinnen nach Westeuropa in großem Ausmaß zugenommen. Seit dieser Zeit häufen sich in bundesdeutschen Medien Berichte über Frauen vor allem aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und der ehemaligen Sowjetunion, die unter falschen Versprechungen für die Prostitution in Deutschland angeworben wurden. Zahlreiche Vermittlungsagenturen, die in osteuropäischen Ländern in den vergangenen Jahren entstanden sind, ködern Frauen für horrende Gebühren mit verheißungsvollen Angeboten im Westen, veranstalten Schönheitswettbewerbe und versprechen den Gewinnerinnen Tourneen als Mannequins durch Westeuropa. Dort angekommen, müssen viele Frauen dann erfahren, daß sie nicht die erhoffte Karriere als Fotomodell, sondern die Arbeit in der Sexindustrie erwartet (Turtschi-Jhly 1992, S. 5).

Häufig handelt es sich um Minderjährige oder sehr junge Frauen, die sich noch schlechter zur Wehr setzen können. Zwei Beispiele: Am 30.7.1992 berichtete die Frankfurter Allgemeine von Mädchenhandel mit Minderjährigen aus Ungarn, darunter Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren, die in Deutschland in die Prostitution gehandelt wurden. Der Täter hatte zu Beginn der Ferien die Eltern der Kinder aufgesucht und ihnen angeboten, ihre Töchter für den Sommer als Kellnerinnen zu vermitteln. Mit gefälschten Pässen wurden die Mädchen nach Deutschland geschickt und von einem Komplizen zur Prostitution gezwungen.

In Paderborn entdeckte die Polizei im Februar 1993 bei einer Razzia in einem Nachtclub zwei Mädchen aus der ehemaligen Tschechoslowakei im Alter von 13 und 14 Jahren, die in einer Diskothek in ihrer Heimat angesprochen und nach Deutschland entführt worden waren. Sie wurden zunächst in ein Bordell in Kiel gebracht und später für 7000 DM an den Paderborner Nachtclub verkauft (FAZ v. 10.2.1993). Häufig scheinen die jungen Osteuropäerinnen in Bordellen, Bars und Clubs in ländlichen Gebieten untergebracht zu werden, in denen seltener Polizeikontrollen stattfinden und Freier, Zuhälter und Barbesitzer eher ungestört Gewalt ausüben können.

Der Handel mit Osteuropäerinnen ist teilweise sehr gut organisiert und erfolgt nach Marktmechanismen, die auch für den Handel mit Frauen aus Asien, Afrika oder Lateinamerika gelten: In Inseraten werden Tätigkeiten wie Haushaltshilfe oder die Arbeit in einem Restaurant versprochen, bei Ankunft im Zielland werden Paß und Reisedokumente von den Agenten einbehalten und die Frauen müssen ihre Schulden für die Schlepperdienste abarbeiten. Nach Angaben von Willi Fundermann, Leiter des Referats für Sexualdelikte im Bundeskriminalamt, hat sich die Zahl der Verfahren wegen Menschenhandel 1992 im Vergleich zum Vorjahr von 8 auf 67 erhöht. Fast fünf Prozent der Opfer seien Minderjährige gewesen. Mindestens 80 Prozent des Menschenhandels (d.h. Handel in die Prostitution) geschehe heute mit Frauen aus Osteuropa (Stern Nr. 47/1992). Solche Zahlen sind allerdings äußerst spekulativ und besitzen keinen großen Aussagewert, da nur die wenigsten Fälle von Frauenhandel bis zu einem Gerichtsverfahren gelangen und insgesamt von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

## Heiratshandel und Prostitutionstourismus

Neben dem Handel in die Prostitution breitet sich auch der Heiratshandel mit Osteuropäerinnen stark aus. Bei Betrachtung der jeweiligen Anzeigen und Kataloge von Heiratshändlern fällt auf, daß die Stereotypisierung der osteuropäischen Frauen nach anderen Mustern erfolgt als die der Frauen aus Asien oder Lateinamerika. Während in den vergangenen Jahren das Klischee der „Asiatin", vor allem südostasiatischer Frauen mit Attributen wie „anspruchslos", „sanft", „demütig" etc. gezielt aufgebaut wurde, werden mit der Ausweitung des Prostitutionstourismus und Frauenhandels immer neue Klischees zu den jeweiligen Kulturen und ihren Frauen produziert. Im Unterschied zu asiatischen Frauen spricht man Polinnen Eigenschaften wie fleißig, sparsam und häuslich zu, um sie z.B. gezielt an Landwirte und Arbeiter zu vermitteln. Frauen aus der Tschechoslowakei und Ungarn werden in den Anzeigen meist als gebildet, deutschsprachig und anpassungsfähig beschrieben. Die Angebotspalette wird seit einiger Zeit noch durch eine weitere Gruppe „exotischer" Frauen ergänzt: Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Nicht nur die Heiratshändler, sondern auch die Medien haben eifrig dazu beigetragen, die jeweiligen Klischees zu etablieren. Die Zeitschrift „Quick", die bereits seit Beginn der 70er Jahre maßgeblich an der Verbreitung der Klischees über asiatische Frauen mitgewirkt hatte, titelte folgerichtig: „Der neue Frauentyp. Rußlands schönster Export – Die geheimnisvolle Erotik der schönen Russinnen" (Quick Nr. 9/1992). Der „Stern" berichtete im Mai 1992 von rund 150 Ehevermittlungsagenturen in Rußland, die sich auf die Vermittlung von Russinnen an Männer aus westlichen Ländern spezialisiert hätten. In dem Artikel wird von einem US-Unternehmer berichtet, der mit seiner Agentur „Nachodka" (auf deutsch: Fundgrube) Reisen nach Moskau für interessierte Kunden organisiert: „Für je 3975 Dollar – Flug, Kost, Logis, Dolmetscherin und Chauffeur eingeschlossen – fliegt er seine heiratslustigen US-Kunden nach Moskau und bringt sie dort mit den ‚Nachodka'-Damen zusammen. Bei sieben ‚mating dates' ... und bei drei Abend-Banketts können sich Rons ‚guys' vergewissern, ob ihre neue Freundin wirklich schon die richtige fürs Leben ist. ... Kommt es zur Hochzeit, zahlt jeder Bräutigam Ron Rollband eine Erfolgsprämie von 3000 Dollar." Die russischen Frauen werden folgendermaßen beschrieben: „Die Märchenfee ist jung, schlank und blond, mit blitzenden grünen Augen und einem fröhlichen Lächeln, das steinerne Herzen erweicht. Schulterlange Locken, perlweiße Zähne, Schneewittchen-Teint. Ein Hollywood-Traum" (Stern Nr. 21/92 v. 14.5.1992). Eine derartige Berichterstattung stellt eine direkte Werbung für Heiratshändler dar und fördert die Nachfrage nach ausländischen Frauen, insbesondere wenn diesen Texten Fotos von Frauen sowie Namen und Adressen von Händlern beigefügt sind.[2)]



Medien und Werbung leisten der rassistischen und sexistischen Betrachtungsweise und Behandlung der Frauen Vorschub, indem die Frauen ausschließlich über ihre Sexualität und Körperlichkeit definiert und auf ihre reproduktiven Funktionen für Männer reduziert werden. Die Verbreitung dieser Bilder hat dazu geführt, daß Frauen aus Lateinamerika, Afrika und insbesondere Asien hier tagtäglich mit rassistischen Klischees und Verhaltensweisen konfrontiert werden, die sie als „gekaufte Frauen" oder Prostituierte stigmatisieren. Mit den neuen Klischees über Osteuropäerinnen werden die sexistischen und rassistischen Stereotype jedoch nicht nur um eine weitere Kategorie ergänzt, sondern gleichzeitig hat das öffentliche Bild der asiatischen Frauen als „Katalogbräute" auch dazu geführt, daß offenbar viele Kunden mittlerweile Frauen bevorzugen, die nicht auf den ersten Blick als Ausländerin identifizierbar sind. So meint ein Heiratshändler, der sich auf die Vermittlung von polnischen Frauen spezialisiert hat: „Das im Polnischen – das sind eben weiße Frauen – gegenüber Brasilianerinnen oder Thailänderinnen – ‚das sieht man ja von außen gleich, das ist vielleicht doch schon gleich ein Handicap, und das ist bei Polenfrauen nicht so".[3)] Ein Kunde dieses Heiratshändlers bestätigt diese Ansicht: „Ich hatte ein konkretes Angebot von einer einheimischen Frau aus Sri Lanka, eine sehr hübsche Frau, die mich persönlich angesprochen hat, und da hab ich alleine schon von mir aus die Probleme ganz deutlich gesehen – eine dunkelhäutige Frau mitzunehmen nach Deutschland – ein Problem. Und in der Wohnanlage wäre das gar nicht gegangen."[4)]

Die geringe geographische Entfernung erlaubt es den Kunden, die Frauen direkt in den Ländern zu besuchen. Viele Heiratshändler bieten auch „Kontaktreisen" an. Deutlich wird hier die Koppelung von Heiratshandel mit Prostitutionstourismus. Dieser hat in Osteuropa bereits derartige Ausmaße angenommen, daß in der westlichen Presse Budapest bereits als das „Bangkok Osteuropas" bezeichnet wurde (Emma 4/1992, S. 21). Von den osteuropäischen Ländern wird der Tourismus als Devisenbringer gefördert. Fragwürdig ist, ob sich damit die wirtschaftliche Situation für die Bevölkerung verbessert, denn ein Großteil der Devisen fließt durch das große Import-Bedürfnis der Tourismusindustrie wieder in die Heimatländer der Touristen zurück. Aufgrund ihrer finanziellen Privilegien ist es den westlichen Touristen möglich, billig zu konsumieren und Prostitution als touristische Serviceleistung in Anspruch zu nehmen. Die Leidtragenden sind die Frauen, die emotional und gesundheitlich ausgebeutet werden.

1) *Es liegen mir v.a. Studien und Veröffentlichungen aus der BRD, der Schweiz, Österreich und den Niederlanden vor (agisra 1990; Caritas Schweiz u.a. 1992; Förg-Rob u.a. 1992; Stichting tegen Vrouwenhandel 1991).*

2) *Z.B. ein Artikel in der Zeitschrift „Focus" Nr. 12/1993. Der Text, der ansatzweise auch auf die Hintergründe des Frauenhandels wie bspw. die ökonomische Situation in Osteuropa und Praktiken der Heiratshändler wie Umtauschrecht eingeht, ist „geschmückt" mit Bildmaterial von nicht-anonymisierten Frauen und Anzeigenausschnitten verschiedener Heiratsagenturen, die die vollständige Adresse erkennen lassen.*

3) *In einer Sendung des Südwestfunks S 2 Kultur von Anja Kempe mit dem Titel „Damenwahl – Der Handel mit polnischen Frauen" am 1.7.1992.*

4) *Ebd.*

Auch andere westeuropäische Länder verzeichnen eine Zunahme des Frauenhandels mit Osteuropäerinnen. In Österreich expandiert der Handel mit Frauen aus Ländern wie der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, die mit falschen Versprechungen auf eine lukrative Arbeit angeworben und anschließend zur Prostitution gezwungen werden. Das Österreichische Innenministerium meldete, daß sich die Zahl der registrierten Anzeigen wegen Menschenhandel innerhalb von drei Jahren mehr als verdreifacht hat. 65 der insgesamt 70 ausländischen Prostituierten, die im vergangenen Jahr in Wien als „Illegale" von der Polizei aufgegriffen wurden, kamen aus der benachbarten Tschechoslowakei. Oftmals werden die Frauen ganz legal über „Künstleragenturen" vermittelt (Ärzte-Zeitung v. 4.11.1992). Einer Studie des Arbeitskreises gegen Frauenhandel und Sextourismus zufolge handelt es sich bei den minderjährigen Frauen, die auf dem Wiener „Babystrich" arbeiten, größtenteils um Tschechinnen. Im Heiratshandel habe sich neuerdings der Trend von philippinischen Frauen zu Osteuropäerinnen verlagert. „Frauen aus der CSFR und aus Polen sind dabei besonders gefragt, gesucht werden aber auch Frauen aus Ungarn und der früheren DDR" (Förg-Rob u.a. 1992, S. 59).

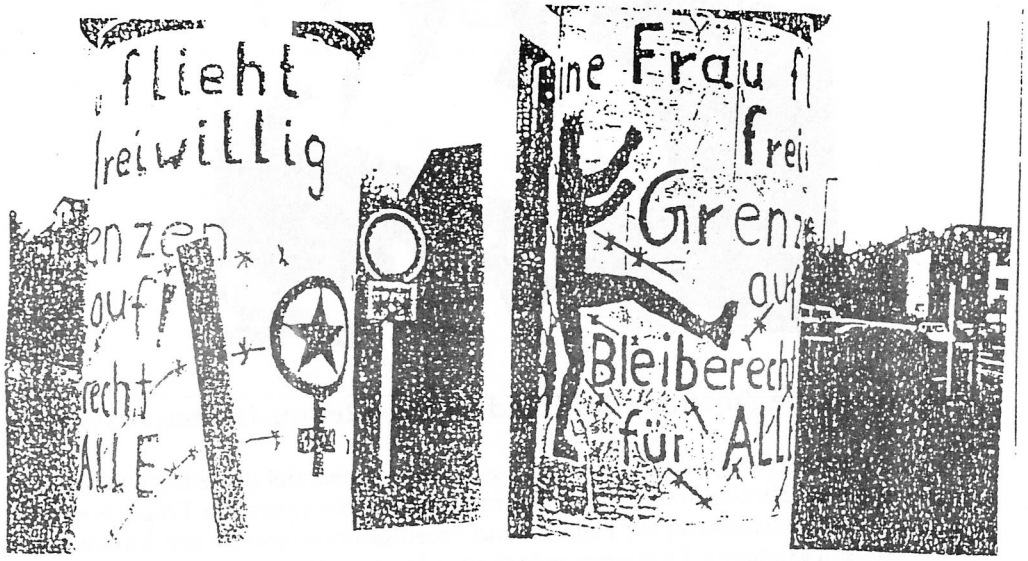
Auch in der Schweiz nimmt der Handel mit Osteuropäerinnen rasant zu. Das Frauen-Informations-Zentrum in Zürich kann diese Entwicklung anhand der Tänzerinnen-Statistik des Zentralen Ausländerregisters konkret nachweisen: „Während Ende 1988 erst 6 Frauen aus den Ostblockstaaten (exkl. Jugoslawien) in der Schweiz als Tänzerinnen arbeiteten, befanden sich 1989 15 Frauen, 1990 bereits 117 Frauen, 1992 schon 269 Frauen und im August 1992 insgesamt 318 Frauen aus Osteuropa in der Schweiz, um hier mit Animation, Striptease und Prostitution Geld zu verdienen. Während zu Beginn dieser Entwicklung die Bulgarinnen und Polinnen den größten Anteil ausmachten, nahm 1991 die Zahl der russischen und tschechischen Tänzerinnen sprunghaft zu, um heute nebst den Bulgarinnen die größte Gruppe zu bilden" (Turtschi-Jhly 1992, S. 5).[5] Auch das Geschäft der Heiratsagenturen mit Frauen aus Osteuropa blüht in der Schweiz. Die Motive der Schweizer, über Agenturen vermittelt eine Osteuropäerin zu heiraten, sind mit den Beweggründen deutscher Männer vergleichbar. Die Frauen sollen gebildet und dennoch anspruchslos sein und aussehen wie die Schweizerinnen: „Der Schweizer, der eine Osteuropäerin kauft, sucht eine ‚Schweizerin minus Emanzipation'. Offenbar wurde mit dem Angebot der Osteuropäerinnen auf dem Ehemarkt eine Marktlücke entdeckt und der Bedarf nach einer Ehefrau jener Männer abgedeckt, die zwar mit Schweizerinnen beziehungsunfähig sind, da letztere ihnen ‚zu emanzipiert' sind, für welche eine Schwarze Frau jedoch zu fremd ist. ... Die Degradierung der Frauen zur Ware und ihre Vermarktung funktioniert auf dieselbe menschenunwürdige Art und Weise wie bei den Frauen aus der Dritten Welt" (ebd., S. 6). Doch nicht nur nach Westeuropa, sondern auch innerhalb Osteuropas floriert der Frauenhandel. Neben Warschau und Berlin sei Budapest mittlerweile zu einer der Drehscheiben des Frauenhandels geworden, wurde in der ZDF-Reportage „Mädchen aus Moskau" am 26.2.1993 berichtet. In Polen, dem Land, das „eigene" Frauen z.B. nach Belgien, Holland und auch Griechenland „exportiert", floriert der Handel mit Frauen aus der früheren Sowjetunion (FR v. 29.7.1992).

5) *In der Schweiz können Frauen aus Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa mit einem für acht Monate gültigen „Künstlerinnen"-Visum als Gogo-Tänzerinnen arbeiten. Dies ist praktisch die einzige Möglichkeit für sie, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten.*

## Gründe für die Zunahme des Handels mit osteuropäischen Frauen

Bislang bestehen noch große Wissensdefizite zum Frauenhandel mit osteuropäischen Frauen und den Hintergründen ihrer Migration sowie bezüglich der Frage, welche Parallelen und Unterschiede zur Heirats- und Prostitutionsmigration der Frauen aus Trikontländern existieren. Es können jedoch verschiedene Gründe für die gestiegene Migrationsbereitschaft osteuropäischer Frauen und ihren zunehmenden Anteil im Menschenhandelsgeschäft angenommen werden: Zum einen ist die Nachfrage nach Osteuropäerinnen – nicht zuletzt gefördert durch die Medienberichterstattung – stark gestiegen. Aufgrund ihres Äußeren werden Osteuropäerinnen nicht sofort als Ausländerinnen identifiziert und geraten entsprechend seltener in Polizeikontrollen auf der Straße. Die Entfernungen sind kürzer und die Reisekosten entsprechend geringer, was wichtig für Bordell- und Barbesitzer ist, die im Falle der Entdeckung „illegaler" Frauen in ihren Häusern für die Kosten des Rücktransports aufkommen müssen. Aufgrund der geringen geographischen Distanz sind die Anwerbung und auch der Austausch der Frauen für die Händler organisatorisch leichter durchzuführen.
Auch die für Thailand und die Philippinen 1989 eingeführte Visumspflicht kann eine Umstellung des Angebots bewirkt haben. Frauen aus Polen, Ungarn, der Tschechischen und Slowakischen Republik brauchen bislang kein Visum, um nach Deutschland einzureisen. Ähnlich wie Frauen aus Asien, Lateinamerika und Afrika hoffen auch Frauen aus Osteuropa, mit der Migration ins westliche Ausland ihre eigene ökonomische Lage und die ihrer Familien zu verbessern. Viele der osteuropäischen Frauen, die via Frauenhandel nach Westeuropa gelangen, haben eine hohe Berufsqualifikation, aber nur geringe Verdienstaussichten. Das Frauen-Informations-Zentrum in Zürich gibt an, daß die meisten Frauen „im Durchschnitt eine bessere Bildung genossen als z.B. Dominikanerinnen oder Brasilianerinnen und meist aus Mittelschichtsfamilien kommen" (Turtschi-Jhly 1992, S. 5). Im Zuge der ökonomischen Veränderungen wächst jedoch die Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung von Frauen.

6) *Bei diesen Ausführungen beziehe ich mich auf das Protokoll der Arbeitsgruppe „Prostitution und Heiratshandel als Überlebensstrategie von Frauen in Polen" des agisra-Vernetzungstreffens vom 25.-27.9.1992.*




Viele Polinnen, die ihr Land als Heiratsmigrantinnen verlassen, haben keinen erlernten Beruf, sondern verdienten früher als Fabrikarbeiterinnen ihren Lebensunterhalt, der Anteil alleinerziehender Mütter ist groß. Da mit einem Gehalt kaum noch eine Familie ernährt werden kann, sind viele Familien mittlerweile auf die monatlichen Überweisungen ihrer Töchter aus dem Westen angewiesen.[6)] Dies widerspricht der vielfach in den Medien aufgestellten Behauptung, daß Osteuropäerinnen im Unterschied zu Frauen z.B. aus Lateinamerika sich weniger aus existentiellen Nöten zur Migration entschließen, sondern eher um sich den Kauf von Luxusgütern zu ermöglichen. „Im neuen Polen werden die Rechte der Frauen gefährdet und ihre Lebenschancen verschlimmert. Die Arbeitslosigkeit unter der weiblichen Bevölkerung wächst. Die Verarmung vieler sozialer Schichten beschränkt die Perspektive der Bildung, insbesondere bei Mädchen. In dieser Situation bleibt die Ehe – als ohnehin einziges akzeptiertes weibliches Lebensmodell – die einfachste mögliche Lösung. Ein ausländischer Ehemann bedeutet automatisch einen sozialen Aufstieg, und das ist der Grund, warum sich manche Polinnen mit dubiosen Heiratsvermittlungsbüros einlassen. Eine andere Möglichkeit ist die Arbeit im Ausland: Es herrscht die Meinung, daß man auf diese Weise schnell relativ viel Geld verdienen und sich eine Existenz aufbauen kann. Daß die Vorstellungen vieler Frauen in diesen Punkten unrealistisch sind, beweist die Quote gescheiterter "ausländischer„ Ehen und die wachsende Zahl von Polinnen, die im Westen – freiwillig oder nicht – als Prostituierte arbeiten" (Ciechomska 1992, S.3). Viele polnische Frauen haben darüber hinaus eigene Ansprüche an ihr Leben entwikkelt, die sich aufgrund der patriarchalischen Verhältnisse und des insbesondere durch den Katholizismus geprägten traditionellen Frauenbildes in Polen nur schwer verwirklichen lassen. Mit der Migration nach Westeuropa werden daher auch größere Freiheiten und vielfältigere Lebensmöglichkeiten assoziiert.

## Festung Europa und die Auswirkungen für von Frauenhandel betroffene Frauen

Die Regierungspolitik der europäischen Länder geht davon aus, daß Europa kein Einwanderungsgebiet ist. Die Freizügigkeit für Personen mit Einführung des EG-Binnenmarktes ab dem 1.1.1993 gilt nur für Personen mit EG-Pässen und nicht für MigrantInnen aus sogenannten „Drittländern". Die große Nachfrage nach Dienstleistungen, die Frauen aus Nicht-EG-Ländern als Prostituierte, Ehefrauen oder Hausangestellte bieten, wird jedoch in der nächsten Zeit kaum abnehmen. Für Frauen aus den Ländern Osteuropas, Asiens, Lateinamerikas, Afrikas und der Karibik wird es – von kleinen Ausnahmefällen abgesehen – keine legalen Arbeitsmöglichkeiten geben. Der geplante einheitliche Visumszwang bewirkt, daß es den Frauen kaum noch möglich sein wird, legal in die Länder der europäischen Gemeinschaft einzureisen.

Die Bestimmungen der AusländerInnenpolitik der EG wurden im Schengener Übereinkommen geschaffen. Das von den BeNeLux-Staaten, Frankreich und Deutschland bereits 1985 hinter verschlossenen Türen außerhalb parlamentarischer Kontrolle getroffene und mittlerweile auch von Italien, Spanien und Portugal unterzeichnete Verwaltungsabkommen sollte ursprünglich bereits ab 1990 den freien Personenverkehr zwischen den Vertragsstaaten gewährleisten. Schengen II, das nun zur Ratifizierung steht, soll die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen und Ausgleichsmaßnahmen für in diesem Zusammenhang erwartete „Sicherheitseinbußen" regeln. Dazu zählen einheitliche Kontrollen an den Außengrenzen, die Harmonisierung der Sichtvermerkspolitik (d.h. bei der Vergabe von Visa) und Einreisebestimmungen für Personen aus Nicht-EG-Staaten.
Dieser Prozeß kommt nicht erst mit Schengen in Gang. Die EG-Länder haben sich bereits darauf geeinigt, für insgesamt 112 Staaten einen einheitlichen Sichtvermerk vorzusehen. Im Zuge der Vorbereitungen des Schengener Übereinkommens wurde eine Liste erstellt, auf der jedes Land der Welt einer von drei Kategorien zugeordnet wird: „negativ", „positiv" und „noch nicht bekannt". Die Liste der als „negativ" eingestuften Länder ist die längste und enthält alle Länder, aus denen MigrantInnen unerwünscht sind. Darunter fallen fast alle asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten (de Guzman 1991, S.12).
Das im Aufbau begriffene Schengener Informationssystem SIS soll als Instrument zum Vollzug dieser Bestimmungen dienen. Ein europaweiter Fahndungscomputer „soll die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung und Abschiebung unerwünschter bzw. illegaler Immigranten, zur Festnahme und Auslieferung, zur Aufenthaltsermittlung sowie zur polizeilichen Beobachtung sicherstellen ... SIS schafft die allseitige Verfügbarkeit von zumindest teilweise unbegründeten Verdachtsdaten, die schwere Folgen für die Betroffenen haben können, z.B. bei Festnahmen, Durchsuchungen, Auslieferungen und Zurückweisungen an der Grenze. Einen Rechtsschutz dagegen gibt es nicht" (Internationale Liga für Menschenrechte 1992, S. 6).
Nur EG-Länder können Vertragspartner des Schengener Abkommens sein. Österreich und die Schweiz sind dennoch daran interessiert, den Regelungsinhalt von Schengen

zu übernehmen (ebd., S. 14). Auch die Einführung einer allgemeinen Identifikationspflicht, die bislang in einigen Ländern wie z.B. Holland nicht gilt, ist zu erwarten. Dies bedeutet, daß alle Menschen einen Ausweis mit sich führen müssen und jederzeit von der Polizei kontrolliert werden können. Damit sollen in erster Linie „illegale" AusländerInnen aufgespürt werden. Erfahrungsgemäß wird die Polizei die Papiere derjenigen überprüfen, die nicht europäisch aussehen (siehe Beispiel BRD). In der Praxis wird damit eine Unterscheidung zwischen Staatsangehörigen der EG und Menschen aus „Drittländern" nach dem äußeren Erscheinungsbild getroffen werden und so der Rassismus weiter institutionalisiert. Für von Frauenhandel betroffene Frauen, die sich illegal im Land aufhalten, bedeutet dies eine noch stärkere Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, während ihre Händler, oft Europäer und mit allen erforderlichen Dokumenten ausgestattet, unbehelligt bleiben.

Im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt wird eine schärfere Kontrolle über MigrantInnen aus Nicht-EG-Staaten ausgeübt werden, was eine noch stärkere Abhängigkeit und prekärere Situation der Frauen aus Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika bedeuten wird. Gleichzeitig führen die immer restriktiveren Einwanderungsbestimmungen zur Entstehung neuer Frauenhandelswege. Die Schaffung einer einheitlichen Visumspflicht für viele Länder wird nicht zu einem Rückgang des Frauenhandels führen, sondern die Reise für die betroffenen Frauen nur teurer und riskanter machen. Da die Frauen in absehbarer Zeit kaum rechtlichen Schutz erwarten können, werden sie noch stärker erpreßbar. Das Ziel, undurchlässige Außengrenzen zu schaffen, bringt vor allem für Frauenhändler und Schlepper zusätzliche Profite. Für sie gilt das unumstößliche Konjunkturgesetz: Je größer die Einreisehindernisse für Flüchtlinge und MigrantInnen, desto höher sind die Preise.

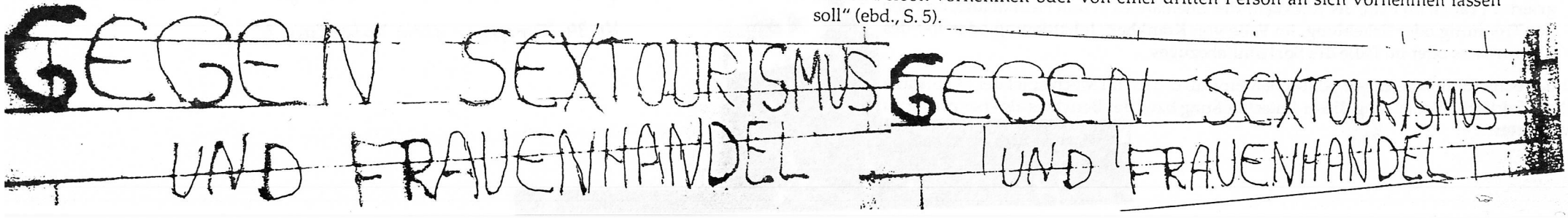
## Strafgesetze gegen Frauenhandel: Verbesserter Schutz für die Opfer?

Auch das im vergangenen Sommer in der Bundesrepublik reformierte Strafgesetz gegen Menschenhandel mit ausländischen Frauen, das eine härtere Bestrafung der Händler vorsieht, wird an dieser Tatsache wenig ändern, solange die erforderliche rechtliche Besserstellung der betroffenen Frauen unberücksichtigt bleibt.[7] Am 22.5.1992 verabschiedete der Deutsche Bundestag nach zahlreichen Diskussionen eine Änderung der Strafrechtsparagraphen 180 b und 181 „Menschenhandel". Seit dem 22.7.1992 wird nach dem reformierten Gesetz geurteilt. Erkärtes Ziel war es, „den strafrechtlichen Schutz insbesondere ausländischer, aber auch deutscher Frauen und Mädchen vor sexueller Ausbeutung zu verbessern" (Bundestagsdrucksache 12/2589 v. 12.5.1992, S. 7).

Vorgesehen ist ein Strafmaß bis zu fünf Jahren. Mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren wird nach Paragraph 180 b, Abs. 2 bestraft, wer „1. auf eine andere Person in Kenntnis der Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, oder 2. auf eine Person unter 21 Jahren einwirkt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution zu bestimmen, oder sie dazu bringt, diese aufzunehmen oder fortzusetzen" (ebd.). Dies gilt auch dann, wenn kein Vermögensvorteil erzielt wird.
Der geänderte Paragraph 181 StGB stellt den „schweren Menschenhandel" unter Strafe. Dieser liegt vor, wenn eine Person „mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List" zur Prostitution oder zu sexuellen Handlungen gezwungen oder gewerbsmäßig zum Zwecke der Prostitution angeworben wird. Vorgesehen ist eine Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren, in minderschweren Fällen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.
Mit diesen Neuregelungen sind Täter zukünftig leichter zu überführen, bislang bestehende Hindernisse in der Strafverfolgung wurden mit den Reformen weitestgehend ausgeräumt. Das neue Gesetz erfüllt eine jahrelange Forderung von Frauenorganisationen, nämlich eine Gleichstellung der Opfer des Frauenhandels. Im Gegensatz zu dem alten Gesetz ist nun der Handel mit Prostituierten ebenso strafbar wie mit Nichtprostituierten. Begrüßt wird, daß jetzt auch HeiratshändlerInnen verfolgt werden können, die Frauen „zur Probe" an verschiedene Männer vermitteln und Frauen damit „sexuellen Handlungen" ausliefern. Ferner wird positiv bewertet, daß Menschenhandel nun schon gegeben sein kann, wenn auf die Frau eingewirkt wird und nicht mehr die Anwendung von Gewalt, Drohung oder List nachgewiesen werden muß.
Der Anspruch, betroffene Frauen besser zu schützen, führt sich jedoch selbst ad absurdum, weil begleitende ausländerrechtliche und soziale Maßnahmen zugunsten der Frauen ausgeklammert bleiben. Nach wie vor können Frauen, die hier illegal als Hausangestellte oder Prostituierte arbeiteten und in einem Prozeß gegen Händler aussagen, sofort nach der Aussage abgeschoben werden. Durch das an die Ehe gebundene Aufenthaltsrecht sind sie weiterhin durch gewalttätige Ehemänner erpreßbar. Solange den Frauen nicht die Möglichkeit des Bleiberechts und der Arbeit zugestanden wird, können sie dem circulus vitiosus der Verschuldung, Einreise mit „Hilfe" von Schleppern, Abschiebung und erneuter illegaler Einreise kaum entkommen.

Der neu geschaffene Paragraph 180 b, Abs. 1 StGB stellt unter Strafe, wenn jemand „auf eine andere Person seines Vermögensvorteils wegen einwirkt, um sie in Kenntnis einer Zwangslage zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution zu bestimmen. ... Ebenso wird bestraft, wer auf eine andere Person seines Vermögensvorteils wegen einwirkt, um sie in Kenntnis der Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, zu sexuellen Handlungen zu bringen, die sie an oder vor einer dritten Person vornehmen oder von einer dritten Person an sich vornehmen lassen soll" (ebd., S. 5).

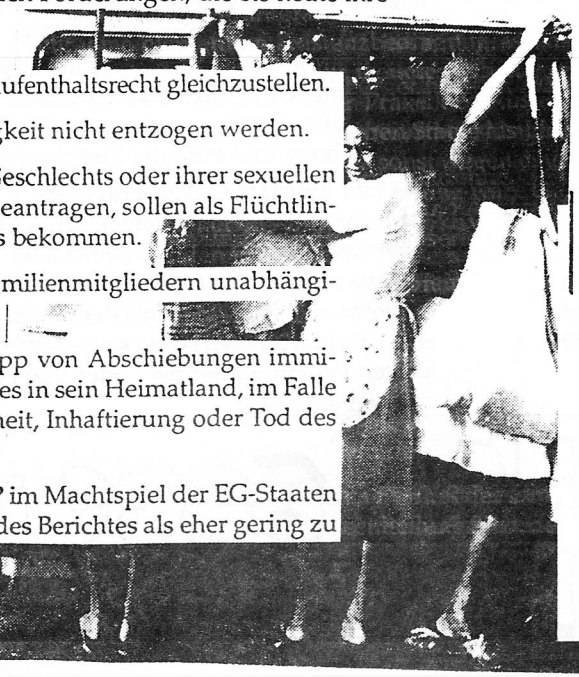




-52-

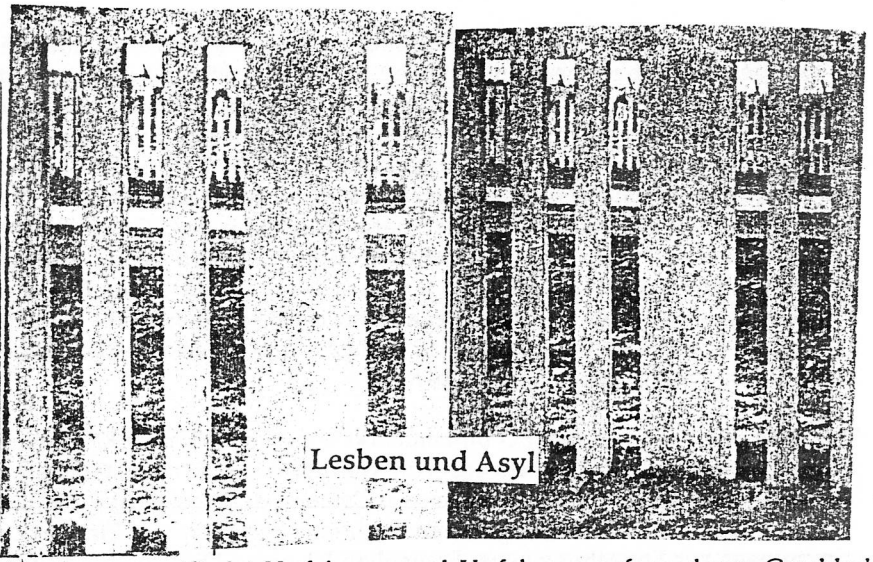
## Das Europäisches Parlament (EP) fordert Rechte für MigrantInnen

Die Haltung des EP ist geprägt von dem 1987 von H.O. Vetter verfaßten „Bericht zu Fragen des Asylrechts", aufgrund dessen im gleichen Jahr eine gleichnamige Entschließung verabschiedet wurde. Diese Entschließung stellt einen Kontrapunkt zu den ansonsten restriktiven Vorstellungen zu Asylpolitik dar.
Der bislang geltende Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) wurde als zu eng betrachtet. Es wurde gefordert, ihn auf Personen, die wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, bzw. um den Tatbestand der geschlechtsspezifischen Verfolgung zu erweitern. Die in der BRD und den Niederlanden praktizierten restriktiven Maßnahmen, wie z.B. Unterbringung in Sammellagern, Arbeitsverbot und Residenzpflicht, wurden verurteilt.
Frauenpolitisch besonders aufschlußreich ist der Bericht der Europaabgeordneten Brigitte Heinrich im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau. Ihr „Bericht über die Diskriminierung von immigrierten Frauen in Gesetzen und Rechtsvorschriften der Gemeinschaft" von 1987 diente als Material der Beschlußfassung des EP.
Die von ihr erarbeitete Analyse belegte, daß Frauen aus Drittländern ganz besonders entwürdigenden Praktiken ausgesetzt sind, wenn sie in Europa Schutz vor Verfolgung oder Arbeit suchen. Die in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten gegebenen Garantien für die Unverletzlichkeit der Person, des Schutzes der Privatsphäre, von Ehe und Familie würden gegenüber asylsuchenden Frauen grob mißachtet.
Der Heinrich-Bericht mündet in folgenden zentralen Forderungen, die bis heute ihre Gültigkeit haben:



* Nicht-EG-Bürgerinnen sind mit EG-Bürgerinnen im Aufenthaltsrecht gleichzustellen.
* Ihnen darf die Aufenthaltserlaubnis bei Arbeitslosigkeit nicht entzogen werden.
* Alle Frauen, die wegen Verfolgung aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung vor Gewaltregimen fliehen und Asyl beantragen, sollen als Flüchtlinge anerkannt werden und eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.
* Nicht-EG-Bürgerinnen müssen ein von anderen Familienmitgliedern unabhängiges Aufenthaltsrecht bekommen.
* Schließlich verlangt der Bericht den sofortigen Stopp von Abschiebungen immigrierter Frauen im Falle der Rückkehr des Ehemannes in sein Heimatland, im Falle der Trennung oder Scheidung, im Falle von Krankheit, Inhaftierung oder Tod des Ehepartners oder im Falle des Sozialhilfebezuges.

Entsprechend dem geringen politischen Einfluß des EP im Machtspiel der EG-Staaten ist die faktische Bedeutung dieser Entschließung bzw. des Berichtes als eher gering zu betrachten.



## Lesben und Asyl

Da bisher frauenspezifische Verfolgung und Verfolgung aufgrund von Geschlecht bzw. der sexuellen Orientierung in keinem EG-Land als Asylgrund anerkannt werden, können lesbische Immigrantinnen ausschließlich als Studentin oder Ehefrau ein Aufenthaltsrecht bekommen. Eheähnliche Gemeinschaften (erst recht keine gleichgeschlechtlichen) werden nicht wie Familien behandelt. Entsprechend haben unverheiratete Lebenspartnerinnen kein Aufenthaltsrecht. Als Studentin ist der gesicherte Aufenthalt zeitlich begrenzt und an finanzielle „Unabhängigkeit" gekoppelt. Als Ehefrau ist jede Frau, ob Lesbe oder Hetera von einem Ehemann oder anderen Familienangehörigen abhängig. Da auch die gleichgeschlechtliche Ehe in kaum einem EG-Land etabliert ist, unterliegen lesbische Immigrantinnen einer doppelten Diskriminierung. Ihr Aufenthaltsrecht, eine elementare Existenzbedingung, ist fast immer an die Existenz eines Mannes geknüpft, auch wenn ihr weiteres Leben vom Mann unabhängig und frauenidentifiziert ist. Entsprechend der Praxis der Ausländerbehörden in den meisten EG-Ländern muß eine Immigrantin ihren Status als Ehefrau auch durch das Zusammenleben mit dem Ehemann festigen, da sonst wegen einer Scheinehe Strafverfolgung und Ausweisung drohen. Als mögliche Lösung wäre u.a. ein Bleiberecht mittels einer Bürgschaft seitens einer EG-Bürgerin denkbar, wie derzeit in Schweden, Dänemark und den Niederlanden praktiziert.
Darüber hinaus bleiben die Forderungen aus dem Heinrich-Bericht aktuell.

aus: feministische Beiträge Theorie + Praxis,
Nr. 34 „Europa - einig Vaterland?"

aus: 'SCHWARZE KATZE - EG-GRUPPE, HAMBURG



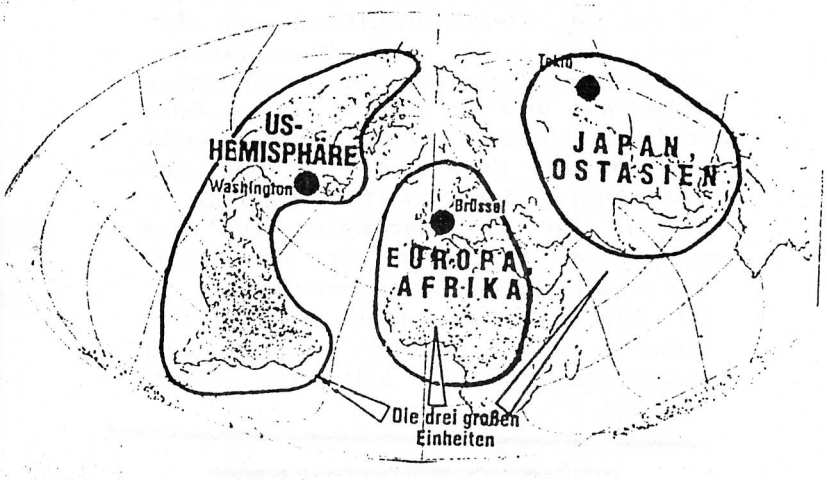
# EG und Osteuropa

## Perspektiven der europäischen Großraumordnung

### GLOBALE NEUORDNUNG UND EUROPÄISCHER GROSSRAUM

Der Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" und die Neuordnung Europas sind Elemente im Rahmen einer globalen Neuordnung der Triade USA-Japan-EG. Dabei wird nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen diesen drei Blöcken neu bestimmt sondern gleichzeitig die Ausbeutung im Weltmaßstab neu organisiert. Zentrales strategisches Mittel der transnationalen Konzerne sind dabei regionale Großwirtschaftsräume abgestufter Integration um politisch und ökonomisch dominierende Kernregionen. Die abgestufte Integration und Binnendifferenzierung im Großraum dient im wesentlichen zwei Zielen: a) Die Durchsetzung von Arbeit und Fabrikkommando orientiert an den globalen Produktivitätsmaßstäben des transnationalen Kapitals (Modernisierung und Flexibilisierung der Produktionsstrukturen, Zerschlagung unkontrollierbarer und "unproduktiver" Subsistenz- und Reproduktionsquellen bzw. deren Einbindung in die Akkumulationsdynamik, Mobilisierung von Arbeitskraft...), b) Die Durchsetzung "moderner" Formen von Sozialpolitik (Sozialversicherungssysteme, Abeitsmarktpolitik, Gesundheits-, Familien- und Bevölkerungspolitik) einschließlich entsprechender staatlicher Institutionen, die die Kontrolle der Unterklassen und ihrer Reproduktion gewährleisten, Arbeitszwang und Verwertung von Arbeitskraft durchsetzen und die Nicht-Verwertbaren befrieden.

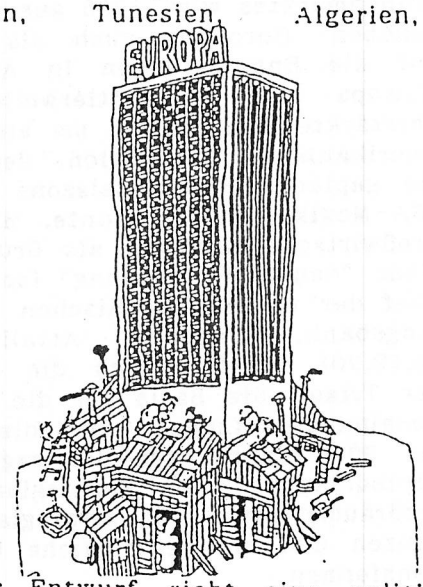
Mit dem - zumindest ökonomischen - Hegemonieverlust des US-Kapitals seit Ende der 70er Jahre ist es zunächst der südostasiatische/pazifische Raum, der als Großwirtschaftsraum um den dynamischen Kern Japan strukturiert wird. In Europa haben sich seit Anfang der 80er Jahre nationalstaatliche Akkumulationskonzepte totgelaufen, und die strategischen Kapitalsektoren (High-Tech, Mikroelektronik, Chemie, Bio- und Gentechnologie) orientieren massiv auf einen europäischen Großraum; das Projekt des Europäischen Binnenmarktes wird 1985 aus der Taufe gehoben. Durchaus auch als Antwort auf die Entwicklungen in Asien und Europa gibt es mittlerweile wieder verstärkte Bemühungen um eine interamerikanische Integration, deren Keim die geplante Freihandelszone Kanada-USA-Mexiko bilden könnte. Mit diesen Großwirtschaftsräumen als Grundpfeiler einer "neuen Weltordnung" (so z.B. der Chef der neuen europäischen Entwicklungsbank, Jacques Attali; TAZ, 24.12.90) schaffen sich die Konzerne der Triade die Basis für die globalen Auseinandersetzungen um die Märkte der 90er Jahre, für die gegenseitige Durchdringung der Kernregionen der Großräume sowie für strategische Allianzen und andere mögliche Kooperationsformen.




### OSTEUROPA IN DER EUROPÄISCHEN GROSSRAUMORDNUNG

Im Sommer 1989 wird aus dem Bundeskanzleramt eine "Vision für Europa" veröffentlicht, in der zum ersten Mal in aller Klarheit die Struktur einer europäischen Großraumordnung umrissen wird und die die Regionen Osteuropas mit einbezieht (FAZ, 19.7.89). Es wird ein Modell der abgestuften politischen und ökonomischen Integration entworfen, das weit über das Projekt EG 92 hinausgeht. Herzstück des projektierten Europäischen Großraums ist ein Europäischer Bundesstaat mit gemeinsamer Wirtschafts- und Sozial-, Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Dieser Bundesstaat muß nicht die gesamten jetzigen EG-Staaten umfassen sondern könnte sich (zunächst) durchaus auf die 6 "alten" Kern-EG-Staaten beschränken (BRD, Frankreich, Italien, Benelux-Staaten). Um diesen

Pol herum werden drei konzentrische Kreise gruppiert, wobei die äußeren die inneren jeweils beinhalten. Der erste dieser Kreise wäre die jetzige 12er EG als Staatenbund, eventuell um Österreich und Norwegen erweitert. Gerade im Hinblick auf die Interessen der EG in der Golfregion könne hier auf Dauer die Türkei nicht ausgeschlossen bleiben. Der zweite Kreis wäre eine "Assoziation Europäischer Staaten" nach dem Vorbild der EFTA, der auch die Staaten "Ostmitteleuropas" umfaßt. Der äußere Kreis schließlich, das "gemeinsame Haus Europa", umfaßt die Sowjetunion und die südlichen Mittelmeeranrainer, also in erster Linie die Staaten des Maghreb (Marokko, Mauretanien, Tunesien, Algerien, Lybien).




Dieser Entwurf sieht eine politisch-institutionell stark abgestufte Integration vor. So bildet zwar die EG als Staatenbund einen einheitlichen Binnenmarkt mit den "Vereinigten Staaten von Europa" und soll mit diesen auch in verschiedenen Politikbereichen kooperieren. Sie hat aber ansonsten lediglich einen Beobachterstatus. Ähnlich hätte die "Assoziation Europäischer Staaten" lediglich einen Konsultativstatus bei der EG, aber kein Stimmrecht. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll eine Freihandelszone zum Ziel haben, aber vorerst keine volle Integration in den Binnenmarkt. "Zielgruppe" sind hier eindeutig die Staaten Osteuropas. Gleichzeitig soll die "Assoziation" für Regionen aus dem äußeren Randkreis, die aus ökonomischen oder politischen Gründen enger in den Europäischen Großraum eingebunden werden sollen, als eine Art "Auffangzone" dienen.

Langfristiges Ziel dieser Assoziierungsvorschläge ist eine *"riesige Freihandelszone mit den Ländern Osteuropas mit vollständiger Bewegungsfreiheit für Menschen, Güter, Dienstleistungen und Kapital"*(FR, 3.8.90). Gleichzeitig wurde eindeutig festgelegt, daß es sich bei diesen Vorschlägen <u>nicht</u> um Vorstufen zur Vollmitgliedschaft handelt. Diese soll auf lange Sicht ausgeschlossen bleiben. Konkreter Inhalt der EG-Vorschläge sind im wesentlichen:

- die Fortführung bestehender Handels- und Kooperationsabkommen
- der freie Warenverkehr mit der Perspektive der Freizügigkeit von Kapital, Arbeit und Dienstleistungen
- die Institutionalisierung des politischen Dialogs
- kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit

Bedingungen sind vor allem "Rechtsstaatlichkeit", Mehrparteiensystem, freie Wahlen und eine klare marktwirtschaftliche Ausrichtung (Hrbeck 1990).

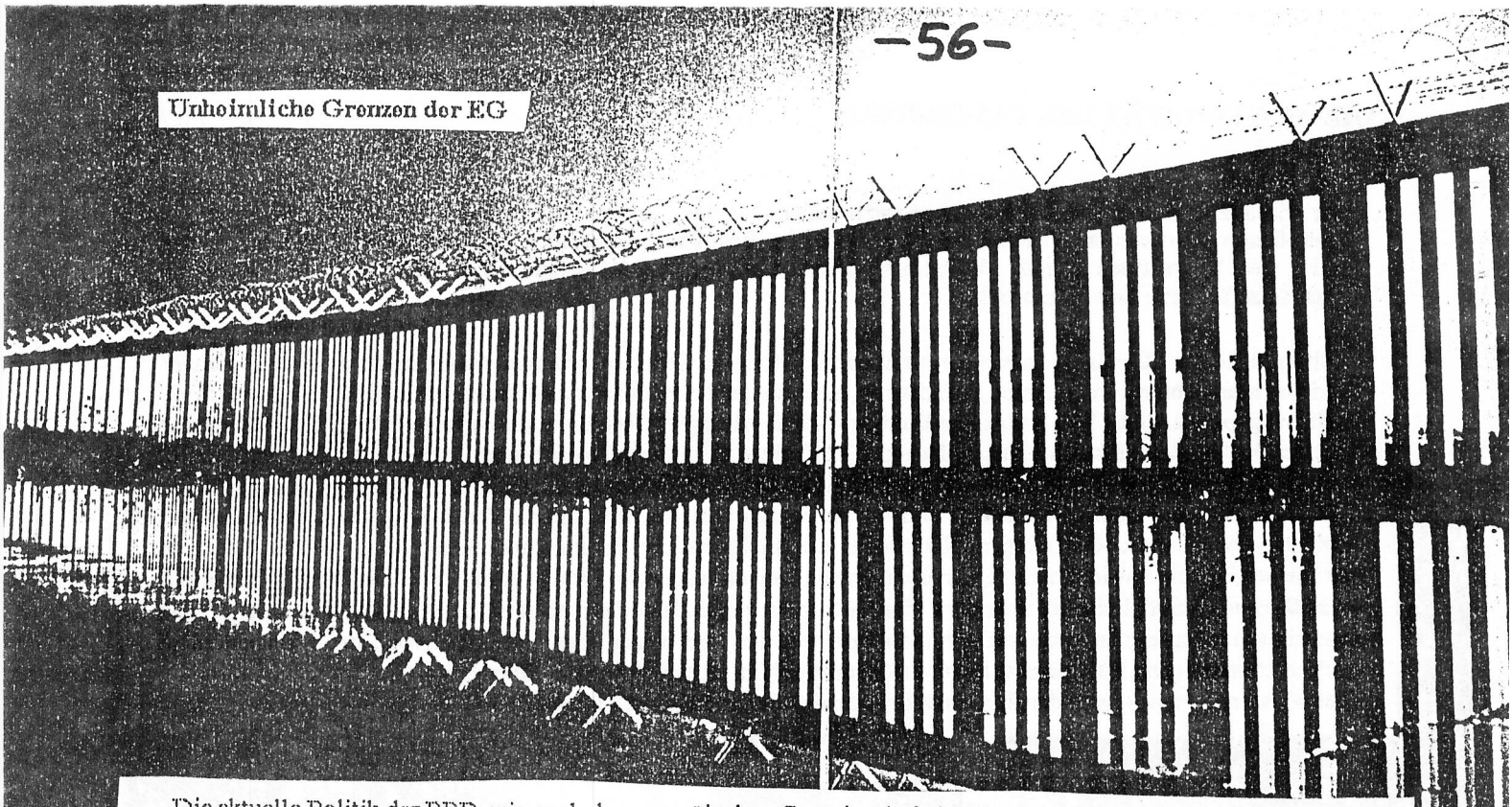
Wenn wir von einer differenzierten Integration der Staaten Osteuropas in den Europäischen Großraum sprechen, so soll das nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Westintegration - von einigen Ausnahmen abgesehen - die schlagartige Vernichtung der industriellen und landwirtschaftlichen Basis und damit die Verelendung ganzer Regionen bedeutet. So sieht das Planecon-Institut in Washington kaum Überlebenschancen für das Gros der Industriebetriebe in den Ländern Osteuropas, und für Jeffrey Sachs, Wirtschaftsberater der polnischen Regierung, ist das Ende ganzer Industriezweige im Osten unvermeidbar (Wirtschaftswoche, 5.10.90). In allen Staaten Osteuropas geht die industrielle und landwirtschaftliche Produktion drastisch zurück, die FAZ spricht von einem *"Kollaps der Investitionen"*(FAZ, 28.11.90; Spiegel, 14.1.91). Ähnlich wie in den Drei Kontinenten wird die einzige Perspektive in einem privaten Kleinkapitalismus, z.T. auf der Basis eines ausgedehnten informellen Sektors bestehen: *"Doch wohin man auch schaut in Osteuropa, es ist der Kleinkapitalismus, der floriert. Restaurants und Einzelhändler, Hinterhofwerkstätten und Flohmärkte haben das Bild der Städte binnen Jahresfrist verändert(...) Der Schwarzmarkt in Polen und Ungarn, die Tendenz zur Ausdehnung der Schattenwirtschaft - überall ist ein Barometer für das mangelnde Vertrauen in das neue Wirtschaftssystem"*(Wirtschaftswoche, 5.10.90). Allein in Ungarn soll der informelle Sektor bereits zu 25% zum Bruttosozialprodukt beitragen (FAZ, 23.7.90).

# DIE KONTINUITÄT DES FASCHISMUS

Der Zusammenschluß imperialistischer-patriachaler Mächte gegen eine angebliche Konkurrenz oder gar Bedrohung von aussen ist im Kern faschistisch. In der Bevölkerungspolitik gegen Frauen im gebärfähigen Alter und gegen Migrantinen ( inkl. Flüchtlinge) wurde die Kontinuität faschistischer Tendenzen in Westeuropa höchstens für kurze Zeit unterbrochen.

- Schon Mitte der 60er Jahre wurde die rassistisch motivierte Geburtenförderung rehabilitiert; zahlreiche Länder ergriffen Massnahmen. Ihren ersten Aufschwung hatte die geburtenförderung nach den ersten und während dem 2. WeltKrieg gehabt. Seit 1966 beruft der Europarat regelmässige " Bevölkerungskonferenzen" ein die sich mitder Fruchtbarkeit und der Einwanderung befassen . Die Ziele sind keineswegs die blosse Steigerung der Geburtenzahl, die blosse Verhinderung von Abtreibunger, oder die blosse Verhinderung der Immigration. Sondern es geht um die Sicherung von "gesundem", profitabel verwertbarem, weissem Nachwuchs, um die Verhinderung von "behindertem" schlecht verwertbarem oder farbigem Nachwuchs, um die Dosierung der Immigration nach den gleichen Kriterien der Verwertbarkeit, sowie um die Kontrolle über die weisse respektive farbige Frau (ihre Arbeitskraft, Sexualität, Fruchtbarkeit, Persönlichkeit) über ihre forcierte oder verhinderte Fruchtbarkeit. Diese teils polizeiliche, teils medizinische Repression wird mit der Ideologie von der Bedrohung oder dem Aussterben der weissen Rasse "ge"recht"fertigt". Die Rückkehr zu höheren Geburtenzahlen ist eine Frage des Überlebens !
(des weissen Europas) hatte der französische Präsident Mitterand 1983 ausgerufen.

- Seit Beginn des 2. Weltkriegs hat das Problem von Gewalt und Flucht die heute bekannten Formen angenommen: Es hat sich in die Kolonien und Neokolonien verlagert, es betrifft grosse Massen, zu 90 % Frauen und Kinder, es ist zugleich ökonomisch, politisch, militärisch und zunehmend durch "Umweltkatastrophen" verursacht. Als Umweltkatastrophen gelten z.B. auch jene, die durch Giftabfälle, umweltzerstörende Landwirtschaft oder die globale Klimaerwärmung verursacht sind, neben den (durch menschlichen Eingriffe verschärften) Naturkatastrophen. Die Zahl der Flüchtling im engeren Sinn wird auf weltweit 20 Mio. geschätzt, jene der "Umweltflüchtlinge" auf weitere 10 Mio., jene der (grenzüberschreitenden) LohnarbeitsmigrantInnen auf mindestens 60 Mio. Ein kleiner Teil dieser Massen-Fluchtbewegung richtet sich auf die Metropolen hin, zu 80% Männer.
Westseuropa förderte von 1945-73 die Einwanderung: Wiederaufbau, Wirtschaftsaufschwung und Massenproduktion auf Basis taylorisierter Arbeit verursachten einen enormen Bedarf an unqualifizierter Lohnarbeitskraft. Seit der Krise 1973/4 und als Folge des sinkenden Bedarfs gerade an unqualifizierten Lohnarbeitskräfte verfügten die westeuropäischen Staaten einen Anwerbestopp, beschränkten später auch den "Familiennachzug" und führten den Visumzwang ein. Der kleine, nach Westeuropa gerichtete Teil der weltweiten Massen-Fluchtbewegung galt nun als "Flüchlinge" - eine Bezeichnung die auf die LohnarbeitsmigrantInnen vor 1973/4 genauso zugetroffen hätte. Für Männer bedeutet das in der Amtssprache: "Asylbewerber" oder "Asylant". Frauen hingegen kommen fast nur als Ehefrauen oder als gehandelte Frauen über die Grenze. Ein selbständiger Asylstatus in der Metropole ist für sie fast unerreichbar.



## Unheimliche Grenzen der EG

Die aktuelle Politik der BRD, wie auch der europäischen Gemeinschaft, beschäftigt sich seit langem mit dem Thema Asylrecht/ Migrationspolitik. In dem Zusammenhang taucht in der Öffentlichkeit immer wieder der Begriff " Festung Europa" auf.

Ein Blick auf die Entwicklung der Migrationspolitik der EG bzw. der einzelnen Mitgliedstaaten zeigt überall eine einheitliche Linie hin zur Verschlechterung des Zugangs für MigrantInnen nach Europa und hin zu einer Vereinheitlichung sämtlicher Gesetze und Normen bezüglich Asyl und Migration. Diese Vereinheitlichung wird im offiziellen EG- Jargon, "Harmonisierung der Asyl- und Einwanderungspolitik" genannt.
Der "Fortschritt" der europäischen Abschottungpolitik gegenüber den ärmeren Drittländern findet seinen Niederschlag in konkret ausformulierten bi- und multilateralen Abkommen und Verträgen.
Im Zusammenhang mit der Öffnung des Binnenmarktes und dem daraus resultierenden Abbau der innereuropäischen Grenzkontrollen wird mit massiven Defiziten für die innere Sicherheit argumentiert, die u.a. über verschärfte Asyl.-und Einwanderungsgesetze aufgefangen werden sollen.

Entsprechend organisieren sich seit Jahren Kreise aus Innenministern, Polizei.- und Geheimdiensten aus den EG-Ländern in verschiedenen geheimen Arbeitszusammenhängen. Diese Gremien orientieren sich an den jeweils restriktivsten nationalen Vorschriften und Praktiken. Die Gesetze der Einzelstaaten werden jedoch bereits schleichend seit der Zeit der Anwerbestops vereinheitlicht. Die unter dem Schlagwort "Harmonisierung der Asyl.- und Einwanderungspolitik" arbeitende Kremien sind:

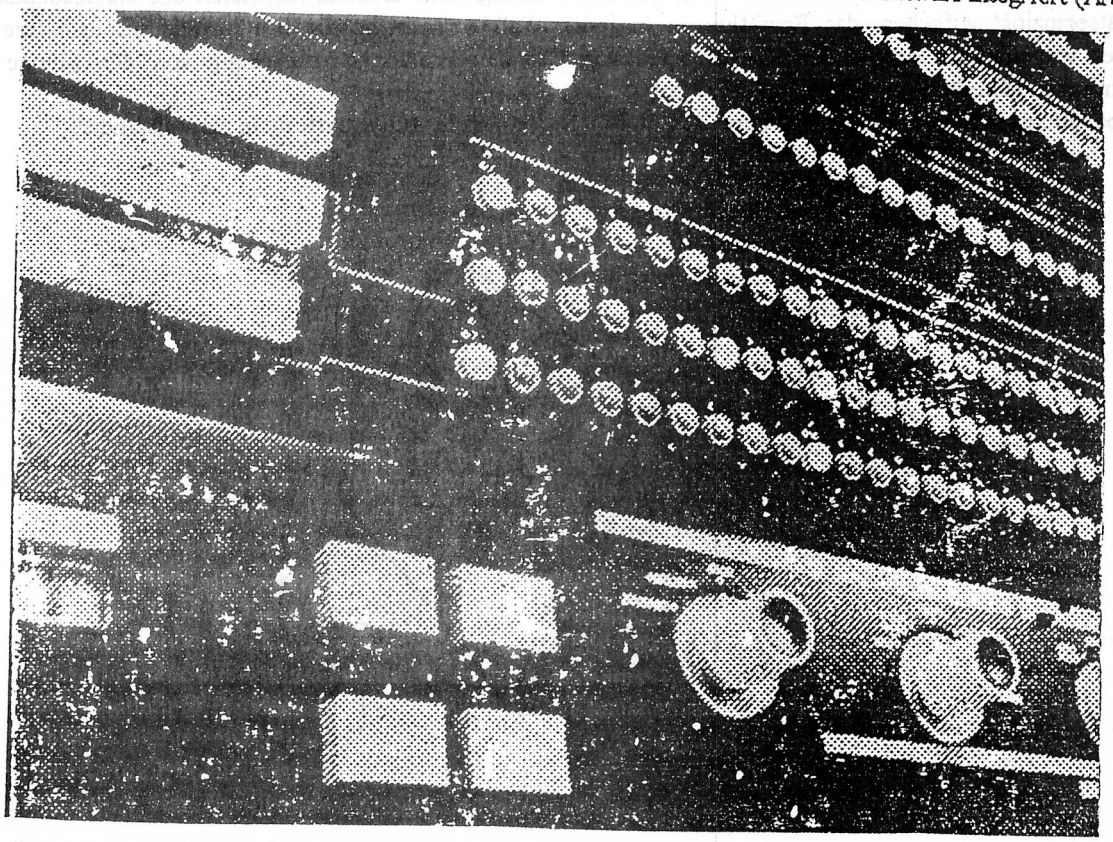
* die Ad-Hoc-Arbeitsgruppe "Einwanderung" des EG-Ministerrates
* die Schengen-Gruppe
* die Trevi-Gruppe

## ANSÄTZE ZUR EUROPÄISCHEN POLIZEI :
## Die Schengen - Abkommen

Die Schengen-Gruppe spielt derzeit die wichtigste Rolle. Im Juni 1985 vereinbarten die Regierungen der Benelux-Staaten, Frankreichs und der BRD im luxemburgischen Ort Schengen, ihre gemeinsamen Binnengrenzen "möglichst bis zum 1.1.90" zu öffnen. Um die beim Abbau der Grenzkontrollen angeblich drohenden negativen Folgen auf dem Gebiet der Einreise und der Inneren Sicherheit zu vermeiden , formten sie den Entwurf eines Staatsvertrages. Dieser sieht folgende Maßnahmen vor:

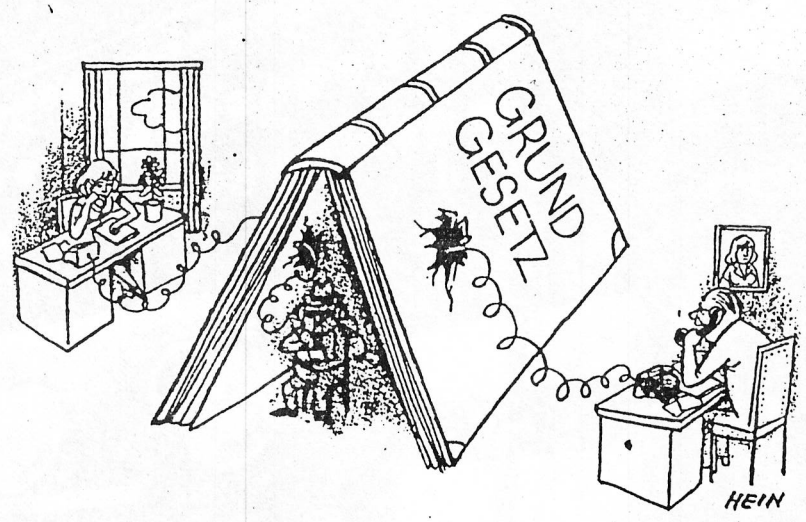
**Ausländer-Asylrecht:** Grenzkontrollen von EG-Ausländer und sogenannten Drittausländern werden an die gemeinsamen Außengrenzen verlagert. Für knapp hundert Länder gilt zukünftig eine Visumpflicht. Asylentscheidungen sollen Schengen-weit bindende Wirkung haben, und nur noch das Einreiseland soll für das Asylverfahren des jeweiligen Flüchtlings zuständig sein.

**Polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit:** mit der vereinbarten Entsendung von Verbindungsbeamten (Art. 47), mehr noch mit der Zulassung polizeilicher "Nacheile" (Art. 41) über die (ehemaligen) Grenzen wird exekutive Tätigkeit auf fremden Hoheitsgebiet legitimiert, deren heimliche Ausübung der deutschen Polizei in der Vergangenheit manchen Ärger eintrug. In der Hoffnung auf eine Erweiterung dieser lange umstrittenen Befugnisse will die Bundesregierung den Vertragspartnern einseitig ein unbeschränktes Nachteile und Festnahmerecht einräumen.
Auch verdeckte Ermittlungsmethoden wie grenzüberschreitende Observationen, kontrollierte Drogenlieferungen im Rahmen von Scheingeschäften, "polizeilicher Beobachtungen" (Art.40, 75, 100) sowie Datenaustausch zu "präventiven Zwecken" (Art. 46 der auch eine Durchbrechung der Zweckbindung vorsieht) sind vorgesehen. Ferner wurde die nachrichtendienstliche Amtshilfe zu Zwecken der " Staatsicherheit" in den Entwurf integriert (Art. 48)



**Das Schengener Informationssystem( SIS):** ein gemeinsames Sach-und Personenfahndungssystem im Rechner-Rechner -Verbund soll in Strassburg errichtet und für Kontrollen im Innland, an den Aussengrenzen sowie für die Visumvergabe zur Verfügung stehen (Art. 93ff). Die im zweiten Schengener-Abkommen vereinbarte Sichtvermerkspolitik (ein maschinenlesbares Klebeetikett für Visapapiere) und die Auflistung von Ländern von denen ein Einreisevisa für die EG benötigt wird, ist bereits weitgehend umgesetzt worden. Die Liste enthält fast nahezu alle asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder. Die gemeinsame Sichtvermerkspolitik soll es Flüchtlingen unmöglich machen, bei Ablehnung im einem EG-Land, Aufnahmen in einem anderen zu finden. Das System das als "Pilotprojekt" für ein europäisches Informationssystem (EIS) aller EG-Staaten dienen soll , ist zwar bereits im Aufbau, ein Ende 1988 beschlossener "Probebetrieb" des Sachfahndungsbereiches wird aber jedoch nicht vorab realisiert werden können. Der Aufbau des SIS-Projekts zeigt beispielhaft, welche Sogwirkung von den Schengener Vereinbarungen bereits auch ohne deren formelle Unterzeichnung ausgeht . Innerstaatlich werden dadurch die Handlungsspielräume nicht nur für eine liberalere Praxis (z.B. niederländische Drogenpolitik) verengt, sonder auch für eine offen rechtpolitische Debatte. (z.B. über die höchst strittigen Pläne zur Novelierung von Strafprozeßordnung und Polizeigesetzen). Mit dem Vertragsentwurf werden nationale Bürgerrechtsstandarts (z.B. Asylgrundrecht und Datenschutz der BRD) ausgehöhlt und Überwachungs-Modelle (z.B. Hotelmeldepflicht BRD) ausgedehnt. Als Korrektiv zu dieser Europäisierung der Exekutive ist kein entsprechender Ausbau grenzüberschreitender Schutz-, Kontroll- oder Kooperationsmöglichkeiten durch Parlamente, Gerichte, Rechtsanwälte , Datenschutzbeauftragte o.ä. vorgesehen. Viel mehr gibt der Vertragsentwurf einen "Exekutivausschußes" quasi parlamentarische Rechtsetzungsbefugnisse (Art. 8, 12, 17, 77, 90, 122, 127-129, 135). Obwohl die nationalen Parlamente das Schengener Vertragswerk formal in Kraft setzen müßten, wurden sie an der Bearbeitung ebensowenig beteiligt wie das Europäische Parlament und erst auf Drängen auszugsweise über den Stand informiert. Somit verkürzt sich die Mitwirkung der Volksvertretungen faktisch auf ein JA/NEIN Votum zu dem von der Exekutive ausgehandelten Vertrag. Das Europäische Parlament forderte deshalb im November 1989 die Regierungen der Schengen-Staaten auf, die für den 15. Dez. geplante Unterzeichnung auszusetzen.. So geschah es tatsächlich, jedoch aus anderen Gründen: angesichts der jüngsten Ereignisse in der DDR konnten sich die Delegationen nicht über deren Status einigen. Gegen den Widerstand der BRD hatten die anderen Schengen-Länder -aus Furcht vor illegaler Einwanderung über die DDR- gefordert, deren Bürger sonstigen "Drittausländern" gleichzustellen . Nach der DDR Wahl kann nun zu Ende verhandelt werden.

**Rechtsangleichung ("Harmonisierung"):** die aus der BRD bekannte allgemeine Hotelmeldepflicht wird von den anderen Schengenstaaten übernommen. (Art. 45, Schengen II, alle nachfolgende Artikelangaben beziehen sich auf diesen Vertragsentwurf)
Ein dem deutschen Vorbild angenähertes strengeres Waffenrecht soll die in Frankreich und Belgien teils noch liberaleren Regelungen ersetzen (Art. 78-92). Im Drogenbereich wollen die Vertragspartner Sicherstellung und Verfall von Handelgewinnen regeln (Art. 72 VI). Alle übrigen Vereinbarungen zielen nicht auf eine "Harmonisierung" der Rechtslage, welche auch in den Niederlanden den Konsum illegaler Drogen verbietet, sondern auf eine Angleichung der Verfolgungspraxis. Die Niederlande müßen damit ihr "Opportunitätsprinzip", nach dem die Polizei unterhalb bestimmter Mengen nicht einzugreifen braucht, zugunsten des bundesdeutschen "Legalitätsprinzips" aufgeben, das Ermittlungen in jedem Fall vorschreibt. Danach werden insbesondere die Holländer verpflichtet, Verkauf und Besitz auch von Cannabis-Produkten unabhängig von der Menge mit strafrechtlichen Mitteln zu verfolgen und ihre "Cof
fee-shops" etc. darauhin zu überwachen (Art. 72 I, II, IV). Diese Verpflichtung trifft nicht nur Ausländer!




**Rechtshilfe / Auslieferung:** der bisher geltende Grundsatz, daß das zugrundeliegende Delikt in beiden beteiligten Staaten strafbar sein muß, wird nicht nur im Bereich der Fiskaldelikte ausgeschlossen (Art. 51,64) sonder auch im übrigen eingeschränkt ( Art. 52) was sich z.B. bei politischen Delikten auswirken kann. Durchsuchungen und Beschlagnahmen in anderen Vertragsstaaten unterliegen ebensowenig wie SIS ( Schengener-Informationssystem) -Fahndungsausschreibungen ( Art. 52, 64, 96) ersichtlichen materiellen Beschränkungen. Entsprechen der polizeilichen Kritik des als zu umständlich empfundenen Verfahrens kann eine Auslieferung nun statt über den justitiellen Weg auch direkt über die nationalen IKPO-Zentralen (BKA) (Art. 54 II) abgewickelt werden. Nach Belehrung eines Verfolgten soll auch ein formloses Auslieferungsverfahren unter Wegfall von Schutzrechten zulässig sein (Art. 67). Insgesamt geben die Vereinbarungen ebenso wie diejenigen über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden (Art. 39-48) deren Forderung nach, die von Instanzen und Förmlichkeiten zunehmend losgelöste Polizeitätigkeit auch im Vorfeld (wo u. wann beginnt das ?) eines konkreten Deliktverdachtes nunmehr grenzüberschreitend zu legitimieren (vgl. z.B. Art.39 I, 46 I, 47 IIa).

Die Erarbeitung dieser "sogenannten Schengener Errungenschaften" wirkt aber nicht nur "standarthildend" für beitrittswillige westeuropäische Staaten (Italien, Spanien u. Portugal haben beantragt noch vor 1993 beitreten zu können)oder als "Labor für die EG insgesamt" im Hinblick auf deren Binnen-Freizügigkeit ab 1993. Vielmehr denken Innenpolitiker nach den ersten bilateralen Absprachen mit osteuropäischen Staaten, innsbesondere angesichts der "Schrittmacherdienste", der Kooperation gegen Drogenhandel und "Terrorismus" schon laut über ein "Schengen-Ost" nach .Darüber hinaus hofft man, die Schengener Vereinbarungen auch qualitativ noch erweitern zu können: über ein Europäisches Kriminalamt -"zunächst nicht zwingend....." (so einschränkend BMI Schäuble: Inn. sich. 3/89,S.12, ) "mit exekutiven Befugnissen" ( z.B. Boge , Welt 3.2.89), Kohl (SZ. 8.2.89) bis hin zu "einer Art Weltpolizei" ( Schlee, dpa 24.6.89) zur Gestaltung einer "Weltinnenpolitik" (Ex-BMI Zimmermann, FAZ, 28.7.1987)

## "Schengen Ost"
## Abschottung gegenüber den osteuropäischen Staaten

Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und der Öffnung der Grenzen wurde für sie auch nach Osten hin die Begrenzung der Einreise bzw. die Eindämmung der erwarteten Flüchtlingswelle notwendig. Neben diversen Abkommen über die "Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" mit Ungarn (3/91), der UdSSR (5/91), Bulgarien (6/92) und der CSFR (9/92) wurde im März 1991 erstmal ein Rückübernahme-Abkommen zwischen einem osteuropäischen Staat (Polen) und den Schengen-Staaten geschlossen. Im September 1992 folgte dann der deutsch-rumänische Rückübernahme-Vertrag, der am 1.11.92 in Kraft tratt. Mittlerweile bestehen derartige Rückübernahme-Verträge auch mit Ungarn und der Tschechoslowakei.

Ziel der Rücknahmeverträge ist die Zurückweisung an der Grenze bzw. die Abschiebung der ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen auf unbürokratische Art. Entsprechend diesen Verträgen ist eine Rückübernahme von Asylsuchenden auch ohne gültige Ausweispapiere möglich, wenn die Staatsangehörigkeit der auszuweisenden AusländerInnen nachgewiesen oder "glaubhaft gemacht" werden kann. Entsprechend der zu erwartenden hohen Zahl Abschiebungen soll ein Finanzfond für die betroffenen osteuropäischen "Frontstaaten" eingerichtet werden. Die Abstimmung der gemeinsamen Migrationspolitik mit den osteuropäischen Staaten ist an großzügige, kurzfristige Wirtschaftshilfen gekoppelt, die jedoch in Form von z.B. Rohstoffen wieder nach Westeuropa zurückfließen. Die Ziele sind dabei eine scharf am westeuropäischen Arbeitsmarkt und Kapitalinteressen orientierte Zuwanderungspolitik. "Visum und Asylrechtsfragen, Vertreibungsdruck und Migration, Arbeitsmarkt und Flüchtlingspolitik sind dann nur noch untergeordnete Variablen der westeuropäischen "Inneren Sicherheit". Für die östlichen Nachbarn bedeutet die Politik der Schengen-Staaten einen enormen Druck, ihrerseits die jeweiligen Grenzen zueinander und gegen die jeweiligen östlichen Nachbarstaaten undurchlässiger zu gestalten. Die "Festung Europa" bekommt somit noch vorgelagerte Wälle.

# Europas Gebeimkabinett für Sicherheit und Ordnung

Unter dem Eindruck von Anschlägen palästinensischer und westeuropäischer Gruppen beschloß der Europäische Rat am 1./2.. Dezember 1975 in Rom, ein Gremium für Fragen der **"Inneren Sicherheit" und der Öffentlichen Ordnung"** einzurichten.Bereits ein halbes Jahr später, am 29. Juni 1976, steckte die Runde der Innen- und Justizminister aus damals noch neun Staaten den Rahmen ab.

Die besondere Rolle der **Trevi-Gruppe ( Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence International)** als Koordination- und Planungsinstanz ergibt sich aus ihrer Stellung zu den EG-Institutionen.

Die **Trevi-Gruppe ist selbst kein formelles EG-Organ,** sondern ein multilaterales Gremium der Innen- und Justizminister und der Polizeistäbe der EG-Staaten. Diese Anlage als Parallelorganisation zu den Institutionen der Gemeinschaft läßt es zu, daß TREVI Beschlüsse von EG- weiter Bedeutung faßt, TREVI gewissermassen EG-Innenpolitik betreibt, aber trotzdem nicht der Kontrolle der EG- Kommission und noch viel weniger der des Europäischen Parlaments untersteht.

Die TREVI- Tagungen unterliegen keiner juristischen oder parlamentarischen Kontrolle. Tagesordnungen, Protokolle und Entscheidungsstrukturen sind ebensowenig bekannt wie Funktion und Namen der nichtministeriellen Mitglieder.

TREVI sollte ursprünglich die Koordinierungs- und Planungsinstanz der zusammenarbeitenden Polizei der EG werden. Mittlerweile unterstehen TREVI verschiedene Arbeitsgruppen:

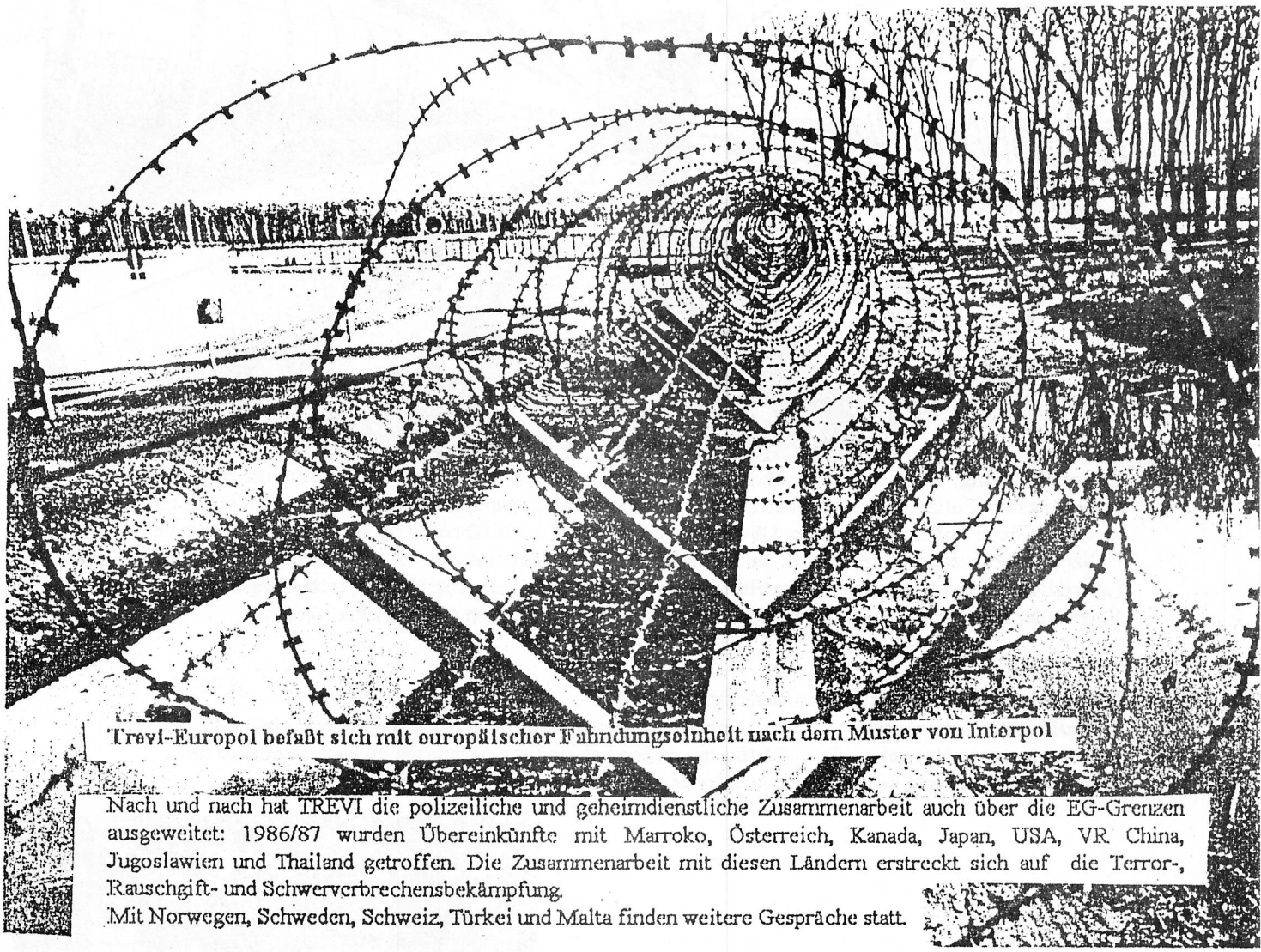
**Trevi I** ( Terrorismusbekämpfung)
Seither läuft in Westeuropa ein einigermaßen funktionierender Datenaustausch über "terrorismusverdächtige Drittausländer". Die Richlinien von TREVI I sehen u.a. vor, daß sich die einzelnen Staaten bei Terrordelikten kurzfristig, d,h,. binnen 24 Stunden, zu informieren haben. Nach schwerwiegenden Zwischenfällen können zusätzlich zu den bereits stationierten Verbindungsbeamten weitere "Fachleute" entsandt werden, um die örtlichen Behörden "zu beraten und zu unterstützen", und eine grenzüberschreitende Fahndung zu koordinieren.

**Trevi II** berät über die " Harmonisierung" der Kommunikations- und Kriminaltechnik, Datenverarbeitung, Ausrüstung und Ausbildung. 1989 wurde vereinbart, einen Informationsaustausch " z.B. **über neue Formen von Ordnungsstörungen und besonderes Verhalten von Gruppen oder Einzelnen** einzurichten.
Diese Spezialistenrunde richtet u.a. auch Seminare zu polizeitaktischen Fragen aus: 1988 etwa an der bundesdeutschen Polizeiführungsakademie eine Tagung zu "praktischen und polizeitaktischen Maßnahmen bei Demonstrationen, Hausbesetzungen und Objektschutzmaßnahmen".
1990 standen Tagungen über die Anwendung des "Genetischen Fingerabdrucks" auf dem Programm.

**Trevi III:** Im Juni 1985 beschloß die Ministerrunde die Ausweitung der Trevi-Aktivitäten auf den Bereich der Schwerverbrechen und auf die mittlerweile in den argumentativen Vordergrund gerückte sogennante internationale Organisierte Kriminalität (OK). Der neu eingerichteten Arbeitsgruppe Trevi III gehören überwiegend hochrangige Beamte der Kriminalpolizei an. Ihren Schwerpunkt haben die Herren Experten bei der Rauschgiftkriminalität gefunden. Umstritten ist im Kreis der Trevi-Mitglieder die Gründung einer Europäischen Rauschgiftzentrale nach dem Vorbild der us-amerikanischen Drug Enforcement Agency ( DEA).

Trevi 92 befaßt sich mit der direkten Umsetzung der gefaßten Beschlüsse zum Binnenmarkt, und soll "Ausgleichmaßnahmen" aufzeigen und " Sicherheitsdefizite" feststellen, die durch die geplante Abschaffung der Grenzkontrollen befürchtet werden . Aus Trevi 92 ging so die jetzige Arbeitsgruppe **Trevi IV - Ausgleichsmaßnahmen** hervor, wo derzeit der Probelauf für **die Durchsetzung der Schengener Verträge in ganz Westeuropa** stattfindet .

1988 wurde unter deutschem Vorsitz , eine **ad-hoc- Arbeitsgruppe Einwanderung** ins Leben gerufen . Ein Resultat dieser Gruppe ist die Unterzeichnung der " Dubliner Konvention zur Bestimmung der Zuständigkeit für die Asylanträge", die im Juni 1990 mit Ausnahme Dänemarks von allen EG- Staaten unterzeichnet wurde. Das Ergebnis dieses Antrages ist für alle Mitgliedstaaten verbindlich.



**Trevi-Europol befaßt sich mit europäischer Fahndungseinheit nach dem Muster von Interpol**

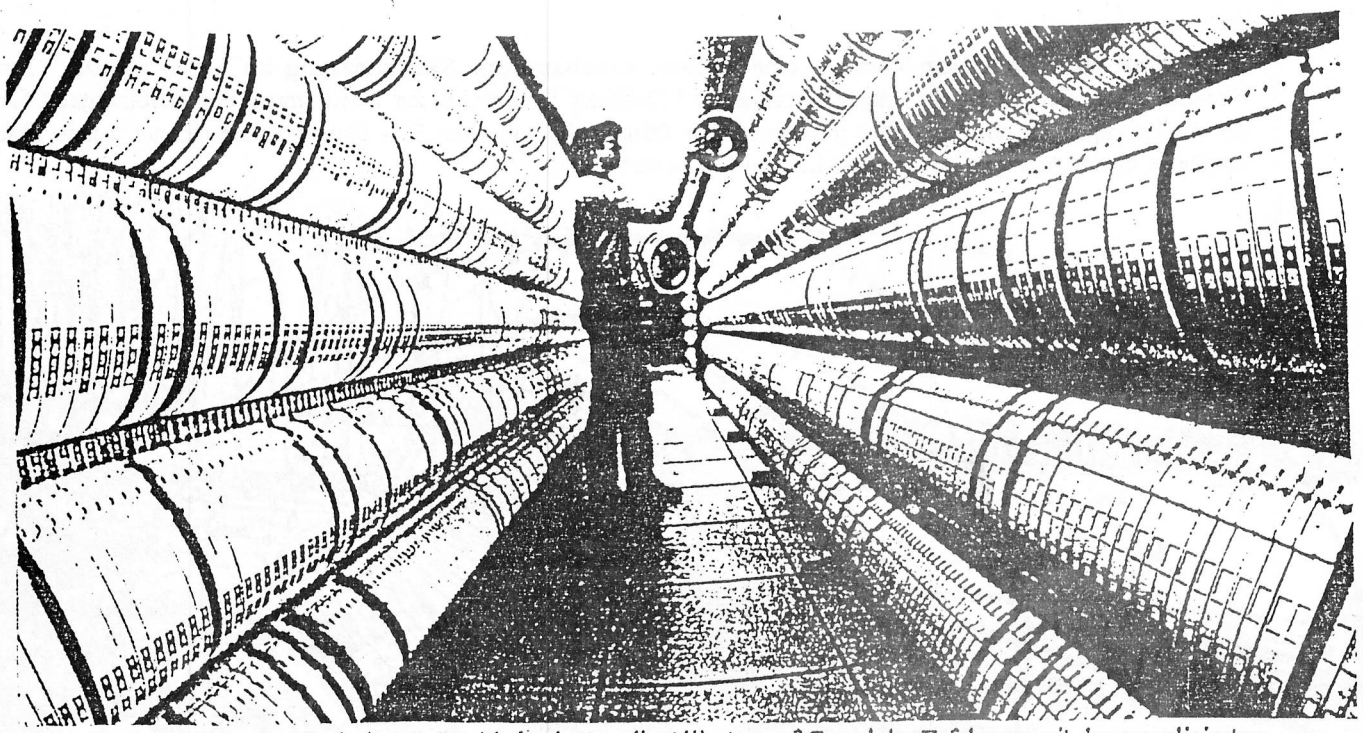
Nach und nach hat TREVI die polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit auch über die EG-Grenzen ausgeweitet: 1986/87 wurden Übereinkünfte mit Marroko, Österreich, Kanada, Japan, USA, VR China, Jugoslawien und Thailand getroffen. Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern erstreckt sich auf die Terror-, Rauschgift- und Schwerverbrechensbekämpfung.
Mit Norwegen, Schweden, Schweiz, Türkei und Malta finden weitere Gespräche statt.

**und noch mehr zu den Ansätzen der Europäischen Polizei**

--- BKA- Verbindungsbeamte arbeiten seit Jahren in Spanien, F, I in den Polizeizentralen
--- In der BRD werden hochrangige, ausländische Polizisten ausgebildet. Das BKA unterstützt ausländische Polizeiarbeit auch finanziell.
--- Aufbau eines " Europ. Sekretariats" von Interpol auf betreiben des BKA
Die 1956 gegründete Interpol ist ein privater Zusammenschluß von 142 nationalen Polizeizentralen mit Sitz in Lyon. Sie stellt Nachrichtenverbindungen her, führt Karteien und gibt internationale Fahndungsschreiben heraus. Sie hat keine exekutiven Befugnisse, und nicht alle Mitgliedstaaten liefern untereinender Verhaftete aus.
West-Europäische Kritik: schwerfällig, veraltet, ineffizient .

**-Organisierte, zwischenstaatliche Verbindungen der BRD-Sicherheitsdienste zu bestimmten Themen:**
---" Pompidou-Gruppe " von 10 EG-Ländern, seit 1971 zur Rauschgiftbekämpfung
---" Wiener-Club", 1978 nach der Schleyer- Enführung auf Betreiben der BRD gegründet, zur Terrorismusbekämpfung". Angeschlossen sind BRD, I, F, Schweiz und Österreich.
---" Berner-Club", regelmässige Treffen der Geheimdienste aller westeuropäischen Staaten." Kaum etwas bekannt"

Die Koordination der nationalen Polizeiapparate läuft seit Jahrzehnten. Der Polizeiapparat der BRD in seiner heutigen Form wurde in den letzten 15 Jahren aufgebaut ( beginnend unter SPD-Regierung) und ist folgendermassen zu charakterisieren:



- **Zentralisierung:** Nach dem 2. Weltkrieg hatten die Alliierten auf Grund der Erfahrung mit der zenralisierten, faschistischen Polizeiarbeit (Reichssicherheitshauptamt und Gestapo) eine dezentrale, vor Ort tätige und verantwortliche Polizei vorgesehen. Obwohl der Staatsaufbau der BRD heute noch föderalistisch und die Polizeikompetenzen gesetzelich auf die Bundesländer beschränkt sind, treffen BKA, Bundeanwaltschaft und (gesetzlich nicht vorhergesehene) Innenministerkonferenz (IMK) alle wichtigen Entscheidungen. Auf Ebenen der Bundesländer geschieht nichts mehr, ohne daß die Zentren eingeschaltet werden.

- **Technisierung:** Bsp. Erfolge der Rasterfahndung.
- Vielzahl stets einsatzbereiter Sonderkommandos, gekennzeichnet durch **Männerkorpsgeist und hemmungsloses Vorgehen:** Bsp. Göttingen: ein Sonderkommando ermordet eine antifaschistische Demonstrantin, indem es sie vor ein Auto treibt. (beliebte Methode)

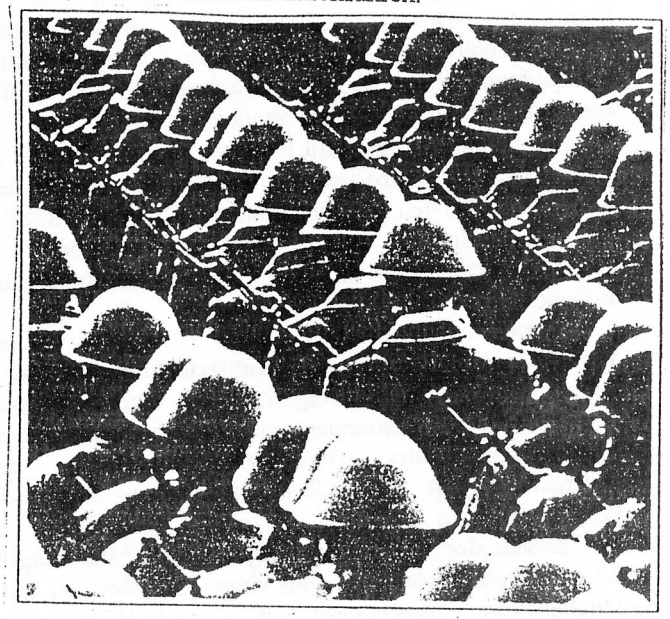
- **Strategische Umorientierung von der Strafverfolgung zur Verhinderung möglicher Straftatbestände".**
  Bsp. polizeiliche Erfassung bei Besuch einschlägig bekannter Lokalen oder Veranstaltungen.
- Dank ihrem Ermittlungsmonopol bestimmt immer mehr die Polizei statt die Staatsanwaltschaft, wer unter welcher Anklage vor dem Strafrichter landet.

- **Immer perfektere Abschottung des Apparates.** Das Aufdecken von Übergriffen ist fast unmöglich. Unter den Parteien besteht ein breiter Konsens, bekannt gewordene illegale Praktiken jeweils nachträglich zu "legitimieren".

aus: " Die Bullen greifen nach den Sternen"/ EG der inneren Sicherheit
" Das Europa des imp.Pat." Autonomer und intern.-fem. Widerstand, Schweiz FrAu, Basel 1991,"EG als als Heerschaftsprojekt"

# Europäisches Militärbündnis

In der Sitzung des Europäischen Rates 1992 in Maastrich wurde beschlossen, die WEU (=Westeuropäisches Union, Westeuropäisches Militärbündnis) als integralen Bestandteil der vorgesehehnen Europäischen Union (EU) ab 1993 mit der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu betrauen. Auf Ersuchen der EU soll die WEU verteidigungspolitische Entscheidungen und Aktionen erarbeiten und durchführen.



**Europa und die Neuordnung der Welt** (aus Blich nach vorn im Zorn, Broschüre zum Weltwirtschaftsgipfel in München 1992)

Mit dem Niedergang der sozialistischen Staaten in Osteuropa ist die alte Weltordnung zusammengebrochen. Dieses Vakuum gilt es so schnell wie möglich zu füllen. Nicht nur US-President Bush forderte eine "New World Order" (Neue Weltordnung, auch von europäischen Strategen ist von einer "neuen Verantwortung Europas in der Weltpolitik" zu hören. Das alte Feindbild Kommunismus hat sich dezenter Nachhilfe selbst erledigt.

Mit dem Projekt EG'92 forciert die **EG** ihren Ausbau zur Supermacht neben den **USA** und **Japan**. In bestimmten wirts haftlichenAspekten wird dies zu einem Konkurrenzkampf zwischen den drei Supermächten führen. Dabei werden sich die Kräfteverhältnisse verschieben. Ein **gemeinsames Interesse wird die "Erste Welt"** jedoch immer wieder einen: jenes an der **Ausplünderung der Rohstoffe und an der Ausbeutung der Menschen in der "Dritten Welt".**

Bereits **Anfang der 80-er Jahre** wiesen NATO-Strategen immer wieder darauf hin, daß die Verteilungskämpfe um die Rohstoffe militärisch und wirtschaftlich von zentraler Bedeutung werden. Der Golfkrieg hat dies bestätigt.

Eine dementsprechende Rolle wird für die *Europäische Union die "Dritte Welt"* spielen.

* als Lieferant ausgewählter billiger Rohstoffe, die notfalls mit Waffengewalt gesichert werden. Europa ist im Vergleich zu den USA noch rohstoffabhängiger.
* einige Schwellenländer als Absatzmärkte
* als Müllablagerungsplatz, als Standort gefährlicher Produktionsstätten oder als Atomtestgelände

Dabei wird die "Dritte Welt" wirtschaftlich von den Weltmärkten abgekoppelt. Es ist nicht zu übersehen, daß die Kapitalströme der Investoren immer mehr an der "Dritten Welt" vorbeifließen.

Die "neue Weltordnung" braucht auch neue Feindbilder wie zum Beispiel den islamischen Fundamentalismus. **Sämtliche in den letzten Jahren bekannt gewordenen militärischen Konzeptionen der NATO und der EG-Sicherheitspolitik beziehen sich auf "eine Gefahr aus den Süden".** Der tonangebende britische Vordenkenr Michael Hesseltine schreibt zum Thema Europa'92: "Die Europäer sollen den Ehrgeiz haben, zur **Erhaltung stabiler Verhältnisse in der Welt** beizutragen." Nicht gerechte sondern "stabile" Verhältnisse sind das Ziel der Europäischen Union.

### Der Golfkrieg als Beispiel für das "neue europäische Denken"

Im allgemeinen wird der Krieg gegen Saddam Hussein als Krieg der USA betrachtet. Dabei wird aus dem Blick verloren, daß die EG-Staaten verstärkt auch militärisch eine eigene Interventionspolitik aufnehmen. Und auch Österreich, als offiziell neutrales Land, beteiligte sich erstmal offensiv an diesem Krieg, indem offiziell der Überflug von NATO-Kriegsflugzeugen und die Durchfahrt von NATO-Panzern gestattet wurden. Legitimiert wurde die Kriegsbeteiligung, daß die hochtechnische US-Kriegsführung, die Hundertausende ermordete, als friedensstiftender Krieg, von der UNO abgesegnet, benannt wurde.

Am Golfkrieg ist deutlich geworden, daß Westeuropa das Zentrum der militärischen Versorgung darstellt. Nicht nur die NATO, sondern zuvor auch der Irak wurden mt modernsten Waffentechnologien ausgestattet. Die fusionierten Rüstungskonzerne Europas haben mit ihrer zunehmenden Machtkonzentration ein Primat der Wirtschaft über die Politik erreicht, wie es in der USA schon lange etabliert ist.

Der Golfkrieg zeigte aber auch, daß die gemeinsame Handlungsfähigkeit der EG-Staaten noch an Grenzen stößt. Es mangelt an geeigneten militärischen Strukturen wie z.B. schnelle Eingreiftruppen und auch am politischen Willen einzelner EG-Mitglieder. In den Niederlanden und in Großbritannien war die Ablehnung an den Bündnispartner USA noch stärker als die Anbindung an ein europäisches Interventionskonzept.

### Europäische Sicherheitspolitik zwischen NATO und WEU

Im Zeichen des Golfkrieges wurden auf der NATO-Frühjahrstagung 1991 die Aufstellung von "Rapid Reaction Forces" (schnelle Eingreifstruppen) beschlossen. Den USA gelang es, die neue Truppen unter das Oberkommando der Briten, ihrer treuesten Verbündeten, zu stellen.

Die Tatsache, daß die USA ihre Vorstellung durchgesetzt haben, behindert die alternative Option europäischer Militärs: die Bildung einer eigenen Eingreiftruppe im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU). Die WEU wurde seit 1984 gezielt zu einer Sicherheitsgemeinschaft mit leicht antiamerikanischem Akzent reaktiviert. Die Achse Bonn-Paris, unterstützt von Italien, Spanien und Portugal, sieht in der Aufwertung der WEU zum bewaffneten Arm des vereinten Europas die Chance, der Unterordnung des "europäischen Pfeilers unter die atlantische Solidarität" (Zitat bei der NATO-Frühjahrstagung 1991) zu entkommen. So hat die WEU sicherheitspolitisch eigene Positionen

entwickelt, denn in ihren Augen darf der Schutz lebenswichtiger westeuropäischer Interessen nicht allein den USA überlassen werden.
1988 verabschiedete die WEU eine Erklärung, in der sie die überseeischen Märkte und Energiequellen zu den vitalen Interessen Westeuropas zählt, die durch militärische Mittel zu sichern sind. Dazu gehören insbesondere wietere Flugzeugträger und der Aufbau von Marinestreitkräften, die auch außerhalb des offiziellen NATO-Bereihes, an dem die WEU gemäß ihres Gründungsvertrages nicht gebunden ist, einzusetzen seien.
Trotz mancher Differenz wurden auf dem EG-Sicherheitstreffen im November 1992 in Maastrich die Verträge über eine europäische Sicherheitsgemeinschaft abgeschlossen. Die Europäische Union wird mehr als bisher eine eigene Sicherheitspolitik betreiben. Streitpunkt ist lediglich der Grad der Anbindung an die NATO-Politik. Die möglichen Inhalte einer europäischen Sicherheitspolitik formulierte im Frühjahr 1991 Sir James Eberle vom Royal Institute of Foreign Affairs in London:
* Verantwortung für die Errichtung einer weltwieten Sicherheitsordnung
* stabile Sicherheitsordnung des mediterranen Raumes, einschließlich des "Mittleren Ostens"
* Unterstützung für stabiles Wachstum in osteuropäischen Staaten als liberale Demokratien mit Marktwirtschaft
* militärischer Schutz vor "massiver Bevölkerungsverschiebungen" aus Nordafrika, Sowjetunion und Osteuropa ( ein konkretes Beispiel dafür ist die militärische Grenzsicherung des österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn gegen die Flüchtlinge; nach Schätzungen wurden ca. 100.000 Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen, die legal oder illegal nach Österreich flüchten wollten)

(aus: "Das Europa des imperialistsichen Patriarchats und die Schweizer Sozial´partner'", Internationalistische Feministinnen, Schweiz)

**Geschichte der WEU, der Europäischen Militärunion**

Die WEU (Westeuropäische Union) ging 1954 aus den Brüsseler Vertrag von 1948 hervor.

* **1948 Brüsseler Vertrag** zwischen Frankreich, Großbritannien, Benelux-Länder. Der Brüsseler Vertrag sieht unter anderen die Schaffung eines westeuropäischen, kollektiven Sicherheitssystem gemäß Artikel 51 der Satzung der UNO vor. Die vorgesehenen Feinde sind die UdSSR und Deutschland.

* **1949 wird der Nordatlantik-Pakt NATO** gegründet. Mitglieder sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal, Benelux-Länder, Dänemark, Norwegen, ab 1992 Griechenland und die Türkei, ab 1955 die BRD. Es gibt ein Militärabkommen der NATO mit Kanada, Island und Spanien. Ab 1950 - Aufstellung und Ausbau einer westeuropäischen Armee.

* **1954 scheitert der Plan einer integrierten europäischen Verteidigungsgemeinschaft** am Veto der Französischen Nationalversammlung. Daraufhin besinnt man sich auf den Brüsseler Verträg und..

* **1954 wird die Westeuropäische Union (WEU) gegründet** - nun mit dem ehemaligen Kriegsgegnern Deutschland und Italien (Deutscher und Italienischer Faschismus und Kriegspolitik im "2.Weltkrieg).
Als Zugeständnis an Frankreich wurde eine Begrenzung des deutschen Truppenkontingents und ein Verbot der Produktion gewisser Waffengattungen an Deutschland (BRD) beschlossen. Die WEU versteht sich als kollektiver Beistandpakt, verfügt aber (im Gegensatz zur NATO) über keine eigene militärische Organisation.

* **Ende der 60-er-Jahre** tritt Frankreich aus der NATO aus (De Gaulle, französischer Staatschef, sucht eine Aequidistanz zu den 2 "Supermächten" USA und UdSSR).

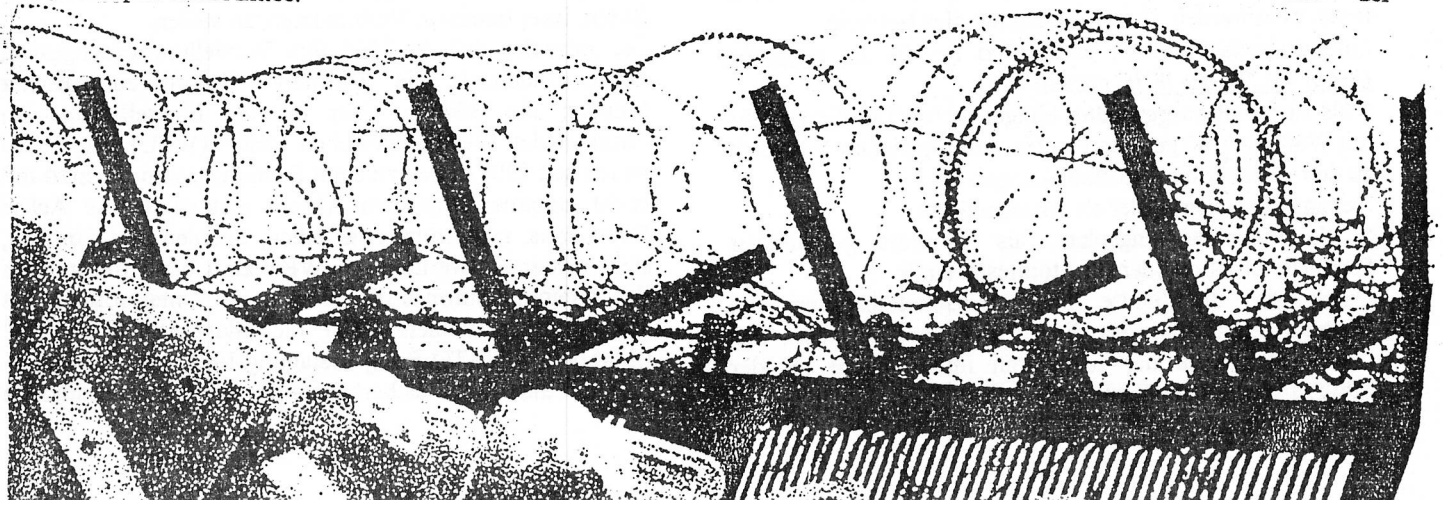
* **in den 70-er Jahren** werden die Rüstungsbeschränkungen der BRD kontninuierlich aufgehoben.

* **1984 beschließen die Außen- und Verteidigungsminister die Reaktivierung der WEU.** Gründe dafür sind Divergenzen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte (NATO-Doppelbeschluß) und Divergenzen mit dem US-amerikanischen "star war" Programm (SDI).

**Der Zweck der WEU** wird festgesetzt als "automatische Beistandsverpflichtung im Fall eines Angirffes auf einen Mitgliedstaat, in enger Kooperation mit der NATO. **Ziele sind:**

+ **Stärkung** des europäischen Pfeilers der NATO durch einheitliche Willensbildung im Rahmen der WEU. Die europäischen NATO-Mitglieder stellen 2/3 aller Bodentruppen, Panzerwaffen und Luftstreitkräfte der NATO.( Das Übergewicht der USA in der NATO wird durch ihre Nuklearrüstung bestimmt - 1984 verfügt sie über 21-mal so viele Atomsprengköpfe wie Großbritannien und Frankreich zusammen).

+ **Forcierung** der Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor, Entwicklung hochtechnologischer Waffensysteme und Schaffung eines westeuropäischen Binnenmarktes für Rüstungsgüter, um der Vorherrschaft der USA im transatlantischen Waffenhandel zu begegnen. (Der Hintergrund dazu ist, daß es eine wachsende Masse an überschüssigem, brachliegendem Kapital gibt, und der Rüstungssektor ein "erstklassiges Akkumulationsfeld ist; daß eine massive Aufrüstung in Westeuropa erfolgt und ein Aufschwung der Rüstungsindustrie seit dem ersten großen Krieseneinbruch; auch steigen immer mehr Neokolonien in die Rüstungsproduktion ein, oft mit Hilfe der



imperialistischen Nationen). So werden 1984 auch alle Restriktionen im konventionellen Bereich aufgehoben; verboten werden die ABC-Waffen (chemische Waffen).
Die WEU ist vorerst in ihrer "Reservefunktion stecken geblieben.

*** 1985 setzt die "Europäische Einheitliche Akte** (die auch das Projekt "Binnenmarkt'92 beinhaltet) auch außen- und militärpolitische Einigungsziele. Die Mitgliedstaaten sollen "immer mehr mit einer Stimme sprechen", "ihre gemeinsamen Interessen und die Unabhängigkeit Europas" gewährleisten. Die wesentlichen Instrumente dafür sind die" **Europäische Politische Zusammenarbeit" (EPZ)**, die NATO-Struktur **"Independent European Program Group"( IEPG, die Europäische Gruppe in der NATO)** und die **"Westeuropäische Union" (WEU).**
Verschiedene Exponenten der EG sprechen sich klar für eine "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" aus, so z.B. der EG-Kommisar für Außenbeziehugnen Willy De Clerqu 1988. Kohl (BRD) spricht etwas gleichzeitig von einer "gemeinsamen, europäischen Armee", und die SPD-Exponenten in der BRD sagen, daß "Europa zu jedem Zeitpunkt sowohl politisch wie strategisch funktionsfähig sein soll".

**Organe der WEU:** (aus fischer Almanach 1992)
1. Ministerrat (in der Regel Außen- und/oder Verteidigungsminister der dzt. 9 Mitgliedsstaaten - Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Spanien seit 1989, und Portugal seit 1989) trifft politische Entscheidungen und tagt halbjährlich mit dem
2. Ständigem Rat in London als Hilfsorganisation
3. Agenturen für Sicherheitsfragen in Paris (für Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen, Sicherheits- und Verteidigungsfragen, Entwicklung und Zusammenarbeit bei der Rüstung); die Agentur soll vom Institut für Sicherheitsfragen abgelöst werden.
4. WEU-Versammlung in Paris (aus 89 Parlamentariern der Mitgliedstaaten), tagt halbjährlich und richtet Empfehlungen an den Rat und and die anderen Organsiationen.

(aus: "Handbuch der Europäischen Union" und "fischer Almanach 1992)

*** 1992 wurde in Maastrich die WEU als integraler Bestandteil der vorgesehenen Europäischen Union (EU) beschlossen**, mit dem Ziel die WEU ab 1993 mit der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu vertrauen. Auf Ersuchen der EU soll die WEU verteidigungspolitische Entscheidungen und Aktionen erarbeiten und durchführen. Dazu wurden die Entwicklung eines gemeinsamen Planungsstabes und regelmäßige Treffen der WEU-Generalstabschefs vorgesehen. Das von Deutschland und Frankreich aufzustellende **"Eurokorps"** kann laut Beschluß der WEU zu Verfügung gestellt werden. Das "Eurokorps" ist für weitere Mitglieder offen, auch Österreich überlegt eine Beteiligung.
Die EG-Mitglieder Dänemark und Irland wurden zum Beitritt eingeladen, die nicht der EG angehörigen europäischen NATO-Partner Norwegen, Island und Türkei zur Assoziierung mit der WEU eingeladen. Zu den osteuropäischen Staaten ist durch einen Konsultativrat eine Verbindung hergestellt worden.
*** 20.6.1992 - Der Ministerrat der WEU beschließt, daß Truppen aus den WEU-Mitgliedstaaten künftig für Blauhelm- und Kampfeinsätze zur Verfügung stehen können.** Entscheidungen zu ihrem Einsatz werden vom WEU-Rat einstimmig auf Beschluß des NO-Sicherheitsrates gefaßt. Seit Juli 1992 beteiligen sich die Kriegsmarinen der WEU-Mitgliedstaaten in Kooperation mit der NATO an dem Adria-Überwachungseinsatz des Embargos über Serbien.

(aus:Zeitung für EG-Kritik, 1/93)

*** 13.11.92 - Das österreichische Parlament beschließt, daß Österreich einem europäischen kollektiven Sicherheitssystem beitreten** will. Im Nationarat wird nicht offen ausgesprochen, welches Militärbündnis gemeint ist. Aussagen von Politikern im vorhinein, sowie die zeitliche Nähe zur Ratstagung der Westeuropäischen Union machen es offenkundig, daß die WEU gemeint ist.

*** 17.11.92 - Fasslabend, österr. Verteidigungsminister,** sagt ausdrücklich, daß Österreich Mitglied der WEU werden soll und kein anderes Land größeres Interesse an der WEU habe als Österreich. Die Verfassungsrealität der Neutralität steht diesem Ziel im Wege, doch Fasslabend meint, daß die Neutralität "allmählich aus der politischen Diskussion verschwindet".

*** 18.11.92 - Die deutschen und niederländischen Verteidigungsminister einigen sich auf die Bildung eine deutsch-niederländischen Armeekorps** das 40.000 Soldaten umfassen soll. Neben dem schon bestehenden deutsch-französischem Korps wurde damit ein weiterer Schritt zur Realisierung einer (west-)europäischen Armee gesetzt. Holland will z.B. bis 1998 die Wehrpflicht abschaffen und eine Berufsarmee aufbauen.

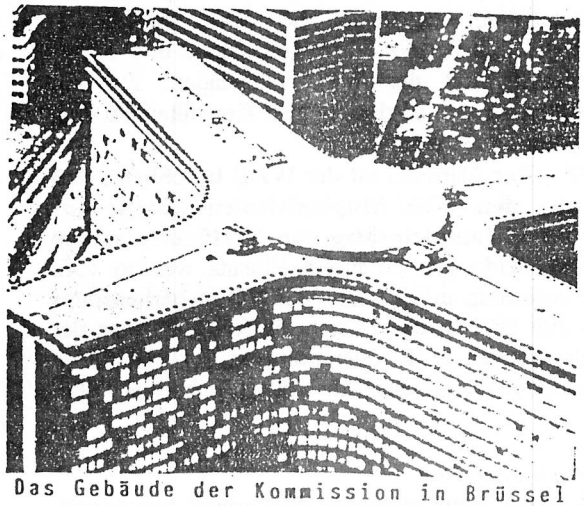
*** 19.11.92 - Mock, österr. Außenminister**, meint: "Gerade ein Staat von der Größe Österreichs muß aus der jugoslawischen Tragödie die Schlußfolgerung ziehen, daß derjenige, der im neuen Europa allein bleibt, damit rechnen muß, in der Not auf sich allein gestellt zu sein." (Presse, 21.11.92) Damit meint Mock einerseits die volle Teilnahme an einem kollektivem europäischen Sicherheitssystem, andererseits die Verstärkung der nationalen Verteidigungsanstrengungen. Österreich diskutiert den Aufbau eines Berufsheeres - gleichzeitig wird der Zivildienst erschwert, weil es zu wenig Soldaten für das Bundesheer

gibt, und der Kauf von Lenkwaffen/Raketen geplant - dafür wurden für die nächsten 3 Jahre eine Milliarde Schilling budgetiert, den Auftrag erhält, ganz im Konzept der WEU, wahrscheinlich eine britische Rüstungsfirma.

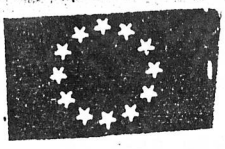
* **20.11.92 - Die Militärmarinen der WEU-Staaten** erhalten zur Durchsetzung des Serbien-Embagos **Schießbefehl**, um Blockadenbrecher zur Umkehr zu zwingen.

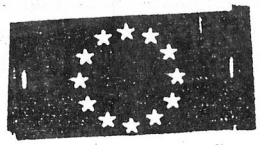
Griechenland wird als Mitgliedstaat in der WEU aufgenommen, Irland und Dänemark erhielten einen Beobachter-Status, womit nun alle EG-Staaten Mitglied der WEU oder mit ihr verbunden sind.

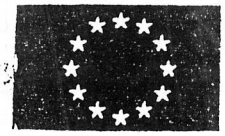
Um die Anbindung and die EG-Bürokratie zu verbessern, wurde das **WEU-Generalsekreteriat nach Brüssel verlegt.**

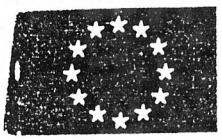


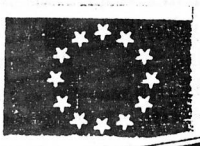
Das Gebäude der Kommission in Brüssel











## Österreich bekennt sich zu den außen- und sicherheitspolitischen Zielen der EG

# „Aktive, solidarische Teilnahme"

### Erklärung Mocks vor dem Ministerrat in Brüssel – Neutralität nur umschrieben

STANDARD-Korrespondent Norbert Mayer aus Brüssel

In den Beitrittsverhandlungen mit dem EG-Ministerrat hat Österreichs Außenminister Alois Mock am Dienstag in Brüssel erstmals auch in ausführlicher Form die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik besprochen, wie sie der Unionsvertrag von Maastricht vorsieht. Wien gehe davon aus, daß eine aktive und solidarische Mitwirkung mit den verfassungsrechtlichen Regelungen vereinbar sein werde, sagte Mock. „Entsprechende innerstaatliche rechtliche Anpassungen werden angesichts der geänderten politischen Rahmenbedingungen in Europa im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union vorzunehmen sein." Mit dieser Formulierung, um die in der Bundesregierung hart gerungen worden war, ist vor allem die Neutralität gemeint.

Staatssekretärin Brigitte Ederer, die mit Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel Mock begleitete, meinte ergänzend zu den Erläuterungen des Außenministers gegenüber Journalisten, daß die Neutralität von Österreich selbst definiert werde. „Das heißt, kein Beitritt zu einem Militärbündnis, keine Stationierung fremder Truppen, keine Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen." Die Regierung, die die Aktualität der Sicherheitsdiskussion offensichtlich herunterspielt, erwartet sich in diesem Punkt rasche Verhandlungen, weil laut Ederer „Maastricht wenig zu dieser Politik sagt".

Außenminister Alois Mock: „Entsprechende innerstaatliche Anpassungen." Foto: AP

Die großen Durchbrüche bleiben bei den Beitrittsgesprächen jedoch weiterhin aus, obwohl Kommission wie auch Rat und Beitrittswerber zur Eile drängen. Erst ein Drittel der zu lösenden Punkte ist durchdiskutiert. Über das schwierige Thema Landwirtschaft kann noch nicht verhandelt werden, weil die Kommission erst Anfang Dezember ihre gemeinsame Position vorlegen wird. Sie drängte auch die Bewerber aus Skandinavien dazu, alle Dokumente bis Ende November auf den Tisch zu legen. Teilweise sind noch Landwirtschaft, Regionales und Fischerei ausständig. „Österreich hat bereits alles vorgelegt", sagte Wiens Chefverhandler in Brüssel, Botschafter Manfred Scheich.

Um den Abschlußtermin Ende Februar 1994 zu halten, muß nun jedoch der politische Durchbruch bis Ende des Jahres gelingen. Für Minister Schüssel ist das möglich: „Es ist sehr wohl schon viel verhandelt worden, und es gab auch viele Einzelgespräche auf Ministerebene, die sich direkt auf Beamtenebene auswirken." Wichtig sei in den kommenden Wochen die Frist für die Uruguay-Runde des Welthandelsabkommens (GATT) am 15. Dezember, die zufällig auch für den Europäischen Wirtschaftsraum gelte, wenn dieser Anfang des kommenden Jahres in Kraft treten soll. „Es gibt eine gewisse Koinzidenz, die Generaldirektion für Landwirtschaft in der EG ist anscheinend maßlos überfordert." Das könnte ein Anlaß für Verzögerungen sein.

Außerdem soll die Türkei bis 1. Jänner 1995 die Zollunion mit der EG bekommen – als Trostpreis für die abschlägige Antwort auf die Beitrittswerbung.

Standard 10.11.93

Kurier 6.93

## Ungarn schlägt NATO eine Assoziierung vor

Budapester Vorstoß für Annäherung nach EG-Muster

## Schweiz sucht Kontakt zur NATO

Deutschlands Kinkel will Kooperationsrat auch für Neutrale öffnen

*Regierung hält an Neutralität fest, bis ein besseres Sicherheitssystem existiert*

# Erwähnung der Neutralität in Brüssel irrelevant

## Bundeskanzler betont klare, einheitliche Linie mit der ÖVP

Wien – SPÖ und ÖVP haben nach den Worten von Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Erhard Busek in der Frage Neutralität und EG-Beitritt „eine einheitliche und klare Position" gefunden. Demnach stehe die Neutralität einem EG-Beitritt nicht entgegen. Österreich erkläre aber seine Bereitschaft, am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems „aktiv" mitzuarbeiten.

„Die Neutralität wird zwar oft überbewertet, doch Österreich wird sich nicht überstürzt davon verabschieden, weil man den Österreichern derzeit noch kein anderes Sicherheitssystem anbieten kann", sagte Vranitzky. Man wolle sich heute an keinem Militärbündnis beteiligen. „Weitere Schlußfolgerungen sind derzeit nicht möglich."

Laut Vranitzky steht die Teilnahme am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems dazu in keinem Widerspruch. Denn Österreich würde sich an keinem Krieg beteiligen, sondern – wie beim Golfkrieg – an einer „solidarischen Aktion zur Friedenserhaltung" teilnehmen.

### Politische Aspekte

Er betonte, daß dies in einem „anstrengenden aber profunden Vorbereitungsprozeß unter Berücksichtigung der juristischen und politischen Aspekte" erarbeitet worden sei. Er wolle auch der Meinung entgegenwirken, daß es zwischen der Haltung Österreichs in Brüssel und der Einstellung der Regierung in Wien zwei verschiedene Standpunkte gebe.

Es sei darum gegangen, den Außenminister in die Lage zu versetzen, eine „umfangreiche und umfassende Bereitschaftserklärung" abzugeben. Die Regierung habe ihre Verhandlungspositionen für die Bereiche Wirtschaft, Währung, äußere und innere Sicherheit sowie Justiz und Inneres fixiert. Aus Sicht Vranitzkys ist es daher „völlig irrelevant", ob Mock in Brüssel nur das Wort Neutralität erwähnt oder nicht. Maßgebend sei ausschließlich das deponierte Interesse Österreichs am europäischen Sicherheitssystem.

Ähnlich Vizekanzler Busek: „Die Hauptfrage muß lauten, wie ich die Sicherheit des eigenen Landes garantieren kann." Da es derzeit kein besseres System gebe, müsse man die Neutralität beibehalten. „Allerdings müssen wir der EG signalisieren, daß wir an einer Weiterentwicklung interessiert sind. Wir müssen alle Chancen offenhalten, an einem europäischen Sicherheitssystem teilzunehmen."

### Busek zufrieden

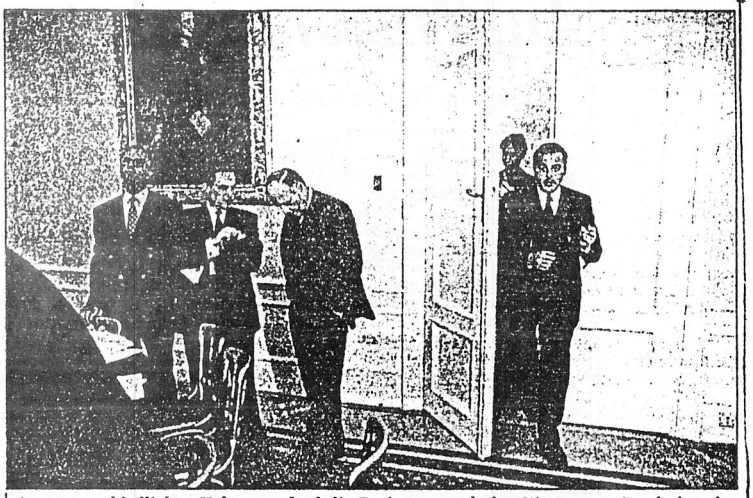
Obwohl die ÖVP immer wieder den Beitritt Österreichs zur WEU oder NATO gefordert hat, erklärte Busek, daß sich das Offenhalten an der Teilnahme an militärischen Bündnissen mit den ÖVP-Vorstellungen decke. Mit einem Beobachterstatus bei der WEU, um den Österreich nach dem EG-Beitritt ansuchen werde, sei man „einverstanden".

Die Frage eines NATO-Beitritts sei, so Busek, derzeit „weder aktuell noch wünschenswert". Schließlich müsse die NATO erst mit sich selbst „ins Reine kommen".

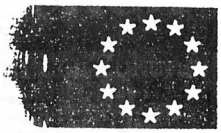
Kritik an ÖVP und SPÖ üben das Liberale Forum und die FPÖ. So kritisiert LF-Klubobmann Friedhelm Frischenschlager den „Ejertanz" von SP und VP in der Auseinandersetzung um die Neutralität. Dies schwäche Österreichs Verhandlungsposition in Brüssel weiter.

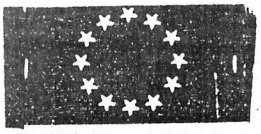
FP-Obmann Jörg Haider forderte am Dienstag nicht nur die Abkehr von der Neutralität, sondern auch die Aufkündigung des Staatsvertrages. Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Andreas Khol, nannte diese Haider-Forderung „ein Armutszeugnis für einen Parteichef". Er müsse wissen, daß ein multilateraler Vertrag nicht einseitig aufgekündigt werden könne. (red)

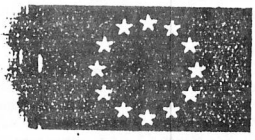
*Kommentar Seite 28*

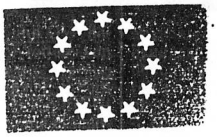


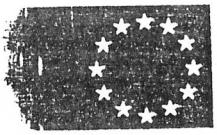
Aus unterschiedlichen Haltungen fand die Regierung nach den Worten von Bundeskanzler Franz Vranitzky zur „einheitlichen und klaren" EG- und Neutralitätsposition. *Foto: Cremer*











*Verteidigungsminister plant Ausbau der Kooperationen*

# Fasslabend: Wien muß auch Sicherheit im Osten suchen

## Stabilisierung in Zentraleuropa als wesentliche Aufgabe in der Zukunft

Wien – Verteidigungsminister Werner Fasslabend tritt für einen starken Ausbau von „Sicherheitskooperationen" mit den Staaten des früheren Ostblocks, aber auch mit der NATO ein. Gleichzeitig müsse Österreich „Motor" sein beim Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems mit dem Ziel einer „Teilnahme" an der Westeuropäischen Union (WEU). Die Frage der Neutralität sei davon nicht betroffen; es gebe „derzeit keinen Grund", sie aufzugeben.

„Kooperation" im militärischen Bereich „heißt Nicht-Mitgliedschaft", betonte der Verteidigungsminister in Bezug auf die NATO. Um die „Stabilisierung Zentraleuropas" zu erhöhen, schlägt Fasslabend einen „Ausbau der Kooperationen" mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks vor. Mit Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Albanien gibt es bereits solche Vereinbarungen. Demnächst soll auch die Republik Slowenien folgen.

Für diese Art der Zusammenarbeit gebe es eine „sehr große Bandbreite", sagte Fasslabend. „Manche Staaten haben z. B. das Interesse, unsere EDV-Systeme kennenzulernen. Andere wollen wissen, wie wir die psychologische Betreuung der Grundwehrdiener durchführen."

Seine Anregungen begründet Fasslabend damit, daß die Lage rund um Österreich noch lange instabil bleiben werde. Er befürchtet auch „ein rapide abnehmendes Risikobewußtsein in Westeuropa". (tom)

*Seite 6*

Standard 11.11.93

Standard 10.9.93

# Auf Zusammenarbeit angewiesen

## Im neuen Europa muß Österreich die Berührungsängste zur NATO abbauen

*Andreas Khol*

Das Versagen der Staatengemeinschaft, der europäischen Organisation und der alten europäischen Kulturstaaten im Jugoslawienkonflikt ist unter die Haut gegangen. Die Angst vor den Folgen des schlechten Beispiels ist verbreitet, viele Verantwortungsträger sind wachgerüttelt worden.

Zuletzt ist auch die NATO in Frage gestellt, nach der Demaskierung der KSZE und der EG als Papiertiger. Dennoch ist sie der Ansatzpunkt aller Entwicklungen in Richtung einer wirksamen Europäischen Friedensordnung.

Der Ruf nach einer solchen Friedensordnung, die alle europäischen Länder einschließt, deren Mitglieder einander nicht angreifen, sondern sich gemeinsam gegen Angreifer verteidigen, nach einer Friedensordnung, welche Konflikten durch Minderheitenschutz, Streitschlichtung und durch die Verpflichtung auf eine gemeinsame Wertordnung vorbeugt, dieser Ruf ist unüberhörbar: eine Friedensordnung, die auch in Drittländern im Auftrag der UNO Ordnung schaffen kann.

Die Erfahrungen bei der gewaltsamen Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits durch die UNO, aber auch das europäische Unvermögen auf dem Balkan haben eines klargestellt: Europa ist auf Dauer auf die Zusammenarbeit mit den USA und mit Kanada angewiesen – was allein schon wegen des kulturellen Unterbaus der gemeinsamen Wertordnung auch in Zukunft leicht fallen wird.

### Östlicher Andrang

Verstärkt wird dieser Druck auf eine neue Europäische Friedensordnung durch die Regierungen Ungarns, Polens und Tschechiens: Sie alle wollen in die Europäische Union und drängen in die NATO; ihr Sicherheitsbedürfnis ist groß, ihre Streitkräfte schwach und schlecht gerüstet, ihre Angst vor manchem Nachbarn immer präsent, die Zahl der möglichen Minderheitenkonflikte ist Legion.

Wer könnte die Verantwortung für eine Entwicklung nach dem Muster des Balkans übernehmen? Wer dafür, daß wegen einer politischen Nachlässigkeit eine Reaktion zurück zum Sozialismus oder Nationalismus erfolgt, weil diesen Ländern stabile Partnerschaften verweigert wurden? Bis vor kurzem zeigten NATO und EG den neuen Demokratien offen die kalte Schulter. Die EG schuf für sie die Figur des Europäischen Politischen Raums – eine qualifizierte Abhaltestrategie, die schon beim EWR nicht funktioniert hat.

Die NATO folgt diesem Beispiel und parkte die neuen Demokratien in den NATO-Kooperationsrat: Dort gibt es Information, Training, gemeinsame Projekte – aber keine Beistandsgarantie durch Mitgliedschaft.

Die Regierungen und Organisationen beginnen offenbar, sich auf die neue Situation einzustellen. Bisher wurde die Erweiterungsunlust der NATO damit begründet, man wolle nicht neue Risken übernehmen, neue und schwache Staaten mit zu verteidigen.

Dem folgte die Ablehnung, „out of area" zu gehen – also außerhalb des Bündnisgebietes Ordnungsaufgaben zu übernehmen. Nicht die Angst vor neuen Risken war es, sondern die vor den Russen.

Der alte Westen vermutete, eine NATO-Erweiterung um frühere Warschauer-Pakt-Länder würde als Bedrohung empfunden. Das war noch in den überholten Ost-West-Kategorien gedacht. Jelzin hat inzwischen klargestellt, daß Rußland keine Einwände gegen einen NATO-Beitritt Polens und Tschechiens hätte – im eigenen Interesse. Die Mitgliedschaft in einer erweiterten NATO bedeutet auch Disziplin nach innen und damit Sicherheit für die Umgebung.

Auch in den USA scheint man endlich wieder außenpolitisch kreativer zu werden und sich der NATO zu besinnen: In den letzten zwölf Monaten glaubte man sie schon von den USA abgeschrieben. Nun soll dieses erfolgreichste Bündnis der Geschichte beim NATO-Gipfel im Januar 1994 mit neuem Leben erfüllt werden. Auch die Franzosen scheinen ihre Unlust gegenüber einer NATO abzubauen, die ganz offenbar weniger unter US-Vorherrschaft steht, sondern die Europa gleichberechtigt an der Willensbildung beteiligt.

Das Fazit dieses Gärungsprozesses ist klar: Die EG-Erweiterung um die EFTA-Länder wird zum primären Ziel der EG selbst, auf dem Weg in das größere Europa: Die EG braucht die EFTA-Länder, die nicht mehr um die Mitgliedschaft buhlen müssen. Daher ihr Zieldatum 1. 1. 1995 für ihre Mitgliedschaft.

Darauf folgt dann die große Regierungskonferenz 1996 bis 1998, die mit neuen, effizienten und demokratischen Institutionen und einer ausgebauten Sicherheits- und Verteidigungsunion enden soll.

Hier werden auch die WEU und alle EG-Neuzugänge eingebaut. Im nächsten Schritt kann die Erweiterung um die neuen Demokratien vorbereitet werden, die dazu in der Lage sind: Polen, Tschechien, Ungarn, eventuell die Slowakei und Slowenien. Parallel dazu wird die NATO erweitert und umgeformt: Den Startschuß wird der NATO-Gipfel 1994 geben – 1998 könnte die neue Organisation stehen.

So zeichnet sich eine neue NATO ab, die auf drei Pfeilern ruht: dem transatlantischen (USA, Kanada), dem der EU und einem mittel- und osteuropäischen der heutigen „Visegrad"-Länder. Eine NATO mit neuem Namen und erweitertem Auftrag: Konfliktverhütung, Minderheitenschutz, Selbstverteidigung und auch Friedensstiftung im Auftrag der UNO in Drittstaaten.

Für Österreich bedeutet dies eine Bestätigung seiner Europa- und Sicherheitspolitik, die primär auf die EU, die WEU und die Mitarbeit am Neubau der Sicherheits- und Friedensordnung in Europa ausgerichtet ist.

Die Perspektive der EG-Erweiterung um unsere mitteleuropäischen Nachbarn im Norden und Osten bestätigt unsere Politik, die in der EG keinen abgeschlossenen Block der reichen westlichen Länder sieht, sondern eine Solidargemeinschaft, die sich früher oder später mit der ganzen europäischen Kulturgemeinschaft decken wird.

***Die Erfahrungen der letzten Zeit sind unter die Haut gegangen: Nach der jugoslawischen Katastrophe hat das sicherheitspolitische Umdenken in Europa nun endlich begonnen, meint Andreas Khol. Wie aber wird die künftige Friedensordnung beschaffen sein? Auf welche Organisationen kann sie sich stützen? Und wie soll sich Österreich in einer von Grund auf veränderten weltpolitischen Konstellation verhalten?*** *Foto: Fischer*

### Ein einziger Weg

Eine Erweiterung der NATO um unsere östlichen und nördlichen Nachbarländer bedeutet naturgemäß sofort mehr Sicherheit für Österreich und gleichzeitig eine Aufforderung zur Mitarbeit. Eine neue europäische Organisation aus den Ingredienzen der EU, der WEU und der NATO, an der unsere wichtigsten Nachbarn mitarbeiten, nicht aber Österreich, wäre nur schwer vorstellbar.

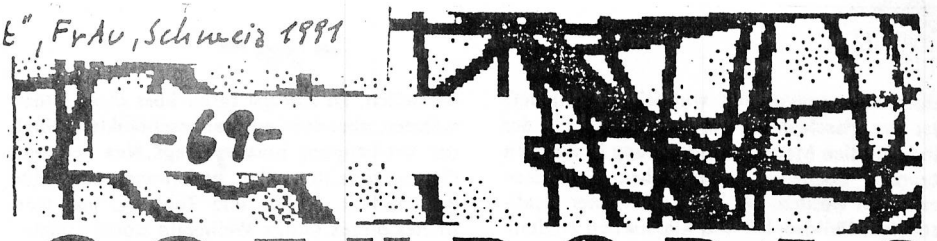
Es ist klar, daß bei der Verwirklichung dieser neuen Friedensordnung die Mitglieder der NATO und der EU federführend sein werden. Ebenso einsichtig ist es, daß es keinen Sinn macht, über den Weg der *alten* NATO, die im Umbau ist, am Aufbau einer *neuen* Europäischen Friedensordnung teilzunehmen. Unser Weg führt allein über die EU. Eines muß dennoch sofort geändert werden: Die Berührungsängste zur NATO müssen abgebaut, ein Informations- und Kooperationsverhältnis hergestellt werden.

*Dr. Andreas Khol, Abg. zum Nationalrat, Außenpolitischer Sprecher der ÖVP*

aus: "EG als Herrschaftsprojekt", FrAu, Schweiz 1991

-69-

# Die Übel GROSSEUROPAS



**An die Stelle des «europäischen Hauses», in dem vieles und unterschiedliches nebeneinander Platz findet, ist das Trugbild einer sich formierenden «europäischen Nation» getreten. In diesem Grosseuropa droht sich all das, was schon im 19. Jahrhundert an der Idee des Nationalstaates falsch war, zu potenzieren. Was nicht ins Bild passt, wird ausgegrenzt: die schlechte Vergangenheit ebenso wie die Länder und Kulturen «am Rande». Grosseuropäische Ideologie verbindet sich dabei aufs grauslichste mit regionalistischem Spiessertum.**

Von Karl-Markus Gauss*

In jenem glücklichen Herbst 1989, da alte Despotien zu wanken begannen und Bastionen, festgefügt durch vierzig Jahre, binnen Wochen stürzten, erreichten uns mit so vielen Bildern des unerwarteten Aufbegehrens und schönen Überschwangs auch ein paar Filmsekunden, in denen ein tschechischer Arbeiter erklärte, warum er sich auf die Seite der demonstrierenden Studenten von Prag geschlagen habe. Anderntags war über ihn der Kommentar eines selig mitgerissenen Beobachters zu lesen, der in seinem gleichermassen sympathischen wie begeisterten Ton doch so merkwürdig war, dass er mir über die bewegten Tage und Wochen hinaus im Gedächtnis blieb: «Mein Gott, wie stolz man als Europäer doch auf diesen Arbeiter ist.»

Beim selben Gott der Anrufung, ich kenne den Stolz aus langjährig vertrautem Empfinden. Aus gutem Grund oder schlechter Absicht kann er emporwachsen, ruhig oder trotzig, hoffärtig oder verzweifelt sein, jäh lodert er hoch, um dann auf kleiner, doch wärmender Flamme zu überdauern ... wahrlich, auch mein Stolz hat viele Gesichter und manche Fratze – eben dieses eine, diese eine aber ist nicht darunter, war mir unbekannt und wird mir unzulänglich bleiben: der *Stolz als Europäer.*

Was ist das für ein Gefühl, für eine Haltung, worauf gründet und gegen wen entfaltet sich dieser Stolz? Wo ist sein Trost, und welches ist sein Stachel – da er sich doch nicht damit bescheiden wird, vor dem darbenden Nichteuropäer Parade zu halten, seht her, welchen Reichtum ich hier verzehre, und bewundert mich, ihr Äthiopier. Nein, der Stolz, ein Europäer zu sein, ist kein so simpel unanständiges Gefühl, der Reichtum darf ihm nur zugrunde liegen, nicht als sein Inhalt erscheinen, und wie der Sache, auf die er sich bezieht, jenem «Europa», von dem alle reden und unter dem doch nicht ein jeder dasselbe verstehen kann, eignet auch ihm selbst etwas Rätselhaftes. Rätselhaft ist schon die Bewegung, von der seit ein paar Jahren unablässig die Rede ist, die Rückkehr ganzer europäischer Staaten nach Europa. Mit der Rückkehr der Polen hatte es begonnen, die Ungarn waren gefolgt, der Tschechoslowaken angekündigte Heimkehr schien in den Glanz der Rebellion getaucht, und auch die der Slowenen und Kroaten ward nicht obrigkeitsfromm und gebückt, sondern trotzig und im Geiste des Widerspruchs in Angriff genommen. Selbst aus Bulgarien, Rumänien und dem grossen Russland trafen immerhin Absichtserklärungen ein, die lange Wanderschaft zurück nach Europa anzutreten, indes sich doch manch warnende Stimme erhob, diese Länder wären noch gar nicht reif, zurückzukehren zu sich selbst.

Wenn nun gleichwohl so viele Europäer nach Europa zurückgekehrt und endlich fast alle Europäer wieder Europäer geworden waren, was ist der eigentliche Sinn, der in jenem Zauberwort liegt, das Europa heisst, aber anderes als den geographischen Kontinent meint? Jedenfalls ist dies Europa gänzlich unbefleckt von irdischem Schmutze, und nicht aus dem Schindanger der Geschichte kam es gesprossen, doch auch mit Vernunft oder Logik, Kritik oder Analyse, von denen selbstbewusste Europäer lange meinten, sie würden nirgends schöner aufblühen können als in Europa, hat das alte Wort in seiner neuen Bedeutung nichts mehr gemein. Auf einem jener Kongresse, wo Hundertschaften europäischer Intellektueller den Begriff Europas so lange auswaschen und künstlich einfärben, bis jener des Intellektuellen nichts mehr hergeben wird, auf einem der unzähligen und unsäglichen Europa-Kongresse der letzten Jahre hat der österreichisch-tschechische Schriftsteller Pavel Kohout einige erhellende Gedanken über das Rätsel dieses Begriffs angestellt, in dem auch die Wahrheit über manche Entwicklungen des Kontinents unentschlüsselt verborgen liegt. Der Berliner Kongress, von dem die Rede ist, gab sich 1988 die Ehre und den Titel «Ein Traum von Europa», und Kohout hat in seinem originellen wie absonderlichen Aufsatz eine Kritik an «europäischen Träumen» zu entwickeln versucht: «Da ist zunächst einmal der Traum von der automatischen Zugehörigkeit europäischer Länder zu Europa», begann Kohout seinen verblüffenden Beitrag, in dem er zwei europäischen Staatsformen die europäische Herkunft und Zugehörigkeit schlicht absprach: Das stalinistische Russland der letzten Jahrzehnte habe im Osten Europas so viele Verbrechen verübt, dass man «einem Tschechen, einem Polen, einem Ungarn oder einem Rumänen heute nicht nachweisen können wird, auch nicht anhand der russischen Kultur, dass er von einer europäischen Macht okkupiert war».

Da blitzt was auf im Dunkel der Gedanken, aber Kohout, der füglich das biographische Kunststück zuwege brachte, in seiner tschechischen Jugend ein aussereuropäischer Kommunist, also in adoleszenter Gleichzeitigkeit mitten in Europa und ausserhalb davon gewesen zu sein, kappt auch ein zweites Regime vom europäischen Stammbaum: «Man kann das Deutschland der dreissiger und der ersten Hälfte der vierziger Jahre sicher nicht verdächtigen, ein europäisches Land gewesen zu sein.» Sicher nicht, bekanntlich war Hitler gebürtiger Asiate und der Rhein neben dem Nil und dem Niger der längste der afrikanischen Flüsse, nur die Loreley sitzt noch immer auf ihrem Schieferfelsen ob St. Goarshausen und weiss nicht, was soll es bedeuten, dass ihr mit dem Fluss und dem Land gleich noch der deutsche Mythos genommen wurde, in dem sie so lange schon weste.

## Der reingewaschene Kontinent

Dass die Deutschen zwischen 1933 und 1945 keine Europäer waren, wird die von ihnen verfolgten, malträtierten, ermordeten Europäer, die immerhin die körperlich-räumliche Nähe dieser Nichteuropäer entsetzlich zu spüren bekamen, einst nur wenig getröstet haben; heute vermag es dafür gewiss nicht nur die Deutschen zu beruhigen: Welche Verbrechen immer von ihrem Land ausgingen, sie haben mit deutscher Geschichte nichts mehr zu tun, sobald nur die rettende Ideologie des «Europäischen Deutschland» gefunden wurde, das endlich wieder zu sich und nach Europa heimgefunden hat. Aber auch den anderen europäischen Staaten hat das Kohout-Prinzip, wonach aus der europäischen Kultur, der angestammten Region, der eingewurzelten Familie generös gestrichen werde, was immer deren Ansehen abträglich sein könnte, einiges zu bieten. Die Ehre der eigenen Familie bleibt stets gewahrt, gehört der Mörder, der ihr entwuchs, doch per Verstossung künftig nicht mehr zu ihr, sondern zur Sippe des bösen Nachbarn. Keine Gewalttat, die von Europäern an Europäern oder den Menschen anderer Kontinente verübt wurde, vermag die Eintracht der Europäer noch zu stören und ihren Anspruch, die Zivilisation und Kultur selbst zu verkörpern, je zu erschüttern – war es doch stets nur die Verirrung in einen uneuropäischen Fanatismus, gewissermassen in das ewige Sibirien der Seele, das Schwarzafrika der nationalen Wallungen, das in Europa die grossen Menschheits-Verbrechen ermöglicht hat.

Da wir uns die Sonne des neuen Europäertums nicht länger davon verdunkeln lassen müssen, dass Deutschland in seiner faschistischen oder etliche Staaten in ihrer volksdemokratischen Ära womöglich europäische Länder gewesen wären, bleibt die unbedeutende Frage: Wenn sie keine europäischen Länder waren – was waren sie dann? Und wer hat die Grausamkeiten, die auch den europäischen Kontinent

überschwemmten, nun wirklich verschuldet? Ist der Faschismus, der den Fortschritt der industriellen Menschenvernichtung in die Welt brachte, doch von jenen rohen Sudanesen erfunden worden, die, noch von keiner idealistischen Philosophie und klassischen Bildung veredelt, die Höhe der europäischen Moral nie und nimmer zu erreichen vermochten? Sind die vielen Pakistani, die sich heute in niederentlohnten Diensten nützlich machen, in dampfenden Grossküchen und an zugigen Strassenkreuzungen, vielleicht gar zu uns gekommen, um im Herzen des alten Kontinents Busse zu tun für die Sünden ihrer rassistischen Väter, die einst in fremden europäischen Landen als Herrenmenschen gewütet hatten?

Ist Europa erst einmal nicht mehr verdächtig, die Wiege von Rassenwahn und Diktaturen verschiedener Art gewesen zu sein, steht der Seligsprechung des ganzen Kontinents nichts mehr entgegen. Kolonialismus? Lächerlich, was haben die Briten und Franzosen, die Belgier und Niederländer, was hat Europa mit den Greueln im Kongo oder Indonesien zu tun! Kurze Verirrungen ins Aussereuropäische, nicht mehr, Ehre, wem Ehre gebührt, Asien den Asiaten, Afrika den Afrikanern und den Europäern die unbefleckte Empfängnis ihres Reichtums. Mögen auch Ströme von Blut geflossen sein, um einen europäischen Wahn Wirklichkeit werden zu lassen, den Traum, die Früchte aller Welt zusammenzuraffen und den eigenen Wohlstand mit dem Elend der minderwertigen, in ihrem Charakter so uneuropäisch gemütlosen, kaum noch mit humaner Gesittung und Zivilisation begnadeten Menschen der Erde zu nähren: Was ficht all das eines Europäers Überzeugung von der Überlegenheit der europäischen Zivilisation schon an – längst verjährt sind diese Taten und das Blut, das die Europäer vergossen, war nicht ihr eigenes und ist im Boden fremder Kontinente versickert. Europa, das selig in sich ruhende Europa ist stets, was übrigbleibt nach einer rigorosen Substraktion, Europa ist der schöne, der wahre, der gute Rest, der übrigbleibt, wenn alle Verbrechen und Verirrungen des Kontinents abgezogen und aus dessen Bilanz genommen wurden.

## Die entsorgte Geschichte

Seltsam, dass die Wiedergeburt des europäischen Humanismus ausgerechnet aus dem Geiste dieser Menschenverachtung erfolgt und sich die Europäer als Entrée in die neue glorreiche Epoche ihrer Geschichte nichts abverlangen, als dass sie die Jahrhunderte ihres gemeinsamen Lebens aus dem Gedächtnis der Völker löschen. Die ergriffene Anrufung Europas bedeutet, dass die europäische Geschichte noch vor dem nächsten Jahrtausend entsorgt wird, so gründlich, wie dies vor ein paar Jahren noch gar nicht denkbar war: Solange die mächtigen Vaterländer in Europa nicht den Zusammenschluss der Mächtigen planten, sondern um nationale Vorherrschaft kämpften, einmal mit den Waffen, die ihnen ihre Kriegswirtschaften zur Verfügung stellten, dann mit den Waffen der Friedensökonomie, solange sich die Eliten der grossen europäischen Staaten noch nicht zum wirtschaftlichen Kartell vereinbart hatten, blieb die Verdrängung jeder einzelnen Nation überantwortet und somit, wie man aus den kuriosen Selbstbildern der Völker weiss, notwendig Stückwerk. In der Phase der europäischen Integration, da nationale Borniertheiten kein aufbauendes Prinzip des Staates mehr, sondern ein lästiges Hemmnis der Wirtschaft darstellen, ist Europa rasch über diese altbewährten, aber eben auch altbeschränkten Mittel der Verdrängung hinausgelangt. Nun definiert Grosseuropa sich selbst, und zwar als ein Reich der Freiheit, Kultur und Toleranz, und was immer dieses innige Weihebild stören könnte, wird mit dem Ausgangsstempel «uneuropäisch» aus der automatischen Zugehörigkeit zu Europa entlassen: Verantwortlich mag dann sein, wer will, Europa jedenfalls ist es nicht.

Keine Kritik kann dieses Reich mehr betreffen, denn gerade wenn sie träfe, wäre sie eben falsch adressiert: Die Kritik galt doch nicht Europa, nur Dingen, die geschahen, als die Europäer keine Europäer waren, weil sie sich aufführten wie die gottverdammten Nigger, Schlitzaugen und Rothäute. Was für ein Traum von Europa, der Metzger träumt, seine Schürze ist makellos weiss vor Unschuld, im Gefühl erhabener Reinheit tritt er vor: Ich bin das Lamm. Über diesen Traum des Vergessens, in dem die Verbrechen von gestern begraben und die von morgen verborgen liegen, damit über den Geschäften von heute der Heiligenschein der Kultur leuchte, hat der algerische Schriftsteller Rachid Boudjedra geschrieben: «Ich glaube, bevor man Europa einen Traum vermittelt, müsste man ihm erst einmal ein Schamgefühl einflössen.»

## Auf die Wirtschaftsmächte geschrumpft

Wie gross ist Europa? Schwer zu sagen. Da eine ganze Reihe von Staaten nach Europa zurückkehrten oder heimgeholt wurden, wächst der Kontinent; zugleich aber schrumpft er dramatisch auf seinen ökonomisch-politischen Kern, auf die grossen Wirtschaftsmächte und Staaten, die selbst wiederum, wie das vereinigte Deutschland, in einem eigenartig widersprüchlichen Prozess an äusserer Grösse zunehmen und an innerer Vielfalt verlieren, also zugleich reicher werden und verarmen.

Da wurde 1990 erstmals ein «Europa-Preis für Kinder- und Jugendliteratur» ausgeschrieben und gleich mit einer hohen Dotierung ausgestattet, wie das bei einem symbolischen Akt auch angebracht ist, der mit dem Glanz der Kultur und Völkerverständigung beglaubigen soll, dass es neuerdings gibt, was es über die blutigen Jahrhunderte, da sich die europäischen Herren mitsamt ihren Völkern gegenseitig auszurotten trachteten, nicht hatte geben können: ein gesamteuropäisches Bewusstsein, die klare Einsicht, das tiefe Gefühl von Europäern, zusammenzugehören und erst in dieser Zusammengehörigkeit das Ganze zu bilden. Wer sich irgendwo aus Europa um diesen Preis bewerben wollte, der durfte, um den Satzungen der Stiftung zu entsprechen, einzig auf eines nicht vergessen: Die Bücher und Manuskripte, mit denen einer beim «Europa-Preis» sein Glück versuchen mochte, durften in französischer, englischer, deutscher oder italienischer Sprache eingereicht werden. So viele Sprachen kennt das neue Europa.

Für den vortrefflichen Schweizer Schriftsteller Urs Widmer sind aber auch vier Sprachen für Europa noch immer zuviel. In einer kundigen Eloge auf den russisch-amerikanischen Schriftsteller Vladimir Nabokov, an der sonst nichts zu tadeln wäre, schrieb Widmer, der grosse Nabokov habe zwar nicht deutsch gekonnt, dafür aber «die anderen europäischen Kultursprachen von Kindesbeinen an geläufig parliert». Mit einer St. Petersburger Kindheit gesegnet, durch deren märchenhaften Wohlstand auch Gouvernanten aus verschiedenen Ländern gingen, hat Nabokov ausser Russisch noch Englisch und Französisch gesprochen (und staunenswert virtuos auch geschrieben). So viele Sprachen gibt es in Europa, aber so wenigen nur scheint das Adelsprädikat einer europäischen Kultursprache zuzustehen.

> «War es doch stets nur die Verirrung in einen uneuropäischen Fanatismus, gewissermassen in das ewige Sibirien der Seele, das Schwarzafrika der nationalen Wallungen, das in Europa die grossen Menschheits-Verbrechen ermöglicht hat.»

«Ja, Europa wächst eben und wird doch kleiner, immer mehr Völker vereint es und am Ende bleiben trotzdem nur mehr ein paar davon übrig. Die grossen Kultursprachen wird bald jedes Kind in der Volksschule lernen müssen, die vielen anderen Sprachen des Kontinents verfallen rapide ins Ansehen regionaler Dialekte. Je mehr Völker dieses Europa zusammenschliesst, umso dramatischer schrumpft es mit deren Würde der Unterscheidung auch selber zusammen. Während sein innerer Markt gigantisch aufgebaut und sein äusserer Festungswall gegen den Ansturm des Elends aus aller Welt elektronisch ausgebaut wird, wird eines ganz entschieden abgebaut: die Illusion, es würde jene den ganzen Kontinent umspannende Kommerzialisierung, die nach einem Europa ohne Grenzen verlangt und daher das vereinte Europa hervorbringt, nicht gerade das vollständig zerfressen, was scheinheilig immer noch als die reiche Vielfalt der europäischen Kulturen beschworen zu werden pflegt.

## Das Trugbild der «europäischen» Nation

Nachdem Michail Gorbatschow beträchtliches Ansehen verloren hat und für viele die Zugehörigkeit Russlands zu Europa wieder fraglich geworden ist, hat das gewaltige Trugbild einer sich formierenden *europäischen Nation* das ein wenig betuliche alte vom gemeinsamen europäischen Haus abgelöst. In der Konzeption der «europäischen Nation», wie sie nicht nur ihren publizistischen Herold Otto Molden begeistert, der ihr ein Buch gewidmet hat, ist nun tatsächlich alles, was schon im 19. Jahrhundert an der Idee des Nationalstaates falsch war, aufs gruseligste potenziert; das nicht eben geringe Elend, das die Realität und Rivalität der Nationalstaaten über Europa und die Welt gebracht haben, erblasst geradezu davor, was diesbezüglich der europäische Gesamtnationalstaat der Zukunft verheisst.

Falsch an der alten Idee des Nationalstaates war ja nicht, dass sie den Ländern und Völkern das Recht zusprach, ihre kulturellen Besonderheiten zu entfalten, ihre Sprache zu bewahren, ihre politischen Geschicke selber zu bestimmen oder auch die Reichtümer ihres Bodens selber zu nutzen. Nicht der Anspruch auf nationale Souveränität war falsch, sondern dass alle Wünsche und Hoffnungen einer Nation mit der

Bildung eines eigenen Territorial-Staates für sie verbunden wurden. So hat eine gesellschaftliche, kommunalföderale Entwicklung zu staatlich-zentralistischen Apparaten geführt, und der nur zu berechtigte Wunsch, nationale Identität entfalten zu können, wurde an die Existenz eines borniert National-Staates gekoppelt, in dem sich die Grenzen zweier grundsätzlich verschiedener Dinge decken müssen: die starren territorialen Grenzen eines Machtgebildes namens Staat und die fliessenden sprachlich-kulturellen Grenzen einer bestimmten Menschengruppe, Nation genannt, die sich doch in Wahrheit nur dort frei entfalten kann, wo sie dem Staat keine Macht über sich einräumt. Schon in der Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates schlummerten all die Untaten, die dann in der Realität der Nationalstaaten an den jeweils schwächeren, zu «Minderheiten» erklärten nationalen Gruppen verübt werden sollten.

Die Gewalt nach innen und aussen begleitet daher den Nationalstaat von seinem Beginn bis zu seinem Zerfall: Im Inneren werden die anderen nationalen Gruppen, die ihrerseits Forderungen zu stellen wagen oder immerhin Förderung verlangen, drangsaliert, nach aussen hin aber richtet sich der aggressive Anspruch, die unerlösten Volksgenossen, die zersprengt in mehr oder weniger grossen Gruppen in anderen Staaten leben, zu repräsentieren und schliesslich auch zu befreien. Der Sündenfall in dieser Geschichte ist freilich nicht die Geburt von Nationen, die sich in Sprache und Tradition, Kultur und Gebräuchen voneinander unterscheiden mögen, sondern die Erfindung von Staaten, die dem Ziel verpflichtet sind, eine ethnisch homogene Gruppe – und diese möglichst zur Gänze – auf ihrem Territorium einzugrenzen. Wo der Nationalismus ein Sprengmittel war, altes Unrecht, alte Herrschaft aufzusprengen, hat er sich doch überall, wo er staatsmännisch wurde, rasant selbst zur Herrschaft verhärtet und Unrecht organisiert.

So viel Unheil ist mit Nationalismus und Nationalstaat verbunden, dass es nur vernünftig scheint, wenn manche Propagandisten des neuen Europa die Nationen für überkommen erklären und als überholte historische Formationen abtun, deren Ende gekommen ist und nicht betrauert zu werden braucht. Die Sünden des Nationalismus werden so der Nation, der geschichtlichen Identität «Nation» selber überantwortet; wo Zollgrenzen fallen müssen, auf dass der Warenverkehr sich frei entfalte, sollen auch die nationalen Unterschiede zwischen den Völkern fallen, damit sich ähnlich grenzenlos wie die Waren auch Toleranz und Brüderlichkeit über den Kontinent ausbreiten könnten. Statt der vielen europäischen Nationen, die sich in borniertem Dünkel verachteten und bekriegten – die eine grosse Nation der Europäer, die vereinte «europäische Nation» von Gnaden derer, die ein bisschen gleicher als gleich und ein bisschen europäischer sind als die anderen Europäer.

Unbesehen, wo man die territorialen Grenzen dieser Nation setzen möchte, dieser gesamteuropäische Staat wäre nun tatsächlich jene «grande nation» auf europäischem Boden, neben der sich der Ehrgeiz früherer Titel-Anwärter und -Inhaber einigermassen lächerlich ausnimmt. Allein, dass sie grösser ist, reicher, mächtiger und Möglichkeiten hat, so enorm, dass kein anderer Staat der Erde über vergleichbare verfügt, hebt ja die Gefahren, die schon im herkömmlichen Nationalstaat lagen, noch keineswegs auf. Im Gegenteil, gerade was den Nationalismus alten Typs so gefährlich machte, macht den Reiz einer von dumpfen nationalistischen Vorurteilen freien «europäischen Nation» erst recht aus.

Diese Nation neuen Typs ist unverstellt und ausschliesslich nach dem Prinzip der Macht, der Vormacht, der Super-Macht bestimmt, wie Otto Molden sie in seinem aufregenden Buch (Otto Molden: Die europäische Nation. Die neue Supermacht vom Atlantik bis zur Ukraine. München 1990) denn auch ganz begeistert mit Europa als neuer Weltbeherrscherin heraufdämmern sieht. Die europäische Nation, das vereinte Europa, die bebend beschworenen «Vereinigten Staaten von Europa» – nicht Aufhebung von Machtpolitik, nicht Ende des Kampfes um Hegemonie und Beherrschung versprechen sie zu sein, vielmehr ihre Fortsetzung auf höherer Ebene und mit unvergleichbar wirkungsvolleren Mitteln. Da werden die vielen hässlichen kleinen Götter des Nationalismus gestürzt, zu denen jede Nation für sich betete, im jämmerlich beschränkten Glauben, den einen besten Gott zu haben, der doch nichts als ein Götze ihres Dünkels war; aber dass die kleinen Götter stürzen, befreit Europa noch nicht von dem Zwang, den Fetisch Macht und Herrschaft anzubeten. Im Gegenteil: Was Macht war, soll Super-Macht werden, wo Herrschaft umstritten oder doch wenigstens verachtet wurde, soll Hegemonie folgen. Und kein dumpfer, althergebrachter Irrglaube darf die Anbetung des Reichtums mehr beeinträchtigen – keinen Gott sollst du haben ausser mir, sagt der Gott des Geschäfts.

## Grosseuropa und der Regionalismus

Die Vorstellung einer von Meer zu Meer sich erstreckenden «europäischen Nation», der neuen Super-Macht mit einem inneren Markt von bald vierhundert Millionen Konsumenten und der gewaltigsten Anhäufung moderner Technologien und wohlausgebildeter, wohlsortierter Arbeitskräfte, vermag nun zwar die wirtschaftlichen und militärischen Strategen gewaltig zu erregen; in all der Kälte des Verstandes, die die Verwalter der europäischen Zukunft mit Vernunft verwechseln, in all der eisigen Begeisterung, die sie die Planungsstifte über Städte und Regionen, die dem Verfall überantwortet oder für den Aufstieg bestimmt werden, führen lässt, vermögen die Visionäre der «europäischen Nation» freilich in den Menschen Europas keine heimeligen Gefühle für ihr Monstrum zu erwecken. Die neue Nation ist einfach zu gross und bringt zu viel Verschiedenes, Unbekanntes, Entlegenes zu rasch unter ein Dach, als dass sich die Menschen, die auserwählt wurden, die neue, von oben konstituierte Nation zu bilden, sich in ihr schon wiederentdecken könnten. Daher bedarf das vereinte Europa, das den Europäern ja einiges abverlangt, die Preisgabe liebgewonnener Vorurteile wie achtenswerter Traditionen, den Verzicht auf manches, das dumpf, aber gewohnt, beschränkt, aber vertraut war, einer notwendigen Ergänzung; der einheitliche Wirtschaftsraum, die politische und militärische Gemeinschaft, die den Menschen keine heimatlichen Gefühle vermitteln und sie dadurch verunsichern, ängstigen, benötigen ein Gegenbild, in dem die Verunsicherten sich wiederfinden können, ganz bei sich zu Hause fühlen dürfen: Je grösser Europa wird, umso kleiner muss es werden, wo den einzelnen fröstelt ob all der Fremde, soll er sich in der Wärmestube des Vertrauten erholen können. Die Ideologie vom vereinten Europa, von der «europäischen Nation», führt zwangsläufig zur Entdeckung, zum Lobpreis des Regionalismus.

*Grosseuropa* und *Regionalismus* sind nur scheinbare Gegensätze, in Wirklichkeit wird sich das erste nie durchsetzen lassen ohne das andere als Linderungsmittel für all die Schmerzen, die es verursacht. Was bedeutet die Losung von einem «Europa der Regionen», mit der heute noch der berechnendste Grossraumstratege, beschwichtigend und begütigend, seine rhetorische Pflichtübung absolviert? Um die eine grosse europäische Nation zu schaffen, müssen die alten Nationen, widersprüchliche Formationen einer widersprüchlichen Geschichte, abdanken, aufgelöst werden. Die eine gemeinsame «europäische Nation» ist mehr und kommt später als die alten Nationen, reckt sich gewissermassen aus deren Untergang empor; die Regionen hingegen liegen noch vor den alten Nationen, deren Sog sie, als ältere, vormoderne Identitäten und gesellschaftliche Vernetzungen von geringerer Reichweite, oft über viele Jahrhunderte widerstanden haben.

Das Selbstbewusstsein einer Region formt sich dabei stets in Distanz, ja Opposition zu jenem der Staatsnation, die sich aus vielen

## Die Vernichtung Mitteleuropas

«Die Vernichtung Mitteleuropas», so lautet der Titel sowohl von Gauss' Essaysammlung wie des einleitenden Essays, der uns freundlicherweise zum Vorabdruck überlassen wurde und dessen erster, längerer Teil hier – leicht gekürzt – zu lesen ist. Im zweiten Teil, der aus Platzgründen wegfallen musste, befasst sich der Autor mit «Mitteleuropa», einem durch wechselnden Gebrauch und Missbrauch «vieldeutig, missverständlich» gewordenen Begriff. Genauso scharf und scharfsinnig wie mit dem Europa der Regionalismen geht hier Gauss mit dem «schwärmenden Blick» mancher ehemaliger Dissidenten auf die Habsburger Donaumonarchie ins Gericht, die «vielfach bedenkenlos idyllisiert» worden sei. Die Tragik dieser Wiederentdeckung Mitteleuropas liege darin, dass nicht dessen «Verbesserung», wie von denjenigen erträumt, welche sich soeben von der Despotie eines abgewirtschafteten Staatssozialismus befreit hatten, sondern dessen «Vernichtung» angesagt ist.

Gauss zitiert dabei den französischen Historiker Joseph Rovan, der die «barschen Dinge barscher und deutlicher» ausspreche als andere: «Wer Europa will, muss heute Mitteleuropa abweisen.» Die Aussage ist unmissverständlich: Wer von den armen Vettern und Tanten ein richtiger Europäer bzw. eine richtige Europäerin werden will, der/die muss seiner/ihrer mitteleuropäischen Identität entsagen und sich dem Gesetz Grosseuropas unterstellen. «Es liegt nahe», so die Konsequenz, die der Autor daraus zieht, «den Kontinent zu besichtigen, dessen Ende auf die europäische Tagesordnung gesetzt zu sein scheint.» Im Essayband versammelt Gauss Porträts von zwölf Dichtern und Schriftstellern dieser vom Verschwinden bedrohten Kulturlandschaft, darunter Ismail Kadare, Danilo Kiš, Ernst Sommer und Miklós Radnóti. osk.

Karl-Markus Gauss: Die Vernichtung Mitteleuropas. Essays. Wieser Verlag, Salzburg. 200 Seiten. Ca. Fr. 28.–

Regionen mit ihren separaten Traditionen zusammensetzt und deren Separatismus zusammengezwungen hat. Beharrend hält die Region an lokalen Verbindungen, Sitten, Vorurteilen, Gebräuchen fest, die den moderne Staat zerstört, und in diesem Beharren liegt ein zäher, von uralter Tradition geheiligter Lebenswille. Wo dem regionalistischen Bewusstsein der Staat genommen wird, gegen den er sich opponierend als Hüter der Tradition verstand, verliert er sein kritisches Element, das sich gegen die zentrale Planung, gegen die ferne Verwaltung, gegen die anonymen Banken und Spekulanten richtete – und was ihm bleibt, ist die Engstirnigkeit, das böse Glück im Winkel, die Selbstzufriedenheit der Dorfbank unter dem Kastanienbaum, an der längst die Bundesstrasse vorüberführt.

Seines Gegenspielers, des National-Staates, entledigt, wird der Regionalismus stumpf: die Ideologen des neuen Europa schliesslich, die keineswegs Regionen entdecken, wohl aber den Regionalismus, nicht die regionalen Besonderheiten, sondern das politische Geschäft mit ihnen, schliessen mit ihm ihr Bündnis, ein schauerliches Bündnis von Datenbank und Dorfgerücht, Weltzentrale und Winkel. Welch gefährliche, inhumane Tendenzen aus diesem neuen Zusammenspiel von Grosseuropa und Regionalismus erwachsen, zeigt das Beispiel der «Lega lombarda», die zum Vorbild für viele Bewegungen werden könnte, die lokalen Egoismus mit gewitzter «Europareife» verbinden und vorbildlich für die Integration Europas, mitsamt einiger angereicherter Regionen stehen wollen. Nicht weniger hat die Liga zum Ziel, als die reiche Lombardei aus ihrem italienischen Zusammenhang, aus der Verwaltung des italienischen Staates, aus der Zugehörigkeit zur italienischen Nation herauszulösen und unmittelbar dem vereinten Europa zu unterstellen. Im Europa der Regionen werden die Lombarden ihren Reichtum nicht mehr mit den Casoni (Tölpel, Red.) des Südens, mit den Analphabeten des Mezzogiorno teilen müssen – was heisst teilen, geteilt haben sie ohnehin nie; ist die moderne, wohlhabende Lombardei gewissermassen reichsunmittelbar zu Europa geworden, hat Italien, hat der italienische Staat, der grösser ist als der reiche Norden, keine Ansprüche in der Lombardei mehr einzufordern. Die historisch jüngere Einheit der Nation – die in Italien ohnehin immer aufgespaltet war in zumindest zwei Nationen, die des Nordens, jene des Südens, mit der symbolischen Grenze von Eboli, von der Carlo Levi meinte, Christus wäre nur bis zu ihr gekommen –, die historisch jüngere Einheit der italienischen Nation löst sich auf, zerfällt wieder in die älteren und kleineren Einheiten der Regionen, von denen die privilegierten so wie einst zu Zeiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation profitablen Austausch mit Europa pflegen.

Was den Anhängern der lombardischen Liga, Faschisten mit basisdemokratischer Rhetorik, regionalistischen Parolen, zartgrünem Anstrich und der eifersüchtigen Sorge von Menschen, die aus gutem Hause sind und sich ihren Wohlstand doch nicht von dahergelaufenen Steinefressern streitig machen lassen wollen, was den lombardischen Ligisten, die vielleicht schon die Mehrheit in ihrer Region stellen, vorschwebt, ist eine Art von Freistaat: Dieser wird für seine Geschäfte zwar weiterhin die billigen Arbeitskräfte und die billigen Rohstoffe aus dem Süden heraufholen, die Geschäfte selbst aber – mit Europa abwickeln. Als geadelte Region hat sie sich abgekoppelt vom Italien der Korruption, der Mafia, des aufgeblähten Staatsapparates und des konfliktträchtigen sozialen Gefälles von Nord nach Süd.

## Gleichzeitigkeit von Gentechnologie und Stiernacken

Dieser Regionalismus ist eine politische Kraft des lokalen Egoismus, er adelt die Raffgier des einzelnen so sehr wie die asoziale Politik begünstigter Regionen; dass er gerade heute auftritt, zeigt uns auch, dass die Nationen, die gewiss nicht der geschichtlichen Weisheit letzten Schluss repräsentieren, dass selbst die Nationen, zumal die kleineren, durchaus noch fortwirkende Berechtigung haben können. So ist es auch, um nur ein österreichisches Beispiel zu nennen, nicht einzusehen, dass sich ein Bärentaler Kärntner als Europäer fühlen darf, ohne seinen Weg nach Europa über Österreich genommen zu haben. Auch die reaktionärsten Kärntner Slowenenfresser und Verfechter der Braunauer Lehre, dass die österreichische Nation eine Missgeburt sei, sind bekanntlich zugleich begeisterte Europäer und begeisterte Regionalisten. Mit einem Europa der Regionen können sie sich leicht anfreunden, versprechen sie sich davon doch als allererstes, dass sie sich, in ihrem Verhalten den Slowenen gegenüber, von den Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages entpflichten und, von einer österreichischen Erblast befreit, endlich daran gehen können, ihr Slowenenproblem selber, nach eigener Art und Schlinge, zu lösen.

Der politische Regionalismus dieser Art, der lokal borniert ist und zugleich weltoffen auftritt, ist nichts anderes als eine Interessensgruppe, die im vereinten Europa, in der «europäischen Nation» ihre alten Vorrechte erhalten will und neue Vorteile zu erkämpfen trachtet. Dies unterscheidet in meinem Sprachgebrauch die Region von der Provinz. «Provincia» bezeichnete im römischen Reich keine bevorrechtete Region, sondern ein unterworfenes Land, und in unterworfenem Land gedeiht bekanntlich auch der Widerstand gegen die Unterwerfung. So gehört zur Provinz nicht nur die räumliche Entfernung von der Machtzentrale mit ihren um Einfluss buhlenden Gruppen, sondern auch die geistige Distanz zu den wechselnden Moden, die in der Metropole erfunden werden. Darum verfügt die Provinz nicht nur über ihren bewahrenden, oft störrisch-engstirnigen Hang zum Altüberkommenen, sondern auch über widerständige, widersetzliche Potentiale. Auf dass sich diese nicht der zentralisierenden Gewalt abträglich entfalten mögen, soll ersatzweise ein Regionalismus aufblühen, der sich mit der Ideologie des Grossreiches durchaus verträgt. Die Provinz ist ein Raum oft vertuschter, nie gänzlich eingedämmter Konflikte; der Regionalismus hingegen hat die Wärmestube anzubieten: Je kälter es im Grosskonzern Europa wird, umso massiver wird die Nachfrage nach der vorgegaukelten Heimat des Regionalismus. Und da das vereinte Europa auch etwas mit Kapitalismus zu tun hat, kann man zuversichtlich auf die freien Kräfte des Marktzwanges bauen und darauf vertrauen, dass dort, wo ein Bedarf nach Regionalismus ist, auch ein Angebot sein wird.

Ein solches Europa des Regionalismus ist ein Phänomen verheerender Gleichzeitigkeit: von High-Technology und marianischem Fundamentalismus, von Weltläufigkeit und Fremdenhass, von Gentechnologie und Stiernacken. Der genialste regionalistische Politiker hiess Franz Josef Strauss: Auch er war ein begeisterter Europäer und ein begeisterter Regionalist, er peitschte die gefährlichsten Atomprojekte durch den Landtag und unterzeichnete die Verträge im Trachtenanzug, er flog im Düsenjet um die Welt und fand aus dem Bräuhaus nie hinaus, er machte Bayern zum Computerland Deutschlands und pflegte Ressentiments, die noch aus der vormotorisierten Ära Europas stammen. Wie Franz Josef Strauss sind viele der regionalistischen Politiker zugleich Technokraten und Spiesser, Anhänger neuester technischer Errungenschaften und ältester Vorurteile, sie glauben an den Gott des Geldes und an den Teufel im Fremden, sie sind weitgereist und engstirnig. Wenn sie schon könnten, wie sie wollten, die Einheit von übermorgen und vorgestern wäre heute bereits gesamteuropäische Verfassung, und das neueste Recht, mit Genen zu experimentieren, würde gleichermassen in ihr verankert sein wie die uralte Gewohnheit, Hexen zu verbrennen. (...)

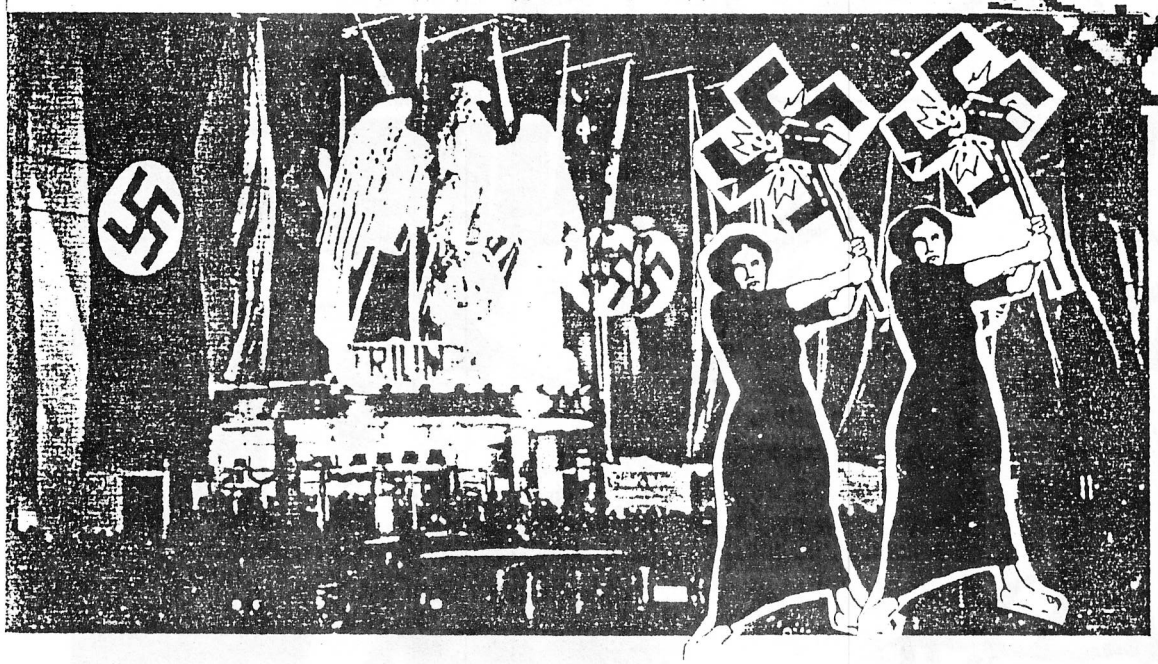
WOZ 17.5.91

## Das rechtsradikale Geschichtsbild als Zukunftsentwurf

Das rechtsradikale Geschichtsbild ist ein Zukunftsentwurf. Gerade in den politischen Visionen für das nächste Jahrtausend werden die Geister des »tausendjährigen Reiches« wieder lebendig. Haider tritt als scheinbar ideologiefreier und pragmatischer Jungmanager auf: offene Grenzen in Europa, europäischer Binnenmarkt, Abbau von Bürokratie, Zukunftstechnologie, freier Markt, Leistungsprinzip, Eintritt Österreichs in die EG – dafür steht Haider wie kaum ein anderer Spitzenpolitiker Österreichs. Selbstverständlich und überzeugend unterstützt er gleichzeitig die Renaissance der Europadoktrin der SS. Schon vor 50 Jahren wurde der totale Krieg, die Vernichtung Europas durch den NS-Staat verschleiernd als »politische Neuordnung Europas«[30] bezeichnet. Hier knüpfen die modernisierten Rechtsradikalen in Europa an. Haider tat beispielsweise für das Treffen ehemaliger Waffen-SSler (Kameradschaft IV) 1989 in Kärnten etwas, was sonst Politiker normalerweise nur für karitative Organisationen tun. Er gab seinen »Ehrenschutz«.[31]

Haider macht dadurch nicht nur irgendwelche alte Nazis gesellschaftsfähig. Er demonstriert damit, daß faschistische Ideen modern sind. Es geht dabei nicht nur um die rechtsradikale Vision von einer »Nation Europa«, sondern auch ganz praktisch um eine Zusammenarbeit Rechtsradikaler aus ganz Europa. Haider trifft sich nicht nur mit Industriellen, um die Zusammenarbeit der Wirtschaft in Europa zu beschleunigen, er tritt auch bei Treffen von alten und neuen Nazis, Nationalisten und Militaristen aus ganz Europa auf.

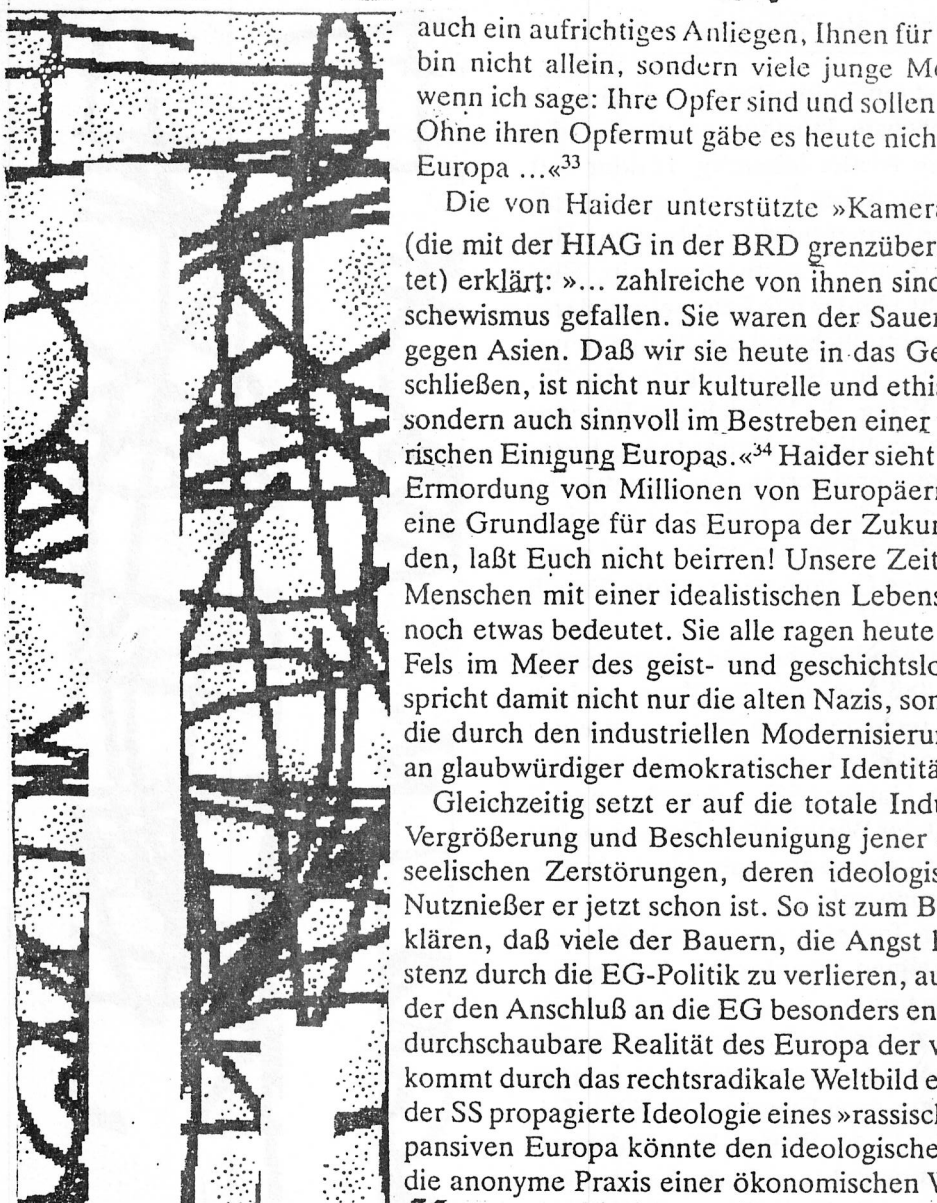
Jedes Jahr kommen sie zu mehreren Tausenden aus der BRD, aus den Niederlanden aus Norwegen, Belgien Frankreich Italien und Spanien am Ulrichsberg in Kärnten zusammen, um sich selbst als Elite Europas zu feiern. Die Basis dieses zukunftweisenden Zusammenschlusses der Rechtsextremen der verschiedenen europäischen Länder sind die ehemaligen freiwilligen SSler aus ganz Europa Die FPÖ-Zeitung »Kärntner Nachrichten« schreibt: »In der Waffen-SS war das vereinigte Europa schon verwirklicht. Sie sind daher nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen. Alle Freiwilligen der Waffen-SS sind für ein vereinigtes Europa gleichberechtigter Völker eingetreten...«[32] Haider sagt zur älteren Generation der an dieser »europäischen Begegnungsstätte« (Jörg Haider) versammelten Rechtsextremisten: »Für mich, als Vertreter der jungen Generation ... ist es daher eine ehrende Aufgabe, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es ist mir aber



auch ein aufrichtiges Anliegen, Ihnen für ihren Einsatz zu danken. Ich bin nicht allein, sondern viele junge Menschen denken so wie ich, wenn ich sage: Ihre Opfer sind und sollen nicht umsonst gewesen sein. Ohne ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa ...«[33]

Die von Haider unterstützte »Kameradschaft IV« der Waffen-SS (die mit der HIAG in der BRD grenzüberschreitend zusammenarbeitet) erklärt: »... zahlreiche von ihnen sind im Kampf gegen den Bolschewismus gefallen. Sie waren der Sauerteig eines einigen Europas gegen Asien. Daß wir sie heute in das Gedenken aller Toten miteinschließen, ist nicht nur kulturelle und ethische Pflicht unseres Volkes, sondern auch sinnvoll im Bestreben einer wirtschaftlichen und militärischen Einigung Europas.«[34] Haider sieht in dieser »Elite«, die an der Ermordung von Millionen von Europäern maßgeblich beteiligt war, eine Grundlage für das Europa der Zukunft: »Meine lieben Kameraden, laßt Euch nicht beirren! Unsere Zeit braucht Vorbilder, braucht Menschen mit einer idealistischen Lebenseinstellung, denen Heimat noch etwas bedeutet. Sie alle ragen heute heraus wie ein wetterfester Fels im Meer des geist- und geschichtslosen Flugsandes.«[35] Haider spricht damit nicht nur die alten Nazis, sondern auch die Jüngeren an, die durch den industriellen Modernisierungsprozeß und den Mangel an glaubwürdiger demokratischer Identität orientierungslos sind.

Gleichzeitig setzt er auf die totale Industrialisierung, also auf die Vergrößerung und Beschleunigung jener ökologischen, sozialen und seelischen Zerstörungen, deren ideologischer und machtpolitischer Nutznießer er jetzt schon ist. So ist zum Beispiel die Absurdität zu erklären, daß viele der Bauern, die Angst haben, ihre bäuerliche Existenz durch die EG-Politik zu verlieren, ausgerechnet Haider wählen, der den Anschluß an die EG besonders entschlossen betreibt. Die undurchschaubare Realität des Europa der vereinten Großindustrie bekommt durch das rechtsradikale Weltbild einen höheren Sinn. Die von der SS propagierte Ideologie eines »rassisch reinen« und militärisch expansiven Europa könnte den ideologischen Hintergrund abgeben für die anonyme Praxis einer ökonomischen Weltmacht Europa.




[31] In: »Die Kameradschaft«, Organ des K IV, Salzburg 1989, S. 4. (Ihren »Ehrenschutz« gaben auch Harald Scheucher [ehemaliger Landesobmann der ÖVP Kärnten] und Leopold Guggenberger [Bürgermeister von Klagenfurt, ÖVP].)

[32] In: »Kärntner Nachrichten«, Klagenfurt, 24. 1. 1976.

[33] Ebd., 10. 10. 1985.

[34] In: »Die Kameradschaft«, Organ des K IV, Salzburg, September 1988.

[35] In: »Kärntner Nachrichten«, Klagenfurt, 10. 10. 1985.

# Na, mia wolln nit zua EG



(Liedtexte zur FrauenLesben-Demo gegen EG/EWR in Innsbruck 1992.
nach bekannter Melodie, Text von einer Lesbe in Ibk. umgedichtet)

1. Na, mia wolln nit zua EG
des isch lei a Schmä
mia sein nit bled es reichn Herrn
und drum habs ins alle gern

2. Wes moants denn wea des glab
daß do a jede besse hot
besse homs lei de min Geld
und des hoaßt na Eurowelt

3. Mir darfn ohne Grenzn buggln
und bold gor nimma aufmuggln
i hear sie lochn, die oberen Herrn,
von Kundl bis zu de min Stern.

4. Es gibkoe fixe Arbeitszeit
alle sein imme bereit
und gib´s grad nix zum toan
schicken´s die Leit halt wiede hoam

5. Die Konsumentn hoaßt´s kriggn´s bessa
in Ruggn kriegn´s oba s´Messa
Dafüa daß nimma lebn kunsch
hasch en billign blauen Dunscht

6. Die meischtn darfn gar nit eine
manche hom´s dedrain viel feine
des regelt alls die Polizei
der Grenzschutz und die Militärerei.

7. Lei oans isch wirklich stark
des isch die G´schicht mit Dänemark
bei denen stimps no des mit´n Wald
daß außakimp wia´s eini hallt.

8. Drum vielleicht wean manche no staunen
durch die Menge geat nit lei a Raunen
und a die ganzn miadn Leschpn
wean läschtig wia die Weschpn

9. Die ganzn EG-Herrn
sain zerstochen, daß sie plan
ma kannt sie so segieren
daß sie´s nimma dahockn und dadebattiern

10. wie 2.

11. wie 1.

(Melodie von Pedra, Pedra; Petra Alexandra)

1. EG-Anschluß um Mitternacht
das hat uns um den Schlaf gebracht
weil Mann uns als ganz blöd ansieht
singt man uns ewig das gleiche Lied

Wir wollen nicht, sondern nur die Herrn
es geht nicht um uns, sondern den Konzern
sie denken nur an Profit
wollen uns eurofit
doch wir machen nicht mit.

Refr.: EG/EG eins sag ich dir
nicht mit uns, nicht mit mir
EG/EG mit euren Lügen
könnt ihr uns nicht kriegen
EG/EG was bei euch zählt
das sind die Herren mi Geld

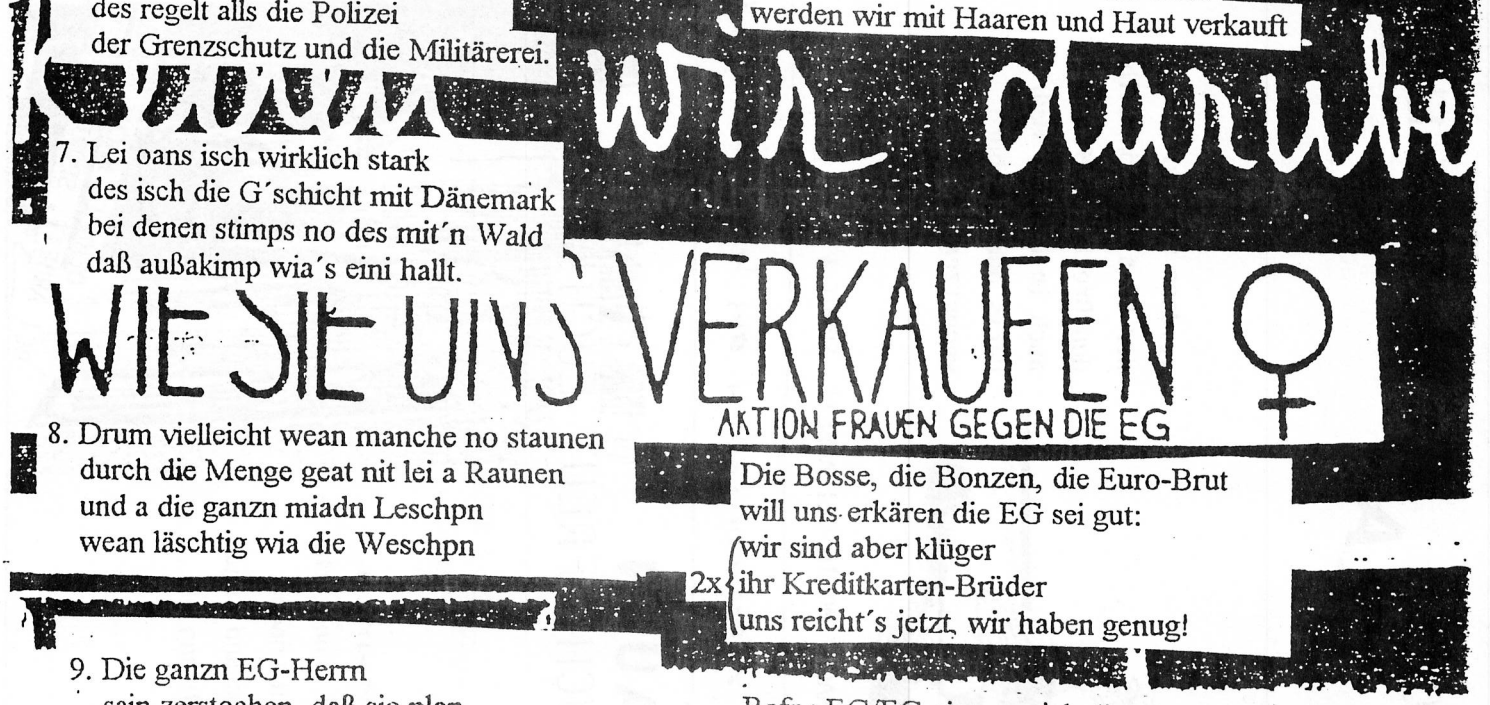
EG-laßt das sein
laßt uns allein
wie könnt´s anders sein

1x EG - jeden Tag dein Geschrei
2x EG - geht denn das nie vorbei
EG - mit dieser Ausbeuterei

2. EG-Anschluß sei lange schon klar
so geht das schon das 10. Jahr
weil Mann sich um die Märkte rauft
werden wir mit Haaren und Haut verkauft

Die Bosse, die Bonzen, die Euro-Brut
will uns erkären die EG sei gut:
2x wir sind aber klüger
ihr Kreditkarten-Brüder
uns reicht´s jetzt, wir haben genug!

Refr.: EG/EG eins sag ich dir
nicht mit.....



FREUT EUCH **FRAUEN** FREUT EUCH!

...denn wenn wir bei der EG sind, könnt ihr den Dreck der Männer auch in London, Madrid, Paris oder Hamburg wegputzen!

DENN EG MACHT MOBIL BEI ARBEIT, SPORT & SPIEL.

LESBEN/FRAUEN GEGEN EG/EWR

FREUT EUCH **FRAUEN**, FREUT EUCH!

...denn wenn wir bei der EG sind, könnt ihr die Polizei auch in Bonn, Marseille oder Florenz anrufen, wenn euch euer Mann bedroht!

LESBEN/FRAUEN GEGEN EG/EWR

... Aufkleber von Autonomen Lesben aus Wien - anläßlich der FrauenLesben-Demo gegen EG/EWR, ibk 1992

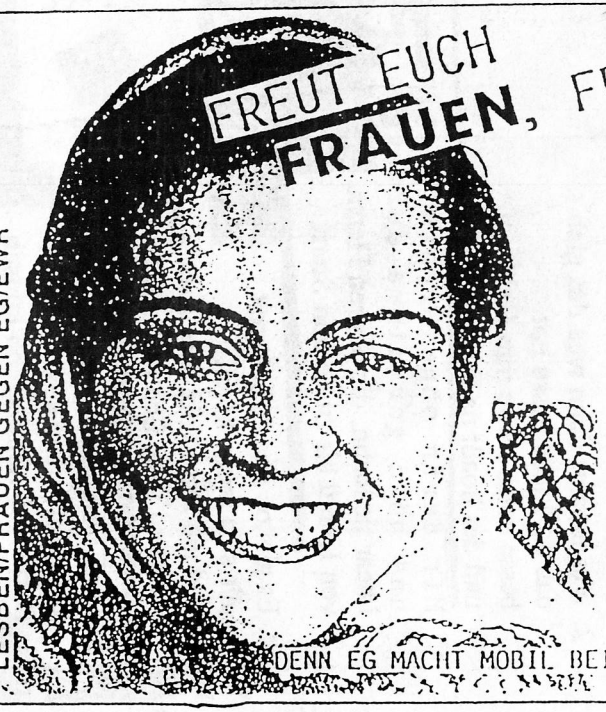
-96-

**FRAUEN**
FREUT EUCH, FREUT EUCH!

...denn wenn wir bei der EG sind, könnt ihr auch noch in London, München, Rom und sogar in Athen Wohnung suchen!

LESBEN/FRAUEN GEGEN EG/EWR

FREUT EUCH **FRAUEN**, FREUT EUCH!



...denn wenn wir in der EG sind, könnt ihr die Ersparnisse von euren Mindestlöhnen auch in Berlin, Mailand oder Brüssel anlegen!

DENN EG MACHT MOBIL BEI ARBEIT, SPORT & SPIEL.

LESBEN/FRAUEN GEGEN EG/EWR